Doppelnummer

NR 10/11 WINTER '88

UNZERTRENNLICH

Autonomes Blatt 4:

M. Zimmermann
Crellestr. 22
1000 Berlin 62

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

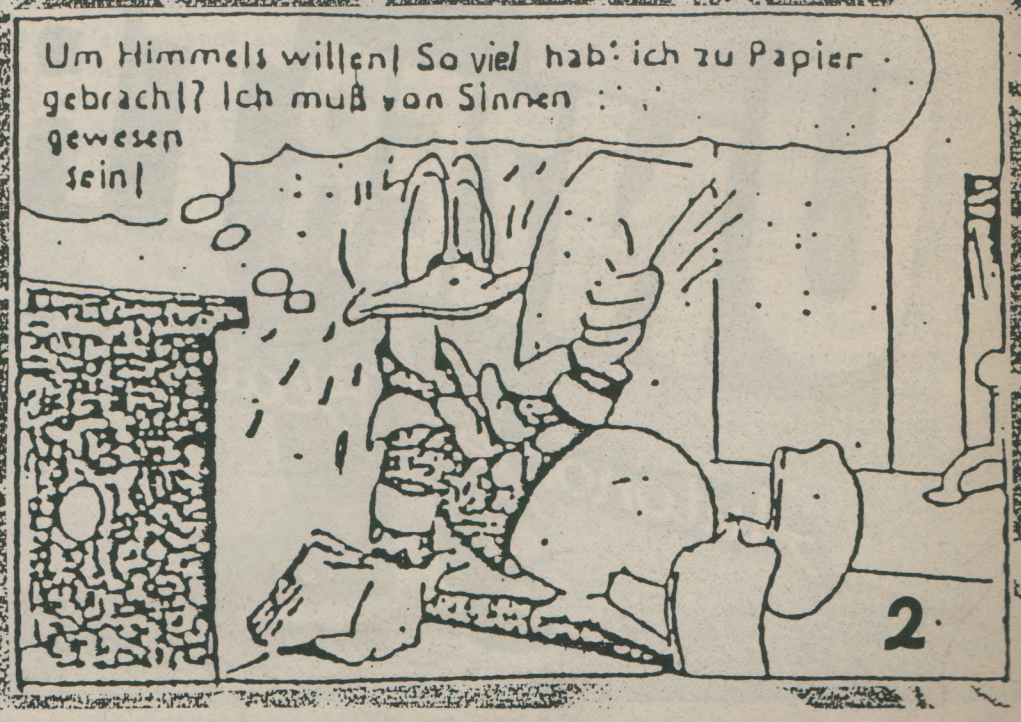
INHALT

Vorwort 2
Resümee oder Zwischenbilanz? Gedanken zu einer Aufarbeitung der IWF/Weltbank-Kampagne 3
Auf zu neuen Zielen! Zur IWF-Kampagne 7
Nach dem September kommt die Erinnerung - Fragmente zur Anti-IWF-Kampagne 11
Berlin hat einen neuen Treffpunkt - ich für dich und alle gegen den IWF 15
"Sozialistische" Länder im IWF 17
Antifaschismus und Widerstand in Frankreich 20
Häuserkampf ist Klassenkampf - Prozeßerklärungen zur Besetzung der Leo in Karlsruhe 23
Raus aus dem Ghetto - rein in die Stadtteile??? Zum Postfordismus in Freiburg 26
Kiefernstraße - zur Entwicklung des antiimperialistischen Widerstands in Düsseldorf 30
Zusammenlegung der politischen Gefangenen - jetzt! 34
Die Linken haben den Knast verdrängt - Brief von Ralf Reinders und Ronald Fritsch 35
Animalisches Überleben - ein Brief aus dem Stammheimer Trakt von Eva-Maria Haule 36
Männer - der letzte Versuch 37
Vergewaltigung - not enough to say no 38
Die, die ihre Lage erkannt hat, wie soll die aufzuhalten sein 40
Homosexualität und Patriarchat - Versuch einer Kritik 42
AIDS und Tuberkulose - Ausgrenzen hat Tradition!!! 45
Die ganz normale Datenherrschaft (Teil 2) 48
Gen- und Reproduktionstechnologie als soziale Waffe ... und wie sie uns ideologisch verkauft werden soll... 52
2.11.88 - wenn die Nacht am tiefsten ist .../Kurzeinschätzung 55
Zur revolutionären Identität von Spaltpilzen 56
Die (un)heilige Allianz der kriegsschreienden Pole 57
Auseinandersetzungen um bzw. mit A. Eichler 60
Plattform zur Situation und für die Diskussion zu den 2.11.-Prozessen von verschiedenen autonomen Gruppen aus dem Rhein-Main-Gebiet 61

das titelbild läßt offen,ob der stern auf oder abgehängt wird... aber es steht fest: DIE HOSE WAR ZU GROSS !! überraschend wird es nur für diejenigen sein,die unsere letzten vorwörter nicht gelesen bzw. nicht ernst genommen haben.aber jetzt ist es soweit: das krisenmanagment hat ein -vorläufiges- ende.die unzertrennlich wird auf eis gelegt,das projekt -bundesweite autonome zeitung- wird bis auf weiteres eingestellt. "vorläufig","auf eis","bis auf weiteres" - der anspruch auf weitermachen in jeder zeile? ja klar,denn es gab weder knappe kasse noch repressive übergriffe,die uns in die enge trieben. wir selbst,unsere (nicht-)strukturen sind es,die die bittere realität ausmachen.und daß wir dieser weichen müssen,widerspricht doch ziemlich klar unserer überzeugung: "im wissen um die notwendigkeit überregionaler diskussion und information liegt für uns das projekt der zeitung begründet.es ist eine form überregionaler organisierung,die wir auch zum jetzigen zeitpunkt (noch immer) schwacher strukturen für richtig halten." (konzeptdiskussion in der nr.7..) wir such(t)en unseren platz zwischen aktionsbezogenerer radikal und inhaltshomogener wildcat.als ziemlich heterogener redaktionshaufen woll(t)en wir "traditionellere" bewegungspolitik (z.b. anti-akw,startbahn..) mit neuaufkommenden bzw sich verstärkenden strategiediskussionen (internationalismus,patriarchat,klasse..iwf-kampagne) konfrontieren; und -unzertrennlich!?- den prozeß unterstützen,diese linien in einer autonomen,gleichermaßen sozialrevolutionären wie antiimperialistischen politikvorstellung zusammenbringen.
dieser hehre anspruch besteht fort, seine umsetzung kommt unseres erachtens am projekt bundesweite zeitung nicht vorbei.wir brauchen ein offenes forum,wo (kontroverse) diskussionen zusammengeführt,in größerer auflage (und in höchstens 2-monatigen abständen) verbreitert werden! es bleibt sicher umstritten,wie weit die unzertrennlich an diese praktischen wie inhaltlichen ansprüche jemals herangelangt ist.vor allem bleiben wir bescheiden in der einschätzung,wie weit "unsere" diskussionsansätze aufgegriffen wurden.und damit zusammenhängend kommen wir zum kern der sache zurück,an dem das projekt (einmal mehr) gescheitert ist: es hat sich keine stabile redaktionsgruppenstruktur durchgesetzt,eine wirkliche,breitere verankerung ist nicht gelungen. auch dazu hatten wir in den letzten vorwörtern einiges gesagt. eigentlich kaum zu glauben: fast in jeder größeren stadt existieren autonome zusammenhänge,aber überall zurückschreckende ablehnung,wenn's darum geht, sich verbindlich auf dieses "hauptnebenprojekt" einzulassen.die dahintersteckende nichtkontinuität vieler gruppen bei gleichzeitiger überlastung bestehender "kerne" weist einmal mehr auf die zentrale frage unserer organisierung hin: den aufbau fester strukturen...
wir werfen also jetzt das handtuch, nicht ohne die fühler für ein -verankerteres- projekt immer wieder auszustrecken,und irgendwann mit neuer energie erneut in den ring zu steigen!
die restredaktion

p.s.: jenseits unserer gerade wieder mal dargelegten überzeugung von der notwendigkeit einer bundesweiten autonomen zeitung bleibt wohl überflüssig zu betonen,daß lokale und regionale infos,schriften zu "spezialthemen" wie auch reader und dokus die träger unserer auseinandersetzungen sind. kurzlebigkeiten stellen diese funktion nicht grundsätzlich in frage,zumal es doch um die schaffung eines zeitungsdschungels geht,der -nicht zuletzt angesichts des verschärften repressionsarsenals- flexibel genug ist, immer wieder neue blüten zu treiben. eine dieser blüten sind regelmäßige, in ihren schwerpunkten lokale bis regionale infosammlungen."sabot" aus hamburg besteht zwar schon länger, kommt jedoch "nur" in großen zeitabständen raus.die seit mai '88 gleich wöchentlich (die angeber!) erscheinende "interim" in berlin ist wohl der weitgehendste versuch eines autonomen infodienstes.und auch in rhein-main gibt es seit november'88 einen neuen monatlichen infoversuch,"swing" nennt sich das teil dort...
wir halten diese lokalen/regionalen blätter für einen wichtigen und sich hoffentlich verbreiternden ansatz von infodienst-basisstrukturen.und daß dieser ansatz hier so extra und besonders erwähnung findet,hat natürlich einen ganz "selbstsüchtigen" hintergrund: aus dem netz solcher infodienste den faden zur verankerten struktur einer neuen überregionalen zeitung zu spinnen ...
wir spinnen weiter !

zur letzten ausgabe kamen einzelne artikel sehr s[illegible] und andere in allerletzter minute. einige kamen ein paar minuten zu spät! den abdruck der inhaltlich nicht zeitgebundenen artikel haben wir jetzt nachgeholt. dies und der run auf die (vorläufig) letzten unzertrennlichseiten (?!) haben die vorliegende nr 64 seiten dick und 4 dm teuer gemacht. dafür hat die verehrte leserinnenschaft "unbegrenzte" lesezeit....



RESÜMEE ODER ZWISCHENBILANZ?
GEDANKEN ZU EINER AUFARBEITUNG
DER IWF/WB-KAMPAGNE

Nach einer überwiegend positiv wahrgenommenen Aktionswoche Ende September gegen IWF/WB (bei sicherlich starken regionalen Unterschieden) wollen wir versuchen, einige Gedanken zum "derzeitigen Stand" der Kampagne zu entwickeln: Wir wollen einen Blick zurückwerfen auf die mit der Kampagne verbundenen Hoffnungen und Zielvorstellungen, auf ihre thematischen Schwerpunkte, die Hauptlinien der inhaltlichen Kontroversen und schließlich auf die praktische Ausgestaltung bis hin zu den Aktionstagen. Wir wollen damit anfangen, die Kampagne selbst (und weniger die Aktionstage) zu reflektieren, dabei sollten auch die ursprünglich formulierten Ansprüche und Ziele mit dem bisher tatsächlich Erreichten konfrontiert werden.

Ein Blick zurück also, den wir als Beitrag für den Blick nach vorne verstehen, für das, was sich aus der Kampagne entwickeln kann und sollte. Denn wenn wir unsere eigenen Ansprüche an die IWF/WB-Kampagne ernst nehmen wollen, dann war die Aktionswoche auf der praktischen Ebene zwar ihr Höhepunkt, nicht aber ihr endgültiger Abschluß. Ob sich diese Hoffnung einlösen wird, muß sich allerdings erst noch herausstellen.

Trotz der thematischen Vielfalt und der Unterschiedlichkeit der an die Kampagne herangetragenen Erwartungen (auch innerhalb des autonomen, sich mit antiimperialistischer Stoßrichtung verstehenden Spektrums) , lassen sich u.E. in den ursprünglichen Zielsetzungen einige Schwerpunkte festmachen:
In jedem Fall wurde mit der Kampagne die Hoffnung verbunden, eine größere theoretische Klarheit über das Funktionieren imperialistischer und patriarchaler Herrschaft zu erlangen, die Umstrukturierungsprozesse und die Verschärfung der Situation der "Klasse" (s.u.) in den 3 Kontinenten und den Metropolen zu erfassen. Die inhaltliche Debatte zu führen bedeutete, die Verbindungslinien zwischen den Teilbereichsbewegungen (und ihrem jeweiligen "Teilwissen") über die Kampagne aufzuzeigen und herzustellen. Aus dem ersten bundesweit verbreiteten Aufruf (Autonome Gruppen Westberlin, im März '87 von der Unzertrennlich abgedruckt) : "Viele Zusammenhänge ahnen wir mehr, als daß wir sie wissen und belegen können. Darum sind alle Gruppen, die zu verschiedenen Teilbereichen arbeiten, aufgefordert, die Verknüpfungen, die zu Institutionen wie dem IWF und der WB bestehen, aufzuspüren und dagegen aktiv zu werden."
Klar war auch, daß über die inhaltliche Schiene die notwendige Abgrenzung zu reformistischen Vorstellungen (auf den IWF Einfluß nehmen bzw. ihn verbessern zu wollen) deutlicher werden sollte.
An die Debatte wurde auch der Anspruch gestellt, die innerhalb des autonomen Spektrums bestehenden Kontroversen sichtbar zu machen, produktiv zu diskutieren und auszutragen. Aus dem Papier "Jedes Herz ist eine Zeitbombe" : "Wir halten es für entscheidend, die verschiedenen vorhandenen Ansätze und Analysen (diverse autonome und antiimperialistische Positionen,Wildcat, Autonomie, marxistische...) nicht einfach gegeneinander zu diskutieren bzw. den einen oder anderen vorschnell zur Grundlage unserer theoretischen Diskussionen zu machen. Vielmehr wollen wir sie 'miteinander' diskutieren, d.h. offene Fragen, überzeugende Antworten, Lücken zusammentragen; die Momente der Metropolenwirklichkeit ausfindig zu machen u. sie zu benennen (...) Die antikapitalistische/antipatriarchale/antiimperialistische Debatte forcieren!" Zu den wichtigsten Punkten der Kontroverse wurden:

- Die Auseinandersetzungen mit dem Patriarchat; wobei hier ein durchaus nicht neuer Diskussionsstrang aufgegriffen wurde, der auf theoretische Arbeiten der Bielefelder Soziologinnen (v. Werlhof, Mies, Bennholdt-Thomsen) zurückgeht, innerhalb von autonomen Frauenzusammenhängen schon länger diskutiert wurde und auch bereits bei den Aktionen zum WWG '85 in gemischte Zusammenhänge Eingang fand. Dennoch erhielt dieser Diskussionsstrang u.E. in der IWF/WB-Kampagne eine in gemischten Zusammenhängen noch nicht vorhandene Bedeutung und löste diverse Diskussionen/Auseinandersetzungen aus: über die Bedeutung und Definition von Subsistenzproduktion, über die Zusammensetzung der Klasse und damit auch über die Bestimmung des revolutionären Subjekts, über den Zusammenhang von Patriarchat und Kapitalismus/Imperialismus und, nicht zuletzt, über Männer- bzw. Frauenverhalten in unseren eigenen Strukturen.

- die Auseinandersetzungen um "alten" und "neuen" Internationalismus bzw. die Postulierung eines "Neuen Antiimperialismus". Ausgehend von der zumindest teilweise zu ausschließlichen Orientierung bisheriger Internationalismusarbeit an bewaffneten Befreiungsbewegungen wurde unter dem Stichwort "Blicherweiterung" zunächst die verstärkte Einbeziehung von riots, Landbesetzungen, Aufbau kollektiver Slumstrukturen etc. gefordert. Die Diskussionslinien verliefen dann entlang der Kritik/Kritisierbarkeit von Befreiungsbewegungen (z.B.: was bedeutet der Vorwurf an die Sandinisten, sie würden letztendlich IWF-Politik unter anderem Vorzeichen betreiben? oder wohin führt die "Empfehlung" an Befreiungsbewegungen wie etwa die FMLN in El Salvador, u.U. auf die politische Machtübernahme zu verzichten? - für die einen sind dies denkbare Konsequenzen ihrer postulierten Kritikpunkte, für die anderen drückt sich hierin in der Konsequenz Entsolidarisierung und/oder Zynismus bzw. mangelnde historische Sichtweise aus) bis hin zu den Diskussionen um strategische Angriffsflächen des Imperialismus, wobei die Positionen von der Unterstützung nationaler Befreiung bis hin zur Verwertungsblokkierung auf allen Ebenen reichten und reichen. Dies sind nur einige Diskussionslinien, auch gab es Positionen "dazwischen". Diese Auseinandersetzungen fanden ihren vorläufigen Höhepunkt auf den Internationalismus Tagen in Bremen im April 88.

- die Kontroverse über die Definition von Klasse. Aus "Verhindern wir den Kongreß" (August '87): "Reste alter ML-Positionen (Klasse als freie Lohnarbeiter, als Nichtbesitzer von Produktionsmitteln), Frauen als 'eigentliche Klasse', 'Klasse im wahrsten Sinn', Klasse als widersprüchliche Einheit von besonders Unterdrückten: Marginalisierten, Hausfrau-

en, Entgarantierten - schon in unseren Definitionen gehen wir von sehr unterschiedlichen Ausgangspunkten aus." Die Diskussionen führten auch zu der Frage, ob Klasse ökonomisch, politisch oder vielleicht in einer Verbindung beider Kategorien herzuleiten sei. Und natürlich ging es dabei nicht um ein akademisches Erkenntnisinteresse, sondern darum, eine konkrete Strategie in den Metropolen aufzuspüren und auch in der Praxis zu entwickeln, um unser Verhältnis zum (oder Stellung im?) revolutionären Subjekt.

Daneben durchzog schon früh ein altes doch immer wieder aktuelles Thema die Diskussionen: die Bündnisfrage, die sich vor allem im Hinblick auf die konkreten Aktionen während der IWF/WB-Tagung in Westberlin stellte. Grundsätzlich gab/gibt es zu diesem Thema (wenn mensch Bündnisse nicht so oder so ablehnt) wenigstens zwei verschiedene Standpunkte:

Der eine geht davon aus, daß wir Bündnisse zumindest nicht von uns aus herbeiführen oder suchen sollten. Vielmehr sollten unsere Politik so überzeugend, unsere Aktionen so gelungen sein, daß andere zu uns kommen, nicht wir zu ihnen. Überspitzt gesagt: mensch hätte nichts dagegen, wenn die "...gische Anziehungskraft" autonomer Politik die Massen, das revolutionäre Potential oder einfach andere Gruppen zu uns treiben würde. Aber das Führen aufreibender Bündnisgespräche, endlose Debatten nicht nur entlang der leidigen Gewaltfrage etc. werden - gemessen am möglichen Effekt - als zu mühselig empfunden. Auch die Gefahr der Vereinnahmung, instrumentalisiert zu werden als militantes Aushängeschild reformistischer Politik, wird als zu groß erachtet.

Die andere Position geht davon aus, daß Bündnisse grundsätzlich notwendig und richtig sind, aber auf keinen Fall um jeden Preis. (Prinzipiell für sinnvoll gehalten werden sie neben dem jeweils konkret angestrebten politischen Effekt auch deshalb, weil von der Notwendigkeit der Verbreiterung und Vermittlung ausgegangen wird, lapidar ausgedrückt, weil wir alle nicht als autonome Linke geboren worden sind.) Es geht dann hierbei darum, Kriterien zu entwickeln, auf welcher Grundlage Bündnisse sinnvoll sind, unter welchen Bedingungen sie eingegangen werden könnten und sollten. Wir geben einen etwas längeren Abschnitt aus "Jedes Herz ist eine Zeitbombe" wieder, in dem einige Kriterien aber auch Gefahren benannt werden, die VerfasserInnen aber dennoch differenziert für ein Bündnis (hier: bei d. IWF-Demo/ Aktionen) argumentieren, und auch vergangene Bündniserfahrungen wie etwa Hanau-Demo '86, WWG '85 - u.E. zu recht - als positiv bewerten:

"Wir können uns diese Demo, wie die ganze Kampagne, nur mit der Beteiligung möglichst vieler in der BRD existierenden politischen und sozialen Bewegungen vorstellen. Wir sind zwar ebenfalls der Meinung, 'daß eine revolutionäre inhaltliche Position uns von reformistischen Kräften zunächst bewußt isoliert'; daß 'Kampagne' aber deswegen heißen muß, aus dieser Isolierung rauszukommen, zu informieren, zu aktivieren.
Wir halten das Bewußtsein und die Bestimmumg dieser beiden Ausgangspunkte für die zentralen Voraussetzungen/ Ziele der Kampagne, des Prozesses.
Eine Folgerung, die auf der Suche danach, der Isolierung zu entkommen, getroffen wird, nämlich 'Wir sollten von vornherein klarmachen, daß wir alle Aktionsformen gegen den IWF für richtig halten - von der Menschenkette bis Reden der kritischen Aktionäre', erscheint uns werder unbedingt zwingend noch logisch richtig zu sein.

Vielmehr halten wir sie für falsch und politisch, wie sich oft erwiesen hat, fatal. Denn diese Position unterschätzt die Eigendynamik und Bedeutung reformistischer Aktionen und ihre inhaltlichen Bestimmungen. Wir können uns nicht darauf beschränken, die Tolerierung unserer Aktionsformen zu fordern, an die sich reformistische Funktionäre im Zweifelsfalle noch nie gehalten haben, und ansonsten auf das produktive Nebeneinander vielfältigster Aktionsformen und Inhalte hoffen. Vielfalt von Aktionsformen kann nur innerhalb eines Rahmens produktiv werden, der Ausdruck einer gemeinsamen, inhaltlichen Grundlage ist.
Wir sind also nicht grundsätzlich gegen Bündnisse, sondern glauben, daß es in jeder spezifischen Situation darauf ankommt, Bedingungen, Einflußmöglichkeiten... zu untersuchen und danach zu entscheiden (Hanau war richtig, WWG auch - wir können aus beidem lernen). Auf der anderen Seite sind wir dafür, Aktionsformen, die die Entwicklungsmöglichkeiten eines politischen Prozesse massiv behindern/ verunmöglich aufs schärfste zu unterbinden. Kein Nebeneinander, wo Spaltung und damit "Verhinderung" angesagt wären. Es ist also eine andere Frage, wann und wie (politischer Nutzen für uns) Bündnisse aufzukündigen/ eine Spaltung in der Bewegung notwendig und politisch richtig wird!"
Wir stimmen mit dieser Haltung grundsätzlich überein. Es ließe sich aus unserer Sicht noch ergänzen, daß wir die benannte Voraussetzung "einer gemeinsamen, inhaltlichen Grundlage" für besonders wichtig erachten: klar abgesteckte Zielsetzungen oder auch "nur" strategische Teilziele, die gemeinsam getragen werden können, sind für ein Bündnis notwendig. So ist es bspw. auf der Grundlage der Forderung nach Erhalt der Hafenstraße - relativ gesehen - einfacher, ein Bündnis einzugehen oder herzustellen, als beim Thema IWF, wo sich manche Forderungen von reformistischer Seite mit unseren Zielen nicht mehr vereinbaren lassen.
Prinzipiell glauben wir, daß das, was bei einem Bündnis herauskommen kann, stark von unserem Engagement abhängt. Je offensiver und früher wir auftreten (in dem Fall, daß eine bewußte Entscheidung dafür vorausgegangen ist), desto eher können wir den rechten Rand in die Defensive drängen, unsere Vorstellungen durchsetzen und das Bündnis zu einem für uns Sinnvollen machen.
Warum es dann bei der Berliner Demo am Sonntag vor der Aktionswoche nicht zu einer Beteiligung unsererseits am Bündnis kam, mag sich aus Gründen erklären, die nicht unmittelbar mit den benannteb prinzipiellen Überlegungen zu tun haben (sie werden in der gleichen UZ von BerlinerInnen dargelegt). Festzuhalten bleibt dann aber, daß von den konkreten Gründen, die zu einer Nichtbeteiligung der BerlinerInnen am Bündnis geführt haben, in Westdeutschland nur wenig bekannt wurde (außer, daß die Sonntagsdemo eben am Sonntag, also vor der Tagung laufen sollte). Für viele von uns stellte es sich so dar, als ob die Bündnisfrage in Westberlin hauptsächlich entlang der Einschätzung der eigenen Stärke debattiert wurde, (was wir für ein fragwürdiges Kriterium halten), d.h. am Anfang schien es so, als seien wir stark genug, hätten also die "Reformer" eh nicht nötig, und als sei erst mit veränderter Einschätzung der eigenen Stärke und zunehmender Repressionsangst für manche die Bündnispolitik wieder ins Blickfeld gerückt.
Über die Zusammenführung der verschiedenen Teilbereiche sollte die Kampagne - neben den bereits genannten - die Umsetzung vor allem folgender Zielsetzungen ermöglichen:
a) Wir wollten wegkommen von dem Abfahren/Aufspringen auf Themen bzw. Teilbereiche" , hin zu der Entwicklung einer revolutionären Strategie. Aus "Jedes Herz...": "Wir sehen die antikapitalistische Woche, die Libertären Tage, die anlaufende Militanzdebatte, Neuorientierungen und Grundsatzdiskussionen in den Städten, die Versuche und Bestrebungen, Teilbereichskämpfe neu zu bestimmen /auf eine qualitativ neue Stufe zu heben (z.B. KWU/Siemens-Kampagne), als reale Basis an für für die Einleitung von neuen Entwicklungen und Prozessen."(S.3) Und daraus die Konsequenz: "Den Sprung von der spontanen Bewegung zur organisierten revolutionären Kraft einleiten (...), die Entwicklung von Vorstellungen und Linien einer relevanten revolutionären Strategie in den Metropolen"(S.3/4).
Diese nicht unbescheidenen Forderungen haben in der Reichweite nicht alle von uns erhoben, aber in jedem Fall ging es darum, "von den Teilbereichen aus weiterzugehen, in der inhaltlichen Auseinandersetzung und im praktischen Widerstand" (aus dem Aufruf der Autonomen Gruppen W-Berlin), nicht einem neuen Modethema aufzusitzen, sondern in der Kampagne"Kräfte zu bündeln" (aus"Verhindern wir ..)
b) Daneben wollten wir über die "militante Debatte" und die Zusammenführung der Teilbereiche an diesem Punkt die Strukturen unter uns, die Organisierung autonomer Kräfte vorantreiben. "Inzwischen sind fast alle Linksradikalen für 'Organisierung', aber auch hier wimmelt es von unterschiedlichen Konzepten." (aus "Verhindern wir ..")
Einigkeit herrschte vielleicht insofern, daß über die Kampagne die Möglichkeiten und Notwendigkeiten eines Austauschs, einer forcierten Debatte untereinander durch bundesweite und regionale Treffen, über Infos, Bro-

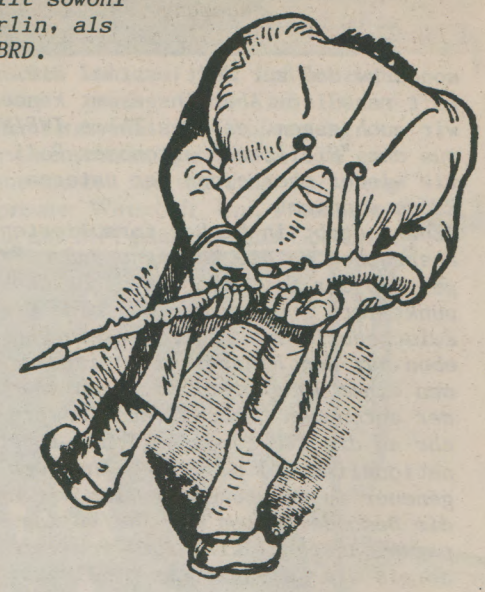
schüren etc. verstärkt, und damit unsere Strukturen ausgebaut würden. Die (nicht eingelösten) Vorstellungen reichten von einem Kongreß, einem Camp, regelmäßigen Infos, Broschüren bis hin zu einem Archiv.

c) Schließlich sollte die Orientierung der Kampagne an der Politik des IWF und der bevorstehenden Tagung in Westberlin, die Möglichkeit schaffen, sowohl unseren praktischen Kampf und Protest dagegen, als auch die Auseinandersetzungen über (bzw. Anstrengungen für) Organisierung und die inhaltliche Debatte auf einen konkreten Punkt zu beziehen. In einem Papier vom Nov. 87 ("Ansprüche an die IWF-Kampagne/Neuer Internationalismus) wurde grundsätzlichen Einwänden gegen eine IWF-Kampagne damit widersprochen, "daß ein praktischer Bezugspunkt die theoretische Debatte auf den Boden der Realität zwingt, daß z.B. inhaltliche Angriffslinien wie auch praktische Bündnisfragen sich ganz direkt stellen, Ansprüche zumindest als Momentaufnahmen auf ihre Machbarkeit und Umsetzung überprüft werden können".

Und nicht zuletzt hatte die Kampagne das erklärte Ziel, den Kongreß zu verhindern. Noch einmal aus dem Aufruf der WestberlinerInnen von Anfang 87:" Wir meinen diesen Vorschlag nicht als militärisches Problem. Wir müssen erreichen, daß ihnen jede ihrer feierlichen Erklärungen im Halse stecken bleibt, daß sie sich in ihre Hochsicherheitshotels, in ihre Tagungsbunker und militärisch abgesicherten Zufahrtswege verschanzen müssen, weil zuviele in der gesamten übrigen Stadt sind, die ihre Lügen erkannt haben, vor deren Ablehnung und Wut sie sich zurückziehen müssen. Verhindern heißt, ihnen klar zu zeigen: es wird keine Prestigetagung der Reichen und Mächtigen werden, sondern eine Demonstration des weltweiten Widerstands - und das wird nicht in ungestörter Harmonie verlaufen."

Dieses Ziel haben wir dann doch zumindest ansatzweise recht gut eingelöst, was den Widerstand und die Aktionstage in Berlin betrifft. Bundesweit war der Widerstand dagegen eher dürr. Insgesamt waren die Vorstellungen von breiteren Massenaktionen, von flächendeckenden Sabotageaktionen, von vor allem lange vor der Tagung in Berlin über das gesamte Bundesgebiet verstreut laufenden Sachen, viel höher. Ab dem Sommer 88 war dieser Optimismus auf ein Minimum gesunken. Jede Menge Frust und Resignation machte sich in unseren Strukturen breit. Die Vorstellungen von dem, was noch möglich und vorbereitbar ist, waren eher düster, ganz besonders stark außerhalb Westberlins. Dies drückte sich z.B. in zugespitzter und ironischer Form auf der Rückseite der letzten Unzertrennlich so aus: Verhindern wir den Kongreß! am Urlaubsstrand.
Auf der Aktionsebene gibt es ein deutliches Gefälle Berlin - bundesweit. Nicht nur der schwache Widerstand in Westdeutschland macht uns nachdenklich, sondern wir stellen uns auch die Frage, warum die Aktionstage so wenig Leute nach Westberlin mobilisiert haben.
Einen Grund sehen wir in der Einschätzung der Repression: "Im September anläßlich des IWF-Kongresses, werden wir wieder eine eindrucksvolle Machtdemonstration der Staatsmacht erleben. Die 21.647 Polizeibediensteten werden den Apparat auf Hochtouren bringen. Kewenigs Söldner werden ausschwärmen und sie werden sich nicht auf Stockschläge und Verhaftungen auf der Demo beschränken. Bespitzelungen, Abhöraktionen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen im Vorfeld ("Gefahr im Verzug"): Sie werden sich alle Mühe geben, schon vorher Unruheherde zu beseitigen!"
Schreckensszenarien von Massenfestnahmen bereits an der Grenze, von der Abriegelung Kreuzbergs und und und haben wir ausgemalt. Der Staat hat seinen Teil dazu beigetragen, wie die vollmundige Bemerkung Kewenigs zeigt: "Bis zum Sommer ist das Problem der Autonomen vom Tisch."
Die Einschätzung der Repression kommt allerdings nicht von ungefähr, sie beruht ja auf Erfahrungen. Die Einschätzung vorher war deshalb im Prinzip nicht falsch. Auch wenn wir damit eher zu Verunsicherung, Abschreckung und Angst beigetragen haben, als zu einer konstruktiven Auseinandersetzung.
Die Überlegungen, um der Paranoia was entgegenzusetzen, waren eher dünn, zu ungenau und nicht mit aller Konsequenz in die Diskussion gebracht worden. Viel schärfer hätten wir Vorstellungen überlegen und einbringen müssen, was wir dann trotzdem machen - und letztendlich Aktionen trotz der Repression und der zu erwartenden Konsequenzen durchzuführen.
Gerade auch um die Repression zu unterlaufen, haben Autonome das Kleingruppenkonzept entwickelt. Dies war sicher der weitgehendste Versuch, trotz Horrorszenarien über Bullenstrategien, Wege von Widerstand zu finden. Wir haben dennoch jede Menge Kritik an diesem Konzept-Vorschlag und sehen darin auch einen wesentlichen Grund für die schwache Mobilisierung. Das Konzept vermittelt einen recht hohen Anspruch:
" ... es werden aber dennoch viele Leute aus dem Bundesgebiet nach Berlin im September kommen wollen. Das hat aber nur dann Sinn, wenn diese Menschen sich bestmöglichst vorbereiten, die Situation in dieser Stadt kennen. Und vor allem wissen, was sie hier wollen. Das setzt voraus, daß sie sich vorher mit Leuten aus Berlin, die sie kennen, zusammen setzen und alle Informationsmöglichkeiten, die angeboten werden, nutzen. Noch mal klar ausgedrückt: Wir legen eigentlich keinen Wert auf GenossInnen, die unvorbereitet und ohne Konzept, ohne Vorstellungen welche Aktionen sie hier machen wollen, nach Berlin kommen."

Dieses Konzept setzt recht intakte Strukturen der bundesweiten Gruppen voraus, die es zu diesem Zeitpunkt der Konzeptvorstellung nur (noch) vereinzelt gab. Gerade in Süddeutschland und im Rhein-Main-Gebiet (bedingt durch die Ereignisse nach dem 2.11.) ist die autonome Bewegung und deren Strukturen eher schwach.
Zudem hat das Konzept die Angst gerade bei den westdeutschen Gruppen verstärkt und dadurch eher demobilisierend gewirkt. Die Repressionswelle verlief dann bedeutend schwächer, als wir vorher angenommen hatten. Viele der Horrorszenarien traten gar nicht ein. ".. nach den nächtlichen Auftritten habe man 'die Wunden geleckt', sagt ein hoher Beamter ohne Umschweife, 'es war keine gute Veranstaltung für die Polizei'." Wir haben auf diese veränderte Situation nicht flexibel genug reagiert, das gilt sowohl für die Aktionstage in Berlin, als auch für Aktionen in der BRD.



Kampagnenbegriff

Wir wollen nochmal genauer eingehen auf das gesamte Verständnis der Kampagne. In vielen Papieren vorher wurde der Begriff nicht genau definiert und nicht exakt getrennt von dem, was wir mit einer langfristigen politischen Strategie meinen. Dadurch entstanden bei vielen von uns falsche Erwartungen. Wir wollen versuchen, den Begriff Kampagne etwas genauer zu definieren und unsere Erwartungen an die Kampagne gegen IWF/WB bzw. an das, was darüber hinausgeht, beschreiben.
Einig sind wir uns darin, daß Kampagne nicht gleichzusetzen ist mit Kampf/Strategie, daß aber beides im Zusammenhang stehen muß. Die Kampag-

ne innerhalb eines politischen Kampfes ist Mittel und Motor, über den sich Widerstand gegen Imperialismus breiter ausdrückt und zuspitzt. Kampagne als Moment, Kräfte zu bündeln und aktiv werden zu lassen, als Möglichkeit, breiter zu mobilisieren, als Verbindung, Theorie umzusetzen.
Kampagnen sehen wir im Unterschied zu Bewegungen als bewußt initiiert, mit einer bewußt getroffenen Entscheidung und einer konkreten Zielsetzung. Im Gegensatz dazu sind Bewegungen eher etwas gewachsenes.
Wir haben versucht, über die Kampagne gegen IWF/WB diesen Ansprüchen ein Stück näher zu kommen. Von dem, was darin steckt, war die Möglichkeit auch da, weit mehr noch an Ansprüchen und Vorstellungen von uns einzulösen. Was bleibt, ist die Widersprüchlichkeit von Kampagnenarbeit und der alltäglichen (politischen) Arbeit. Diesem Widerspruch wollten wir dadurch begegnen, indem wir aus unserer bisherigen Arbeit, aus den Teilbereichen raus, uns auf den IWF/die WB beziehen, das Thema mit einbeziehen, anstatt auf ein neues "Modethema" aufzuspringen. Damit wollten wir ein Stück weit auch das Loch/Vakuum am Ende der Kampagne, wie wir das aus früheren Erfahrungen kennen, auffangen. Dem Widerspruch konnten wir so nicht befriedigend begegnen. Logischerweise war es in den letzten Wochen vor dem Kongreß so, daß wir zum größten Teil aus der alltäglichen Arebit rausgerissen wurden und, zumindest gilt das für Berlin besonders, daß zur Zeit erstmal die Luft raus ist. Aber insgesamt können wir auch sagen, daß das Thema IWF/WB aus den "Hitlisten" autonomer Politik wieder eher einen der unteren Ränge einnimmt.
"Zudem steht in bisher formulierten Ansprüchen an die Kampagne außer Frage, daß der September 88 nicht Endpunkt ist, sondern maximal eine erste Zwischenbilanz ermöglicht, ein Punkt eben,auf den hinzuarbeiten ist im Rahmen einer langfristigen Organisierung der autonomen Linken."(aus "Ansprüche an die IWF-Kampagne/Neuer Internationalismus") Um diesen Anspruch genauer zu verstehen, wollen wir uns die Besonderheiten der IWF/WB-Kampagne ansehen; wir haben von vorneherein die Kampagne als Möglichkeit gesehen, auf drei verschiedenen Ebenen zu arbeiten:
Auf der praktischen Ebene sollten und haben die Aktionstage als Momentzustand ihren Ausdruck gefunden. Diese Ebene ist mit Ende der Tagung in Berlin als Zuspitzung auch abgeschlossen.
Auf der organisatorischen und letztendlich auf der theoretischen Ebene liegen die Ansätze, die sich an der Kampagne entfacht haben und die über sie hinausgehen werden.
Auf der theoretischen Ebene liegt sicher einer ihrer größten Erfolge. In der inhaltlichen Diskussion haben wir versucht, viel weniger über IWF/WB als Institutionen zu reden, als über imperialistische Angriffslinien.

Am Anfang, so 1 1/2 Jahre vor der Tagung in Berlin, gab es schnell Treffen und Gruppen, die sich über das Thema IWF der Analyse des Imperialismus und den Kämpfen dagegen genähert haben. Die Bereitschaft war groß, daran zu arbeiten und die Einschätzung über das, was es bringen kann, sehr euphorisch. Diese Treffen haben ziemlich schnell die Kontroversen sichtbar gemacht. Bei uns sind mehr Fragen als Antworten entstanden. Wir haben es nicht erreicht, ein konstruktive Auseinandersetzung der verschiedenen Richtungen/Pole zusammenzuführen, wir waren nicht fähig zu einer produktiven Konfrontation. Viele der Treffen und Gruppen sind dann wieder zusammengebrochen.

Die Organisierungs- Diskussionen reichen in viele Zusammenhänge hinein, auch wenn sich diese nicht mit IWF beschäftigen oder beschäftigt haben. gerade an diesem Punkt wird es sicher weitergehen.

Insgesamt haben wir uns sehr viel mehr als die Jahre vorher mit Theorie auseinandergesetzt. Innerhalb der Kampagne entstand dadurch eine relative Theorielastigkeit. Das Verhältnis von Theorie zu Praxis war ungleich auf Kosten der praktischen Umsetzung. Unsere permanente Diskussion um Imperialismus, imperialistische Angriffslinien bis hin zur Sicht das Kapital als "transnationales Kommando" zu sehen, was uns "scheinbar unangreifbar aus den Weltkathedralen des Monopols entgegentritt", hat uns eher ohnmächtig werden lassen, anstatt von der globalen Sichtweise zum lokalen Handeln zu kommen.

Im Spätsommer 1988 gab es dann doch kurzfristig jede Menge Versuche noch was auf die Beine zu stellen. Sowohl die Aktionstage in Berlin, als auch mehrere Demos und Aktionen in anderen bundesweiten Städten (Bremen, Hamburg, Hannover, Stuttgart, Frankfurt).

Außerhalb der sog. Lutter-Treffen gab es eigentlich kein größeres bundesweites Zusammenkommen der Autonomen und Anti-Imperialisten im direkten Bezug auf die Kampagne, wie das als Idee mit dem Oster-Kongreß vorgesehen war.
Die Bremer Internationalismus-Tage wurden dann mehr oder weniger zu diesem größeren (einzigen) Diskussions-Punkt, wo mehrere hundert Leute aus der ganzen BRD sich trafen. Die Diskussionen während der Tage blieben für Viele unbefriedigend. Die verdeckte Dominanz der Autonomie-Richtung, der starre Veranstaltungsrahmen haben viel erschwert bzw. verunmöglicht.

In Bremen wurden dann die Kontroversen des Patriachats, zwischen Frauen und Männern und am Punkt des "neuen" und "alten" Anti-Imperilaismus nochmal deutlich sichtbar und haben viel aufgerissen und eher wenig Annäherung gebracht.

Abschließend ist zu sagen, daß die Ziele, die an die Kampagne gestellt waren/sind, sehr hoch sind.
Wir konnten zu Beginn nicht absehen, ob wir auch nur einen Teil davon erreichen können. Wir hatten bisher allerdings auch keinerlei Erfahrungen mit dieser Art von Kampagnen-Arbeit. Durch die zu hoch gesteckten Ziele und Erwartungen war Frust, Resignation, Unlust und die Nichtbeteiligung vieler Leute von vorneherein vorprogrammiert. trotz der zu hohen Erwartungen hätte mehr laufen , die Diskussionen genauer geführt und die Organisierung stärker vorangetrieben werden können. Wenn es uns gelingt, den Widerstand an den über die Kampagne aufgedeckten Angriffslinien weiterzuentwickeln, ist das auch schon ein Erfolg.

Auf zu neuen Zielen neuen Zielen neuen Zielen neuen Zielen neuen Zielen

Unsere ersten Gedanken nach den Aktionstagen waren ersteinmal Erleichterung und Freude über den gelungenen Ablauf unsererseits. Diese Gedanken haben sich auch bis heute - lange nach dem September - erhalten. Wir wollen dabei aber nicht übersehen, daß es viele Unzulänglichkeiten, Chancen, die vertan wurden, und Ängste gegeben hat. Punkte, an denen wir bei zukünftigen Großkampftagen offensiver handeln können. Wir wollen anhand der Kampagne vorher und den Aktionstagen versuchen, Schwierigkeiten, die wir hatten, zu benennen und Fehler nicht zu verschweigen, sondern aus ihnen zu lernen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Kampfansage gegenüber einer Analyse, die keinen Praxis- und Alltagsbezug mehr hat. Es geht darum, nicht auf die Revolution des revolutionären Subjekt in den Metropolen zu warten, sondern hier und jetzt unsere Kämpfe und unsere Basis zu verbreitern.

547 Tage

"Wir wollen zu einem bestimmten Zeitpunkt unsere Kräfte bündeln, aber der Prozeß vorher und nachher ist das entscheidende." (aus "Verhindern wir den Kongreß", Frühjahr 87)

Der Aufruf, der eineinhalb Jahre vorher fertig war, gab die wichtigsten inhaltlichen Richtungen an, die auch von vielen so aufgenommen werden konnten, daß er nicht nur konsumiert wurde, sondern auch viele Diskussionen auslöste. Veranstaltungen über konkrete Arbeit des IWF im Trikont und ihre Funktion im kapitalistischen System wurden eifrig vorbereitet und besucht. Ökonomische Bedingungen der Ausbeutung auf der ganzen Welt waren ein Thema, worin es einen großen Nachholbedarf in der Scene gab. (Die genaue Zusammenfassung dieser Diskussionen findet ihr im ersten Artikel.)

Doch schon bald tauchten die ersten Probleme auf. Was für praktische Folgen hat die Analyse von Kapitalstrategien und Klassenkämpfen. Ein Spezialistenwissen wurde in einzelnen Gruppen aufgebaut, das sich in längeren Grundsatzpapieren zur Herangehensweise an Politik entlud. Anfangs kamen aus den Diskussionen wichtige "neue" Bereiche, neu zumindest für die gemischte Scene, z. B. das endlich auch von den Typen entdeckte Patriarchat als ökonomisches Ausbeutungsverhältnis neben dem "privaten" Gewaltverhältnis. Die Schlagworte davon drangen dann auch zu ziemlich allen Leuten aus der Scene vor. Schlagworte von Klasse, revolutionären Subjekten über neue imperialistische Angriffslinien gegen Klassenkämpfe, IWF-Riots, neuer Internationalismus bis zur Subsistenzproduktion als Verweigerungshaltung gegen kapitalistische Verwertung.

Doch schon die genauere Vermittlung und Verbreiterung der Diskussionen klappte nicht mehr. In Westberlin z. B. gab es von den IWF-Gruppen lediglich Ende 87 die einzige Informationsveranstaltung. Sie ging dann um die genauere Erklärung der Abspaltung der Frauen vom gemischten IWF-Plenum. Die Diskussionen vorher und nachher wurden im wesentlichen intern geführt. Papiere wurden nicht veröffentlicht, weil sie "noch nicht richtig ausdiskutiert, nicht fertig" sind. Fertig wurden sie nie, so daß auch nie eine richtig breite Diskussion stattfinden konnte. Es gab zwar eine (Frauen-) Broschüre, ein paar Radiosendungen, aber die analysierten eher die Schweinereien des Kapitals, als daß sie den Kampf vorwärts brachten.

Gleichzeitig wurden die alltäglichen Kämpfe zu Nebenschauplätzen. Aktuell wurde fast nicht mehr eingegriffen. Der wahre Feind wartete im September auf die DiskussionsteilnehmerInnen. Ein schönes Beispiel sind die Auseinandersetzungen um das besetzte Kubat-Dreieck in Westberlin. Einerseits die ernsthaften Vorbereitungen für den Kongreß von einer großen Gruppe innerhalb der Scene, andererseits die heftigen militanten Kämpfe von Kids und anderen unorganisierten Autonomen. Die haben dann von den parallel stattfindenden Diskussionen wenig mitbekommen, ihnen wurde auch nicht versucht, etwas davon zu vermitteln. Und umgekehrt die "alte" Scene, der die Kämpfe nicht in ihre Analyse passen, die gerade mal zuschaut oder höchstens vereinzelt unterstützt in Extremsituationen dort, die auch ein ganzes Stück Überheblichkeit und Abstand mitbringt, obwohl gerade dort eine Zusammenarbeit auf inhaltlichem Gebiet sehr notwendig gewesen wäre, um dieses Gebiet nicht dem Reformistenspektrum zu überlassen, auch weil es ein leichter öffentlichkeitswirksamer Ansatzpunkt war. Militant genug waren die Kubat-Leute schon alleine. Es gab natürlich von der organisierenden Scene berechtigte Kritik an Strukturen dort, wie das ganz extreme Mackertum, Hierarchien, Alk-Probleme, Militanz als einziger Inhalt. Aber da stellt sich die Frage, wie das ausgesehen hätte, wenn wir von Anfang an dabei gewesen wären, ob sich das so hätte herausbilden können.

Einer der wenigen Versuche, schon im Vorfeld nicht nur Analysen zu betreiben, sondern praktisch Politik zu machen, war die "revolutionäre" 1.Mai-Demo. Dahin kamen dann auch 8000 Leute, Klassenkampf und Internationalismus fanden allerdings hauptsächlich in den Redebeiträgen statt, wo wahrscheinlich wieder nur wenige zuhörten. Dadurch, daß so viele Leute auf einer "revolutionären" Demo mitlaufen, handeln sie noch lange nicht revolutionär. Es war eben auch das "normale" Demo-Spektrum da, was auch zu HausbesetzerInnendemos oder den Aktionstagen gegangen ist, nicht die Marginalisierten aus den Stadtteilen.

Die theoretischen Diskussionen verselbständigten sich immer mehr (gerade auch in Bremen bei den Internationalismus-Tagen), der alltägliche Praxisbezug, auch die Planung der Praxis Ende September waren immer weiter weggerückt. Das revolutionäre Subjekt wurde zum Drehpunkt aller Diskussionen, mit dem Klassenbegriff wurde wild herumgeschmissen, aber daran gab es kein Weiterkommen, weil dies keine konkreten Folgen für unsere Kämpfe hier hatte, an die "Klasse" kam auch niemand näher heran.

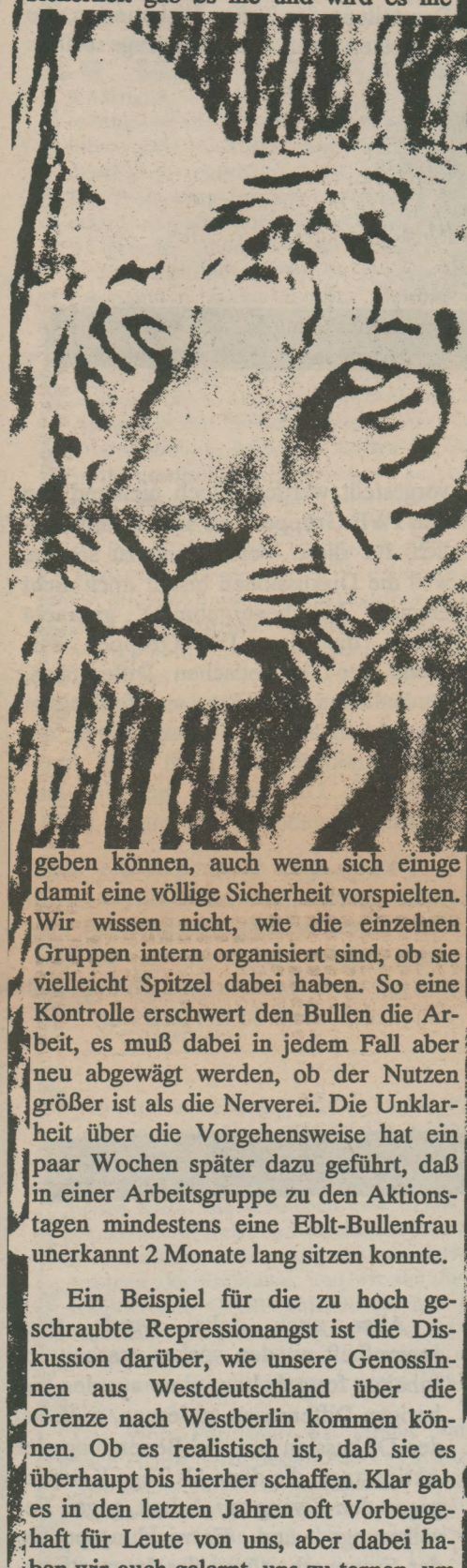
Wichtig ist allerdings schon, daß es ohne die inhaltliche Vorbereitung die Aktionstage nicht so vielschichtig mit differenzierten Angriffszielen gegeben hätte, nicht nur als Aktionskonzept, sondern auch als inhaltlicher Gegenpol zur Bündnisgroßdemo und zum Gegenkongreß aus dem reformistischen Spektrum. Aber die Distanz zwischen praktischer Politik und Analyse wurde immer größer. Ganz offensichtlich wurde das im Juli in Westberlin bei der 1. VV zur konkreten Vorbereitung der Tage. Viele, die hinkamen, erwarteten eine Darstellung des bisher Diskutierten, die konkreten Ideen für die Tage sollten vorgestellt werden. Doch niemand von den IWF-Gruppen sah sich verantwortlich, für diese Vermittlung zu sorgen, weil die Diskussionen bisher noch nicht einmal Zwischenergebnisse gebracht hatten, die alten IWF-Gruppen aufgrund von theoretischen Differenzen, persönlichen Konflikten und fehlendem Praxisbezug am sich auflösen waren, die Koordinationstreffen noch nicht funktionierten. Die Interim betitelte ihre nächste Ausgabe mit "Nie wieder IWF".

Danach gab es erstmal die kurze Sommerpause (immerhin kürzer als in den Jahren vorher), anschließend kam schon richtige Hektik auf, um die Aktionstage auch praktisch zu füllen, weil nun ja nicht mehr so viel Zeit war.

Aber auch dabei wurde noch krampfhaft an den vorher erarbeiteten Inhalten festgehalten, ohne aus den bisherigen Differenzen zu lernen, z. B. bei der Diskussion um die Benennung der Aktionstage, die dann als Tage Kampfes gegen den Zwang zur Arbeit, gegen Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik, der Frauenarbeit und des Internationalismus. Darunter konnten sich viele außerhalb des inneren Kreises der Scene kaum etwas vorstellen, obwohl das auch eine Attraktivität in größere Kreise hinein haben sollte. Mehr "volksnahe" Gegenvorschläge (Tage der Aneignung, des Störens und des Feierns), die nicht diese übertriebene Ernsthaftigkeit hatten, wurden als unklar zurückgewiesen, als hinter die bisherigen Diskussionen zurückfallend. Dieses Nichtzusammenbringen der analytischen Diskussion mit der praktischen Ausführung vor und während der Aktionstage ist aber nicht das einzige lähmende gewesen. (Es gab übrigens auch Versuche, die Diskussion beispielhaft zu konkretisieren. Dies waren Kundgebungen in Westberliner Einkaufszonen zu den Themen Frauenarbeit, privater Verschuldung und Zwang zur Arbeit. Bloß da blieben die TeilnehmerInnen eher unter sich, wie oft bei solchen Kundgebungen.)

Das Starren auf die Schlange

Das andere wichtige lähmende Moment in der Zeit vorher war die Repressionsangst oder eher -hysterie. Die Angst fing schon in den Vorbereitungsgruppen ein Jahr vorher an. Spitzel wurden überall gesichtet, sogar inhaltliche Diskussionen als Konsequenz in der Konspirativität geführt. Größere bundesweite Vorbereitungstreffen gingen in einer Atmosphäre des gegenseitigen Mißtrauens vor sich. Das sah dann so aus, daß alle einzelnen gefragt wurden, welcher Gruppe sie angehörten. Alle, die eine gute Gruppe vorweisen konnten, durften bleiben, aber eine absolute Sicherheit gab es nie und wird es nie



geben können, auch wenn sich einige damit eine völlige Sicherheit vorspielten. Wir wissen nicht, wie die einzelnen Gruppen intern organisiert sind, ob sie vielleicht Spitzel dabei haben. So eine Kontrolle erschwert den Bullen die Arbeit, es muß dabei in jedem Fall aber neu abgewägt werden, ob der Nutzen größer ist als die Nerverei. Die Unklarheit über die Vorgehensweise hat ein paar Wochen später dazu geführt, daß in einer Arbeitsgruppe zu den Aktionstagen mindestens eine Eblt-Bullenfrau unerkannt 2 Monate lang sitzen konnte.

Ein Beispiel für die zu hoch geschraubte Repressionangst ist die Diskussion darüber, wie unsere GenossInnen aus Westdeutschland über die Grenze nach Westberlin kommen können. Ob es realistisch ist, daß sie es überhaupt bis hierher schaffen. Klar gab es in den letzten Jahren oft Vorbeugehaft für Leute von uns, aber dabei haben wir auch gelernt, uns zu tarnen, um durch Sperren durchzukommen. Haben auch gelernt, nicht unsere ganzen Kampfmittel im Auto dabei zu haben. Auch dann können wir immer noch dummerweise in ASOG-Haft genommen werden, aber das ist ja praktischerweise noch so, daß das höchstens 48 Stunden dauert und keine direkten weiteren Folgen hat. Also erstmal kein Grund, so sehr Angst davor zu haben. Bei anderen Aktionen gehen wir wesentlich größere Risiken ein. Und da die Bullen auch wußten, daß die Aktionstage länger sind als eine Demo, gab es für sie kaum noch einen Grund, selbst diese zufälligen ASOG-Festnahmen zu machen.

Westdeutsche GenossInnen wurden zusätzlich noch durch die Diskussion abgeschreckt, wegen der Repressionmaßnahmen hätte es keinen Sinn mehr, ohne lange Vorbereitung und womöglich noch unorganisiert zu kommen. Das hat sich während der Tage als falsch erwiesen, weil dadurch viele Aktionen erst gar nicht erst ausprobiert werden konnten. Es wäre für WestberlinerInnen ganz sinnvoll gewesen, militante Unterstützung zu bekommen. Daß dieser Diskussionsansatz falsch war, hat auch mit der Einschätzung zu tun, was eine handlungsfähige Gruppe ist und wieweit nur genaue Vorbereitungen zu Ergebnissen führen können. Darauf komme ich aber später zurück, weil das gleiche für westberliner Gruppen gilt.

Noch ein Kapitel zur Repressionsangst ist die Panik vor einer Abriegelung von Kreuzberg 36. Das hat zwar sicher zum Teil auch durch die öffentliche Thematisierung dazu geführt, daß die Bullen auf so eine Art von Repression verzichtet haben, aber unsere präventiven Gegenmaßnahmen haben aber sehr viel Kraft gefordert. Das hatte zur Folge, daß viele in andere Stadtteile zogen, größere Häuser viel zu viel Energie zu ihrem eigenen Schutz aufwandten. Kurz vorher hätte aber spätestens klar sein müssen, daß es zumindest zur Abriegelung K 36s nicht kommen wird, weil 1. die Westdeutschen, die das als erstes trifft, weil sie sich nicht so auskennen, kaum kamen und 2. die Bullen auch ein wenig auf Demokratie machen müssen, sich nicht immer alles leisten können. Unser Festhalten an unserer Absicherung war völlig starr und lähmend.

Für die konkrete Vorbereitung der Tage das gleiche Bild: Viele Vorschläge werden erstmal als unrealistisch abgetan mit Begründungen wie "nicht durchsetzbar" oder "da können wir so leicht eingekesselt werden". Das Bild, das Westberlin Ende September eine einzige Bullenfestung mit Ausgangssperre ist, hatte sich so in die Köpfe eingefressen, daß nur noch ein Starren auf die Repression möglich war. Für alle Aktionen wurde zuallererst einmal der Fall eines Verbots durchgespielt. Wie reagieren wir auf Verbote und können trotzdem etwas durchsetzen. Wir haben unseren Ideen gar keinen freien Lauf mehr gelassen. Dann kam erst noch die "militärische Absicherung" der einzelnen Kundgebungen, erste und letzte Ketten wurden organisiert, Transparente als Seitenschutz, Lautsprecherschutz, MelderInnen. In diese Treffen konnten sich alle wunderbar reinstürzen, sie brauchten dann um die weitere konkrete Ausgestaltung der Tage keine Gedanken mehr zu machen. Denn alle machen schon so was Wichtiges. Im Nachhinein können wir einfach sagen, diese Angst war völlig unberechtigt. Aber aus unseren Erfahrungen ist eine gewisse Angst zu verstehen. Trotzdem ist es notwendig, eine Umgehensweise mit der Repression zu finden, die diese Widersprüchlichkeiten erfaßt, uns aber gleichzeitig nicht so lähmt, daß wir nur noch Repression im Kopf haben. Das heißt auch, daß wir begreifen müssen, daß das nur technische Vorbereitungen sind, notwendige zwar, aber diese technics dürfen nicht zum Selbstzweck werden, damit noch genügend Platz in unseren Köpfen bleibt für die Umsetzung unserer Politik. Ein bißchen Effektivität kann uns nicht schaden, wenn das nicht gleich in Leistungsdruck übergeht. Diese Lähmung hat uns jedenfalls zu diesem Zeitpunkt sehr geschadet. In allen Aufrufen vorher stand drin, daß 10000 Bänker von den Bullen nicht zu schützen sind, wenn sie sich in der Stadt bewegen. Kurz vor den Tagen waren das nur noch Appelle an andere, wir selbst haben es nicht mehr geglaubt.

5 Tage und 5 Nächte sind nicht genug

Die Tage selbst haben ja wohl alle aus dem autonomen Spektrum in guter Erinnerung, gerade auch wegen der Unzulänglichkeiten und Ängste in den Wochen und Monaten vorher. Die gute Erinnerung kommt erstmal aus einem Gesamtgefühl, wir wollen einzelne Aktionen und Tage aber genauer betrachten, weil in unseren Augen nicht alles so richtig gut gelaufen ist. Die Aufzählung der Aktionen ist ja schon in der radikal gemacht worden, wobei wir ihre positive Wertung fast aller Aktionen nicht teilen. Die Stimmung in Siemensstadt beispielsweise oder am Arbeitsamt war einfach nicht super, es waren auch nicht soviele Leute da. Ebenso an vielen anderen Orten. Es hat keinen Sinn, alles nur positiv zu werten und zu übertreiben, weil wir auch aus unseren Fehlern lernen müssen.

Ein Kennzeichen der Aktionstage war der Unterschied zwischen den von uns Autonomen voll inhaltlich vorbereiteten Aktionen, die mehrheitlich zur Langeweile neigten und wo wir fast unter uns waren. Dagegen die von reformistischen Kräften vorbereiteten und angekündigten wie das "BürgerInnen beklatschen Bänker" vor der Oper und das Trommeln abends auf dem Breitscheidplatz, das sogar noch als Trommeln für eine neue Weltwirtschaftsordnung angekündigt war. Diese Sachen brachten Schwung in die Leute, die Bullen blickten nicht mehr durch, es taten sich viele Möglichkeiten für uns auf und gleichzeitig hatte es eine gute störende Außenwirkung. Ironischerweise wußten die Bullen besser als wir, was gut wird. Sie verboten fast alle "reformistischen" Aktionen und erlaubten unsere.

Doch der Reihe nach. Unsere autonomen offiziellen Aktionen (Siemens, Schering, Arbeitsamt etc.) hatten zweifellos die richtigen Inhalte, es gab sehr gute Redebeiträge, denen auf jeden Fall mehr Beachtung hätte geschenkt werden müssen. Möglichst viele Aspekte unserer Kämpfe wurden in ihnen lang und deutlich dargestellt. Ursprünglich war geplant, daß diese Kundgebungen lediglich das Gerüst der Aktionstage darstellen. Sie sollten Angebote für Unorganisierte sein, um auch ihnen einen Einstieg in Aktionen zu bieten, daß sie überhaupt bei uns teilnehmen können. Außen um dieses Gerüst herum sollten die vielen anonymen Kleingruppen ihre mehr oder weniger großen Aktionen starten, die dann auf den "offiziellen" Kundgebungen ihre inhaltliche breite Vermittlung bekommen. Die OrganisatorInnen hatten dies auch sehr wohl noch im Kopf, aber aufgrund der oben beschriebenen Repressionsangst hatten wir uns schon nicht mehr zugetraut, offensive Kleingruppenaktionen zu machen. Es war dann wohl übertrieben zu erwarten, daß es um uns herum noch so viele genau zuschlagende Gruppen gibt, wenn wir uns schon zurückgezogen hatten. Viele von uns hatten in den Tagen vorher den Wunsch, daß der Kongreß möglichst schnell ohne größere Verluste vorbeigeht. In dieser Situation haben sich große Teile der organisierenden Gruppen nur noch mit zwei Dingen befaßt. Als erstes mit der Vorbereitung der Kundgebungen und Demos, womöglich noch Redebeiträge inhaltlich diskutieren und schreiben und als zweites mit der Logistik, die wir für nötig erachtet haben, um Infos weiter zu geben und auf Repression angemessen

zu reagieren. Diese Logistik hatte einen dermaßen hohen Stellenwert, der nötig schien, weil so viele informationshungrige Leute erwartet wurden. Das hat viele Leute gebunden, in den Infostellen, auch in den Meldegruppen, Fahrwachen, Zeitung (Zahltag). Schon allein die Vorbereitung dieser Logistik war zeitraubend. Die Infos waren dann auch gut und schnell, alle Festnahmen wurden so schnell wie selten dem EA gemeldet, bloß es gab nicht so viele Leute, die Infos wollten. Es gab einfach nicht diese anonyme Masse von Kleingruppen. Mit diesen beiden Dingen konnten wir uns gut die Zeit vorher beschäftigen und das Gefühl haben, wir machen viel, und dadurch verdrängen, daß wir eigentlich den Kongreß praktisch verhindern wollten.

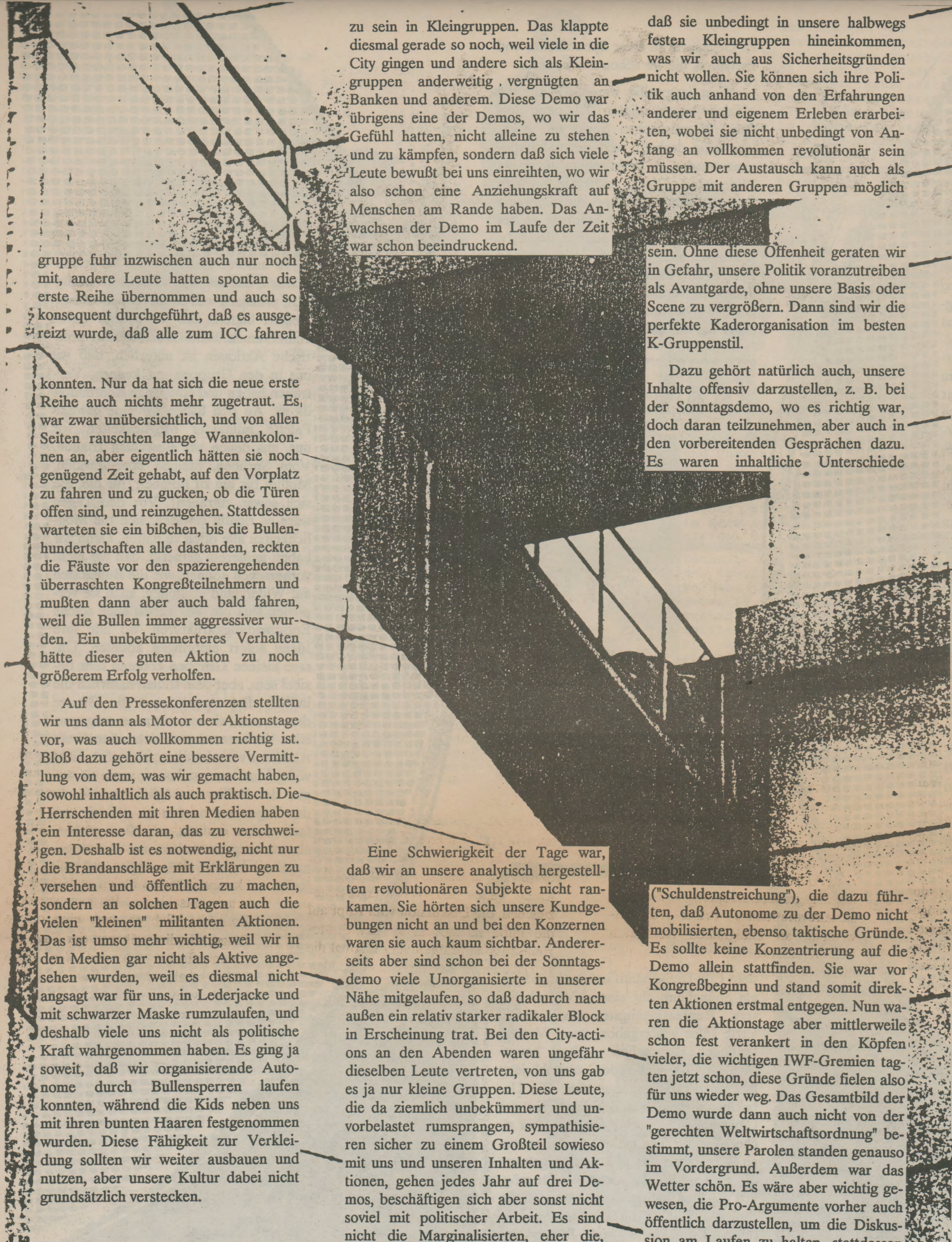
Für die Kundgebungen während der Aktionstage hatte das zur Folge, daß das Gerüst gut stand, bloß die Füllung dazwischen fehlte einfach ziemlich. Die Langeweile kam auch daher, daß wir auf diesen offiziellen Aktionen ziemlich unter uns waren, noch nicht einmal unser anpolitisiertes Umfeld von Kids und Sympis kam, erst recht nicht unser so schön hergeleitetes revolutionäres Subjekt in den Metropolen von der Hausfrau über die Flüchtlinge bis zu den ganz Marginalisierten. Und wir selber wollten die Kundgebungen auch nicht unbedingt hören, wir kennen den Inhalt zum großen Teil, wir wollten ja auch die konkrete Aktion, wenn schon unsere AnsprechpartnerInnen nicht kommen. Wir müssen einfach wissen, daß auf "normalen" Kundgebungen schon so wenige Leute zuhören, in Aktionszeiten erst recht nicht. Sie sind nicht schwungvoll genug, es wird eine interne Sprache benutzt, unsere Inhalte können nicht einfach nur trocken dargestellt werden. Die inhaltliche Vermittlung kann doch vor Aktionstagen laufen, soviel mehr Leute erreichen wir in diesen Tagen auch nicht. An den Tagen selbst ist es doch möglich, daß wir die lange erarbeiteten Inhalte in praktische Politik umsetzen, d. h., Angriffe auf Herrschende und ihre Einrichtungen. Wir müssen auch gucken, daß wir andere oder bessere Vermittlungsmethoden finden, um unsere Basis zu verbreitern. Dies kann auch nur durch eine Wiedererlangung unserer Anziehungskraft auf andere Leute gehen, die wir mit so trockener Langeweile nur abschrecken

im Gegensatz zu einer Spontaneität und Frechheit, die wir schon mal hatten.

Nicht langweilig waren für uns die offiziell angekündigten Aktionen aus dem reformistischen Spektrum. Nicht langweilig deshalb, weil sie umfunktioniert wurden zu praktischem, direktem Widerstand. Direkt, weil sie an den Punkten stattfanden, wo die Schweine selbst waren, wie beim Empfang an der Oper, bei den Hotels oder in der City. Umfunktioniert wurden sie zuerst von Leuten, die nicht aus dem autonomen Spektrum direkt stammen, aber eine gewisse Sympathie für uns hegen. Typisch war ja, daß die erste unangemeldete City-Demo stattfand, während wir am Sonnabend auf einer VV noch unsere Repressionängste austauschten, letzte Infos weitergaben, unser Verhalten noch absprechen mußten, hauptsächlich also viel reden, obwohl jetzt langsam Praxis angesagt war. Die Unbekümmertheit, mit der Leute in der City rumliefen, steckte langsam aber sicher, Tag für Tag mehr, uns Autonome an. Wir haben uns nun Sachen getraut, die wir eine Woche vorher nie für möglich gehalten haben. Dazu kam, daß die Bullen bei ihrer Gratwanderung zwischen Demokratie und Bürgerkrieg nicht vor der Weltpresse in die Leute reindreschen konnten, auch hatten sie sich völlig verplant, waren auf offene Straßenschlachten aus, die für uns aber so offensichtlich nicht angesagt waren. Der Schutz innerhalb der trommelnden Menschen für uns war ganz praktisch, und wir hatten überraschenderweise viele Möglichkeiten. Es war natürlich nicht nur Schutz, wir haben die Leute nicht nur benutzt, sondern es sind ja auch Leute, die uns nahestehen, die unsere Aktionen gut finden, sich selbst aber vielleicht nicht zutrauen. Gleichzeitig stellten unsere Aktionen in der Menge auch Beispiele dafür dar, was möglich ist an praktischem Widerstand, daß es auch relativ leicht nachahmbar ist. Wichtig war auch, daß wir den Gesamtcharakter des Trommelns so veränderten, daß es als autonome Aktion ankam.

In unseren Gruppen war es problematisch, daß wir uns so in die Unfähigkeit, praktisch was zu machen, hineingesteigert hatten, daß wir schwer davon runterkamen. Eine Grundlage für praktische Aktionen ist natürlich, daß wir uns in den Gruppen gut kennen, Vertrauen haben und eine lange Kontinuität da ist. An sich haben wir eine gewisse Palette militanter Möglichkeiten vor uns, aus denen wir auswählen können. Vom Sprühen, Steinen über Zwillen, Mollies bis hin zu Bomben (für die, die sich sowas zutrauen). Vor den Tagen wäre es richtig gewesen, sich die Möglichkeiten alle offen zu halten. Denn wir haben immerhin gemerkt, daß wir nicht vorhersehen können, wie die Bullen sich auf Widerstand einstellen, auch sie verplanen sich oft. Wir haben auch solche Entscheidungsstrukturen, wo alle ihre Ideen sofort einbringen könnten. Unsere kleinen Gruppen könnten sehr flexibel sein, aber dem stehen natürlich die individuellen Ängste und die Grenze dessen, was wir uns zutrauen entgegen. Eine Variante wäre es, sich auf mehrere Aktionen vorzubereiten, sich aber nicht völlig frustrieren zu lassen, wenn sie wegen der Bullen unmöglich werden. In den Tagen war es eher so, daß wir einfach gucken mußten, schnellerr gucken, als wir es getan haben, um eine angemessene offensive Strategie auf die Reihe zu kriegen. Es standen uns, im nachhinein gesehen, nun wirklich viele Möglichkeiten offen. Das heißt, daß die Erfahrungen, die wir bisher mit der Repression, uns nicht lähmen dürfen, sondern daß wir sie bewußt verarbeiten, Angriffe daraus entwickeln. Beim IWF waren wir noch zu gelähmt und unflexibel.

Ein interessantes Beispiel ist das Stadtspiel der Lateinamerikagruppen am Dienstag, das als Raddemo durch die Stadt fuhr. Die Vorbereitungsgruppe hatte an verschiedenen Punkten öffentliche Aktionen geplant und bis dahin alles im Griff. Als die erstmal vorbei waren, die RadlerInnen aber Lust auf mehr hatten, machten sich alle gemeinsam auf den Weg zum ICC, wo der Kongreß tagte. Die Bullen blickten es nicht so recht, rannten teilweise vollbepackt zu Fuß hinter den Fahrrädern hinterher, sogar die Bullen in den Wannen wurden abgehängt. Die RadlerInnen dachten alle sowieso, daß sie nicht weit kommen, einfach mal ausprobieren, was möglich ist. Die Vorbereitungs-



gruppe fuhr inzwischen auch nur noch mit, andere Leute hatten spontan die erste Reihe übernommen und auch so konsequent durchgeführt, daß es ausgereizt wurde, daß alle zum ICC fahren konnten. Nur da hat sich die neue erste Reihe auch nichts mehr zugetraut. Es war zwar unübersichtlich, und von allen Seiten rauschten lange Wannenkolonnen an, aber eigentlich hätten sie noch genügend Zeit gehabt, auf den Vorplatz zu fahren und zu gucken, ob die Türen offen sind, und reinzugehen. Stattdessen warteten sie ein bißchen, bis die Bullenhundertschaften alle dastanden, reckten die Fäuste vor den spazierengehenden überraschten Kongreßteilnehmern und mußten dann aber auch bald fahren, weil die Bullen immer aggressiver wurden. Ein unbekümmerteres Verhalten hätte dieser guten Aktion zu noch größerem Erfolg verholfen.

Auf den Pressekonferenzen stellten wir uns dann als Motor der Aktionstage vor, was auch vollkommen richtig ist. Bloß dazu gehört eine bessere Vermittlung von dem, was wir gemacht haben, sowohl inhaltlich als auch praktisch. Die Herrschenden mit ihren Medien haben ein Interesse daran, das zu verschweigen. Deshalb ist es notwendig, nicht nur die Brandanschläge mit Erklärungen zu versehen und öffentlich zu machen, sondern an solchen Tagen auch die vielen "kleinen" militanten Aktionen. Das ist umso mehr wichtig, weil wir in den Medien gar nicht als Aktive angesehen wurden, weil es diesmal nicht angsagt war für uns, in Lederjacke und mit schwarzer Maske rumzulaufen, und deshalb viele uns nicht als politische Kraft wahrgenommen haben. Es ging ja soweit, daß wir organisierende Autonome durch Bullensperren laufen konnten, während die Kids neben uns mit ihren bunten Haaren festgenommen wurden. Diese Fähigkeit zur Verkleidung sollten wir weiter ausbauen und nutzen, aber unsere Kultur dabei nicht grundsätzlich verstecken.

Die Donnerstagsdemo konnte nur mit der Drohung der Auflösung weiterhin durchgezogen werden nach den vorangegangenen Bullenangriffen. Am Schluß wurde sie auch gerade im richtigen Moment aufgelöst, doch nicht, damit wir nach Hause gehen, sondern um unseren Widerstand eindeutig und militant an bestimmten Punkten zu zeigen, die Herrschenden an verschiedenen Stellen anzugreifen. Diese Auflösungsdrohung kann nur eine Drohung bleiben, wenn es genug Leute im Kopf haben, anschließend auch spontan militant zu sein in Kleingruppen. Das klappte diesmal gerade so noch, weil viele in die City gingen und andere sich als Kleingruppen anderweitig vergnügten an Banken und anderem. Diese Demo war übrigens eine der Demos, wo wir das Gefühl hatten, nicht alleine zu stehen und zu kämpfen, sondern daß sich viele Leute bewußt bei uns einreihten, wo wir also schon eine Anziehungskraft auf Menschen am Rande haben. Das Anwachsen der Demo im Laufe der Zeit war schon beeindruckend.

Eine Schwierigkeit der Tage war, daß wir an unsere analytisch hergestellten revolutionären Subjekte nicht rankamen. Sie hörten sich unsere Kundgebungen nicht an und bei den Konzernen waren sie auch kaum sichtbar. Andererseits aber sind schon bei der Sonntagsdemo viele Unorganisierte in unserer Nähe mitgelaufen, so daß dadurch nach außen ein relativ starker radikaler Block in Erscheinung trat. Bei den City-actions an den Abenden waren ungefähr dieselben Leute vertreten, von uns gab es ja nur kleine Gruppen. Diese Leute, die da ziemlich unbekümmert und unvorbelastet rumsprangen, sympathisieren sicher zu einem Großteil sowieso mit uns und unseren Inhalten und Aktionen, gehen jedes Jahr auf drei Demos, beschäftigen sich aber sonst nicht soviel mit politischer Arbeit. Es sind nicht die Marginalisierten, eher die, denen noch viele Möglichkeiten offenstehen, die SchülerInnen und StudentInnen, Altlinke, Leute aus Kollektiven etc. Wir finden es wichtig, wenn wir es schaffen würden, gerade sie in eine kontinuierliche Arbeit miteinzubinden. Ein erstes Problem dabei ist, daß sie politisch noch vereinzelt sind, keine Gruppenzusammenhänge haben, die ausdrücklich politisch sind. Bisher gibt es kaum Versuche, an sie heranzukommen, oder gescheiterte Versuche, die aus einer Oberlehrerposition heraus gestartet wurden. Wir haben auch die Angewohnheit, uns nach außen viel zu sehr abzugrenzen, daß wir nicht einmal mehr unsere Diskussionen vermitteln. Positive Ausnahmen sind in Westberlin die Antifagruppen, die bei SchülerInnen eine große Anziehungskraft haben, weil sie auch an deren konkreten Lebensbedingungen ansetzen. Und dann gibt es auch noch Ansätze in die Richtung, daß sich neue und junge Leute selbst in Gruppen zusammentun. Denn es ist ja nicht nötig, daß sie unbedingt in unsere halbwegs festen Kleingruppen hineinkommen, was wir auch aus Sicherheitsgründen nicht wollen. Sie können sich ihre Politik auch anhand von den Erfahrungen anderer und eigenem Erleben erarbeiten, wobei sie nicht unbedingt von Anfang an vollkommen revolutionär sein müssen. Der Austausch kann auch als Gruppe mit anderen Gruppen möglich sein. Ohne diese Offenheit geraten wir in Gefahr, unsere Politik voranzutreiben als Avantgarde, ohne unsere Basis oder Scene zu vergrößern. Dann sind wir die perfekte Kaderorganisation im besten K-Gruppenstil.

Dazu gehört natürlich auch, unsere Inhalte offensiv darzustellen, z. B. bei der Sonntagsdemo, wo es richtig war, doch daran teilzunehmen, aber auch in den vorbereitenden Gesprächen dazu. Es waren inhaltliche Unterschiede ("Schuldenstreichung"), die dazu führten, daß Autonome zu der Demo nicht mobilisierten, ebenso taktische Gründe. Es sollte keine Konzentrierung auf die Demo allein stattfinden. Sie war vor Kongreßbeginn und stand somit direkten Aktionen erstmal entgegen. Nun waren die Aktionstage aber mittlerweile schon fest verankert in den Köpfen vieler, die wichtigen IWF-Gremien tagten jetzt schon, diese Gründe fielen also für uns wieder weg. Das Gesamtbild der Demo wurde dann auch nicht von der "gerechten Weltwirtschaftsordnung" bestimmt, unsere Parolen standen genauso im Vordergrund. Außerdem war das Wetter schön. Es wäre aber wichtig gewesen, die Pro-Argumente vorher auch öffentlich darzustellen, um die Diskussion am Laufen zu halten, stattdessen gab es nur die alten, damals passenden Gegenargumente. Wir wollen dabei natürlich kein Bündnis mit irgendwelchen Funktionären eingehen, sondern an die Basis der Organisationen herankommen, weil die ja nun erstmal noch nicht so platt reformistisch sind und auch gar nicht in den Organisationen eingebunden sind. Das ist die eine Möglichkeit, die Scene zu verbreitern.

Die andere ist während der Aktionstage ziemlich vernachlässigt worden. Es geht dabei um die Leute in Kreuzberg oder anderen Sanierungsvierteln, die die Auseinandersetzungen des letzten Jahres oder gerade am 1. Mai 88 mitgetragen haben. Die "Marginalisierten" wie AusländerInnen, Alkies, ArbeiterInnen, Klein"kriminelle", Junkies. Dadurch daß die Auseinandersetzungen so völlig aus Kreuzberg herausgehalten wurden, kamen sie gar nicht in Berührung mit dem Widerstand gegen den IWF. Es war zwar genau richtig wegen der Bullenvorbereitung und der Weltöffentlichkeit unsere Störungen in der City zu starten, aber da handeln wir mit anderen Leuten gemeinsam als in Kreuzberg. Das ist ein Widerspruch, mit dem wir umgehen könnten.

Die übliche Form von offenen Straßenschlachten in Kreuzberg war ohne ein Überrraschungsmoment diesmal unmöglich, weil die Bullen sich sehr intensiv die bekannten Straßenzüge angesehen haben. Schon kleine Ortswechsel innerhalb Kreuzbergs hätten helfen können, weil Bullen nie alles kontrollieren können. Außerdem gibt es ja noch andere Formen von Militanz und Anwesenheit auf der Straße, als den Bullen mit Steinen in der Hand gegenüberzustehen und militärisch jede Barrikade zu verteidigen. Ein richtiger Ansatz war die erste Idee, die Donnerstagsdemo in Kreuzberg beginnen zu lassen, um auch hier sichtbar zu sein und eine Kraft auszustrahlen, die Attraktivität nach außen hat, wo Leute mitmachen können. Aus technischen Gründen, zu langer Weg in die City, Repressionsangst wegen ungünstiger Wege, wurde er aber wieder fallengelassen.

Unsere Basis zu verbreitern muß eine der wichtigsten Aufgaben in der Vorbereitung und während solcher Tage sein. Die verschiedenen Konzepte, die es dazu gibt (Stadtteilarbeit, Bezug auf die Klasse, unser anpolitisiertes Umfeld miteinzubinden) stehen nicht gegeneinander, sondern können sich nur ergänzen.

In den Tagen danach ist unser Umgang mit der Repression auch nicht sehr offensiv gewesen. In der täglichen Zahltag-Zeitung wurden zu häufig nur die bösen Bullen kritisiert. Wir wurden nur als Opfer dargestellt, nicht als aktiv Handelnde. Unser Widerstand, der offensiv war, kam nur nebenbei vor. Die richtig ins Bild passenden großen und kleinen Anschläge wurden nur am Rande erwähnt. Anschläge, die ganz genau auch unsere Linie auf der Straße und inhaltlich unterstrichen. Das Konzept, das legale und illegale Arbeit zu einer Politik miteinander verbindet, wurde nicht offensiv genug vertreten, auch nicht auf den gut besuchten Pressekonferenzen. Und gegen dieses Konzept wird gearbeitet, wenn wir uns nur die Opferrolle der Repression womöglich noch selbst zuteilen. Das heißt noch lange nicht, daß wir die Repression schnell vergessen sollen. Auch die Realität von 1000 Festnahmen und die inzwischen eingeführte Kessel-Normalität müssen wir weiter bekämpfen, um Kampfbedingungen für uns in den nächsten Jahren zu erhalten. Es ist schon richtig für die einzelnen, ASOG-Festnahmen nicht so wichtig zu nehmen, damit wir uns nicht lähmen lassen. Aber wir dürfen das politisch nicht so einfach hinnehmen und auf den reformistischen Protest dagegen geringschätzig herabgucken. Wir können auch dagegen eine Strategie entwickeln als eines von vielen Angriffszielen unserer Politik und Militanz, auch wenn das in so einem Falle nur eine Re-Aktion ist.

Auf zu neuen Zielen

NACH DEM SEPTEMBER KOMMT DIE ERINNERUNG -

FRAGMENTE ZUR ANTI-IWF-KAMPAGNE

"Im September 1988 kommen sie alle her. Die Finanzchefs aus den Kapitalistischen Zentren von Tokio, Frankfurt bis New York; die Schreibtischtäter aus den Schaltzentralen der Multis Toyota, Lockhead, Siemens; die Spekulanten von den Computerterminals des internationalen Währungsdeals....". So hieß es Anfang 1987 im 1. Aufruf zur IWF/Weltbank-Tagung unter der Überschrift "Verhindern wir den Kongress". So hingen die Trauben erstmal sehr hoch. Seitdem sind Tonnen von Papier dazu produziert wurden, tausende Treffen abgehalten worden, Aktionen vorbereitet und durchgeführt worden. Es gab Risse und Brüche in der Kampagne, viele Schwierigkeiten, die es nocheinmal genauer zu untersuchen gilt. Viele Leute sind erst in der letzten Phase dazugekommen, als es darum ging, die Aktionen während der Tagung konkret vorzubereiten und zu planen, andere sind erst während der Tage selbst aktiv geworden. Auf der einen Seite hatten wir eine ziemliche Euphorie nach den Aktionstagen, andererseits auch viele Schwierigkeiten mit der gesamten Kampagne. Es wurde immer wieder betont, daß es ganz wichtig ist, was vor und nach dem Kongress läuft, daß bei der Kampagne mehr rauskommt, als ein paar fetzige Tage: daß die Organisationsdebatte geführt wird, die Patriarchatsdiskussion, daß der Internationalismusbegriff hinterfragt und ein neuer entwickelt wird, daß die Ausbeutung in den Metropolen wieder mehr zum Thema gemacht wird. Es stellt sich die Frage, was wirklich davon umgesetzt werden konnte. Im Moment gibt es ersteinmal einen Einschnitt, ein politisches Vakuum, viele Leute sind weggefahren oder führen gerade ihre Perspektivdiskussion, sind sich am orientieren, am suchen. Ob wir es schaffen können, dieses Vakuum in den nächsten Monaten selber zu füllen, oder ob uns da andere wie die AL usw. zuvorkommen, ist noch eine offene Frage. Wir wollen in diesem Beitrag versuchen, anhand der gelaufenen Ereignisse einige Fragen aufzuwerfen, bezüglich vieler wichtiger Diskussionspunkte während der Kampagne, uns durchwühlen durch die Geschehnisse und Erfahrungen, von der Strategiediskussion bis zur möglichen Perspektive. Doch erstmal zurück zu den Anfängen:

EINE KAMPAGNE SUCHT EINE BEWEGUNG

Als im Frühjahr 87 das Motto "Verhinderen wir den Kongress" ausgerufen wurde, unternahmen wir gerade den Versuch, innerhalb von Anti-AKW-Zusammenhängen die Bewegungsgrenzen zu sprengen und eine sozialrevolutionäre Praxis zu entwickeln, an alltäglichen Konflikten und Widersprüchen anzusetzen und diese zuzuspitzen. Da erschall der Ruf aus Westberlin an uns sog. "Teil-bereichsbewegungen", uns in der Anti-IWF-Kampagne zusammenzufinden und zu bündeln. Nach Westberlin zogs uns auch zurück, denn dort war unser Alltag, und dort sahen wir mehr Möglichkeiten für uns, eine kon-ti-nuierliche Praxis zu entwickeln. Eine Praxis, die über den Tellerrand der Szene hinauskommt, und gleichzeitig mit unserem Alltag zu tun hat. Und natürlich wollten wir auch den IWF-Kongress nicht stillschweigend an uns vorüberziehen lassen. Wir fanden, daß die Diskussion in dieser Phase zu abstrakt und abgetrennt geführt wurde, sich zu wenig auf die eigene Praxis bezog. Zudem bliebs erstmal eine sehr interne Diskussion, viele Leute hatten so keine Lust, auf den angefahrenen Zug aufzuspringen.

Die Sozialbewegungen und Klassenkämpfe in den drei Kontinenten wurden verstärkt zum Bezugspunkt internationalistischer Politik, ebenso die Patriarchatsdiskussion, die Ausbeutung, die Arbeit, unser Alltag hier in den Metropolen. Das hätte in der Konsequenz bedeutet, mehr zu schauen, was regt sich hier, sich auf ge-sellschaftliche Konflikte einzulassen und darin Fuß zu fassen, von dort aus den Kampf gegen den IWF-Kongress anzugehen, die Diskussion vom Kopf auf die Füße zu stellen. In der Strategiediskussion prallten aber erstmal die verschiedenen Konzepte aufeinander. Die Kopplung dieser Diskussion an die Mobilisierung gegen den IWF hatte zudem einige Haken: es führte oft zum Bruch mit der eigenen Geschichte, die Organisationsdebatte verselbständigte sich, wurde in der Praxis kaum mehr überprüft, die theoretische Auseinandersetzung und die eigene Praxis fielen ziemlich stark auseinander. Weiter bedeutete diese Zentralisierung der "militanten Debatte" bereits eine Vorgabe in der Form der Zusammenarbeit, Struktur und Zielsetzung. Außerdem reduziert sich eine Organisationsdebatte auf eine autonome Apparatdiskussion, wenn sie sich nicht auf eine praktische Perspektive von gesellschaftlicher Ausweitung hin orientiert. Uns schien eine Strategiediskussion auf grundlage der eigenen Arbeit, der eigenen Erfahrungen sinnvoller. Das wäre für uns eine Basis gewesen, von der aus wir uns auch eine längerfristige Zusammenarbeit gegen die Tagung hätten vorstellen können. So kam es in der Realität oft dazu, daß unsere Inhalte und eine Praxis, die diese transportiert und ausdrückt, nicht zueinanderfanden, daß Leute sich oft entweder für den Szenepapierkrieg, oder für eine in vielen Fällen recht isolierte Praxis entschieden. Bis kurz vor dem Kongress blieb es auch eine offene Frage, wie dies während der Tage zusammenfinden soll: auf der einen Seite inhaltsschwere Kundgebungen weitab vom Kongressgeschehen, auf der anderen Seite direkte Eingriffe in den Kongressablauf. Auch bei der Suche nach dem Motto für die Aktionstage trat diese Unterschiedlichkeit zu Tage: eher allgemeine Mottos, die offener sind für viele Initiativen und mehr unsere verschiedenen Formen von politischer Praxis zum Thema haben, oder inhaltlich genau bestimmte und eingegrenzte Mottos.

Von Bündnissen und anderen Dingen

Breiten Raum in der Diskussion nahm die frage der Bündnispolitik ein. Allgemeine Tendenz war, die eigenen Aktionen vorzubereiten und sich nicht an die Kampagne der Grünen, des BuKos dranzuhängen, nicht wie so oft, zu deren militantem Arm zu werden. So sollte gewährleistet werden, daß sich unsere Vorstellungen und politischen Ansätze auch klar und eindeutig ausdrücken, und unsere Praxis nicht dazu dient, das Augenmerk auf Themen zu lenken, die dann andere politisch vermitteln. Das sehen wir auch als Fortschritt gegenüber bspw. der Mobilisierung zum WWG in Bonn oder der Reagan-Demo letztes Jahr in Westberlin. Statt sich auf zähe Bündnisverhandlungen mit den Funktionären der AL, des BuKos usw. einzulassen, soll die Politik wieder mehr auf die Unterklassen hier bezogen werden, statt die Auseinandersetzung allein mit den liberalen und linksalternativen Kräften zu suchen, sollte sich wieder mehr auf Prozesse und Konflikte im Alltag der Menschen bezogen werden, auf das, was sich auch außerhalb der linksradikalen Szene und Bewegungen an Kämpfen tut. Dem zugrunde lagen u.a. die Erfahrungen des 1.Mai 87(Kiezrandale in Kreuzberg) und der Demo vom 1.Mai 88, wo es gelungen war, eine eigenständige Demo mit mehreren tausend Menschen zu organisieren. Oft fehlt es aber noch an Erfahrung und Geduld, dies auch kontinuierlich im Alltag umzusetzen, der Klassenkampf findet oft mehr in den eigenen Redebeiträgen statt, isoliert von vielen der Prozesse, die tatsächlich in der Gesellschaft ablaufen.

So kam es oft zur Problematik: Leute wollen was zu einem bestimmten Konzern, einer bestimmten Institution machen und rennen die Wochen davor wie irre rum, um Infos und Kontakte zu kriegen. Da werden dann oft Leute funktionalisiert, zum Objekt in unserer Politik gemacht, auch dadurch, daß sie zu kämpfenden Subjekten hochstilisiert werden, oder es werden auf die Schnelle Bündnisse eingegangen, die wir theoretisch schon lange über Bord geworfen haben.

"Die Unterklassen sind zwar als Subjekt revolutionärer Veränderung ausgemacht, allerdings nur auf der Ebene der Analyse, und kaum auf der Ebene gesellschaftlicher Praxis. Wo sie sich wehren und kämpfen, entwickeln sie Widerstandsformen, die sich von denen der neuen sozialen Bewegungen grundsätzlich unterscheiden. Kurze, aber heftige Randalen, Krawalle, riots, wie sie sich seit Brixton und Toxteth abzeichnen, haben mit traditioneller Kampagnenpolitik nichts mehr zu tun. Eine Linke, die sich auf die Unterklassen bezieht, muß die Verlaufs- und Organisationsformen ihres eigenen Widerstands überdenken, wenn sie Vermittlungsmöglichkeiten nach 'unten' finden will", sagten einst die Rote Zora und die Revolutionären Zellen.

Aufgrund unserer Erfahrungen hier in Westberlin, daß wir die Bedingungen haben, eigene Aktionen mit breiter Beteiligung zu organisieren (bspw. 1.Mai-Demo 88) und im Interesse, Richtung und Orientierung der Aktionen selber zu bestimmen, sollten so auch die Aktionstage eigenständig organisiert werden. Auch fand diesmal keine einheitliche bundesweite Mobilisierung zentral nach Westberlin statt. Vorgeschlagen wurde, daß nur gut vorbereitete Gruppen nach Westberlin kommen sollten, und daß die Leute in ihren Städten was machen sollten. Das Konzept wurde, je näher die Tage kamen, zusehends aufgeweichter, eine klare Linie gab es nicht mehr. Real sah es dann so aus, daß einige, mehr oder weniger gut vorbereitete Gruppen nach Westberlin kamen, andere zuhause blieben, in manchen anderen Städten dazu was lief, in anderen nicht. Aber es blieb ja auch in Westberlin bis zum Schluß unklar, welche Stoßrichtung das ganze haben sollte, ob nun Widerstand im Alltag, den Kongress stören und angreifen oder Schwerpunkt auf inhaltlichen Beiträgen. Dazu kam die Unklarheit über die zu erwartende Repression, Horrorszenarien wurden ausgemalt und viele Leute fühlten sich gelähmt. So kam auch Kritik aus verschiedenen Städten, die vor allem eine eindeutige Mobilisierung erwarteten. Während der Tage stellte sich ziemlich schnell heraus, daß die Bullen einfach überfordert waren, alles in den Griff zu kriegen. Unter diesen Voraussetzungen wäre sicher bei einer stärkeren bundesweiten Mobilisierung mehr zu erreichen gewesen, den Kongressablauf zu stören. Denn dazu kam, daß viele Leute hier in Westberlin stark in die Infrastruktur (Infostellen, Koordination usw.) eingebunden waren, die aus den bestehenden Strukturen entstanden war und gut funktionierte. Andererseits wurde als Priorität ausgegeben, in der eigenen Stadt oder Region was zu entwickeln, was sicher auch langfristig mehr von Bedeutung ist. Viele hatten eben auch einfach keine Lust auf eine vermeintliche Neuauflage einer Massenmobilisierung nach Westberlin.

An der Frage der Beteiligung an der Sonntags-Demo, der großen Bündnisdemo spitzten sich die unterschiedlichen Positionen und Verhaltensweisen zu breiten Bündnissen noch mal zu, bis zum Schluß war die Beteiligung daran sehr umstritten. Es gab hier in Westberlin in breiten Kreisen eine Absage an eine Beteiligung, andere wollten von Anfang an hin oder entschieden sich noch kurzfristig dafür. Wir denken, daß es in jeder einzelnen Situation abzuwägen ist, ob du dich auf so eine Sache einläßt, Bedingung für uns ist aber auf alle Fälle, dies langfristig anzugehen, um auf die Bestimmung der Demo Einfluß zu nehmen, was aber auch eigene Stärke voraussetzt. Für uns war aber im Vorfeld der IWF-Tagung der Zug schon längst abgefahren, zentrale Forderungen auf der Sonntagsdemo waren die "Schuldenstreichung" und die "Gerechte Weltwirtschaftsordnung", Forderungen, hinter denen wir so einfach nicht mitlaufen wollten, ein paar eigene Transparente und Parolen waren uns da zu wenig.

"Nach wie vor besteht die Gefahr, nur ein neues 'Modethema' gefunden zu haben, eine neue 'Ein-Punkt'-Bewegung auf die Beine zu stellen, zur Verschuldungskrise zu arbeiten. (...) Ziel dieser Kampagne darf es nicht werden, sachdienliche Hinweise zur Aufmöbelung eines bankrotten Industrialisierungs- und Entwicklungsmodells zu geben."(W. Rosenka/BUKO, in seiner Rede auf dem Gegenkongress)

Auch stellt sich die Frage nach der politischen Glaubwürdigkeit, wenn vorher von autonomer Seite im wesentlichen zu hören war, sich nicht daran zu beteiligen und letztendlich dann doch viele da waren, da hat sich sicher nicht nur der KB eins ins Fäustchen gelacht. Weiter spielten taktische Gründe eine Rolle: es sollte durch eine Nicht-Beteiligung der Fixierung auf eine Großdemo vorgebeugt werden, damit dabei nicht die Ak-tionstage hinten runter fallen. Ein weiterer Grund war, daß wir nicht vor dem offiziellen Beginn der Tagung auf die Straße gehen wollten, im Gegensatz zu den Bündniskräften, für die die Demo Abschluß des Gegenkongresses usw. sein sollte. Von daher konzentrierten sich viele darauf, für die Aktionstage und die eigenständige Demo am Donnerstag zu mobilisieren. Viele waren am Rand der Demo anwesend, und es wurden teilweise Flugblätter verteilt, um so die DemoteilnehmerInnen noch einmal anzusprechen.

Aus einem Flugblatt, das auf der Sonntagsdemo verteilt wurde:

"Wir schulden ihnen nichts!

'Ich freue mich auf Berlin. Die Kritik, die uns dort erwartet, ist wichtig für uns. Denn sie gibt uns Gelegenheit, der Öffentlichkeit zu erklären, war wir tun. Das Schlimmste, was dem Währungsfonds passieren könnte, wäre doch Gleichgültigkeit. Kritik, das zeigt die Geschichte, ist der Motor des Fortschritts.'(Währungsfondsdirektor Camdessus neulich zum Spiegel)

Wir sind heute nicht auf dieser Demonstration, weil wir eben nicht Motor des Fortschritts, Motor neuer Kapitalstrategien sein wollen. Wir wollen nicht der Rettungsanker des Kapitals sein, ihm neue Wege und Strategien von Ausbeutung und Verwertung vorschlagen. Wir wollen nicht, daß der Kampf gegen den Imperialismus zu seiner Perfektionierung beiträgt.

Auf der heutigen Demonstration wird eine zentrale Forderung die Schuldenstreichung sein. Schuldenstreichung zu fordern, heißt aber, die Befreiung vom Imperialismus eine Geschäftsangelegenheit der Regierungschefs und Bankenvertreter der verschiedenen Länder sein zu lassen, und nicht eine des Kampfs der Menschen gegen eben diese Politik. Das bedeutet, die Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika auf eine passive Opferrolle festzuschreiben, statt sie als aktiven Teil im weltweiten Klassenkampf zu sehen. Was Wunder, wenn eben dieser Klassenkampf bspw. von den Grünen als 'soziale Spannungen' bezeichnet wird, die es eben zu lindern gilt. Wie hieß es doch so schön, der

denkrise? Wohl bekannt? D.h., sich auf ein Szenario einzulassen, wie wir es aus der Atomausstiegsdebatte kennen: Macht- und Parteipolitik statt selbstbestimmter Kämpfe. Das heißt, den Kapitalstrategen Raum und Zeit zu lassen, Kritik und Unzufriedenheit sozialverträglich einzubinden und die KritikerInnen am Imperialismus der Zukunft mitbasteln zu lassen. (...)"

Für uns bleibt es wichtig, Berührungspunkte und Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit den "Unorganisierten" und der sog. Reformerbasis zu schaffen, auch um Widersprüche innerhalb dieses Spektrums zuzuspritzen, die radikalen Kräfte darin zu stärken. Das wären für uns auf der einen Seite Anlauf- und Treffpunkte, Zentren, wo andere Menschen hinkommen können, Veranstaltungen, Konzerte, Kundgebungen, Diskussionen mal nicht nur in "unseren" Stadtteilen oder in den City-Konsummeilen durchzuführen, auf der anderen Seite auch bei Veranstaltungen von BUKO, DGB, AL usw. zu intervenieren, wie auch auf dem Gegenkongress z.T. geschehen.

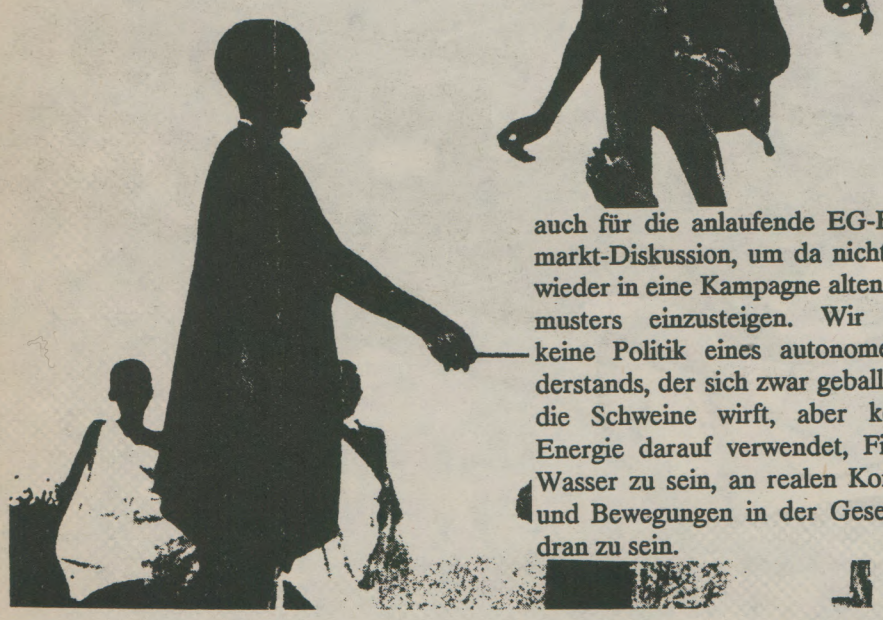
Wir finden es auch im Nachhinein richtig, eigene Aktionstage und eine eigenständige Demo durchgeführt zu haben, zu denen sich mehrere Tausend Menschen mobilisieren ließen, und die während der Tage verhinderten, daß wir die militante Würze waren, die andere politisch vermitteln und mit der sie ihr reformistisches Süppchen kochen. Kritisch anzumerken bleibt, daß es bis zum Schluß nur eine begrenzte offene Diskussion über die Demoteilnahme gegeben hat, die Entscheidungen blieben letztendlich individuell, viele, die dann doch hingegangen sind, haben sich vorher nicht getraut, dies öffentlich zu vertreten.

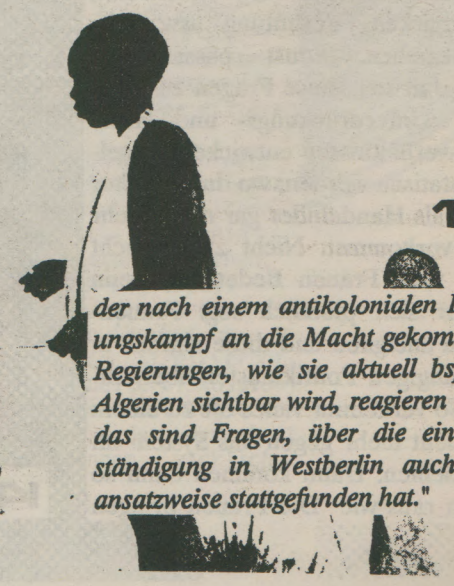
GAFSA, CASABLANCA, SAO PAULO, PARIS, SEOUL, ODER AUF DEN SPUREN DES NEUEN INTERNATIONALISMUS

Es wurde in der Kampagne viel über die Neubestimmung antiimperialistischer Politik geredet, über eine Neuorientierung internationaler Solidarität. Es wurde die Soli-Arbeit mit nationalen Befreiungskämpfen hinterfragt, als deren verlängerter Arm sich viele hier oft definierten, die Sichtweise der Trikont-Länder als allgemeines historisches Subjekt, von dem revolutionäre Veränderungen auch hier in den Metropolen ausgehen. Grundlage eines Neuen Internationalismus und einer antiimperialistischen Praxis sollte der gemeinsame Kampf um soziale Befreiung in den Metropolen wie in den Trikont-Ländern werden.

Es erwies und erweist sich aber als schwierig, das, was sich innerhalb der Theoriedebatte herauskristallisiert hat, praktisch werden zu lassen, wo es selbst in Redebeiträgen usw. während der Tage oft nicht aufgegriffen wurde. In der Praxis hat sich die Abkehr von der ausschließlichen Soli-Arbeit mit Befreiungsbewegungen hauptsächlich dahin verlagert, in Nadelstichmethode Konzerne herauszugreifen und diese gezielt anzugreifen, bspw. Shell und Supermarktketten wegen deren Unterstützung Südafrikas. Was darin weniger zum Ausdruck kommt, sind die aktuellen Prozesse in den dortigen Ländern oder ein Verhältnis zu den Entwicklungen hier. Internationalismus sollte sich nicht über den Kampf gegen die Macht der Monopole und Konzerne, den gemeinsamen Gegner ausdrücken, sondern sich vorallem auch auf handelnde und kämpfende Menschen hier wie in den drei Kontinenten beziehen. An dieser Frage gilt es weiterzuarbeiten, wie lassen sich Kontakte aufbauen, soziale Prozesse mitkriegen, um an diesen mit der eigenen Politik anzusetzen. Das gilt v.a. auch für die anlaufende EG-Binnenmarkt-Diskussion, um da nicht gleich wieder in eine Kampagne alten Strickmusters einzusteigen. Wir wollen keine Politik eines autonomen Widerstands, der sich zwar geballt gegen die Schweine wirft, aber keinerlei Energie darauf verwendet, Fisch im Wasser zu sein, an realen Konflikten und Bewegungen in der Gesellschaft dran zu sein.

Internationalismus sollte mehr sein als die Entscheidung zwischen Befreiungsbewegungen und Hungerrevolten, zwischen organisierten politischen Strukturen und spontanen Aufständen in fernen Ländern. Wie verändert sich die Situation für Berber im Rifgebirge durch einen möglichen EG-Beitritt Marokkos, wie verhalten sie sich dazu, was meint der Bauer oder die Bäuerin in Nordhessen dazu, was hat das alles für Auswirkungen für die nach Frankreich emigrierten NordafrikanerInnen, was passiert dort? Und das nicht als ethnologische Studie entwickeln, sondern als diffenrenzierter Blick für die Wirklichkeit, für die Dynamik in der Gesellschaft.





REDEBEITRAG AM 26.9.88, DEM 1.AKTIONSTAG IN WESTBERLIN-SIEMENSSTADT

Vielleicht gibt es sie noch, die letzten Millionenstädte irgendwo auf der Welt, wo das Telefonnetz nicht von Siemens errichtet und kontrolliert wird. Vielleicht gibt es noch ein paar wenige Länder, in denen Ampeln ohne Siemens aufgestellt werden. Aber gibt es noch einen Kontinent, wo nicht Waschmaschinen von Siemens produziert werden?

Sicher finden wir noch Städte, Länder und Kontinente, in die Siemens noch weiter expandieren könnte. Aber es gibt dennoch Grenzen, wo dieser Multi nicht ewig weiterkommt: und das sind die Menschen, die hier und in den Ländern mit der größten Siemensproduktion, in Südafrika und Brasilien, in der Ausbeutung stehen. Die im Räderwerk der Produktion mehr Sand im Getriebe als eifrige Produzenten sind. Und es sind Menschen, die einmal in dem Moloch Siemens gearbeitet haben, dann entlassen wurden, und die Namen dieser Multis nie vergessen werden.

Spätestens bei den Plünderungen in Sao Paulo, oder in den Aufständen von Soweto, haben sie den Namen von Siemens neu gelesen: auf den angeeigneten Elektrogeräten, in den niedergemachten Geschäften für die Haushaltswaren der Reichen, und beim Errichten von Barrikaden, wo die Elektronik der Verkehrswege zu Schrott wurde, unbrauchbar, unbenutzbar, für die Truppen der Aufstandsbekämpfung.

Aber was wollen wir meckern, werden viele sagen. Kühlschränke, Kommunikationswege, Staudämme - alles unbestreitbare Dinge des Fortschritts. Das wird uns doch vorgehalten.

Nur vergessen wir nicht: was ist ein Kühlschrank in einer Hungerregion? Was bedeutet denen ein Telefon, die vom Land in die Stadt geflüchtet sind und keine Telefonnummern von ihren Freunden und Verwandten haben? Was ist schließlich ein Staudamm, der die Ländereien der Armen überflutet und viel Land bewässert, für das Agrobusiness, für die Exportwirtschaft, während daneben die Menschen verhungern?

Wir wissen: Brasilien, Südafrika und viele andere Länder des Trikonts sind heute große Industrieländer, größer als manche europäischen Industrieländer.

Es sind Länder der modernsten industriellen Ausbeutung geworden, der einfachen Chip-Produktion wie der kompakten Fertigung. Es sind Länder geworden, in denen der Hunger und die Kühlschränke gleichzeitig produziert werden, Siemens machts möglich. Aber Siemens, dieser Multi, gegründet auf Elektronik und Loyalität seiner Mitarbeiter, schafft es alleine nicht. Er braucht zusätzlich, genau wie ITT, wie General Motors und wie sie alle heißen, Strukturprogramme der Weltbank, und eine entsprechende Geldpolitik des IWF.

1964 sagte Che Guevara:"Der IWF ist der Wachhund des Dollars. Und heute, 24 Jahre später, können wir sagen, der IWF ist der Wachhund der Ausbeutung im Trikont. Er paßt auf, daß die Menschen mehr arbeiten, länger arbeiten, und weniger Geld dafür kriegen. Aber nur solange, bis die Telefonzentralen dort gestürmt werden, bis die Werke der Turbinen und der Rüstungsindustrie geschleift werden, bis die Industrie der Haushalts- und der Hausfrauen-Arbeit zerschlagen wird.

Oliver Tolmein bemerkte dazu in konkret 11/88: *"Welche Bedeutung das weltweite enorme Erstarken des islamischen Fundamentalismus für die Orientierung des Internationalismus hat, wie mit den oft starken nationalistischen Tendenzen in den Befreiungskämpfen umgegangen werden kann, wie die Linke auf die volksfeindliche Entwicklung der nach einem antikolonialen Be-freiungskampf an die Macht gekommenen Regierungen, wie sie aktuell bspw. in Algerien sichtbar wird, reagieren kann - das sind Fragen, über die eine Verständigung in Westberlin auch nicht ansatzweise stattgefunden hat."*

len und frühere Anleihen und Zinsen zu beyleichen... Die Wirtschaft würde statistisch gesehen schnell wachsen, in Wirklichkeit jedoch zusammenbrechen."
Die Kosten des neuen Wirtschaftskurses trägt natürlich nicht die Bürokratie, sondern die Werktätigen. "Streiken ist angesagt" — das leyte selbst das Parteiorgan "Nepszabadsey" am 6.Juli 1987 den ArbeiterInnen ans Herz. Es kam schon zu ersten Unruhen; die Wirkliche Konfrontation steht jedoch noch aus.

Jugoslawien

Der jugoslawische "Marktsozialismus" hat ebenfalls schwere ökonomische Probleme. Seien über 100%ige Inflationsrate zählt zu den höchsten der Welt, der Lebensstandard, ist inzwischen wieder beim Niveau der 60iger Jahre gelandet, die Hälfte der GehaltsempfängerInnen kann von ihrem Lohn nicht einmal den täglichen Lebensunterhalt abdecken, die Arbeitslosigkeit beträgt 17%, die Schuldendienstquote liegt bei 40% — kein Wunder also, daß das Land nur noch unter der Ägide der IWF kreditwürdig ist.
Im Mai 1986 erhielt Jugoslawien vom IWF einen Bereitschaftskredit (STandby) mit einer Laufzeit von drei Jahren. Das Land mußte sich im Gegenzug verpflichten, dem Fonds "gewisse" Aufsichtsrechte über die Wirtschaft einzuräumen. Kurze Zeit später wurde das Abkommen noch verschärft: Der Währungsfonds hat jetzt zweimal jährlich das Recht, eine eneralinventur in der jugoslawischen Ökonomie zu machen. Kaum vier Monate danach gab es dann den ersten Krach. Durch eine Indiskretion wurde bekannt, daß der IWF den BdKJ (die jugoslawische KP) gerügt hatte. Die Zentralbank hatte zu niedrige Zinssätze (unter der Inflationsrate), die Regierung würde zu stark von marktwirtschaftlichen Prinzipien abweichen und die von ihr verhängten Preisfestsetzungen seien völlig fehl am Platze. Der BdKJ mußte prompt zurückstecken und sich dem Fonds beugen. Er fror im Dezember 1986 bundesweit die Löhne ein und hob die Preise für viele Bedarfsgüter an. Die Arbeiter Innen antworteten mit der größten Streikwelle seit dem zweiten Weltkrieg. Im Verdes Jahres 1987 waren nach offiziellen Gewerkschaftsangaben über 200.000 Beschäftigte an 1300 Streiks beteiligt.

Seit 1983 leistet Jugoslawien die vorgeschriebenen Zins- und Tilgungszahlungen. Doch im Juli 1987 gab es dann erstmals wieder Probleme, als 245 Mio. Dollar nicht rechtzeitig zurückerstattet werden konnten. Ende September 1987 hat der Vizechef der Nationalbank, Slobodan Stanojevic die westlichen Kredityeber u.a. um die Erlaubnis yebeten, die Tilgungsraten vorüberyehend einstellen zu dürfen: es werde ein länyerfristiyes Umstrukturierungsprogramm erarbeitet. Sofort darauf wurde Finanzminister Svatozer Rikanovic zum IWF-Hauptquartier nach Washington beordert, wo ihm der Fonds die Absicht deutlich machte, seine Aufsicht über die jugoslawische Ökonomie weiter ausbauen zu wollen.
Die jugoslawische Regierung ist mit einem Dilemma konfrontiert. Zum einen ist sie auf Westkredite anyewiesen, diese kann sie aber nur mit Zustimmung des IWF bekommen. Der Preis für diese Zustimmung ist auch in Jugoslawien die Durchführung marktwirtschaftlicher Reformen. Diese verringern aber den Lebensstandard der Werktätigen, was zu Streiks führt (und bereits geführt hat), zu Unruhen und politischen Krisen und letztendlich das Machtmonopol der jugoslawischen KP in Frage stellt.

China

China ist das einzigste "sozialistische" Land ist, das keine Rückzahlungsschwierigkeiten hat und trotzdem Mitglied des IWF ist. Zwar ist die Auslandsverschuldung mit 16 Milliarden Dollar (1986) in absoluten Zahlen ziemlich hoch, jedoch wieder relativ angesichts der riesigen chinesischen Wirtschaft. Die 1987 eingeleitete "Politik der offenen Tür" für das ausländische Kapital ist nicht auf den Druck des IWF zurückzuführen, sondern vielmehr auf die autonomen Bestrebungen der chinesischen Bürokratie. Mit Westkrediten hat hat das Land keine Probleme. Ja, die Banken reißen sich sogar um die Bereitstellungen von Darlehen und versuchen mit Billigangeboten in den ungeheuren chinesischen Markt einzusteigen.

RUMÄNIEN

Ganz anders sieht es dageyen in Rumänien aus. Staatschef Ceaucescu persönlich hat zum "Kreuzzug gegen die Auslandsschulden"aufgerufen. Rumänien ist das einzigste Ostblockland im IWF, das in den achtziyer Jahren seine Auslandschulden verringern konnte. Doch um welchen Preis! Alles, was nur irgend möglich, wird in den Export geworfen. Die Investitionen in maschinelle Ausrüstungen sind fast auf Null gesunken, die onehin kümmerliche Infrastruktur geht jetzt völlig vor die Hunde. Die Einfuhren wurden drastisch eingeschränkt. Jedes devisenfordernde Importgut bedarf einer staatlichen Sondergenehmigung. Der Lebensstandard der Bevölkerung verringert sich in beängstigender Weise. Die Grundnahrungsmittel sind rationert. Traurige Berümtheit haben die bei jedem Winter wiederkehrenden Energiespärprogramme erlangt. Verständlich, daß dieser harte Autoritätskurs auf Proteste bei den Werktätigen stoßen muß: die spontanen Unruhen vom 15. November 1987 in Bresov, der zweitgrößten Stadt des Landes, sprechen für sich.
Entscheidend für die Zukunft wird sein, ob der rumänische Diktator auch in den nächsten Jahren in der Lage sein wird, die aufgebrachte Bevölkerung durch seinen monströsen Sicherheitsapparat in Schach zu halten. Bis jetzt ist ihm das geglückt. Es gibt in Rumänien immer noch keinen Ansatz zu irgendeiner Form der organisierten Opposition.
Selbst, wenn es Rumänien mit seiner rigerosen Sparpolitik schaffen würde, wie geplant bis 1990 die Auslandsschulden restlos abgezahlt zu haben, steht es vor der paradoxen Situation, sofort neue Anleihen aufnehmen zu müßen. Denn durch die momentan auf Teufelkomm-raus betriebene Exportorientierung wird selbst die einfache Reproduktion des Maschinenparks nicht mehr gewährleistet. Die Maschinen werden einfach so länye betrieben, bis sie auseinanderfallen; Geld für neue ist nicht da. Soll aber auch in den 90ziger Jahren noch etwas in Rumänien produziert werden, so sind zuerst einmal frische Darlehen nötiy, um neue Maschinen zu kaufen , bzw. die alten zu reparieren und die Infrastruktur auf Vordermann zu bringen. Dann wird die Stunde des IWF schlagen.
Ceaucescu konnte sich bis jetzt noch yegen dessen Diktate behaupten, da er für "sein" Land keine Kredite in Anspruch nahm.

Alles in allem...

...läßt sich konstatieren:
Die Regierungen der "sozialistischen" Länder versuchen, der Krise, von der mehr oder weniger alle heimgesucht werden, durch eine verstärkte Ausweitung marktwirtschaftlicher Elemente zu begegnen. Zusätzlich zielen die Diktate des IWF, die an Kredite gebunden sind, auf eine noch tiefregreifende Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien.
Die "sozialistischen" Länder im IWF stehen nicht auf der Seite der Nutznießer des Fonds (mit Ausnahme Chinas), sondern auf der gleichen Seite wie die unterentwickelt gehaltenen Länder der "Dritten Welt" — auf der Seite der Verlierer.
Die "sozialistischen" Länder, die nicht im IWF sind — vor allem die UdSSR, DDR und die CSSR — haben zwar beträchtliche Auslandsschulden, aber meist auch große Gold- und Devisenreserven, so daß sie noch als kreditwürdig gelten und nicht dem Fonds beitreten müßen.
Die schöne Regelmäßigkeit mit der sich die Regierungen der Ostblockländer in Richtung Markt wenden, wenn es mit der Ökonomie bergab geht, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es noch einen anderen Weg gibt: die gesamtgesellschaftliche Selbstverwaltung.
Der einzige Vorteil den die bürokratisch zentralisierte Planwirtschaft gegenüber der Marktwirtschaft hat, ist die Planung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene (und nicht auf betrieblicher). Doch dem Stachel der kapitalistischen Konkurrenz hat sie nichts gleichwertiges entgegenzusetzen. Das könnte nur eine demokratisch-zentralisierte Planwirtschaft, die dem privaten Wettbewerb mit seinen Negativfolgen (Ressourcenverschwendung durch Parallelentwicklungen, Überproduktion und Arbeitslosigkeit) die bewußte und freiwillige Kooperation — die Arbeitersolidarität — gegenüberstellt. Voraussetzung dafür ist allerdings die Herrschaft der Werktätigen selbst und nicht etwa die einer elitären Bürokratenkaste.
Die Tatsache, daß die Regierungen der Ostblockländer (das gilt auch für Gorbatschow) diesem System einer wirklichen sozialistischen Demokratie weiterhin ihre bürokratische Diktatur vorziehen, in der die Werktätigen weniger politische Freiheiten haben, als in den bürgerlichen Demokratien (Verbot unabhängiger Gewerkschaften, Streikverbot, Unterdrückung freier Arbeiterdiskussion) zeigt an, wie "ernst" es diese Regierungen mit dem Sozialismus — der Herrschaft der direkten ProduzentInnen — wirklich meinen.

Scheinwerferkolonnen

Konzentriert laufen sie nebeneinander, die Hände vorsichtig in den Hosentaschen. Ein paar ruhige Worte, auffällig suchende Blicke. Eingestellt in das Pulsieren und Blinkern der Großstadt, Neonreklamen, BHI, Sex-Shop, neue Mode, ein türkischer Gemüseladen, blinkende Lichter, Scheinwerferkolonnen. Eine rote Ampel, diesmal bleiben sie stehen. Groteske Kleidung, Mützen, Schals, der Blazer aus dem Second-Hand-Shop, von Oma, oder ein Geschenk von Bilka. Der Griff zum Perso, Taschen sind verschlossen. Inzwischen ist grün geworden, sie überqueren überwiegend die Strasse, im Nacken

Scheinwerferkolonnen, von vorne Scheinwerferkolonnen, rechts brummende Motoren, stehende Scheinwerferkolonnen, lauernd. Schatten von Autos, Passanten, Spitzel, wer weiß. Auf der gegenüberliegenden Strassenseite hält ein Bus, ein müder Busfahrer, es steigen mehr Leute aus wie ein, verstreuen sich. Früher Abend, die Stunden zwischen Tag und Nacht, es ist inzwischen dunkel. Eine Baustelle, ein Weg für zu Fuß, einer für die Räder, Dielen knarren. Schritte

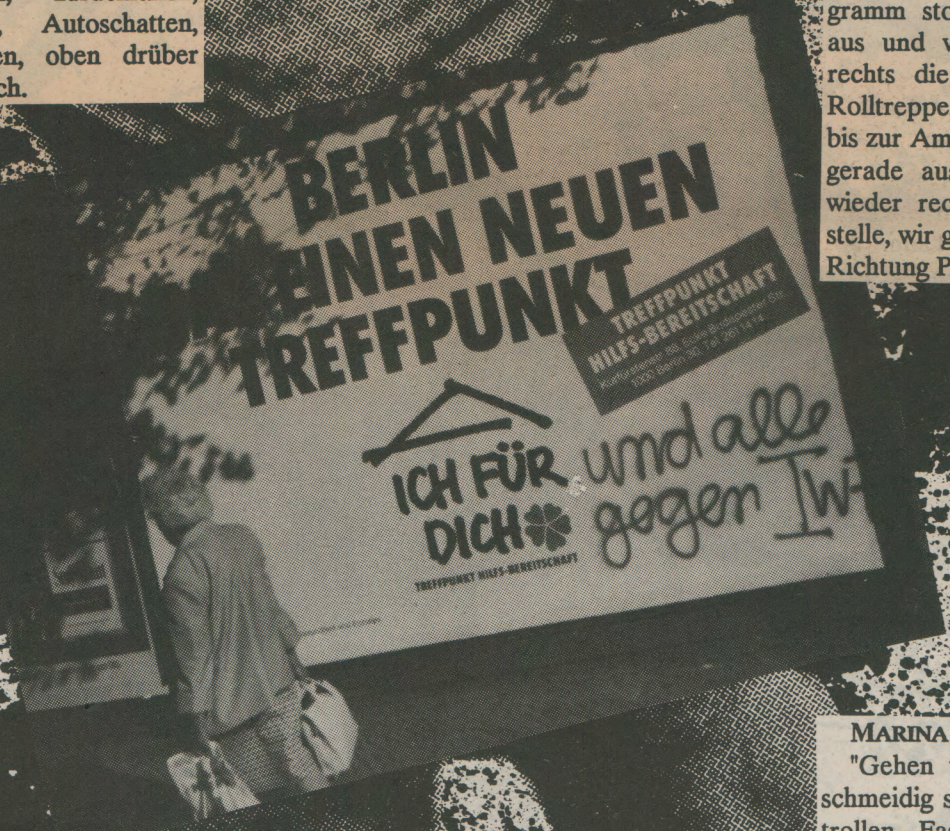
werden langsamer, verharren, immer wieder Scheinwerferkolonnen, von jeder Ampelphase aufs Neue ausgespuckt. Stille Seitenstraßen, ab und zu ein ein- oder ausparkendes Auto. Oben der Mond, der Blick bleibt nach vorne gerichtet. Zusammennehmen, konzentrieren, um dann, wenn der Zeitpunkt gekommen, auszuströmen. Scheinwerferkolonnen. Nochmal ein Blick, Leute von hier nach dort, leere Seitenstraße, ein Stromkasten, parkende Autos, blendende Scheinwerfer. Suchen, nichts. Schon ein bißchen spät. Auf und ab, auf und ab, verlangsamen, warten, Choreographien, Situationen, die sich blitzschnell im Kopf abspielen, quietschende Reifen, rennende Menschen, alles gerät in Bewegung. Weiter, neue Situation, die nächste Scheinwerferkolonne Richtung Steglitz, Lichtenrade, Charlottenburg, nach nirgendwo. Und da - zu spät. Unsicherheit, Grenzen, Lähmung. Und dann B, B, B, HH, B, HE, B, B, M, jetzt, mach es, klatsch. Rückkehr in die Stille der vorbeigezogenen Scheinwerferkolonne, der wieder erloschenen Straße, der brummenden Stadt, keine Bewegung, die aus dem Rahmen fällt, Rückkehr aus der

Grenzüberschreitung, Schnaufen, ein paar Worte, voll und satt, zittrig. Ein paar Meter, ruhig, ruhig, kein Fremdkörper mehr sein, gelassen um dich schauen, Schaufenster, Treppenstufen, Speisekarten in Schaukästen vor Kneipen, ein unten aufgesprungener orangener Mülleimer an einem Parkverbotsschild. Klatsch, andere Strassenseite, grinsende Gesichter, Klatsch, Blick in die Augen, schweigend verstehen, Klatsch, zurückfallen, aufholen, trennen, Autoschatten, Scheinwerferkolonnen, oben drüber der Mond und Klatsch.

Tatort Pizzeria

Und dann brachen sie auf unsere jungen Männer, sie schweiften aus, verließen ihre Wohnungen, ließen ihre Schlüssel zu Hause. Manche waren pünktlich, manche hatten sich verspätet. Sie liefen zur Untergrundbahn, nahmen die Linie Nr.1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und verloren sich auf den Sitzbänken im 1. Wagen, gegenüber nichts oder müde Augen, irgendwo zwei Sitze weiter ein Tagesspiegel. Merlin, der Yoghurt-Liqueur verzaubert, ADIA-

hen."Daß das Kapital hier keine Antwort weiß, daß es Legionen von Sinnproduzenten beschäftigt, die den jetzigen Zustand angesichts künftiger Katastrophen schmackhaft zu machen versuchen, lesen wir jeden Tag in der Zeitung." Noch zwei Stationen, das Lachen ist ins inzwischen im Hals steckengeblieben, wartende Ernsthaftigkeit um uns rum."Es wird keine Lösungen innerhalb der Ordnung geben. Das Chaos steckt in den Köpfen und Maschinen und nur "drittklassige" Schauspieler halten die Show am laufen, während zahllose unberechenbare Zwischenfälle immer öfter das Programm stocken lassen". Wir steigen aus und verstreuen uns, zwei nach rechts die Treppe hoch, dann die Rolltreppe, draußen auf der Strasse bis zur Ampel, einer stockt, geht dann gerade aus, 1.Schacht links, rechts, wieder rechts, Rolltreppe, Bushaltestelle, wir gehen bis ans Ende und alle Richtung Pizzeria. Tatort Pizzeria.



Marina di Berlino

"Gehen wir?" "Ja,gehen wir". Geschmeidig streifen sie durch die Kontrollen, Fasanenstraße, Joachimsthaler, Breitscheidplatz, die Straße wirkt wie aufgekehrt, ein Imbiß am Zoo. "Seht den schwarzen Himmel, sämtliche Tiere haben die Flucht ergriffen, die zurückgebliebenen, hysterischen, warten stumm". Kauernd in einer dunklen Ecke, einer raucht, einer kackt und verliert dabei seine Sturmhaube. Mülltonnen, Stille, Entschlossenheit. Zwei Fahrräder streifen durch die Nacht, spüren die feuchte

Arbeit nach Maß, spinnst du, laß den Mist, nicht hinauslehnen, do not lean out, pericoloso di sporgersi, c'est interdit de se pencher au dehors. Kein kühler Fahrtwind, der dir sanft um die Nase streift wie im Paris-Warszawa-Express. Ich lese: "Steinzeit oder Ökotod ist die Wahl, die uns gelassen wird, Ruhe und Ordnung ist der Preis, die Aufschläge folgen später". Ich schaue auf, der Zug fährt in einen Bahnhof ein, 2, 3 Leutchen, keine Kontis."Das Kapital kassiert, das ist der Zweck der Inszenierung". Die Tür geht auf, er steigt ein, die Haare gescheitelt, eine Hornbrille auf der Nase, nur die schwarze Lederhose verrät ihn. Wir wenden uns ab, um dem prustenden Grinsen zu entge-

Kühle des fortgeschrittenen Abends. "Seht ihr nicht, daß das eine Verschwörung gegen euch reiche Säcke ist? Das Erdbeben ist Subversion im Urzustand. Viele sind wir, die in diesem Moment eine übermenschliche Anstrengung auf sich nehmen, um nicht unterzugehen, um nicht der Paranoia anheimzufallen. in den Wohnungen sitzen die Leute vor dem Fernseher, aber in ihren Köpfen kribbeln elektrische Gedanken". Andere kommen gerade nach Hause, während wir die Steine aufnehmen, vom zweiten Haufen, denn die sind schöner. "Die allzu lange verdrängte kollektive Hysterie ist kurz vor dem Explodieren, sie wartet nur noch auf ein Alibi." Die Rolläden, die sicherheitshalber runtergelassen waren, werden hochgezogen, mißtrauische beobachtende Blicke schweifen über die Straße, die Fahrräder lehnen entspannt am Zaun, das eben angekommene Auto strahlt noch eine gewisse Wärme aus. "Die Herrschaft ist nicht nur da, wo horrende Entscheidungen fallen." Das Begehren wird zum Plan, der Ablauf ist durchgespielt. Die Reifen fahren, die Räder rollen los, biegen ab, verharren, warten, noch ist der Zeitpunkt nicht gekommen. "Wahnsinnige, irre, hysterische, letzte wahre Metropolitaner, das Rauschen des Windes, das Bersten einer Fensterscheibe, ein scharfes Bremsen, ein hysterischer Schrei wird genügen, uns zu entfesseln", und los. Pling, zack, ein Taxi kurvt um die Ecke, die Räder rollen wie wild, eine Bordsteinkante, knack, da ist der Reifen platt, holterdipolter, holterdipolter. Gelegenheits-Abbrucharbeiter, städtische Anti-Architekten. Eine lange Reise mit dem Plattfuß bis zum sicheren Ufer eines entfernten Viertels, überquert mehrere Hauptadern großstädtischer Flüsse. "Und wenn das Erdbeben die hepathitisch-gelben Lichter in den Straßen auslöscht, was wird dann aus uns Metropolitanern?" Wir streifen die Jacken aus, und ziehen in Frieden nach Hause.

...und Autos lieben Shell

Shell Stationen bieten:
Shell Benzin und Super Shell, die unübertroffenen Markenkraftstoffe der Internationalen Spitzenklasse mit Herkunftsgarantie.
Kunden- und Pflegedienst mit Tankwarten, die genau wissen, worauf es ankommt.

BOICOTTA ISRAELE,
COLPISCI L'APARTHEID

Milano 18/6/88

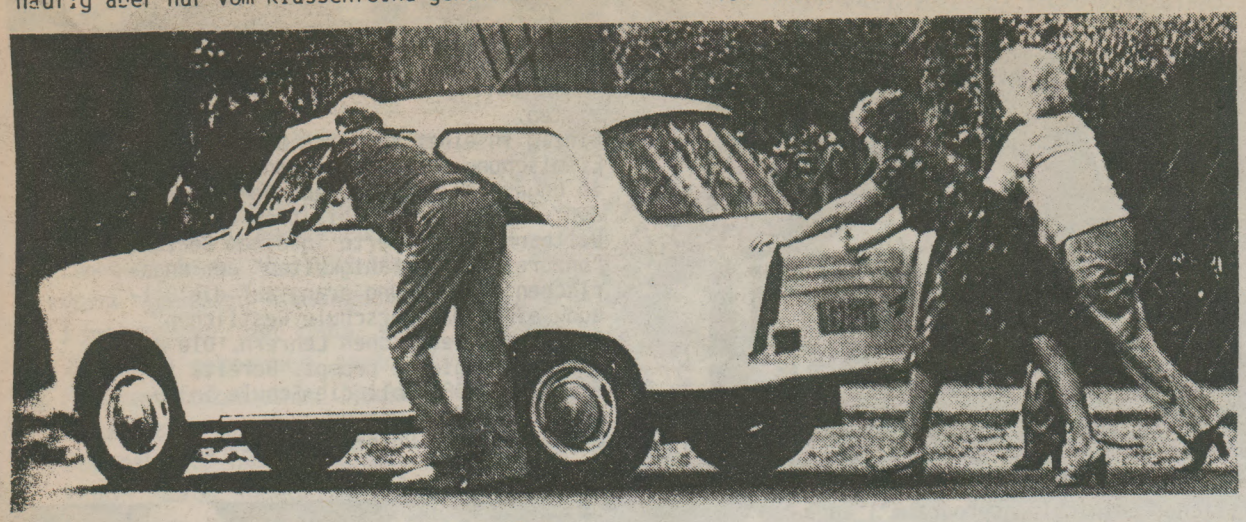
In der letzten Nummer haben wir einen Beitrag aus der DDR veröffentlicht, der sich kritisch mit dem Verhalten einiger"Ausreisewilliger" , vor allem, um die Ereignisse und Auswirkungen der "Rosa-Luxemburg-Demo", auseinandersetzte.
Zusätzlich haben wir ein ziemlich langes Papier bekommen, das sich mit dem IWF und der Weltbank beschäftigt. Der erste Teil dreht sich um Aufbau und Funktion der beiden Schweinevereine, den wir weggelaßen haben, weil wir denken das dies bereits bekannt ist oder in hier erschienenen Broschuren nachzulesen ist. Im zweiten Teil geht es um die "sozialistischer Länder" im IWF. Diesen bringen wir im folgenden.Das Ganze ist keine umfassende politische und wirtschaftliche Analyse dieser Länder, sondern kursiert als ein Diskussionsbeitrag unter den Gruppen in der DDR, die sich auch mit Weltbank und IWF beschäftigen.

"Sozialistische"Länder im IWF

Es erscheint manchem sicherlich ungewöhnlich, einen Beitrag zu Fragen der internationalen Wirtschaftsordnung mit einem Exkurs über Menschenrechtsfragen einzuleiten. Aber gerade weil allerorten, z.t. ohne jeglichen Hinweis auf historische und gesellschaftliche Abhängigkeiten, die weltweite Unteilbarkeit von Menschenrechten betont wird und andererseits zunehmend deutlich geworden ist, daß die Probleme der sogenannten Entwicklungsländer globaler Natur sind und nur im Rahmen einer Analyse der weltwirtschaftlichen Verhältnisse verstanden werden können, scheint es legitim,diesen Zusammenhang zwischen der Weltwirtschaftsordnung und der Menschenrechtsproblematik einleitend kurz anzudeuten.
Marx hat in seiner Kritik zur Frage der "sogenannten Menschenrechte" eine kommunistische Perspektive entwickelt, in der die bürgerliche Beschränktheit der Menschenrechte aufgehoben ist und an ihre Stelle Verhältnisse treten, in der die umfassende Wahrnehmung politischer Rechte und Freiheiten die Bedingung für die Realisierung sozialer Rechte im Sinne freier Entfaltung menschlicher Fähigkeiten und anderrerseits die umfassende Nutzung der sich aus vergesellschafteten Produktionsmittel ergebenden sozialen Möglichkeiten die Bedingung für die Aufhebung bürgerlicher Beschränktheit politischer Rechte und Freiheiten ist.
An die Stelle einer Entwicklung in Richtung einer solchen Zielsetzung traten im realen Sozialismus Verhältnisse, bei denen soziale Sicherheit als Prämie für Wohlverhalten gewährt wird und die Wahrnehmung politischer Rechte auf die Entwicklung und Sicherung von Verhältnissen reduziert ist, bei denen eine priviligierte Führungsspitze über Gemeinwohl und gesellschaftliche Interressen entscheidet. Abnehmende politische Attraktivität und gravirende Antriebsschwächen in den Ländern dieses Systems haben dazu geführt, daß ihr Einfluß auf den Weltmarkt minimal blieb und die ersuche, mittels realsozialistischer Entwicklungshilfe antikapitalistische und prosozialistische Entwicklungen in Jungen Nationalstaaten zu fördern, weitgehend scheiterten.
Die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung ist eine Ordnung von den Weltmarkt beherrschenden kapitalistischen Ländern, transnationalen Konzernen und internationalen nach kapitalistischen Prinzipien arbeitende Organisationen wie IWF und Weltbank. Die Aufgabe kann nciht in dem (ohnehin hoffnungslosen) Versuch zur Erhöhung realsozialistischer Einflüße auf diese Weltwirtschaftsordnung bestehen, sondern im Eintreten für gerechte politische und soziale Verhältnisse in jedem eigenen Land, in allen Ländern und zwischen allen Ländern.

"Sozialistische" Länder im IWF

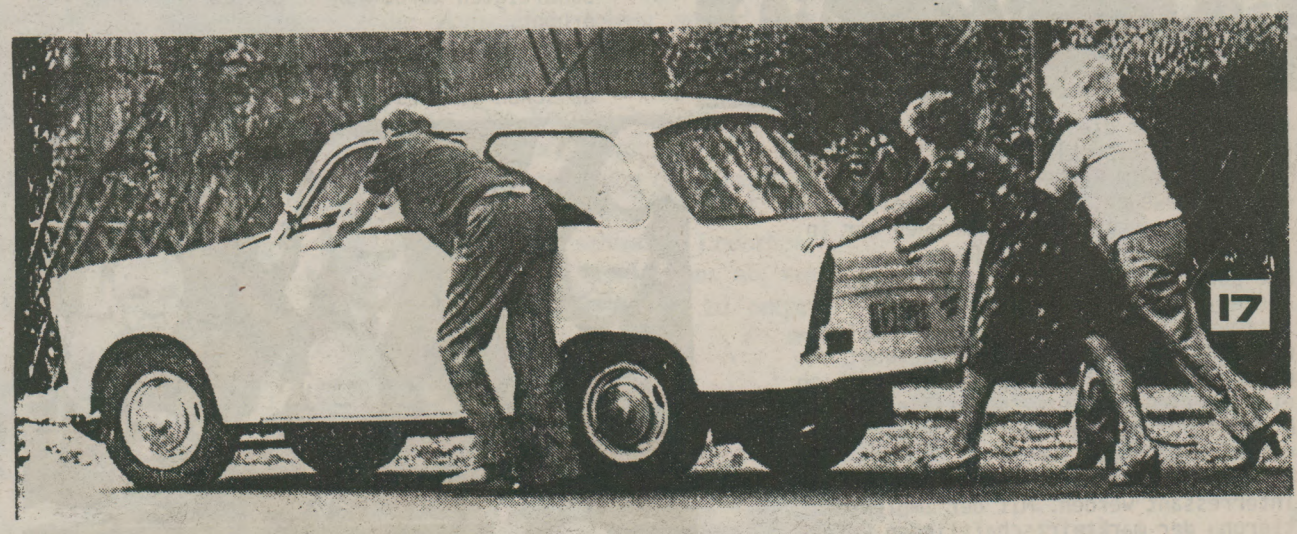
Die Wirtschaften der sogenannten sozialistischen Länder hupeln ihren kapitalistischen Rivalinnen permanent hinterher. Um die Kluft nicht zu groß werden zu laßen, sind erstere gezwungen, bei diesem "Wettlauf" mitzuhalten. Und dabei haben sie nur eine Möglichkeit, sie müssen ihre Industrie modernisieren, neue und neueste Technologien anwenden. Diese kann häufig aber nur vom Klassenfeind gekauft werden und dann in harter Währung.Devisen aber besitzen die "sozialistischen" Länder nicht bzw. nicht in ausreichendem Maße (Lediglich die Sowjetunion kann ihren Technologieimport zumindestens teilweise durch Roh- und Brennstoffexporte finanzieren.). So schien es für einige dieser Länder nur einen Weg zu geben: sich das Geld bei den Weltbanken zu pumpen. Dieser Weg wurde erstmals zu Beginn der siebziger Jahre intensiv beschritten.Die zentralen Planer in den osteuropäischen Ländern hatten gehofft, die entstandenen Westschulden durch gesteigerte Ausfuhren mittels der neuen Technologien auffangen zu können.
Die hergestellten Produkte erwiesen sich auf dem Weltmartk aber oft als nicht konkurenzfähig. Letztendlich konnten die Schulden zu dieser Zeit nicht abgebaut werden. Dadurch verschlechterte sich die Zahlungsbilanz einiger "sozialistischer" Länder. Diese Entwicklung reaktivierte die IWF-Beziehungen dieser Staaten, bzw. veranlaßte sie, erneut beim IWF anzklopfen.



Polen

Das erst einige Jahre zuvor aus dem IWF ausgetretene Land sah sich 1986 gezwungen, die Neuaufnahme zu beantragen. Keine westliche Großbank wollte dem heruntergewirtschaftetem Polen weitere Kredite einräumen -- der Canossagang zum Fonds war zur Wiederherstellung der internationalen Kreditglaubwürdigkeit unumgänglich.
Regierung den Eintritt. Welche konkreten Aufnahmebedingungen der IWF jedoch stellte ist nicht bekannt, die wirtschaftlichen Kurskorrekturen ein knappes Jahr später sprechen aber eine deutliche Sprache.
Regierungssprecher Jerzy Urban gab am 6. April 1987 die geplanten Kernpunkte einer Wirtschaftsreform bekannt: Ausgabe von Aktien für Staatsbetriebe, Förderung privater Investitionen und verstärkte Orientierung auf Joint ventures. In diesem Zusammenhang sagte er:"wir werden versuchen, die Subventionen (für die Industrie) dieses Jahr um 15% zu kürzen..., so daß die überalterten und nicht profitablen Teile der Industrie bankrott gehen werden." Sinn der neuen Reformen sei es, "die polnische Wirtschaft den rationalen Regeln des Marktes anzupassen" Bei gleicher Geleyenheit fügte er noch mit bedauerndem Unterton hinzu, daß "das sozialistische System Gewohnheiten entwickelt hat, die nur schwer zu verändern seien, beispielsweise, daß es keine Unterschiede in den Entlohnungssätzen geben soll und das der Lohn die grundlegenden Bedürfnisse decken müsse". eine Feststellung, die angesichts der schon bestehenden massiven Lohnungleichneiten äußerst zynisch klingt und für die Zukunft nichts Gutes ahnen läßt.Staatschef Jaruzelski höchsselbst meinte, die neue Wirtschaftspolitik solle "das gegenwärtige zentralistische Modell eliminieren, das den Test der Zeit nicht bestanden hat". Mit letzterem hat er sicherlich recht. Die Frage lautet jedoch, welche wirtschaftliche Alternative er anbietet.Und die von ihm favorisierte hat eine eindeutige Stoßrichtung: die Arbeiterklasse. Die Subventionskürzungen werden Preissteigerungen hervorrufen, die Schließung unrentabler Unternehmen zu (noch mehr) Arbeitslosigkeit führen. Dies wiederrum wird zu einer verschärften Konkurenz innerhalb der Werktätigen beitragen, was unweigerlich Reallohnsenkung bedeutet.

Anfang Juli stellte die Weltbank Polen einen Kredit in Aussicht. Bedingung: das Land solle sich noch mehr marktwirtschaftlich engagieren.Einen Monat später konnte die polnische Regierung ein Umschuldungsabkommen über 8 Mrd. Dollar mit 500 westlichen Gläubigerbanken, unter Leitung der österreichischen Creditanstalt-Bankverein, abschließen. Die Rückzahlung der Summe wird auf 15 Jahre gestreckt und der Zinssatz verringert. Das Abkommen besteht aus zwei Teilen. Der ertse läuft 1990



über Gemeinschaftsunternehmen (Joint ventures) zwischen polnischen und westlichen Firmen, bei dem die Westfirmen sogar über eine Mehrheitsbeteiligung verfügen können. Mit diesen und anderen Marktwirtschaftlichen Avancen verschaffte sich die polnische aus und soll "nicht konditioniert" sein. Der zweite Teil jedoch hängt davon ab, daß Polen ein Abkommen mit dem IWF erzielt. Dieses Abkommen wird weitere marktwirtschaftliche Zugeständnisse der polnischen Regierung enthalten. Ist die Regierung nicht zur Akzeptierung des IWF-Diktats bereit, so würden ihr sofort alle westlichen Kreditquellen, auf die

Juni 1988 soll dem Parlament ein Gesetz über die Einführung von Aktien vorgelegt werden, das am 1.Januar 1989 in Kraft treten wird. Das kann zu einschneidenden Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen führen, denn Aktien signalisieren — im Gegensatz zu Obligationen — reales Privateigentum.
Im September 1987 wurden weitere tiefgreifende Veränderungen durchgesetzt: die Provitsteuer wurde weiter gekürzt, dafür eine private Einkommenssteuer mit einem Spitzensatz von 60% und eine Mehrwertsteuer von bis zu 25% eingeführt. Das

sie so dringend angewiesen ist,versiegen. Doch momentan deutet alles auf eine fondstreue Politik der polnischen Regierung hin. Den wirtschaftlichen Reformen stehen jedoch politische Hindernisse im Weg. Durch die wirtschaftlichen Veränderungen wird sich der Lebensstandard der polnischen Bevölkerung weiter verringern (der immmer noch unter dem Niveau von 1978 liegt) und sich demzufolge der Widerstand der Arbeiterklasse verstärken. Und gegen diesen ist das Jaruzelski-Regime relativ machtlos. Mit Panzern und Sondereinsatzkommandos lassen sich zwar protestierende Arbeiterinnen ermorden und unabhängige Gewerkschaftsbüros dichtmachen, aber eben nicht

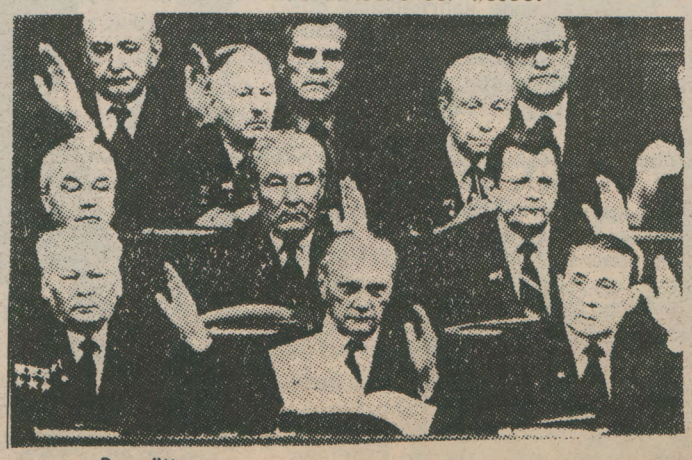
die Wirtschaft in Gang halten. Die Wunden die der General mit dem Kriegsrecht in die polnische Gesellschaft geschlagen hat, sind noch zu frisch und könnten leicht wieder aufbrechen. Alle politischen Krisen im Nachkriegspolen (1956, 1970, 1981) waren unmittelbares Ergebnis von Reallohneinbußen, vor allem in Folge von Preiserhöhungen. Und auf nichts anderes läuft auch das neue Wirtschaftsprogramm hinaus.
Die polnische Regierung muß einen anderen Weg wählen, wenn sie soziale Evolutionen vermeiden will. Sie glaubte den Ausweg in einer Volksabstimmung gefunden zu haben, in der die Bevölkerung die Austeritätsmaßnahmen absegnen sollte.

Geboten bekam diese dafür sehr zaghafte politische "Liberalisierungen", die sich jedoch alle im Rahmen des bestehenden Systems bewegen; von der offiziellen Tolerierung unabhängiger Gruppen war in dem Referendum nicht die Rede.
Die polnische Bevölkerung hat diesen Austeritätsmaßnahmen nicht ihre Zustimmung erteilt. Das heißt aber keineswegs, daß selbige nicht durchgeführt werden; ihre Realisierung wird lediglich etwas verschoben, bzw. modifiziert. Durchgeführt werden aber müßen sie — darauf drängt der IWF.
Die nächsten Jahre Polens werden sehr interressant werden. Mit der Implementierung der marktwirtschaftlichen Refor-

men, werden die Lebenshaltungskosten steigen, was die Gefahr des Aufflammens ökonomischer begründeter Unruhen verstärkt. Und diese sind in den Gesellschaften sowjetischen Typs bis jetzt häufig genug in politische Kämpfe umgeschlagen.

Ungarn

Auch die ungarische Regierung poussiert momentan sehr angestrengt mit den marktwirtschaftlichen Methoden, die sie als Heilmittel für die Gebrechen der bürokratisch/ (nicht demokratisch-) zentralisierten Planwirtschaft betrachtet. Und diese Gebrechen mehren sich in letzter Zeit in alarmierender Weise.



Das "Konsumparadies des Ostblocks" hat zwar immer noch ein umfangreiches Warenangebot, aber die Zahl derjenigen, die sich dieses leisten können, nimmt rapide ab. Zehn Milliarden Dollar Auslandsschulden (die höchste Pro-Kopf-Belastung eines Ostblocklandes), schrumpfendes Wachstum in der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, ein zunehmendes Haushaltsdefizit und die permanente Inflation hinterlaßen ihre Spuren. Der Lebensstandard hat sich in den letzten drei Jahren um sieben Prozent verringert.
Am 2.Juli 1987 wurde vom ZK ein neues Wirtschaftsprogramm ("soziales und wirtschaftliches Entwicklungsprogramm") angenommen; die Preise für 100 Waren des täglichen Bedarfs (Brot, Kohle, Gas, Strom..) stiegen um durchschnittlich 20%, die Löhne wurden jedoch nicht erhöht. Die Banken gewähren nur noch produktiven Betrieben neue Darlehen, unrentabel arbeitende Firmen können dichtgemacht werden. Die Profitsteuer wurde von 90 auf 45% gesenkt, das Leistungsprinzip in den Betrieben noch weiter ausgebaut, die Anzahl der maximal in einem Privatbetrieb beschäftigten wurde von 12 auf 20 erhöht.
Seit 1983 ist in Ungarn der private Obligationshandel erlaubt. Mittlerweile gibt es schon die ersten Leute, die allein von

ist für den gesamten Ostblock ein nie dagewesenes Ereignis.
Gleichzeitig wurden die Subventionen für schlechtlaufende Unternehmen und für Konsumgüter (Darunter Brot und Milch) gekürzt — ein fast reaganesques Programm.
Die ungarische herrschende Bürokratie sucht einen Ausweg aus der Krise ganz offensichtlich in einer weiteren Annäherung an die Marktwirtschaft. Auch hier ist unklar, wie stark der Einfluß des IWF auf die Maßnahmen zu Subventionsabbau, Reallohnkürzung und Ausweitung des Privatsektors ist. Aber er hat auf jeden Fall seine Finger im Spiel:

die beschloßenenen Maßnahmen gehören zu den Lieblingsaufgaben der IWF-Monetaristen.
Einzig in einem Fall ist die direkte Einmischung des internationalen Kapitals in Ungarn im letzten Jahr bekanntgeworden: Die Nachbarorganisation des IWF, die Weltbank, kritisierte in einem Bericht die "unzureichenden Fähigkeiten" der ungarischen Manager und drang auf die Bildung einer Managerschule westlichen Stils, mit westlichen Lehrern. Die Regierung reagierte prompt. Bereits im September 1988 soll die Schule in Budapest eröffnet werden.
Die ungarische Untergrundzeitung

"Harmondo" machte sich eigene Gedanken über den neuen Wirtschaftskurs:
"Der stärkste Schlag, den die ungarische Wirtschaft treffen könnte, wäre, wenn die Arbeiter und die Unternehmen die Aufforderung akzeptierten und härter arbeiten würden. Stellen wir uns vor, was dann passieren würde: Die Wirtschaft würde mehr und mehr unverkäuflichen Plunder produzieren, der rohstoff- und energieintensiv mit alten Maschinen hergestellt würde — falls diese überhaupt noch ansprangen. Der Import von Rohstoffen und Energie würde zunehmen, der Export aber nicht wachsen. Neue Anleihen wären nötig, um die Importe zu bezah-

len und frühere Anleihen und Zinsen zu beyleichen... Die Wirtschaft würde statistisch gesehen schnell wachsen, in Wirklichkeit jedoch zusammenbrechen."
Die Kosten des neuen Wirtschaftskurses trägt natürlich nicht die Bürokratie, sondern die Werktätigen. "Streiken ist angesagt" – das leyte selbst das Parteiorgan "Nepszabadsey" am 6.Juli 1987 den ArbeiterInnen ans Herz. Es kam schon zu ersten Unruhen; die Wirkliche Konfrontation steht jedoch noch aus.

Jugoslawien

Der jugoslawische "Marktsozialismus" hat ebenfalls schwere ökonomische Probleme. Seien über 100%ige Inflationsrate zählt zu den höchsten der Welt, der Lebensstandard, ist inzwischen wieder beim Niveau der 60iger Jahre gelandet, die Hälfte der GehaltsempfängerInnen kann von ihrem Lohn nicht einmal den täglichen Lebensunterhalt abdecken, die Arbeitslosigkeit beträgt 17%, die Schuldendienstquote liegt bei 40% – kein Wunder also, daß das Land nur noch unter der Ägide der IWF kreditwürdig ist.
Im Mai 1986 erhielt Jugoslawien vom IWF einen Bereitschaftskredit (STandby) mit einer Laufzeit von drei Jahren. Das Land mußte sich im Gegenzug verpflichten, dem Fonds "gewisse" Aufsichtsrechte über die Wirtschaft einzuräumen. Kurze Zeit später wurde das Abkommen noch verschärft: Der Währungsfonds hat jetzt zweimal jährlich das Recht, eine eneralinventur in der jugoslawischen Ökonomie zu machen.
Kaum vier Monate danach gab es dann den ersten Krach. Durch eine Indiskretion wurde bekannt, daß der IWF den BdKJ (die jugoslawische KP) gerügt hatte. Die Zentralbank hatte zu niedrige Zinssätze (unter der Inflationsrate), die Regierung würde zu stark von marktwirtschaftlichen Prinzipien abweichen und die von ihr verhängten Preisfestsetzungen seien völlig fehl am Platze. Der BdKJ mußte prompt zurückstecken und sich dem Fonds beugen. Er fror im Dezember 1986 bundesweit die Löhne ein und hob die Preise für viele Bedarfsgüter an. Die Arbeiter Innen antworteten mit der größten Streikwelle seit dem zweiten Weltkrieg. Im Verdes Jahres 1987 waren nach offiziellen Gewerkschaftsangaben über 200.000 Beschäftigte an 1300 Streiks beteiligt.

Seit 1983 leistet Jugoslawien die vorgeschriebenen Zins- und Tilgungszahlungen. Doch im Juli 1987 yab es dann erstmals wieder Probleme, als 245 Mio. Dollar nicht rechtzeitig zurückerstattet werden konnten. Ende September 1987 hat der Vizechef der Nationalbank, Slobodan Stanojevic die westlichen Kredityeber u.a. um die Erlaubnis yebeten, die Tilgungsraten vorübergehend einstellen zu dürfen: es werde ein längerfristiyes Umstrukturierungsprogramm erarbeitet. Sofort darauf wurde Finanzminister Svatozer Rikanovic zum IWF-Hauptquartier nach Washington beordert, wo ihm der Fonds die Absicht deutlich machte, seine Aufsicht über die jugoslawische Ökonomie weiter ausbauen zu wollen.
Die jugoslawische Regierung ist mit einem Dilemma konfrontiert. Zum einen ist sie auf Westkredite anyewiesen, diese kann sie aber nur mit Zustimmung des IWF bekommen. Der Preis für diese Zustimmung ist auch in Jugoslawien die Durchführung marktwirtschaftlicher Reformen. Diese verringern aber den Lebensstandard der Werktätigen, was zu Streiks führt (und bereits geführt hat), zu Unruhen und politischen Krisen und letztendlich das Machtmonopol der jugoslawischen KP in Frage stellt.

China

China ist das einzigste "sozialistische" Land ist, das keine Rückzahlungsschwierigkeiten hat und trotzdem Mitglied des IWF ist. Zwar ist die Auslandsverschuldung mit 16 Milliarden Dollar (1986) in absoluten Zahlen ziemlich hoch, jedoch wieder relativ angesichts der riesigen chinesischen Wirtschaft. Die 1987 eingeleitete "Politik der offenen Tür" für das ausländische Kapital ist nicht auf den Druck des IWF zurückzuführen, sondern vielmehr auf die autonomen Bestrebungen der chinesischen Bürokratie. Mit Westkrediten hat hat das Land keine Probleme. Ja, die Banken reißen sich sogar um die Bereitstellungen von Darlehen und versuchen mit Billigangeboten in den ungeheuren chinesischen Markt einzusteigen.

RUMÄNIEN

Ganz anders sieht es dagegen in Rumänien aus. Staatschef Ceaucescu persönlich hat zum "Kreuzzug gegen die Auslandsschulden"aufgerufen. Rumänien ist das einzigste Ostblockland im IWF, das in den achtziger Jahren seine Auslandschulden verringern konnte. Doch um welchen Preis! Alles, was nur irgend möglich, wird in den Export geworfen. Die Investitionen in maschinelle Ausrüstungen sind fast auf Null gesunken, die onehin kümmerliche Infrastruktur geht jetzt völlig vor die Hunde. Die Einfuhren wurden drastisch eingeschränkt. Jedes devisenfordernde Importgut bedarf einer staatlichen Sondergenehmigung. Der Lebensstandard der Bevölkerung verringert sich in beängstigender Weise. Die Grundnahrungsmittel sind rationert. Traurige Berümtheit haben die bei jedem Winter wiederkehrenden Energiesparprogramme erlangt. Verständlich, daß dieser harte Autoritätskurs auf Proteste bei den Werktätigen stoßen muß: die spontanen Unruhen vom 15. November 1987 in Bresov, der zweitgrößten Stadt des Landes, sprechen für sich.
Entscheidend für die Zukunft wird sein, ob der rumänische Diktator auch in den nächsten Jahren in der Lage sein wird, die aufgebrachte Bevölkerung durch seinen monströsen Sicherheitsapparat in Schach zu halten. Bis jetzt ist ihm das geglückt. Es gibt in Rumänien immer noch keinen Ansatz zu irgendeiner Form der organisierten Opposition.
Selbst, wenn es Rumänien mit seiner rigerosen Sparpolitik schaffen würde, wie geplant bis 1990 die Auslandsschulden restlos abgezahlt zu haben, steht es vor der paradoxen Situation, sofort neue Anleihen aufnehmen zu müßen. Denn durch die momentan auf Teufelkomm-raus betriebene Exportorientierung wird selbst die einfache Reproduktion des Maschinenparks nicht mehr gewährleistet. Die Maschinen werden einfach so lange betrieben, bis sie auseinanderfallen; Geld für neue ist nicht da. Soll aber auch in den 90ziger Jahren noch etwas in Rumänien produziert werden, so sind zuerst einmal frische Darlehen nötig, um neue Maschinen zu kaufen , bzw. die alten zu reparieren und die Infrastruktur auf Vordermann zu bringen. Dann wird die Stunde des IWF schlagen.
Ceaucescu konnte sich bis jetzt noch gegen dessen Diktate behaupten, da er für "sein" Land keine Kredite in Anspruch nahm.

Alles in allem...

...läßt sich konstatieren:
Die Regierungen der "sozialistischen" Länder versuchen, der Krise, von der mehr oder weniger alle heimgesucht werden, durch eine verstärkte Ausweitung marktwirtschaftlicher Elemente zu begegnen. Zusätzlich zielen die Diktate des IWF, die an Kredite gebunden sind, auf eine noch tiefregreifende Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien.
Die "sozialistischen" Länder im IWF stehen nicht auf der Seite der Nutznießer des Fonds (mit Ausnahme Chinas), sondern auf der gleichen Seite wie die unterentwickelt gehaltenen Länder der "Dritten Welt" – auf der Seite der Verlierer.
Die "sozialistischen" Länder, die nicht im IWF sind – vor allem die UdSSR, DDR und die CSSR – haben zwar beträchtliche Auslandsschulden, aber meist auch große Gold- und Devisenreserven, so daß sie noch als kreditwürdig gelten und nicht dem Fonds beitreten müßen.
Die schöne Regelmäßigkeit mit der sich die Regierungen der Ostblockländer in Richtung Markt wenden, wenn es mit der Ökonomie bergab geht, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es noch einen anderen Weg gibt: die gesamtgesellschaftliche Selbstverwaltung.
Der einzige Vorteil den die bürokratisch zentralisierte Planwirtschaft gegenüber der Marktwirtschaft hat, ist die Planung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene (und nicht auf betrieblicher). Doch dem Stachel der kapitalistischen Konkurrenz hat sie nichts gleichwertiges entgegenzusetzen. Das könnte nur eine demokratisch-zentralisierte Planwirtschaft, die dem privaten Wettbewerb mit seinen Negativfolgen (Ressourcenverschwendung durch Parallelentwicklungen, Überproduktion und Arbeitslosigkeit) die bewußte und freiwillige Kooperation – die Arbeitersolidarität – gegenüberstellt. Voraussetzung dafür ist allerdings die Herrschaft der Werktätigen selbst und nicht etwa die einer elitären Bürokratenkaste.
Die Tatsache, daß die Regierungen der Ostblockländer (das gilt auch für Gorbatschow) diesem System einer wirklichen sozialistischen Demokratie weiterhin ihre bürokratische Diktatur vorziehen, in der die Werktätigen weniger politische Freiheiten haben, als in den bürgerlichen Demokratien (Verbot unabhängiger Gewerkschaften, Streikverbot, Unterdrückung freier Arbeiterdiskussion) zeigt an, wie "ernst" es diese Regierungen mit dem Sozialismus – der Herrschaft der direkten ProduzentInnen – wirklich meinen.

ANTI-FASCHISMUS und WIDERSTAND in FRANKREICH

SOS-RACISME ET JEUNES BEURS

Frage: Wo verlaufen die Trennungslinien im neueren antifaschistischen und antirassistischen Kampf zu "SOS Racisme"?

Reflex: Greifen wir etwas in der Geschichte zurück. Das Bewußtsein antirassistischer Arbeit entsteht 1983, davor, so 80/81, hatte es eine Bewegung gegeben, die "Rockkonzerte gegen Bullen" organisierte. Diese Leute sind später verschwunden, es tauchen neue Leute auf. Der Springpunkt der neuen Bewegung sind die Aktionen in Mingettes/Lyon, wo Autos von Faschos regelmäßig angezündet wurden. In dieser Zeit finden sehr viele rassistische Morde statt. Darauf findet eine Mobilisierung unter den beurs (der zweiten Generation der ImmigrantInnen) statt, die in den "Marsch gegen Rassismus" mündet, wo in Paris 100.000 Leute zusammenkommen. Dutzende lokaler Gruppen der beurs entstehen, die für Bürgerrechte und Gleichheit eintreten. 84 und 85 laufen diese Mobilisierungen auf der Straße aus. Ab da treten zwei Strömungen aus dieser Bewegung hervor. Die eine tritt für eine Rückkehr zu Community-Werten ein, die andere will mehr das Gemeinsame hervorkehren. Aus dieser zweiten Strömung entsteht "SOS Racisme". SOS Racisme konzentriert sich schnell auf die Öffentlichkeitsarbeit, und dabei werden sie kooptiert (in Institutionen aufgenommen und so für das System funktionalisiert, d. Red.). Dafür gibt es zwei Erklärungen. Die erste ist, daß die Sozialdemokraten Gesprächspartner im sozialen Terrain brauchten. Unter den jungen beurs konnten sie keine finden, weil diese kein Interesse an Salongesprächen haben. Die Sozialdemokraten hatten Gesprächspartner umso mehr nötig, da die Bewegung ihnen schon einmal mit dem "Marsch für soziale Gleichheit" davongelaufen war, mit Forderungen nach Gleichheit der Einkommen, für Solidarität zwischen FranzösInnen und ImmigrantInnen, also allesamt für die Sozialdemokratie zu radikale Forderungen. Ich glaube, daß auch die Form der Mobilisierung, die auf humanistischen Inhalten beruhte, sich nur gegen die Sozialdemokraten entwickeln konnte. Das heißt nicht, daß die Sozialdemokraten die Bewegung komplett vereinnahmt haben. Sie spielten vermutlich mit der Idee, eine kritische Jugendbewegung parallel zur Sozialdemokratie zu entwickeln. Die wahnsinnige Entwicklung von SOS Racisme zerstörte die anderen Ansätze der Arbeit und ließ sie als die einzige Erbin der vorangegangenen Mobilisierung erscheinen. Das hat auch einen harten Bruch zwischen SOS Racisme und den Basisorganisationen der jeunes beurs herbeigeführt. Gleichzeitig degenerierten die mehr Community- und basisbezogenen Gruppen zu folkloristisch-kulturellen Initiativen oder zu Handlangern und Vermittlern für die jeweiligen Stadträte. Dazu hat beigetragen, daß plötzlich Gelder und Zuschüsse freigegeben wurden. Unter dem Einfluß der Gelder spalteten sich diese lokalen Gruppen intern in bezahlte und unbezahlte Kräfte. D.h., es kam zu einer Bürokratisierung und einem Ausverkauf der politischen Inhalte. Die verschiedenen Koordinierungsversuche der Beurs-Gruppen sind an fraktions- und interessenkämpfen gescheitert. Die Stadträte haben es in einer relativ kurzen Zeit geschafft, innerhalb der Beurs-Bewegung eine Art Mittelstand mit politischem Führungsanspruch im Sinne des Staates herauszubilden. Diese Leute haben sich ganz auf die institutionelle Ebene verschrieben, wurden zur "Beurgeoisie".

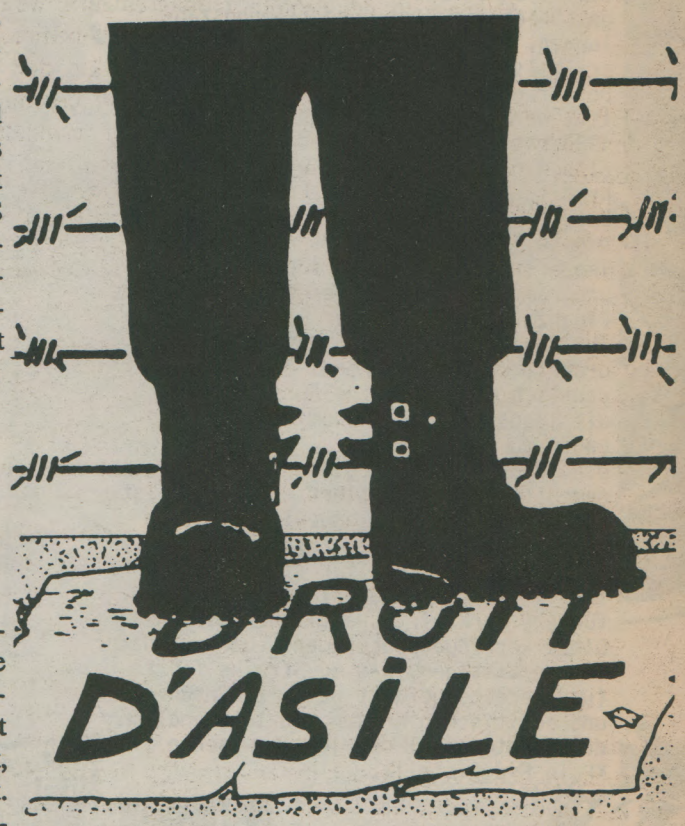
Ende 85 gibt es also eine hegemoniale SOS Racisme, es gibt kleine Gruppen, die sich ganz in ihre Community zurückgezogen haben, und es gibt kleinere, lokal bezogene Organisationen. Unter den letztgenannten Organisationen gibt es einige, die an einer Analyse und kritischen Auseinandersetzung mit der Justiz in Zusammenhang mit Prozessen wegen rassistischer Morde arbeiten. Aus diesen Gruppen kommt in der Folgezeit die Mobilisierung gegen die jüngste Ausländergesetzgebung, die eine erleichterte Ausweisung und eine erschwerte Familienzusammenführung beinhaltet. Diese Arbeit ist zwar minoritär, dreht sich aber um den Schutz von Flüchtlingen und bedrohten AusländerInnen.

Wie sind wir vom Antirassismus zum Antifaschismus gekommen? Wir müssen von der Kritik an der Politik von SOS Racisme ausgehen. SOS Racisme ist gegen Ausweisung, aber gegen die willkürliche Ausweisung, nicht grundsätzlich gegen Ausweisung. SOS Racisme nimmt einen sozialdemokratischen Standpunkt ein: allen, die bis zu einem gewissen Zeitpunkt gekommen sind, müssen volle Rechte gegeben werden, alle danach sind "schlechte" AusländerInnen, für die es keinen Platz gibt. Das große Geschäft der Sozialdemokraten und von SOS Racisme ist die Integration der legalen ImmigrantInnen. Das ganze Gelaber über die netten, legalen Einwanderer und die Bürgerrechte basiert ausschließlich auf dieser legalen Schicht der ImmigrantInnen.

KAMPF GEGEN AUSWEISUNGEN

Daher ist der Kampf gegen Ausweisungen entscheidend, weil ja die ausgewiesen werden, die keine Papiere haben. Die ganze Angelegenheit der Integration interessiert uns nicht, da die Integration schon vollzogen ist. Was uns interessiert, ist der ökonomische und soziale Status der ImmigrantInnen. Die Frage ist uns vom neuen Einbürgerungsgesetz aufgedrängt, das unter dem Einfluß der Ultrarechten von den Rechten verabschiedet wurde. Die Rechten haben zu diskutieren begonnen, ob nicht das geltende Recht auf Staatsangehörigkeit durch Geburt in Frankreich abgeschafft werden sollte. Angesichts dieser Diskussionen versuchten wir die Diskussion mehr in die Richtung zu lenken, die Bürgerrechte von der Staatsangehörigkeit abzukoppeln. In diesem Punkt sind wir mit vielen Basisorganisationen der jeunes beurs zusammengekommen. Die Gruppe "Texture" brachte den Vorschlag, unter Rückgriff auf die revolutionäre Tradition der Pariser Commune, daß ökonomische und soziale Rechte unabhängig von der Staatsangehörigkeit gewährt werden solten.

1987 ist eine Kampagne um das Thema Bürgerrechte gelaufen. aber diese Phase scheint schon beendet. Wir haben nicht die breite Resonanz bekommen, die wir wollten, obwohl es uns nicht darum ging, ausschließlich die politischen Rechte aufzugreifen,



sondern auch die sozialen und ökonomischen Reche der ImmigrantInnen als Klassenfrage zu behandeln. In den fünf Jahren des antirassistischen Kampfes sind wir vom klassischen Antirassismus, d.h. von der Forderung nach Zusammenleben ausgegangen. Diese Fragestellung, die bis 1981 vorherrschte, hatte den Nachteil, daß sie die Leute zwang, sich in ihre Ghettos einzuschließen. Danach hat sich die Fragestellung geändert, nach dem Prinzip, "suchen wir das, was gemeinsam ist". Die erste Kampagne der neuen Richtung hieß "Mach meinen Kumpel nicht an!"(1982). Sie war wegen ihres Paternalismus völlig unerträglich. Wir haben weiterhin Brücken gesucht, die uns verbinden könnten. Aber unsere schwachen Kräfte und

die internen Diskussionen über die Schwerpunkte unserer Aktionen - die Karte der citoyenitè (politischer und sozialer Status) wurde höchstens in einer Auflage von 2.000 Exemplaren verteilt - das alles hat zu einem relativen Scheitern der Aktionen geführt. Unglüchlicherweise haben einzelne Gruppen infolge des Scheiterns der Massenbewegung das Gespräch mit den Institutionen gesucht und ein mitspracherecht in paritätisch gesetzten Sozialinstitutionen gesucht. Es ist nämlich so, daß diejenigen, die ein mitspracherecht für die AusländerInnen in diesen Institutionen haben, auch über die Verteilung des Geldes mitbestimmen. Zur Zeit läuft eine lächerliche Debatte über die Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahlen. Das wird höchstens die "Dienstboten" unter den beurs im Dienste der Stadträte hervorbringen. Solche Fragestellungen und eine Massenbewegung dahinter haben keinen Sinn. Diese Massenbewegung gibt es ja gar nicht. Wir sind in einer Phase der Auflösung der Basisinitiativen, und auf lokaler Ebene finden ja gar keine Mobilisierungen statt.

Wir sind angesichts des Scheiterns der Anti-Rassismus-Kampagne gezwungen, zum Antifaschismus überzugehen. Aber dabei haben wir nicht den Schwerpunkt unserer Aktionen geändert. Wir hatten immer versucht, beide Inhalte miteinander zu verbinden und uns dabei gegen die herrschende Analyse gestellt. Jene ging davon aus, daß der Rassismus die AusländerInnen-Communities angegriffen hatte, und daß die FranzösInnen sich dazu verhalten müßten. Also im Grunde genommen war der Rassismus für die FranzösInnen ein äußeres Problem. Daneben interessierte der Faschismus die ImmigrantInnen nicht, das war ein Problem der französischen Gesellschaft.

DIE LEPENISTEN

Wir betrachteten diese Analyse als falsch. Wir waren ZeugInnen einer rechten Bewegung, die sich installierte und in den Stadtteilen Kommunikationsnetze einnahm bzw. aufbaute. Bei den Lepenisten (AnhängerInnen von Le Pens Front National) handelte es sich nicht um eine Eintagsfliege, wie es Frankreich schon früher erlebt hatte. Es gibt eine Erklärung dafür. 1981 hat die institutionelle Linke infolge der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten dieses Terrain verlassen. Dieser Leerraum wurde von der Front National eingenommen. Und zwar in den benachteiligten Stadtteilen, in den proletarischen Quartieren. Wir propagierten die Rückeroberung dieses Terrains; wir konnten ja nicht zulassen, daß sich die Front National dort ausbreitet, in den Armenvierteln, in den ImmigrantInnenvierteln. Wir zögerten, und sie haben zwei bis drei Jahre Vorsprung. Daher hatten wir in den vergangenen Diskussionen kein Interesse an einer institutionellen Beteiligung, weil wir damit Le Pen nicht treffen konnten.

Nach unserer Analyse ist Le Pen kein Faschist im historischen Sinne. Le Pen bedeutet das Wiedererwachen der populistischen nationalistischen Rechten in Frankreich, die Front National ist eine ziemlich volksnahe Organisation. Le Pen findet seine AnhängerInnen sowohl unter ProletarierInnen als auch unter proletarisierten Mittelschichten. Wir kritisierten, daß SOS Racisme in diesem Zusammenhang nie einen Klassenstandpunkt beziehen wollte. Wir müssen daher unsere Arbeit in den Aufbau von Kommunikationsnetzen in den Stadtteilen hineinstecken. JedeR muß verstehen, daß der Faschist nicht der große Unbekannte ist, sondern der Nachbar von nebenan.

GEGENWEHR IM STADTTEIL

Frage: Auf eurer Veranstaltung war zu verstehen, daß ihr die Stadtteilarbeit aufgegeben habt. Steht das nicht in Widerspruch zu euren Analysen?

Reflex: Der Widerspruch liegt darin, daß die Antifaschistischen Militanten meist weiße StudentInnen sind. Sie neigen natürlicherweise dazu, den Faschismus als die unbekannte Gefahr anzusehen. Wir hätten es gern, wenn diese mittelständischen StudentInnen die Cafés und Treffpunkte der Stadtteile als Kampfterrain begreifen würden. Wir haben eine doppelte Aufgabe zu lösen: 1. das öffentliche Auftreten der Faschisten zu verhindern, 2. die Ameisenarbeit, in den Vierteln die Initiative zurückzuerobern. Das ist eine Arbeit für die Ferien von den Kindern, für Räume, über Wohnbedingungen. Ansätze dieser Arbeit haben schon in Mingettes/Lyon stattgefunden, wo die Jugendlichen unter sich Ferien organisiert haben. Woanders sind Stadtteilhäuser zurückerobert worden. Stadtteilfeste werden überall organisiert. Wir pfeifen auf die bourgeoisen WählerInnen des Front National, aber wir müssen einen Schutzwall um jedes proletarisches Viertel ziehen.

Frage: Bringt so ein Konzept nicht die Gefahr einer Militarisierung der Viertel?

Reflex: Wir und die Leute im Stadtteil müssen die Gegenwehr im Stadtteil organisieren. Es sind nicht die Bullen, die das lösen sollen. Wir müssen auch vermeiden, daß die Polarisierung von der Macht benutzt wird, um beide Extreme zu liquidieren. Wir haben von der autonomen Bewegung Ende der 70er Jahre gelernt, wo die Militarisierung bewußt beschleunigt und die Gewaltspirale hochgedreht wurde. Das Ergebnis war das Massaker an den Autonomen. Wir haben diese Lehren gezogen. Jene Bewegung hatte sich nicht in der zivilen Gesellschaft (societé civile) verankert. Wir suchen nicht die Auseinandersetzung mit dem Staat, mindestens solange nicht, wie wir noch keine soziale Basis haben.

MILITANTER ROCK

Frage: Gehen wir auf eure Praxis ein. Ihr habt vom Kampf gegen Marginalisierung, vom Kampf gegen den Knast und von militantem Rock gesprochen.

Reflex: Unsere Zusammenarbeit mit den alternativen Rockgruppen besteht darin, daß wir den Ordnerdienst auf den Konzerten organisieren, um die Fascho-Logik des Ordnerdienstes zu brechen. Diese Tradition und Logik bestand darin, Rockgruppen, die gute Texte hatten, mit Milizen zu verpacken, die für Brutalitäten und Schlägereien sorgten. Die sich daran anschließenden Diskussionen haben zum Aufbau eines alternativen Ordnerdienstes geführt. Es gibt ein paar Regeln. Die eine ist, daß wir die Leute nicht kontrollieren, sondern sie empfangen. Wir sind manchmal gezwungen, die Leute zu durchsuchen, aber wir erklären, warum (wegen Messern und Tränengas). Wir halten die Faschos zurück, insoweit wir sie kennen oder sie sich mit Plaketten oder Zeichen als solche zu erkennen geben. Skins können wir nicht dulden, wir schicken sie weg. Wir wollen nicht die starke Hand sein, die für Ordnung sorgt. Wir versuchen dabei, aufklärerisch aufzutreten, erklären das Ziel und den politischen Hintergrund des Konzerts. Wichtig ist, Situationen zu verhindern, wo Leute bei einem Konzertbesuch riskieren, die Fresse poliert zu bekommen. Nehmen wir ein Beispiel: zum letzten Konzert sind 20.000 Leute gekommen, und dabei waren über 20 Bücher- und Infotische von verschiedenen politischen Initiativen und Kollektiven. Das ist unsere Arbeit in Zusammenhang mit dem radikalen Rock. Die gleichen Leute, die auf den Konzerten die Infotische gemacht haben, organisieren in ihren eigenen Stadtteilen oder Städten selbst Konzerte, bei denen die gleichen Gruppen auftreten. Sie spielen oft kostenlos, und der Gewinn kommt Aktionen der Bewegung zugute, etwa gegen Abschiebung oder Marginalisierung.

Frage: Gibt es eine Art Spezialisierung in eurer Arbeit?

Reflex: Es gibt eine Spezialisierung, aber es gibt auch regelmäßige Treffen der verschiedenen Gruppen, die wir bisher drei bis vier Mal abgehalten haben. Da planen wir gemeinsame Kampagnen. Das erste Mal, vor einem Jahr (also im Herbst 1987), hat ein Treffen zur Emigration stattgefunden. SOS Racisme hat radikale Rockgruppen zu einem Konzert eingeladen. Wir sind zusammengekommen, um das vorzubereiten und ein gemeinsames Flugblatt rauszubringen. Wir wollten dabei klar machen, was wir im Gegensatz zu SOS Racisme unter antirassistischer Arbeit verstehen. Bei der von SOS Racisme organisierten Demo haben wir dann das Flugblatt verteilt. Auf dem Konzert haben verschiedene Rockgruppen und politische Kollektive gegen die Anti-Rassismus-Arbeit von SOS Racisme Stellung genommen. Das Flugblatt ist sehr gut aufgenommen worden und hat die Macker von SOS Racisme in Rage gebracht.

Das zweite gemeinsame Thema bei den Treffen war die Prekarisierung, d.h. die ökonomische und soziale Marginalisierung. Der Höhepunkt der Kampagne gegen Prekarisierung war ein Straßenkonzert am 1. Mai 88.

SOLIDARITÄT MIT PANTXOA

Beim dritten Treffen diskutierten wir u.a. die Solidarität mit Pantxoa. Pantxoa ist ein Baske, der festgenommen worden war, nachdem er zwei Mollies auf das Haus eines Polizeikommissars geschmissen hatte, der die Auslieferung von Pantxoas Freund Louis an Spanien verfügt hatte. Louis und Pantxoa gehörten zusammen zu einer Rockgruppe im Nordbaskenland, zu KGB. In der radikalen Rockszene wurde zur Solidarität mit Pantxoa mobilisiert, und ein Kommuniqué wurde veröffentlicht, was alle radikalen Rockgruppen und die HerausgeberInnen von Fanzines unterschrieben hatten, für die Freilassung von Pantxoa. Die Solidaritätsarbeit wird fortgesetzt. Demnächst kommt eine Pantxoa gewidmete Platte einer der bekanntesten Rockgruppen raus. Darüber hinaus wird ein Solikonzert organisiert.

Frage: Wer bringt die Fanzines raus? Seid ihr unmittelbar dabei?

Reflex: Die Fanzines haben in Frankreich eine lange Tradition, sie existieren seit Jahren, aber seit drei, vier Jahren existieren Fanzienes mit neuen Inhalten. Mehrheitlich sind das Ein-Personen-Projekte. In einer kleinen Stadt gibt jemand eine Sammlung von Blättern heraus, die sich um Rockmusik drehen. Meist sind die

sehr kurzlebig. Es gibt hunderte von Titeln, ohne große Verbreitung. Die am weitesten verbreitete Fanzin heißt "On A Faim"(Wir haben Hunger), mit einer Auflage von 1000 Stück.

Unter den Fanzines werden etwa zehn gedruckt, alle anderen werdne fotokopiert. Die Tendenz in den letzten Jahren ist, daß sich die Fanzines zunehmend politisieren. Die bringen jetzt weit mehr als nur das letzt Interview mit der letzten Gruppe. Heute gibt es schon Fanzines, die nichts mehr mit Rockmusik zu tun haben, die sich voll und ganz um Antirassismus und Antifaschismus drehen. Das ist die aktuelle Entwicklung. Vor kurzem gab es eine Erhebung, bei der rausgekommen ist, daß es ungefähr 1000 Fanzines gibt. Viele von denen gibt es heute nicht mehr, aber dafür hat sich die sprachliche und inhaltliche Qualität verbessert. Gut und neu ist dabei, daß viele Leute in erster Person die Kommunikation führen, und daß ein breter Kreis von Leuten erreicht wird.

Es gibt drei oder vier alternative Rocklabels. Das bekannteste hat von der Gruppe "Beuriers Noirs" 250.000 Platten verkauft. Die Labels arbeiten so, daß die Gewinne zur Hälfte an die Gruppe gehen, die andere Hälfte an das Label, um noch unbekannte Gruppen rauszubringen. Einige dieser Labels haben sich allerdings schon kommerzialisiert. Eine der bekanntesten hat sich vor kurzem an eine große Plattenfirma verkauft, die "Boucherie Productions".

PARTOUT ON A FAIM, C'EST LA GUERRE
DANS TOUS LES QUART-MONDES DE LA TERRE
ET ON A FAIM AUSSI A L'OUEST
DU NORD AU SUD ET MEME A L'EST
ET ON A FAIM DANS TOUTES LES GARES
AS-TU PENSE AUX JEUNES CLOCHARDS ?
T'AS BALLE CENT, EH KAMARADE !
J'AI PAS UNE TUNE, J'ROULE EN JAGUAR !

ON A FAIM DU MAFE
ON A FAIM DANS LES FOYERS
ON A FAIM ON FAIT LA MANCHE
ON A FAIM ET " MERDE IN FRANCE "

COMBIEN Y A-T-IL DE GENS QUI CREVENT
DANS L'OUBLI, LE FROID, LA MISERE
ET COMBIEN Y A-T-IL DE GROS BOURGES
QUI REMPLISSENT LES POUBELLES DE BOUFFE
SALUT AU RESTAU TUNISIEN
UN BON COUSCOUS CA FAIT DU BIEN !
MAIS DEPUIS J'AI BOUFFE MON CHIEN
JE SUIS D'VENU VEGETARIEN

ON A FAIM DES CEREALES
ON A FAIM ET PAS DES CHATS
ON A FAIM DU NUOC MAM
ON A FAIM ET PAS DES RATS !

ON A FAIM

SOULEVEMENT DE LA CANTOCHE POPULAIRE
CHORALE DES FOURCHETTES DRESSEES CONTRE L'ETAT !

RAZZIA IM APRIL

Frage: Erzählt uns mal was von der Razzia gegen euch im April 88!

Reflex: Kurz vor den Wahlen hat ein merkwürdiges Attentat stattgefunden. Eine Bombe ist vor dem Büro eines Gerichtsvollziehers explodiert. Das Attentat ist von einer Gruppe verübt worden, die sich "Black Boir" nennt. Diese Gruppe hatte schon mehrere Anschläge verübt, hatte sich aber nie politisch geäußert. Niemand weiß über sie Bescheid. Die bisherigen Anschläge hatten nur Sachschäden verursacht. Dieses Mal sind auch Leute verletzt worden. Dieser Anschlag fand direkt eine Woch vor der ersten Wahlrunde statt. Fünf Tage danach, also zwei Tage vor den Wahlen am 23. April 88 hat eine Razzia stattgefunden, bei der in Groß-Paris 23 Wohnungen durchsucht wurden. Alle 23 Festgenommenen wurden von den Bullen verhört. Das ist nur in Paris geschehen, in einer ganz bestimmten Szene. Die Bullen haben sehr schnell gemerkt, daß die Attentäter nicht unter den Festgenommenen waren, haben aber die Gelegenheit zum Durchleuten dieser Szene genutzt. Die Bullen haben alles mitgehen lassen, was mit unserer Bewegung in den letzten drei oder vier Jahren zu tun hat, Fanzines, Addressbücher usw. Im Nachhinein ist uns aufgefallen, daß wir uns alle kannten, daß wir aber keine politische Arbeit zusammen gemacht haben. Es ist eindeutig, die haben bestimmte Leute festgenommen, die gegen Knast kämpfen, Leute, die sich in der alternativen Rockszene bewegen, auch Leute, die politische Fanzines machen und Leute, die bei der Organisation antifaschistischer Konzerte mitmachen. Es ging nicht darum. Leute festzunehmen, sondern Infos über unser Miliezu zu sammeln. Man muß betonen, daß die Razzien zwei Tage vor den Wahlen stattfanden, daß sie publizistisch groß aufgemacht wurden, nach dem Motto, die Nachfolger von Action Directe sind eingefahren. Es ging dabei um den Versuch, eine Gruppe zu kriminalisieren, die von den Bullen weder verstanden noch kontrolliert werden kann.

In den Verhören wollten sie rauskriegen, wie und warum alte radikale Militante mit jungen Militanten zusammenkommen, und wieso alle sich plötzlich für alternativen Rock interessieren. Sie sehen das als eine zunehmende Gefahrenquelle an, gemessen an der Zahl der verkauften Platten und der Teilnahme an den Konzerten dieser militanten Rockgruppen.

Bezugsaddresse

Reflex erscheint monatlich und kostet in Frankreich für 10 Nummern 80 Francs. Reflex, 14 Rue de Nanteuil, 75015 Paris.

HÄUSERKAMPF ist KLASSENKAMPF

Prozeßerklärungen und Redebeiträge zur Besetzung der Leo in Karlsruhe

Vorwort

Am 11.1.88 wurde die Leo 24 in Karlsruhe besetzt. Schon am nächsten Tag liefen ca. 400 Bullen mit Pferdestaffel und 40 SEKlern an der Spitze bei uns ein, zertrümmerten Fenster und Türen und schleppten die 15 Leute, die gerade im Haus waren, für fast einen Tag in den Knast. Am Abend der Räumung gabs eine spontane Demo, die am Polizeipräsidium, in dem die 15 Festgenommenen saßen, vorbeiführte. Als die Demo die Leopoldstr. erreichte, wurde sie von SEK-Schlägern brutal auseinandergeprügelt.

Wie kam es zur Besetzung?

Schon seit 10 Jahren wohnten wir in der Leo. Wir das sind einige Frauen und Männer, die sich schon länger gegen die herrschenden Verhältnisse wehren, wenn auch an verschiedenen Punkten. Als wir einzogen, war das Haus zum Teil unbewohnbar - und die Vermieter hatten seither fast keinen Pfennig mehr reingesteckt. Wir hatten das Haus so hergerichtet, daß wir uns wohlfühlen konnten und es vor dem Verrotten bewahrt. Vor etwa 3 Jahren minderten wir die Miete und seitdem prozessierten die Hausbesitzer gegen uns. Am 8.1.88 hatte die Justiz ihre Schuldigkeit gegenüber den Hausbesitzern getan: mit der Begründung, daß die Mietminderung unberechtigt und ein Transparent zur Hafenstraße eine Aufforderung zu Straftaten sein, entschied sie auf fristlose Räumung. Insgesamt wurden 23 Strafbefehle von der Staatsanwaltschaft verschickt:
von je 350 bis 2400 DM (wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Beleidigung, Widerstand). Ab dem Zeitpunkt, als die ersten Prozeßtermine bekannt wurden, haben wir uns regelmäßig getroffen und darüber diskutiert, wie wir die Prozesse gemeinsam führen können. Obwohl wir alle Einzelverfahren haben, wird es der Justiz nicht gelingen, uns zu vereinzeln. Wir wollen mit den Prozeßerklärungen die politischen Hintergründe der Leo-Besetzung - nicht nur im Gerichtssaal - zum Thema machen.

Häuserkampf und Revolution

In dieser Gesellschaft und im Kapitalismus allgemein, der nur darauf aus ist, die Menschen, die hier leben und arbeiten, zu verwerten, wird Wohnen als Ware gehandelt. Das heißt, man/frau muß Grundbedürfnisse Geld bezahlen, in den letzten Jahren immer mehr. Dies nützt nicht nur den Hausbesitzern und den Häuserkapitlisten, die monatlich die Miete abkassieren, immer frecher werden, sondern auch denen, die im Fahrwasser drin hängen, wie die Bauindustrie. Für uns wiederum heißt das, schlicht und einfach mehr Geld für die Miete locker zu machen, also mehr arbeiten zu müssen.

Auch die übrigen Kapitalisten ziehen über Wohnen als Ware ihren Nutzen. Mehr Miete zu zahlen ist zum Beispiel größerer Arbeitszwang und Angst vor drohendem Wohnungsverlust. Hier wird die Ware beziehungsweise die Miete als Instrument der herrschenden Klasse zur Disziplinierung und Kontrolle der Bevölkerung eingesetzt. Diese beginnt schon bei der Planung von ganzen Stadtteilen und Sanierungsgebieten. Geplant wird unter dem Aspekt der besseren Verwertung der BewohnerInnen, Aufbewahrungsorte und Reproduktionsstätten für Arbeitskräfte und deren Familien. (Dazu werden meine Genossinnen in drei Tagen an diesem Ort mehr sagen)

Die Entwicklung im Wohnungsbau und auf dem Wohnungsmarkt hängt eng damit zusammen, was sich in den Fabriken tut, und wie die Arbeit organisiert wird - ein Industriegebiet wird ausgewiesen, Fabriken gebaut und dazu dann eine Schlafstadt. So gehören zum Beispiel Großsiedlungen wie Berlin-Siemensstadt, Berlin-Gropiusstadt, München-Perlach, aber auch Karlsruhe-Oberreut und Großfabriken zusammen. Das Leben in den Großstadtsiedlungen ist durchrationalisiert wie in den Fabriken selber. Viele Menschen auf wenig Platz, also zwanzig Stockwerke und mehr, dafür kleine Drei- oder Vierzimmerwohnungen, wo grad noch Platz für den Nachwuchs ist.

Ebenso wie Großfabrik und Großstadtsiedlung gehörten auch Vollbeschäftigung und sozialer Wohnungsbau zusammen. Solange die Kapitalisten davon ausgegangen sind, daß Ausbeutung und Entwicklung weiter funktionieren - im Kern dieser Betrachtungsweise standen vor allem die Fließbandindustrien - waren sie auch bereit die erforderlichen Wohnungen für die Menschen zu bauen. Das gilt natürlich nur mit Einschränkungen, denn hier hat es noch nie genug Wohnungen für die Leute gegeben, von der miesen Qualität mal ganz abgesehen. Aus dieser Logik heraus hatte der soziale Wohnungsbau immer zwei Seiten: Die Wohnungen wurden für Millionen Leute bezuschußt, machten einen Teil ihres Einkommens aus. Auf der anderen Seite erhofften sie sich durch die unmenschliche, rein funktionale Bauweise einer Großstadtsiedlung die Bevölkerung leichter zu kontrollieren. Solch eine Planung beinhaltet den Bau von übersichtlichen und geraden Straßen und Wohnblocks, um im Falle eines Aufstandes schnell in die Wohnviertel eindringen und diese besetzen zu können. Kontrolle - sowohl über räumliche Gestaltung - als auch durch die soziale Durchmischung mit BewohnerInnen aus verschiedenen Gesellschaftsschichten, also auch unterschiedlichem Einkommen und unterschiedlichem sozialem Status. In einer Studie des Bundeskriminalamtes (BKA) liest sich das so:
"Zur Verringerung der Kriminaltät ist es notwendig, die groben staatlichen Kontrollinstanzen, wie zum Beispiel Kontaktbereichsbeamte, zu erweitern, denn an den wachsamen Augen der Nachbarn ist noch keine Sicherheitspolitik vorbeigekommen, wollte sie etwas bewirken. Die bauliche Anordnung sollte
- die BewohnerInnen dahin beeinflussen, ihren Verantwortungsbereich von der Wohnungstür bis hinaus auf die Straße zu verlagern
- eine Sichtkontrolle der Fremden durch die BewohnerInnen ermöglichen

und was wichtig ist
- eine höhere Kommunikation unter den Nachbarn fördern und die Anonymität abbauen."

(Soweit das BKA-Zitat)

In Wirklichkeit geht es dem BKA nicht darum, daß die Menschen mehr miteinander zu tun bekommen, sondern um die soziale Kontrolle untereinander zu vergrößern. Wer kennt nicht das ständige Gerede über die Anderen, die Außenseiter im Viertel.

Identifikation mit dem Stadtteil, Integration und Verhaltensänderung sind die Schlagworte, und das was sie wollen. Damit das alles funktioniert kommen alle Herrschaftsverhältnisse auf die Dauer nicht mit physischen Unterwerfung der Menschen aus, sie müssen sich in den Köpfen und Seelen einnisten - sie kolonisieren. Hat in der Vergangenheit diese Funktion im wesentlichen die herrschende Kirche und der Glaube übernommen, so ist das heute zu einem harten Job für ein Millionenheer von Richtern, Städtebaustrategen, Journalisten, Technikern, Wissenschaftlern, Meistern, Medizinern, Beamten, Psychiatern geworden. Die Wohnverhältnisse, Produktions- und Schulverhältnisse, die Lebens- und Sterbeverhältnisse sind so organisiert, daß sie nicht nur tägliche Zerstörung produzieren, sondern auch das Gefühl des Unabänderlichen, Ewigen - den Mythos von der Macht.

Die Macht und ihr Mythos halten die ihr unterworfenen Menschen im Status von Kolonialisierten. Eine Kolonialisierung, die ständig die Lebenskraft der Menschen untergräbt, sie an ungelebten Möglichkeiten, an den täglich erduldeten Niederträchtigkeiten ersticken läßt, sowie die Verschmutzung in einem See den Sauerstoff bindet, den die Fische zum Leben brauchen. Das Ergebnis ist die massenhafte Auflösung von Personen, das Auseinander-

brechen von Identitätsresten - Plastikmenschen, geladen bis zum Zerbersten mit Furcht und Agressionen. Diese unterdrückte Wut, dreht sich, wenn sie nicht ausbricht, im Kreis herum, und richtet unter den Unterdrückten selbst große Verheerungen an.

Ein Teil darin ist auch die gängige Wohnungsbaupolitik. Die ganze Planung ist so ausgelegt, daß die herrschenden Familienstrukturen, also Kleinfamilie, Frau, Mann und ein oder zwei Kinder erhalten bleiben. Jede Familie in ihrem eigenem Loch, privatisiert und isoliert von den Anderen. So wird versucht Solidarität unter den Menschen von vorneherein zu unterdrücken und die eingenen Probleme nur als individuelles Unglück begriffen. Oft besteht der einzige Zusammenhang untereinander nur über Statussymbole, Materielles, Gespräche über neue Anschaffungen. Die Hauptsache der Mensch, die Persönlichkeit bleibt im Dunkeln, muß anonym bleiben, um nicht angreifbar zu erscheinen. Die Folgen dieser Vereinzelung, Kolonialisierung und unverarbeiteter ständiger Unterdrückung sind eine abartige Gewalt, tagtäglich gegen Frauen und Kinder in der Anonymität der Kleinfamilie.

Ein Teil jeder Hausbesetzung ist es, diese unmenschlichen Strukturen zu durchbrechen, und ihnen unsere Vorstellung von selbstbestimmten Leben und Kollektivität entgegen zu setzen. Gegen die Kolonialisierung unserer Köpfe, die versuchte Verdummung und Entpolitisierung. Alldieweil, wollen wir so leben wir so leben wie es uns paßt und wie wir lustig sind, müssen wir uns das immer ein Stück weit erkämpfen. Denn wer vermietet schon gerne an WG's, oder baut gar Wohnungen und Häuser für solche Strukturen? Von da her werden unsere Vorstellungen vom gemeinsamen Leben immer im Gegensatz zur herrschenden Normalität stehen.

Deshalb wird Wohnungspolitik nicht von Hausbesitzern, sondern von Stadt und Staat als deren Klasseninteressen organisiert. So kontrolliert zum Beispiel die Volkswohnung als größte Wohnungsbesitzerin in Karlsruhe 12 200 Wohnungen - jede achte der 80 000 Wohnungen in Karlsruhe - also den Teil der Leute, die auf billigen Wohnraum angewiesen sind. Das heißt

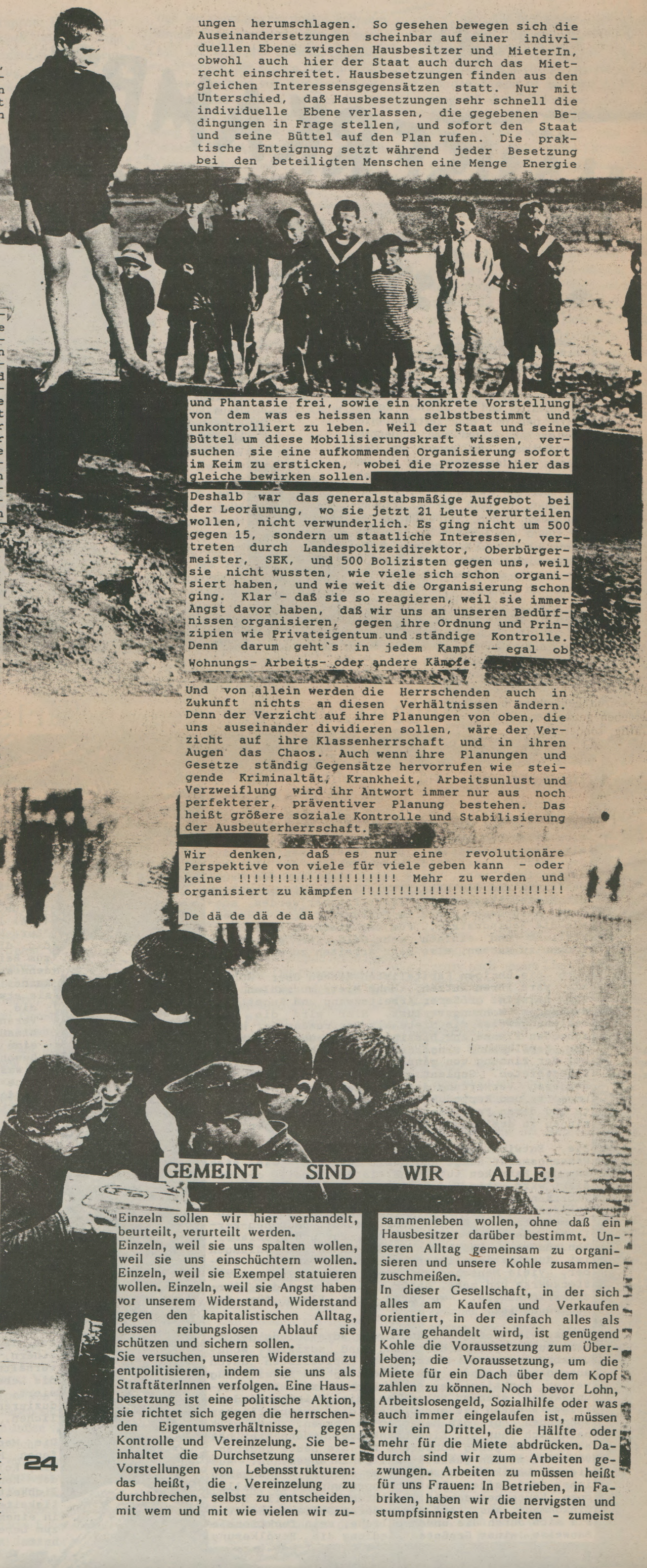
- Kontrolle über die Miethöhe im unteren Bereich
- den Wohnungsstandard
- die Durchmischung im Stadtteil und im Haus
- Wartelisten, wer eine Wohnung bekommt oder nicht

Wer schon mal zwangsgeräumt wurde, bekommt sowieso keine mehr, und der Anteil an vermittelten Wohnungen an Sintis, Obdachlose und Ausländer beträgt sieben Prozent. Das spricht schon für sich. Ebenso braucht man/frau ein gesichtertes Einkommen. Wer nichts nachweisen kann, bekommt auch keine Wohnung, und für WG`s gibt`s sowieso nichts.

Seit Ende der Vollbeschäftigung hat sich auch der soziale Wohnungsbau verändert. Seit ein paar Jahren baut die Volkswohnung Eigentumswohnungen, also Wohnungen für besserverdienende Leute. In einem Projekt in Obereut wurden von 100 Wohnungen 20 zu Eigentumswohnungen umgebaut. In einem andern Projekt gibt es 66 Wohnungen, die als Eigentumswohnugen verkauft werden sollen. Nach den Worten des ehemaligen Volkswohnungschefs Falk werden sie diesen Zweig auch weiter verfolgen. Das neueste ist dann auch der Plan, alte Sozialwohnungen als Eigentumswohnungen zu verkaufen.

Am grünen Tischen plant der Schweinestaat auch auf dem "privaten" Wohnungsmarkt über Bebauungspläne, Mietrecht, Förderung und Bezuschussung vom Innenausbau der Häuser bis hin zur Sanierung die Vertreibung der BewohnerInnen aus dem Viertel die neue Zusammensetzung, Durchmischung und die Miethöhe.

Auch im Bereich Wohnen knallen täglich Klassengegensätze aufeinander. Auf der einen Seite Ausbeutung und Vereinzelung gegen Selbstbestimmung, Kollektivität und unkontrolliertes Leben bis zur Arbeitsverweigerung. Täglich muß man/frau sich mit schwachsinnigen Hausbesitzern, Hausordnungen, Verboten der Untervermietung, Feste feiern oder nicht, Mieterhöhung oder -minderung und Kündigungen herumschlagen. So gesehen bewegen sich die Auseinandersetzungen scheinbar auf einer individuellen Ebene zwischen Hausbesitzer und MieterIn, obwohl auch hier der Staat auch durch das Mietrecht einschreitet. Hausbesetzungen finden aus den gleichen Interessensgegensätzen statt. Nur mit Unterschied, daß Hausbesetzungen sehr schnell die individuelle Ebene verlassen, die gegebenen Bedingungen in Frage stellen, und sofort den Staat und seine Büttel auf den Plan rufen. Die praktische Enteignung setzt während jeder Besetzung bei den beteiligten Menschen eine Menge Energie



und Phantasie frei, sowie ein konkrete Vorstellung von dem was es heissen kann selbstbestimmt und unkontrolliert zu leben. Weil der Staat und seine Büttel um diese Mobilisierungskraft wissen, versuchen sie eine aufkommenden Organisierung sofort im Keim zu ersticken, wobei die Prozesse hier das gleiche bewirken sollen.

Deshalb war das generalstabsmäßige Aufgebot bei der Leoräumung, wo sie jetzt 21 Leute verurteilen wollen, nicht verwunderlich. Es ging nicht um 500 gegen 15, sondern um staatliche Interessen, vertreten durch Landespolizeidirektor, Oberbürgermeister, SEK, und 500 Bolizisten gegen uns, weil sie nicht wussten, wie viele sich schon organisiert haben, und wie weit die Organisierung schon ging. Klar - daß sie so reagieren, weil sie immer Angst davor haben, daß wir uns an unseren Bedürfnissen organisieren, gegen ihre Ordnung und Prinzipien wie Privateigentum und ständige Kontrolle. Denn darum geht`s in jedem Kampf - egal ob Wohnungs- Arbeits- oder andere Kämpfe.

Und von allein werden die Herrschenden auch in Zukunft nichts an diesen Verhältnissen ändern. Denn der Verzicht auf ihre Planungen von oben, die uns auseinander dividieren sollen, wäre der Verzicht auf ihre Klassenherrschaft und in ihren Augen das Chaos. Auch wenn ihre Planungen und Gesetze ständig Gegensätze hervorrufen wie steigende Kriminaltät, Krankheit, Arbeitsunlust und Verzweiflung wird ihr Antwort immer nur aus noch perfekterer, präventiver Planung bestehen. Das heißt größere soziale Kontrolle und Stabilisierung der Ausbeuterherrschaft.

Wir denken, daß es nur eine revolutionäre Perspektive von viele für viele geben kann - oder keine !!!!!!!!!!!!!!!!!!!! Mehr zu werden und organisiert zu kämpfen !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

De dä de dä de dä

GEMEINT SIND WIR ALLE!

Einzeln sollen wir hier verhandelt, beurteilt, verurteilt werden.
Einzeln, weil sie uns spalten wollen, weil sie uns einschüchtern wollen. Einzeln, weil sie Exempel statuieren wollen. Einzeln, weil sie Angst haben vor unserem Widerstand, Widerstand gegen den kapitalistischen Alltag, dessen reibungslosen Ablauf sie schützen und sichern sollen.
Sie versuchen, unseren Widerstand zu entpolitisieren, indem sie uns als StraftäterInnen verfolgen. Eine Hausbesetzung ist eine politische Aktion, sie richtet sich gegen die herrschenden Eigentumsverhältnisse, gegen Kontrolle und Vereinzelung. Sie beinhaltet die Durchsetzung unserer Vorstellungen von Lebensstrukturen: das heißt, die Vereinzelung zu durchbrechen, selbst zu entscheiden, mit wem und mit wie vielen wir zusammenleben wollen, ohne daß ein Hausbesitzer darüber bestimmt. Unseren Alltag gemeinsam zu organisieren und unsere Kohle zusammenzuschmeißen.
In dieser Gesellschaft, in der sich alles am Kaufen und Verkaufen orientiert, in der einfach alles als Ware gehandelt wird, ist genügend Kohle die Voraussetzung zum Überleben; die Voraussetzung, um die Miete für ein Dach über dem Kopf zahlen zu können. Noch bevor Lohn, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder was auch immer eingelaufen ist, müssen wir ein Drittel, die Hälfte oder mehr für die Miete abdrücken. Dadurch sind wir zum Arbeiten gezwungen. Arbeiten zu müssen heißt für uns Frauen: In Betrieben, in Fabriken, haben wir die nervigsten und stumpfsinnigsten Arbeiten - zumeist

im Akkord - zu verrichten. Sind am schlechtesten bezahlt und zudem mit der sexistischen Ideologie der Männerwelt konfrontiert.
Als Teilzeitarbeiterinnen und befristete Aushilfen kriegen wir keinen Urlaub bezahlt, werden bei Krankheit oder Arbeitsmangel rausgeschmissen oder müssen auf Abruf strammstehen. Der Unternehmer bezahlt in den wenigsten Fällen Sozialabgaben, was sich für uns auf die Krankenversicherung und die Rente auswirkt.
Im Dienstleistungsbereich, in der Gastronomie, den Krankenhäusern, Altenheimen und Putzfirmen sollen wir uns freundlich den Arbeitskollegen zuwenden, immer zur Verfügung stehen, sexuell ausnutzbar sein, uns verantwortlich fühlen. Unterwürfig und unsichtbar und trotzdem immer da.
Als Heimarbeiterinnen, wo wir aus dem Zwang, daheim dazuverdienen zu müssen, völlig isoliert, für ein Taschengeld Akkord arbeiten und sozial nicht abgesichert sind.
Tatsache ist, daß das durchschnittliche Erwerbseinkommen von Frauen um 25 % niedriger liegt als das der Männer. Da Arbeitslosengeld und -hilfen abhängig von der Höhe des Einkommens berechnet werden, bekommen wir bei Arbeitslosigkeit auch weniger.
Tatsache ist außerdem, daß wir von der steigenden Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind und Frauen insgesamt einen größeren Anteil an Sozialhilfe- und Wohngeldempfängerinnen haben.
Deshalb wird eine Wohnung für uns Frauen schwerer erschwinglich. Sie zu bezahlen ist oft ohne staatliche Unterstützung nicht möglich. Wir Frauen werden dadurch zu Unterstützungs- und Hilfeempfängerinnen mit den damit verbundenen Abhängigkeiten gemacht oder zum Familienleben gezwungen. Das ist nicht zufällig, sondern kalkuliert!

Im Familienlohn des Arbeiters dagegen sind die Lebensmittel siner Frau und die seiner Kinder mit eingeschlossen. Er verfügt also über das Geld in der Familie, wie weit einer Frau dazu Zugang gewährt wir, hängt von der Gunst des Mannes ab. Aus dieser Verfügung über das Geld erwächst dem Mann die Verfügungsgewalt über die Frau, ihren Körper, ihre Arbeitsfähigkeit. Oft reicht aber der niedrige Lohn des Arbeiters für die Familie nicht aus. Deshalb sind viele Frauen gezwungen zu arbeiten, ihr Lohn ist aber nur ein Zuverdienst zum eigentlichen Familienlohn. In unserem Lohn fehlen die Lebensmittel für den Hausmann und oft sogar für die Kinder. Durch die Rolle als Hausfrau werden wir zur billigen Lohnarbeiterin. Tagtäglich müssen wir Frauen weltweit als billige Lohnarbeiterin arbeiten; und das nicht wie die herrschende Propaganda uns glauben machen will, weil wir unabhängig vom Mann sein wollen, sondern weil wir eben die Kohle zum Leben brauchen.
Um die Familie, die Keimzelle des Staates, als Machtverhältnis aufrecht zu erhalten, müssen die Wohn- und Städteplaner, die Familien- und Bevölkerungsstrategen den Lebensraum auf die Normalfamilie zuschneiden. Wer kennt sie nicht, die Standard-3-Zimmerwohnungen in den Wohnsilos der Städte. Damit garantiert die Wohnungspolitik den reibungslosen Ablauf von Produktion und Reproduktion und die optimale Verwertung der Menschen. Wohngemeinschaften, "wilde Ehen" und Singles machen da keine Ausnahme.
Wir wollen keine sauberen Vorgärten, keine schnuckelig perfektionierte Familienküche mit Mikrowellenherd und Miracoli-Idylle, nur damit Frau sich in einer scheinbar freundlichen Umgebung abrackert wie eh und je und genauso alleine ist.

Millionen von Menschen, die nichts weiter besitzen als ihre Arbeitskraft, werden auf der ganzen Welt von denen, die im Besitz der Produktionsmittel sind, ausgepreßt und vernutzt.
Das kapitalistische System durchdringt die ganze Gesellschaft, ein Räderwerk, das läuft und funktioniert, um die Verwertung von Kapital, die Ausbeutung der arbeitenden Menschen zu garantieren. In diesem Räderwerk ist alles Rädchen, es gibt keinen Freiraum. Die Schulen, die Unis, die Krankenhäuser und Psychiatrien, die Familien und Heime, die Knäste und Bullen, die Fließbänder, Alternativbetriebe und Klitschen, die Wohnsilos und und und ....
Jeder Versuch, jeden aufkommenden keim von unbewußter oder bewußter Verweigerung und Sabotage gegen dieses System, jede Vorstellung von Befreiung in den Herzen und Köpfen der unterdrückten Klasse müssen Staat und Kapital bekämpfen oder integrieren. Mögliche Kämpfe und ihre autonome Organisierung in einer ganz anderen Breite und Dimension, sollen damit verhindert werden.
Die Spaltung in Männer und Frauen, in Deutsche und AusländerInnen, Gelernte und Ungelernte, Arbeitende und Arbeitslose und deren gleichzeitige Isolierung, soll das Entstehen von Klassenbewußtsein gar nicht erst zulassen.
Wir lassen uns nicht spalten, wir lassen uns nicht isolieren. Wir wollen weder gleichberechtigt mit anderen Menschen unterdrückt werden, noch gleichberechtigt über andere Menschen herrschen. Wir wollen nicht ein Teil dieser Machtstrukturen werden, wir wollen diese Machtstrukturen brechen.
Wir sind Frauen, die sich nicht in die Rolle drängen lassen, die der Staat uns zuschreiben will: wir sind keine Hausfrauen, keine Ehefrauen, keine Karrierefrauen.
Dennoch sind wir tagtäglich mit Sexismus und Männergewalt konfrontiert, bei der Arbeit, auf der Straße, in Kneipen, im Bett ...

Tausendmal bekommen Frauen die Aggressionen von Männern zu spüren, bevor sie diese gegen die richten, die Ihnen Gewalt angetan haben, gegen Chefs, gegen Hausbesitzer, gegen Bullen ...
So hat das Patriarchat die Funktion der Klassenspaltung.
Das Patriarchat betrifft alle Frauen und läßt keinen Freiraum offen. Es kann die Befreiung der Frau nur das Werk der Frauen sein. Organisieren und Kämpfen, mit all jenen Frauen, die tagtäglich unter den gleichen scheiß Bedingungen leben müssen wie wir, nicht die Richterin, Staatsanwältin, nicht die Managertussi, sondern die proletarischen Frauen. Uns verweigern und gemeinsam praktisch handeln. Verweigerung und Kampf gegen Arbeit, das heißt gegen Hausarbeit und Lohnarbeit. Verweigerung als Gebärmaschine, Seelsorgerin, Familien- und Wohngemeinschaftsmami.

Verweigerung und Kampf immer dort, wo sie uns ihr patriarchales Frauenbild aufzwingen wollen, ihr Sexismus uns zu Opfern machen soll.
Frauen sind keine willenlosen Opfer, Kämpfe und Verweigerung hat es weltweit immer gegeben. Seien es Streiks in den Freien Produktionszonen Südkoreas, Landbesetzungen in Brasilien und Guatemala, Brotunruhen in Tunesien oder die Beteiligung an Befreiungsbewegungen und bewaffneten Kämpfen.
Weltweite Kömpfe für eine klassenlose, herrschaftsfreie Gesellschaft, die Abschaffung aller Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen.

Der Kapitalismus baut auf die Unterdrückung und Ausbeutung von uns Frauen durch die Männer auf. Materielle Grundlage der Männerherrschaft ist die Aneignung von Frauenarbeit, ist die Aneignung der Frau als Ware, unserer Körper als Sexualobjekt, als Gebärmaschine. Um uns so vernutzen zu können, muß es verschiedene Kontrollmöglichkeiten geben. Eine davon ist die Kontrolle über unsere Gebärfähigkeit. Proletarische Frauen, die immer und immer wieder die lebendige Ware Arbeitskraft produzieren. Das grundlegendste Kontrollinstrument ist die Familie, in der die Frau existenziell an den Mann gebunden wird. Kinder gebären und erziehen, sich als Mutter, Haus- und Ehefrau begreifen. Putzen, einkaufen, Wäsche waschen, Kinder, Haus und Mann versorgen.
Aggressionsventil sein, seelischer Mülleimer und als Sexualobjekt bei Bedarf des Mannes herhalten. Müßte der Mann diese Bedürfnisse auf dem freien Markt befriedigen, würde sein Lohn bei weitem nicht ausreichen. Wir sind billiger als die Prostituierte, als die Wäscherei an der Ecke, die Kantine im Betrieb oder der/die PsychologIn zwei Straßen weiter. All diese Arbeiten verrichten wir unentlohnt.

Wir wollen weder gleichberechtigt mit Männern in Schönerwohnenstadtteilen oder häßlichen Trabantenstädten leben, noch gleichberechtigt durch Sanierung vertrieben werden.
Wir wollen weder gleichberechtigt mit Männern durch den Zwang, Miete zahlen zu müssen, ausgebeutet werden, noch gleichberechtigt den gleich miesen Lohn für ihre Dreckarbeit kriegen.
Denn im Kapitalismus wird keine Arbeit bezahlt. Der tatsächliche Wert unserer Arbeit fließt in die Taschen von wenigen, wir aber erhalten nur soviel, wie wir zur Wiederherstellung unserer Arbeitskraft brauchen oder nicht mal das.

RAUS AUS DEM GHETTO – REIN IN DIE STADTTEILE ???

Ein wichtiger Teil oppositioneller Politik spielt sich im lokalen Rahmen ab. Vom Kampf um autonome Jugendzentren, umKinderläden und besetzte Häuser bis zu »rot«/grünen Kommunalparlamenten, Mieter- und Stadtteilinitiativen und Kaufprojekten - Kommunales hat Konjunktur. Dieser Bedeutungszuwachs der lokalen Ebene hat vorallem zwei Ursachen.

Zum Einen sind die Machtzentren der Kommunalpolitik die vorgeschobensten Posten zur Bewältigung der kapitalistischen Krisenlasten. Sie haben den gesellschaftlichen Umbauprozeß auf lokaler Ebene zu regulieren, zu unterstützen oder zu modifizieren und die Folgewirkungen des Umbauprozesses aufzufangen und zu bearbeiten. Gesellschaftliche Probleme und Konflikte massieren und spitzen sich zuerst innerhalb der Städte zu. Vor allem das Abdrängen von Arbeitslosen in die Sozialhilfe (die Sache der Gemeinden ist) hat Finanzierungsspielräume eingeengt und soziale Polarisierungen zugespitzt. Noch vorhandene Ressourcen wurden überwiegend in Wachstums- und Beschäftigungspolitik gesteckt. Diese Umverteilung von unten nach oben hat soziale Probleme und Konflikte auf lokaler Ebene deutlich verschärft.

Der Bedeutungszuwachs auf lokaler Ebene erklärt sich aber auch dadurch, daß sich ein wachsendes Oppositionspotential auf lokaler Ebene artikuliert. Auf der einen Seite die sogenannten neuen sozialen Bewegungen (Frauen-, Friedens-, Ökobewegung usw.) und die in ihrem Umfeld entstandenen Selbsthilfe- und Alternativprojekte, auf der anderen Seite neue »sozialrevolutionäre« Ansätze in den Bereichen Miet-, Sozial- und Stadtteilpolitik, beides als Reflex auf zugespitzte gesellschaftliche Probleme zu verstehen. Durch dieses große Oppositionspotential wurden nahezu alle Bereiche kommunaler Politik politisiert, von der Energie- und Wasserversorgung, dem Wohnungswesen bis hin zur kommunalen Sozialpolitik. Vormals Alternativloses wurde mit Gegenentwürfen konfrontiert und für die auf lokaler Ebene herrschenden politischen Kräfte entstand ein zunehmender Handlungs- und Legitimationsdruck.

Lokalpolitik findet nicht im luftleeren Raum statt, dies ist bei einer Debatte um die Möglichkeiten linker Kommunalpolitik zu berücksichtigen. Einleitend werden wir deshalb den Fordismus/Postfordismus-Ansatz von Joachim Hirsch und Roland Roth vorstellen, der unserer Meinung nach die gegenwärtige gesellschaftliche Realität noch am besten erklärt.

Fordismus

Fordismus nennen J. Hirsch und R. Roth das kapitalistische System der westlichen Industrienationen vom Ende des 2. Weltkriegs bis Ende der 70er Jahre, bis zur vielbeschriebenen Krise. Sie versuchen eine Erklärung zu geben, auf welchen Grundlagen Profit erwirtschaftet wurde, »die Akkumulationsstrategie des Kapitals«, und wie die daraus resultierende Gesellschaft ausgesehen hat. Außerdem geben sie, aus diesem Ansatz entwickelt, eine Beschreibung der momentanen Krise und eine Skizzierung deren Bewältigung.

Das Wort Fordismus hat seinen Namen nach Henry Ford, dessen Auto »Tin Lizzy« Symbolcharakter für eine ganzes Zeitalter kapitalistischer Geschichte besitzt: die Fabrikation erfolgte nach der »tayloristischen Arbeitsorganisation«, d. h. die Tin Lizzy war die erste Massenanfertigung per Fließband, die erste Massenproduktion eines Konsumartikels. Beides - Arbeitsteilung und Massenkonsum - stelltendie Basis des westlichen Kapitalismus der Nachkriegsjahre dar. In der Bundesrepublik schafften ein höheres Realeinkommen vor allem der Unterschichten und gesichterte Arbeitsplätze die Voraussetzung für den angestrebten Massenkonsum. Soziale Strukturen wie das traditionelle Arbeitermilieu.mit seinem Vereinswesen und Solidargemeinschaften in den Vierteln wurden aufgelöst zugunsten einer noch festeren Einbindung der Menschen in die Kleinfamilie. Diese sollte die Selbstdisziplin und Normalität gewährleisten, die die taylorisierte Arbeitsorganisation verlangte. Ein neuer gesellschaftlicher Bereich wurde der kapitalistischen Verwertung unterworfen: der Reproduktionssektor (in jeden Haushalt mußte ein Fernsehapparat). Der daraus entstende Mensch des Fordismus ist isoliert, normiert und verhaltensstandardisiert. Die gesellschaftliche »Verkehrsregelung« übernahm die Zusammenarbeit von Staat und Gewerkschaften: Der Sozialstaat diente der Abfederung der Lohnarbeitsrisiken - früher durch Milieu, Familie und Subsistenz (Arbeit, die allein zum Eigengebrauch Guter schafft) abgesichert; gleichzeitig erfolgte der Ausbau des Sicherheitsstaates. Polizeiliche Datenspeicherung und Sammlung von immer verzwiegterem Wissen uber gesellschaftliche Zustände und Konfliktlagen sollten soziale »Desintegrationsschübe« aufzeigen.

Parteien und Gewerkschaften des fordistischen Staates entwickelten sich zu Massenintergrationsapparaten, die SPD repräsentierte den zur Errichtung des Sozialstaates notwendigen Staatsreformismus, »der die Arbeiterklasse ihrer eigenen politischen Initiative zwar beraubte, sie aber zugleich als Klasse in den politischen Herrschaftsapparat einbezog und dort fest verankerte.« (R. Roth 1987)

Die Gewerkschaften, als 'Einheitsgewerkschaft' der inneren politischen Konfrontation entzogen, sollten dafür sorgen, daß die ausgehandelten Kompromisse von der ArbeiterInnenschaft auch eingehalten wurden. Ideologische Basis des Fordismus-Konzepts war die Vision des Wohlfahrtstaates, der auf den Glauben an Produktivität und Fortschritt aufbaute.

So gelang es den westlichen Kapitalstrategen, nicht zuletzt auch durch konsequente Ausbeutung der unterentwickelten Länder des Trikont (Lateinamerika, Afrika und Asien), über 20 Jahre lang äußerst profitabel zu wirtschaften.

Die Krise

Nach Hirsch und Roth hat die Krise, die Ende der 70er Jahre begonnen hatte, die kapitalistische Profitrate zu drücken, zwei Ursachen. Zum einen gelangte der »taylorisierte Arbeitsprozeß« an seine Produktivitätsgrenzen, die geringe Flexibilität und hohe Störanfälligkeit seiner technischen Anlagen machten schnelle Umstellungen auf veränderte Auftragslagen unmöglich. Auch Versuche, den sinkenden Profit durch Rationalisierungen, d.h. Entlassungen von ArbeiterInnen aufzufangen, scheiterten.

Zum anderen schuf das Fließband einen neuen Typ Massenarbeiter, der sich gegen die Monotonie und Entfremdung seiner Arbeit mit individuellen Widerstandsformen zur Wehr setzte. Krankfeiern, Sabotage, Schlamperei und eine geringe Arbeitsmoral schadetem dem Arbeitsablauf, der reibungslos zu funktionieren hatte. Das erkämpfte soziale Netz sorgte für eine drastische Erhöhung der Lohnnebenkosten, dessen schnellen Abbau die Absicherung durch Tarifverträge verhinderte. So wurde das fordistische System sich selbst zum Hemmschuh.

Eine wichtige Instanz zur Stabilisierung des Fordismus, die intensive Verflechtung von Staatsverwaltung und Industrie zeigte sich in Krisenzeiten als relativ unflexibel. Andererseits setzten die Weltmarktverflechtungen den nationalstaatlichen Eigeninitiativen zur Krisenbewältigung enge Grenzen. Weltmarktpolitisch destabilisierend wirkte und wirkt sich auch die verschärfte Konkurrenz einerseits unter den Industrienationen, andererseits ein Eindringen von bestimmten Schwellenländern in zahlreiche Produktionszweige (Chips, Werften) und die viel beschriebene Schuldenkrise aus.

Auch ideologische Probleme der Plausibilität des Massenkonsums wurden immer stärker. Das Auto als Vorzeigeprodukt des Fordismus, als Symbol für Massenwohlstand erwies sich, platt ausgedrückt, als Erzeuger von verstopften Staßen, Millionen Verkehrstoten und dem sterbenden Wald. Ein neues Umweltbewußtsein und eine daraus entstehende starke Bewegung drängten den Staat zum Handeln und damit zu immensen Ausgaben (z.B. die Reduzierung des Atomenergieprojekts, Scheitern des 'Schnellen Brüters'). Es wurde und wird nicht mehr drauflos konsumiert, sondern Verbraucherorganisationen geben Informationen über sämtliche Konsumgüter, von den umweltschädlichen Waschmitteln bis zum Gift im Esses.

Postfordismus?

Verschiedene Gesichtspunkte der augenblicklichen Krise deuten auf eine strukturelle Umbruchsituation des kapitalistischen Systems hin. Aufgrund der neuen Technologien in der Mikroelektronik und im Bio-, bzw. Gentechnologiebereich ergeben sich vollkommen andere Möglichkeiten der Arbeitsorganisation: »Neue Informations-, Steuerungs- und Regelungstechniken erlauben flexiblere Mensch/Maschinen-Kombinationen.« (R. Roth 1987) Neue computerisierte Heimarbeit, das teilweise Verschwinden des »taylorisierten Massenarbeiters« (der Arbeiterin wohl auch, d. Srin) zugunsten eines flexiblen Arbeiters im Dienstleistungssektor werden postuliert. Ein Schlagwort heißt 2/3-Gesellschaft: »Eine 'Mehrheit' von Überbeschäftigten, gestreßten Arbeitsplatzbesitzern vs. eine 'Minderheit' von Arbeitslosen, Gelegenheitsarbeitern, Fruhrentnern und 'drop outs'« (R. Roth 1987). Neue Formen der Subsistenzproduktion (»Hausfrauisierung«) oder Übertragung der Arbeitsverhältnisse aus dem Trikont in die Metropolen zeichnen sich ab: entgarantiert und flexibel. Kennzeichnend auch eine Polarisierung in Konsumbereich: Massenware gegen Luxusartikel, Kaufhaus gegen Boutique.

Allgemein heißt das, daß die fordistischen Beschaftigungsverhältnisse des/r festangestellten ArbeiterIn mit einem festen Lohn, geregelten Arbeitszeiten und sozialer Absicherung der Vergangenheit angehören. Das bedeutet in der Konsequenz ein Abbau des gesellschaftlichen Lohnniveaus.

Ob die Geissler'sche CDU die gesellschaftlichen Probleme der postfordistischen Ära meistern kann?

»Lokaler Staat«

Die Umstrukturierung des Kapitalismus wird nicht zuletzt auf lokaler Ebene durchgesetzt. Die innerstädtischen Veränderungen sind nicht nur Folge, sondern auch Voraussetzung und Element veränderter Akkumulationsbedingungen. Bevor wir die Umbauprozesse auf kommunaler Ebene in diesen Rahmen stellen, erscheint es uns notwendig, den Charakter des »lokalen Staates« zu klären

Erst die Dreiteilung - Bund, Länder, Gemeinden - erlaubt es dem Staat, bis in die entlegensten Dörfer präsent zu sein. Diese Aufteilung soll dem Einzelnen den Eindruck vermitteln - insbesondere darüber, daß die Repräsentanten jeder Ebene getrennt gewählt werden - hier handele es sich um drei getrennte Bereich mit jeweils eigenen Entscheidungsbefugnissen. Dem ist natürlich nicht so. Der »lokale Staat« hat die Aufgabe, auf unterster Ebene innerhalb der Staatsorganisation den Akkumulationsprozeß des Kapitals, die Legitimation der herrschenden gesellschaftlichen Strukturen und die Reproduktion der Arbeitskraft zu sichern, sowie die dazu nötigen Entscheidungen durchzusetzen. die Rückbindung an übergeordnete Instanzen der Staatsorganisation ist durch vielfältige Maßnahmen gesichert, z.B. durch teilweise Weisungsbefugnis von übergeordneten Instanzen, Ein-

schränkung der Sektoren, in der der »lokale Staat« überhaupt tätig werden darf (Beispiel Startbahn West, WAA, Atomwaffenfreie Zone) und vor allem durch finanzielle Abhängigkeit.

Ein großer Teil der Finanzmittel einer Gemeinde werden zugewiesen, nur ein kleiner Teil durch Gewerbe-, Grund- und Teile der Einkommensteuer sozusagen »selbst« erwirtschaftet. Außerdem wird nahezu kein lokales Großprojekt ohne beantragte Landes-und Bundesmittel gebaut. Dies schränkt den ökonomischen Handlungsspielraum auf ein Minimum ein, so daß sich in diesem Bereich kaum von einer »relativen Autonomie des lokalen Staates« (Krätke/Schmoll 1987) sprechen läßt.

Spricht frau/man dennoch von relativer Autonomie, müßte zumindest gesagt werden, daß sie fast nur auf der Erscheinungsebene besteht. Allein schon die Wählbarkeit des Bürgermeisters und des Gemeinderats soll dem Individuum suggerieren, daß mit Abgabe des Stimmzettels eine Entscheidung von Gewicht getroffen sei. Ganz so als wäre es ein relevanter Unterschied, ob Böhme, Ungarn-Sternberg oder Kalchtaler die Amtskette erobern.

Die enge Rückbindung an Bund und Land einerseits, die lokale Wirtschaft und Bourgeoisie über die Abhängigkeit von Gewerbe-Grund- und Einkommenssteuer andererseits, verringern ökonomische Handlungsspielräume Richtung Null. Was bleibt, sind politische Spielräume in den Bereichen Sozial- (Umweltschutzkarten, Arbeitslosenausweis), Kultur-, Stadtplanungs- und Stadtentwicklungspolitik. Dies sind die Bereiche, in denen oppositionelien Gruppen Zugeständnisse gemacht werden können, um Konflikte zu entschärfen und den Glauben an das parlamentarische System zu erhalten. Dabei kann es Rückwirkungen auf das gesamte politische System geben, da gesellschaftliche Probleme oft zuerst auf lokaler Ebene geäußert und wahrgenommen werden, um dann auf höchster Ebene als Handlungsbedarf zu erscheinen. Im Sinne der Legitimationsbeschaffung ist es wichtig, daß das System diesen Raum lokaler Autonomie läßt, in dem die Möglichkeit der Entfaltung oppositioneller Ansätze besteht.

Viele Auseinandersetzungen sind in Hinblick auf die Rückbindung an die Ökonomie »Klassenauseinandersetzungen«, während andere z.B. im Stadtplanung und Kulturpolitik in der Regel typische »non-class-issues« (nicht klassenspezifische Angelegenheiten) sind. Die besondere Situation jeder Stadt wird dabei bestimmt durch die historische Entwicklung sozialer Beziehungen, also durch lokale Klassenkämpfe. Freiburgs Situation unterscheidet sich grundlegend von der einer Ruhrgebietsstadt. Ferner ist zu berücksichtigen, daß auf den lokalen Bereich vielfältige regionale, nationale und globale Einflüße zurückwirken. Erst die Lage Freiburgs konnte den Regiogedanken hervorrufen. So sollte nicht versucht werden, den »lokalen Staat« räumlich genau einzugrenzen, sondern ihn vielmehr in Abgrenzung zu überregionalen Strukturen zu definieren.

Der Umbau der Städte

Die Gewichte haben sich verschoben, das Ruhrgebiet und die einstmals so reichen norddeutschen Städten leiden unter den Folgen der Werften-, Stahl- und Kohlekrise. Die bevorzugten Standorte früherer Prosperitätsphasen, »werden als verbrauchte Regionen zurückgelassen, expandierte Kapitale sichern zunehmend neue Zentren, vornehmlich die Regionen um Stuttgart und München sowie Teile der »Rheinschiene« zwischen Basel und Frankfurt/M« (Krätke/Schmoll 1987). In den neuen Zentren sind die Kommunalhaushalte lange nicht so belastet wie im Norden und Westen, wo nicht nur höhere Soziallasten zu Buche schlagen, sondern zugleich durch Abwanderung von Kapitalen auch noch Verluste im Steuereinkommen zu verkraften sind. So verläuft der Umbauprozeß auf dem Wege vom Fordismus zum Postfordismus im Süden der BRD ungleich schneller und die Schere zu der ehemaligen Hochburg der fordistischen Ära vergrößert sich. Schon heute sind regelrechte Wanderbewegungen von Arbeitskräften Richtung Süden nachzuweisen.

»Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichen komplexe Zentralisations- und Dezentralisationsprozesse, die die räumliche Struktur der kapitalistischen Metropolen erheblich verändern. Während die industriellen Produktionsprozesse extrem gestückelt und weiträumig dezentralisiert werden können, verstärkt sich zugleich die Konzentration der Management- und Steuerungsfunktionen« (Hirsch/Roth 1986). So hat erst die Umstellung der Produktion auf neue Technologien die Wanderbewegung von Kapitalen möglich gemacht. Viele Betriebe sind kaum noch standortgebunden, profitieren aber von ihrer räumlichen Zusammenballung.

Städte wie Freiburg, Mannheim oder Ulm versuchen mit der Einrichtung von Kongreß- und Technologiezentren, Managementschulen und u.a. Standleitungen zu Großrechnern solche Betriebe anzulocken. Dabei stehen die einzelnen Städte in scharfer Konkurrenz gegeneinander. Jede für sich will ihr jeweiliges Steueraufkommen erhöhen und Arbeitsplätze schaffen, um den Sozialetat zu entlasten. Die internationale Konkurrenz zwingt die einzelne Kommune fruhzeitig, etwaige Standortnachteile zu beseitigen, um sich Vorteile zu verschaffen. D.h., daß die Stadtfürsten frühzeitig tatsächlich oder vermuteten Kapitalverwertungsinteressen entgegenkommen müssen.

Stuttgart und München z.B. hatten den Vorteil mit Daimler-Benz auf der einen, MBB und Siemens auf der anderen Seite, stark in Zukunftstechnologien engagierte Konzerne in der Stadt zu haben, in deren Gefolge vor allem mittlere und kleinere Betriebe entstanden bzw. angelockt wurden, die, und sei es nur als Zulieferer, von der Zusammenballung im Umfeld der Großkonzerne profitieren. Andere Städte versuchen durch entsprechende Maßnahmen ihre Standortnachteile wett zu machen.

So sind Bremen, Hamburg und Lübeck praktisch pleite, weil sie nahezu alle verfügbaren Finanzmittel zur Wirtschaftsförderung einsetzen. Da bleiben kaum Mittel für Investitionen im Sozialbereich übrig, so daß Kindergärten, Schulen und Stadtviertel mit »uninteressanter« Struktur regelrecht verfallen. Lübeck z.B. versucht sich schon neue Steuern einfallen zu lassen, um mit der Finanzmisere fertig zu werden.

Aber auch in prosperierenden Städten sind Folgelasten der Umstrukturierung nicht ausgeblieben. Über Produktionsumstellungen und Rationalisierungen sind auch hier vor allem industrielle Arbeitsplätze verlorengegangen, doch diese konnten noch halbwegs durch qualifiziert-hochbezahlte und dequalifizierte Dienstleistungstätigkeiten aufgefangen werden. Dabei hat gerade der Verlust von industriellen Arbeitsplätzen des mittleren Lohnniveaus gravierende Folgen. Wenigen priviligierten Angestellten und neuen Selbständigen steht die Masse von schlecht bezahlten, flexibel und unsicher Beschäftigten. bzw. Marginalisierten gegenüber. Auf dieser Grundlage bilden sich zwei nebeneinander existierende Konsummodelle heraus. Aldi, Gottlieb, C&A, Grünhof, Faber, Mallorca und der SC Freiburg auf der einen Seite entsprechen der Golfplatz, Malediven, Pommery, die nouvelle cuisine, die Edelboutique und der Delikatessenladen auf der anderen. Dabei ist im Gegensatz zu früher die Mitte, gekennzeichnet durch den durchschnittlichen Facharbeiter als Normalverdiener, am schwinden. Die Polarisierungen vertiefen sich, oder, wie André Gorz geschrieben hat, »der 'Yuppifiezierung' einerseits entspricht so die Nachfrage nach vergesellschafteten Dienerinnen und Dienern«. Anhand von Statistiken kann diese zunehmende Polarisierung für Freiburg schon belegt werden. Wenige SpitzenverdienerInnen stehen einer Masse von Schlechtbezahlten und Marginalisierten gegenüber, bei beidseitig steigernder Tendenz auf Kosten der Mitte. Dies prägt die innerstädtischen Entwicklungen.

Mit dem Ende des Faschismus waren die sozialen Milieus der Arbeiterviertel weitgehend zerschlagen, das neue Leitbild der folgenden 30 Jahre wurde die Siedlung, Großsiedlungen und Trabantenstadt. Erst die Krise des Fordismus hat einen Bruch in dieser Entwicklung bewirkt. Die ehemals »sozialen« kommunalen Wohnungsbauträger wurden in kapitalistisch angepaßte Formen der öffentlichen Gemeinwirtschaft überfuhrt. Der sogenannte soziale Wohnungsbau wurde bis heute nahezu vollständig gestoppt, stattdessen wurde der private Wohnungsbau subventioniert, bis er zur Überprodukion teurer Neubauwohnungen kam. Als dies zur Wohnungsbaukrise führte, begann frau/man Investitionen in den Bestand innerstädtischer Quartiere umzulenken. Sanierung, Modernisierung von Altbauwohnungen und Wohnumfeldmaßnahmen, also Verschönerungen und Verkehrsberuhigungen, charakterisieren die Entwicklung bis heute. Dies hat die Vermarktung von Altbaubeständen in zuvor unbekanntem Maßstab ermöglicht, zu riesigen Mietsteigerungen geführt und die Kerngebiere der Innenstädte als Wohnraum für den gehobenen Mittelstand interessant gemacht. Bewohnerverdrängung war und ist die logische Konsequenz - diese vollzieht sich in der Regel kleinteilig und fast unmerklich entsprechend den Marktgesetzen. »In ehemals stabilen Stadtteilen bilden Inseln mit relativ homogener 'Yuppy'-Bevölkerung heraus. Ohne das sich die baulich-räumliche Struktur verändert, haben sich die sozialen Verhältnisse innerhalb dieser Struktur stark gewandelt.« (Krätke/Schmoll

Ein Anreiz für die Städte, solche Prozesse zu unterstützen, liegt in der Beteiligung der Städte an der Einkommenssteuer, aber auch am Konsumverhalten der neuen Bewohner. Die sollen ihr Geld dort ausgeben, wo sie leben und damit gleich neue Läden und Dienstleistungsunternehmen anziehen. Hauptsache, der Rubel rollt. Die kleinen Betriebe gehen dabei drauf oder verschwinden so mit einem großen Teil der bisherigen Bewohner in Richtung Stadtrand. So wird die soziale Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsteile räumlich noch verschärft. Dem Verfallenlassen ganzer Stadtteile im Norden der BRD entspricht in den reichen süddeutschen Städten die Tendenz zur Verslumung von Randgebieten.

Die Polarisierung zwischen den Ländern der »1.« Welt und dem Trikont wiederholt sich über die Umstrukturierung und die dadurch verschärften Ausbeutungsverhältnisse so nicht nur in den metropolitanen Ländern, sondern nocheinmal in den urbanen Zentren.

Freiburg streckt sich

Akuter Geldmangel, hohe Arbeitslosenquote und wenig Industrie sind die alltäglichen Probleme der Stadt Freiburg. Auf der einen Seite belasten hohe Sozialausgaben für die steigende Anzahl SozialhilfeempfängerInnen den städtischen Haushalt, auf der anderen Seite stehen dem die Forderungen der Industrie- und Handelskammer noch strukturellen Veränderungen und Finanzspritzen gegenüber (siehe Artikel »Wirtschaft plant 'Freiburg 2000 - wer hält dagegen?« in der letzten Stadtzeitung). Wenn die Frage »Wirtschaftsförderung oder Sozialpflege« heißt, weiß jede/r, wohin der Hase läuft.

Über Jahre hinweg versuchte die Stadt Freiburg produzierendes Gewerbe an den Oberrhein zu locken. Die Verhinderung des AKWs Wyhl durch den heftigen Widerstand der ansässigen Bevölkerung trug sicher mit dazu bei, daß dies nicht gelungen ist. Nun machen die Entscheidungsträger in Gemeinderat und Verwaltung sich - berechtigt oder nicht - Hoffnungen, im Übergang zu einer neuen kapitalistischen Phase (Postfordismus) die traditionelle Strukturschwäche zu überwinden, und Anschluß an die industrielle Entwicklung zu bekommen.

Die süddeutschen Städte Stuttgart und München haben es schon geschafft: Siemens und MBB oder Daimler Benz als Paradebeispiele »innovativer« Großkonzerne garantieren heute schon eine florierende Wirtschaft. Die propagierte Rheinschiene Frankfurt - Basel, deren Bestandteil Freiburg zu werden hofft, muß erst noch geschaffen werden. Sie soll grenzübergreifend durch Zusammenarbeit von Kommunen, Wirtschaft und staatlicher wie privater Forschung (»Technologietransfer«) die bestehenden Industriezentren des Rhein-Main-Gebietes und Basel erhalten und gleichzeitig strukturschwache wie Freiburg aufwerten. Grund zur Eile ist geboten, da andere Städte nicht schlafen und die Konkurrenz auf dem Tagungszentren-Markt groß ist (Mannheim, Ulm). Fast völlig unbelastet durch sogenannte Altlasten des fordistischen Zeitalters wie die sterbende Großindustrie im Ruhrgebiet z.B. kann Freiburg die Rahmenbedingungen für die Ansiedlung neuer Betriebe auf dem High-Tech-Sektor schaffen: die Forderungen der IHK nach Vergrößerung der Infrastruktur stehen im Raum. Ausbau der B 31 Ost und der Bahnhofsachse, Anbindung an den Flughafen Basel-Mulhouse und an das französische Schnellzugsystem TGV scheinen unabdingbare Voraussetzungenfür den wirtschaftlichen Aufschwung. Eine internationale Managementschule wird gewünscht, die Erweiterung des Technologiezentrum, und last not least das Mammutprojekt KTS als - glaubt mensch den Planern -als Dreh- und Angelpunkt des ökonomischen Aufstiegs Freiburgs muß trotz Kosten gigantischen Ausmaßes durchgezogen werden.

Neben diesen strukturellen Veränderungen soll die Stadt Freiburg alteingesessene Unternehmen wirtschaftlich förderen, technische Erneuerungen und Expansionswünsche durch »schnelle und unbürokratische Entscheidungsprozesse der Behörden« (die IHK) ermöglichen. Neuen »innovativen kapitalintensiven Unternehmen« sollen die besten Voraussetzungen geschaffen werden: Rüchardt, der derzeitige Uni-Rektor (er ist bekannt für seine guten Connections zur chemischen Industrie) steht stellvertretend für den neuen Wind an Baden-Württembergs Unis. Die Aufwertung der Naturwissenschaften garantieren eine gute Zusammenarbeit von staatlicher Forschung und privater Wirtschaft. Uni, Fraunhofer-Institut und MPI gemeinsam mit Goedecke, Hellige, Pharmitalia und Biodesign sollen im Bereich »Pharmazie, Chemie, Biologie, Medizin und Medizintechnik« (IHK-Thesen) Zeichen setzen: die Durchkapitalisierung der Krankenversorgung verspricht ein profitables Investitionsfeld der postfordistischen Ära zu werden - »Die Kopien des Lebens sind die Waren der Zukunft« (Hirsch/Roth).

Obwohl immer noch Programmpunkt der lokalen Wirtschaft in ihren Thesen, ist die Regio-Gesellschaft in der publizistischen Versenkung verschwunden. 1985 groß propagandistisch aufgeblasen als grenzüberschreitende Möglichkeit des Technolgietransfers und der Erschließung naher Märkte im Ausland, hat sie seither wenig Erfolgversprechendes geleistet. Ob der Regio-Gedanke weiterhin nicht nur Makulatur bleibt, hängt nicht zuletzt von der künftigen Zusammenarbeit der Staaten der Europäischen Gemeinschaft ab.

In einem Punkt sind sich alle einig: ausgebaut werden muß der momentan schon gewinnbringende Deinstleistungssektor vor allem im Bereich Fremdenverkehrs- und Tagungstourismus. Dazu betreibt die Stadt Freiburg auch kräftig Imagepflege. Die Breisgaumetropole als heimliche Hauptstadt des Umweltschutzes lockt neben seinen bekannten Touristikattraktion von Gotik bis Wein mit »Alternativem«. Umweltschutz-Monatskarte, Solartechnik, Landesgartenschau mit Öko-Haus und unzählige Alternativbetriebe stehen für das liberale ökologische Klima der Stadt. Kultur gibt es nicht mehr ausschließlich auf den städtischen Bühnen, deren Experimentierfeld sich auf das frühsommerliche Theaterfestival reduzierte, sondern Jazz-Keller, Gießereihalle und Cräsch garantieren den FreiburgbesucherInnen spannende kulturelle Unterhaltung von »Schmuddel-Punks«, Kleinkunst und Avantgarde-Musik. Und alle profitieren - auch die Alternativen.

Zum Theaterfestival kam nach der Musik 1987 auch noch eines für Videos, Orchesterfestival und Literaturtage folgen. Laut städtischer Propanganda fehlt den Freiburger BürgerInnen nur noch eines zur Vervollständigung ihres kulturellen Glücks - die Kultur- und Tagungsstätte. Dies verdeckt die Tatsache, daß das Interesse sich hauptsächlich auf die Tagungen konzentriert, denn sie allein bringen das große Geld.

Freiburg als ideale Tagungsstadt, romantisch gelegen am Fuße des Schwarzwalds, zwei Schritte entfernt von der französischen Nouvelle Cuisine und den Schweizer Alpen hat immer mehr zu bieten. Und die Chaoten, die einst noch die Gotik und den historischen Kern durch Demos und Sprühereien in den kapitalistischen Alltag zurückholten, sitzen befriedet in ihren alternativen Betrieben, Projekten und Kulturstätten.

»Die Kommunalpolitik dankt ab, die Kommunalverwaltung dominiert«

»'Die Kommunalpolitik dankt ab, die Kommunalverwaltung dominiert' (Die Zeit vom 12.6.1987, S.10). Besser kann man den derzeitigen Zustand kommunaler 'Selbstverwaltung' nicht auf den Begriff bringen. Auch wenn bundesweit in allen Kommunen die Forderung nach wirtschaftlichem Wachstum, verstärkten Bemühungen um Industrieansielungen, infrastrukturellen Modernisierungsmaßnahmen an der Tagesordnung sind - von einer eigenständigen kommunalen Wirtschaftspolitik kann man kaum sprechen. Vielmehr passen sich die Städte im Wettbewerb um Industrieansiedlungen den vom Weltmarkt aufgeherrschten Bedingugen weitgehend passiv an, ja verschärfen durch eigene Maßnahmen noch den Trend zu ihrer weiteren inneren Heterogenisierung. Dabei muß allerdings auch mit neuen Formen sozialer Bewegungen und gewandelten politischen Konfliktformen gerechnet werden.« (Hirsch, Esser 1987)

Auch in Freiburg dominiert selbstverständlich die Kommunalverwaltung. Solche Projekte wie die KTS werden nicht von Politikerköpfen ausgebrütet, sondern vom erlauchten Kreis der Experten, Spezialisten und Strategen innerhalb der städtischen Verwaltungs- und Planungsressorts. Diese Ressorts wie z.b. Wirtschaftsförderung und Stadtplanung, reproduzieren permanent Kapitalinteressen, die vermittlet durch die städtischen Abhängigkeit von höheren Gewerbe- und Einkommensteuereinnahmen in die Verwaltung einfließen. Geht es der lokalen Wirtschaft gut, geht es Freiburg gut - ist die dahinterstehende Ideologie.

Doch nach Meinung der Landesregierung Baden-Württemberg arbeitet der gesamte Verwaltungsapparat noch nicht effektiv genung - im Sinne des Kapitals. Unzählige gemischte, auch mit Vertretern aus der Wirtschaft, besetzte Expertengremien arbeiten der Landesregierung zu und bekommen immer größeren Einfluß auf die Landespolitik. Der gesamte Verwaltungsapparat soll mit einer »Reform der Führungsstruktur« effektiviert und nach Vorbild modernen Industriemanagements umgestaltet werden. Außerdem wird mit dem »Landessystemkonzept« landesweit die Verwaltung auf neue Informations- und Kommunikationssysteme umgestellt, was in der Konsequenz heißt, daß sich Landesregierung und Zentralverwaltung in Stuttgart eine Kontrolle über sämtliche Arbeitsplätze in der Bürokratie verschaffen. So fließen Kapital- und Landesinteressen, die sowieso kaum noch zu trennen sind, zunehmend in die Freiburger »Selbstverwaltung« ein. Die »Firma Freiburg GmbH« ist Subunternehmen der »Firma Baden-Württemberg GmbH« auf dem Weg in den Postfordismus.

Die im Moment vieldiskutierte Abschaffung der Gewerbesteuer würde die Kommunen noch stärker an die Kette von Land und Bund legen. Sie ist jedoch wenig wahrscheinlich, da die Gewerbesteuer den Anreiz für die Gemeinden darstellt, eigenständig die lokale Wirtschaft zu fördern.

Auch der Gemeinderat kommt an den Kapitalinteressen nicht vorbei, sogar wenn er wie hier mit neun Grünen bestückt ist. Mit ihren Stimmen für die Mieterhöhung in den Klötzen der städtischen Siedlungsgesellschaft haben die Grünen eindrucksvoll bewiesen, daß sie endlich kapiert haben, was kommunale Sachzwänge sind. Von symbolhaften Charakter waren auch die grünen Stimmen für die Gießereihalle und dann wenig später auch für die Räumung der Wagenburg, um Raum für die PKW-Standplätze der neuen Kulturhalle zu schaffen. Fast staatmännisch und -frauisch im Böhmschen Sinne wurde damit einer der Hauptaufgaben des Gemeinderats, die Regulation von politischen Konflikten, Genüge getan. Ein Lob an die Grünen, denn dieser Lernprozeß kam schneller als erwartet.

Die Regulierung von politischen Konflikten wird zunehmend die Hauptaufgabe der lokalen politischen Instanzen, weil die Gelder, die in Infrastruktur- und Wirtschaftsförderungsprogramme gesteckt wurden, andernorts überall fehlen. So wird es auch in Freiburg immer schwerer werden, die sozialen und räumlichen Folgen des gesellschaftlichen Umbauprozesses abzufedern. Der Freiburger Gemeinderat hat zwar vorläufig mit Zugeständnissen wie Gießereihalle für die Scene, Cräsch für die Punks einerseits und verstärkter Repression andererseits, die innerstädtischen Konflikte etwas beruhigt. Doch der Friede könnte sich als recht brüchig herausstellen, sobald sich die Folgen des Umbauprozesses richtig bemerkbar machen. Ob das Abstimmungsvollorgan dann noch erfolgreich seine Aufgaben der politischen Integration und der Legitimationssicherung wahrnehmen kann, bleibt abzuwarten. Nicht zuletzt wird dies von der Stärke des Widerstands abhängen.

»Soziale Ausdifferenzierung«

Nach außen gibt sich Freiburg mit seinen blankgeputzten Fassaden und wohlhabenden Ruheständlern den Anschein bürgerlichen Wohlstandes, an dem alle teilhaben. Doch die soziale Realität sieht anders aus: mit offiziell 11% Arbeitslosen und 11 000 SozialhilfeempfängerInnen (plus einer Dunkelziffer von zwei bis drei Tausend Menschen, die laut Sozialamt von ihrem Anspruch auf städtische Gelder keinen Gebrauch machen) liegt die Breisgaumetropole weit über dem baden-württembergischen Durchschnitt (5%). Die Armut ist Alltag und nimmt immer mehr zu. Schaut mensch sich vergleichende Lohnstatistiken von Anfang der 70er und Mitte der 80er Jahre an (zu erhalten beim BWK), dann wird augenscheinlich, daß die von den Linken propagierte »Polarisierung der Gesellschaft« keine Theorie ist. Hatte die Verteilungskurve der Einkommen, errechnet anhand der gezahlten Lohnsteuer, im Jahre 1971 ihre Maxima noch relativ nahe beieinander, klafft 1983 eine große Lücke zwischen den unteren Einkommensschichten und den Besserverdienenden. Der Bereich des unteren Mittelstandes, vor 16 Jahren noch aus einem Drittel der Bevölkerung bestehend, ist an den Rand des Existenzminimums abgedrängt: 50% der Freiburger LohnsteuerzahlerInnen verdienten 1983 unter 1936 DM (1971: 2103) monatlich, 25% unter 685 DM (1071: 830 DM).

Wie sehen die städtischen Konsequenzen aus? »Kürzung der freiwilligen Leistungen« heißt die Devise: die ABM-Stellen gerade in sozialen Einrichtungen fallen dem Rotstift zum Opfer. Sozi-EmpfängerInnen werden gezwungen, als ZwangsarbeiterInnen die städtischen Einrichtungen zu pflegen oder gar monatlich 40 Bewerbungen um Arbeitsplätze vorzuweisen. Geht mensch samstags die Stellenangebote in der Badischen Zeitung durch, vervollständigt sich das Bild der neuen Gesellschaft. Ohne Ausbildung, die für einen Job in den neuen High-Tech-Bereichen qualifiziert, bleibt nur die Dienstleistung: Arbeitsplätze als Küchenhilfe und Bedienungen in Freiburger Gastronomiewesen - schlecht bezahlt und mit miesen Arbeitszeiten - warten auf diejenigen, die von der staatlichen und städtischen Unterstützung ausgeschlossen werden. Die »soziale Ausdifferenzierung der Gesellschaft« ist real: der Zunahme von hochqualifierten, hochbezahlten Arbeitsplätzen steht die Masse von schlechtbezahlten, ungarantierten und hochflexiblen Jobs gegenüber. Doch die Menschen müssen leben. Wovon - das zeigt die hohe Rate der Kleinkriminalität in der Stadt Freiburg.

»Neue Urbanität«

»Die unterschiedlichen historischen Formationen des Kapitalismus sind zugleich durch je eine spezifische Strukturierung des Raums gekennzeichnet.« (Esser/Hirsch 1987)

Die Zeit der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« mit dem Ziel 'Wohlstand für alle' ist vorbei, die neue Phase ist gekennzeichnet durch ausgeprägte soziale Ungleichheit. Diese soziale Polarisierung mit klarem 'unten' und 'oben' tritt am deutlichsten in den Städten zutage. Die Entwicklung geht hin zu einer funktionalen Zergliederung der Städte, der differenzierten Bedürfnisbefriedigung von einzelnen Schichten. Dabei werden folgende Regionen unterschieden:

1. die international wettbewerbsfähige Stadtregion, überwiegend ausgerichtet auf Geschäftsleute, Kongreß- und Messebesucher u.ä. mit Verkehrsanschlüssen, Kongreßzentren, Hotels, Museen, Kultureinrichtungen, Luxuswohnungen, Verwaltungskomplexen usw.
2. die 'normale' Arbeits-, Versorgungs- und Wohnstadtregion, für die deutsche Mittelschicht mit der Funktion des regionalen Oberzentrums (Kaufhäuser, Behörden, Banken, Versicherungen)
3. die marginalisierte Stadtregion, für Randgruppen, Dauerarbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen, AusländerInnen, Niedrigentlohnte usw.

Je nach ökonomischer Struktur des Umlandes und der Bedeutung und Geschichte der Städte selbst kommt es zu unterschiedlichen Mischungsverhältnissen bzw. zum Wegfall der 1. Region und damit zur Unterschiedung von zwei- und dreigeteilten Städten. Freiburg unternimmt größte Anstrengungen, sich zu einer dreigeteilten Stadt zu entwickeln. Mit dem geplanten Bau der KTS, mit Luxushotel, dem Intercityhotel und der Umgestaltung der Bahnhofsachse versucht die Stadt den Einstieg ins Kongreß- und Tagungsgeschäft. Der Tagungstourismus ist, wie schon ausgeführt, eine der wenigen städtischen Wachstumsbranchen. Über Multikatoreffekte wird dabei eine Expansion der städtischen Wirtschaft im Dienstleistungsbereich (Hotel- und Gaststättenwesen, Einzelhandel, Tagungsräume usw.) angeregt. Die Stadt stellt nicht mehr Ort der Produktion und Vermarktung von Produkten dar, sondern sie lebt »nur primär davon, einen Teil des woanders erzeugten Mehrprodukts abzuschöpfen, indem sie sich selbst und ihre Geschichte vermarktet, als Objekt individueller und kollektiver Konsumtion anbietet« (Kujath 1987).

Ob sich in Freiburg tatsächlich international wettbewerbsfähige Stadtregionen entwickeln, bleibt abzuwarten. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, internationale Konzerne und Institutionen anzulocken. Doch schon heute sind viele Bemühungen in Innenstadtausbau und -Erweiterung über die Funktion als regionales Oberzentrum hinaus zu sehen. Aufgemotzte Passagen im Stil der Postmoderne, Boutiquen, die Markthalle, Nobelkneipen und auch Kulturprojekte wie der Jazzkeller dienen als Kulisse für modische Selbstinszenierung gehobener Schichten. Die Funktion als 'Konsumstadt' zur Bedürfnisbefriedigung führt durch das Nebeneinander von zwei unterschiedlichen Konsummodellen zu einer kleinräumlichen Differenzierung der Innenstadt. Dicht beieinander liegen hier die Stätten des Massenkonsums breiter Schichten wie etwa die Kaufhausmeilen der Kajo, Salz- und Bertholdstraße und die exklusiven Schicki-Zonen wie Markthalle, Dettler-Passage und Konviktstraße für den 'gehobenen Bedarf'.

Für die 'normale' Wohn- und Arbeitsstadtregion gilt bundesweit: »während die Stadt insgesamt mit sinkenden Einwohnerzahlen zu kämpfen hat, gewinnt der um die Innenstadt liegende Wohngürtel (oder das, was die 'Funktionssanierung' von diesem übrig gelassen hat) an Attraktivität« (Krämer-Badoni 1987) - Freiburg liegt voll im Trend. Grün, Sedanviertel und der Altstühlinger sind die Gebiete neuer Attraktivität. Wohnumfelderfassung, Fassadenrenovierung, Luxusmodernisierung und Neubauten sind nur der äußere Rahmen der Umstrukturierung der noch bis vor wenigen Jahren niedergehenden Kernrandgebiete mit schlechter Bausubstand und hohen Anteilen an 'Rand- und Problemgruppen'. Doch wenn mensch heute z.B. im Stühlinger die neuen Arzt-und Anwaltspraxen, die Büros von Architekten, Anlageberatern, Investmentfirmen und Software-Anbietern bzw. die Bevölkerungsstruktur ansieht, wird klar, daß die Umstrukturierung bereits deutliche Konturen gewinnt.

Zugeschnitten ist dies alles auf einen neuen Typ Stadtbürger, der sich aus zwei zunächst sehr unterschiedlich erscheinenden Gruppen zusammensetzt. »Einerseits sind es die 'Yuppies', die 'Young Urban Professionals', die beruflich erfolgreich sind und jenen schickdynamischen Lebensstil pflegen, der Hauch von Freiheit und Luxus verbreitet; andererseits sind es die 'Alternativen', die alles Bürgerliche ablehnen und neue Lebens- und Arbeitsformen propagieren. Obwohl es so scheint, als ob sie verschiedenen Welten angehörten, sind sie doch aus einer gemeinsamen Wurzel kulturellen Wandels in unsere Städte gekommen. Die Wurzel ist die Krise des bürgerlichen Lebensmodells« (Häusermann 1986). Die beiden Gruppen sind die sozialen Träger und Nutznießer der postfordistischen Gesellschaft, die von einer Auflösung bürgerlicher Strukturen lebt. Von einer Renaissance der Stadt als Wohn- und Konsumraum ist oft die Rede, ebenso wie von dem Schlagwort der 'neuen Unbanität'. Städtebaulich kommt es zum Rekonstruktionsversuch der bürgerlichen Städte des 19. Jahrhunderts, mit ihren architektonisch akzentuierten Platzanlagen, Boulevarts und Passagen, vornehmlich im Stil der Postmoderne, dem Bautyp des Postfordismus. Es geht dabei um mehr als nur oberflächliche Stadtkosmetik, es geht um die Schaffung von Erlebnis- und Orientierungsräumen, die den »Schein subjektiver Autonomie über den Raum wiederherstellen« (Hartmann 1980). So ergibt sich die Möglichkeit zur psychischen Identifikation mit der neuen städtischen Lebensform und den städtischen Räumen. Die Urbanität verspricht eine Realisierungschance für jeden wünschbaren Entwurf menschlicher Lebensformen.

Die Umstrukturierung der innenstadtnahen Gebiete führt zu einer Verdrängung der sozial Schwachen. Viele der Marginalisierten verlassen Freiburg auf der Suche nach besseren Erwerbsmöglichkeiten oder sie ziehen in den noch etwas billigeren Freiburger Westen. Die Gefahr der Ghettobildung und Verslumung wird auch in der Arras-Studie erwähnt. Arras meint, durch Umbau und Aufwertung der Bausubstanz z.B in den Hochhaus-Siedlungen Weingartens könnte diese Entwicklung gestoppt werden.

Nicht erst seit dem 1. Mai in Kreuzberg sind der Stadt die Gefahren der Ghettobildung bekannt und insbesondere in Freiburg wird auf die Strategie der Konfliktvermeidung durch 'Durchmischung' der Bevölkerungsgruppen gesetzt gemäß dem Motto: 'Spalte und Herrsche'. Die Entwicklung der Konzentration von Randgruppen und ärmeren Bevölkerungsschichten vor allem westlich der Güterbahnlinie, bzw. Eschholzstraße ist heute noch nicht absehbar.

Die soziale Polarisierung zielt nicht mehr auf die Durchmischung aller Bevölkerungsgruppen, sondern vielmehr auf Spaltung und Ausspielen der verschiedenen marginalisierten Gruppen gegeneinander, also schlechtbezahlte ArbeitsplatzinhaberInnen gegen Erwerbslose gegen SozialhilfeempfängerInnen gegen AusländerInnen gegen ... - und dies alles in den zugewiesenen Stadtteilen.

Auch in diesen Stadtregionen gibt es punktuelle städtebauliche Aufwertungen meist durch Stadtteilzentren, die zum Einen den Schutz der Konsumzonen für den täglichen Bedarf (Lebensmittelläden, Supermärkte, auch Bankfilialen) gewährleisten sollen, zum Anderen, um auch hier Identifiaktionspunkte mit Stadt und vor allem Stadtteil zu schaffen. Sicherheits- und überwachungsstaatliche Organe werden auf diese Stadtteile ein besonderes Auge haben und versuchen, aufkommenden Widerstand im Keim zu ersticken und zur Reststadt hin abzuschotten.

Durch die Bevölkerungswanderung entwickelt sich ein neues Bild des sozialen Gefälles. Zwischen Eigentumssiedlungen am grünen Stadtrand, besonders in den Umlandgemeinden, die auch weiter das Ziel besserverdienender Familien sein werden, und dem zweiten Zentrum gehobenen Wohnens für Einzelpersonen und nichtfamiliäre Gemeinschaften (WGs) in Zentrumsnähe schieben sich die Ausweichquartiere der verdrängten Minderheiten und ärmeren Schichten. Eine der wichtigsten kommunalpolitischen Aufgaben scheint heute in einer politisch-ideologischen Bewältigung und Festschreibung der Zwei- oder Dreiteilung der Stadt zu liegen. Dazu gehören, die 'neue Armut' so gut es geht unter der Schwelle der Wahrnehmung zu halten, als auch Entmischung und repressive Abgrenzung von gegensätzlichen Räumen zu forcieren. Denn: »Keine Zeugen der Armut und Ausbeutung« sollen »die metropolitanische Idylle der Banker und ihrer beflissenen Zuarbeiter stören« (Durth 1987).

(....)

Rein in die Stadtteile?

Der Ausbruch aus dem linken Ghetto ist verstärkt in der Diskussion. Doch bisher sind alle Fluchtversuche kläglich gescheitert. Nicht nur der Müßiggang der Freiburger Politszene sondern auch der Mangel an industriellen Großbetrieben, eine Branchenstruktur mit den Schwerpunkten Dienstleistungen und Gastronomie, sowie die Schwierigkeit überhaupt, einen Dauerarbeitsplatz zu finden, haben dazu geführt, daß nicht die Betriebs- sondern die Stadtteilarbeit im Zentrum einiger Diskussionen steht.

Visionen steigen auf – die alten ArbeiterInnenviertel und das Turiner Stadtteilkollektiv stehen hier Pate – von Volksküche bis zu Gottlieb plündernden Haufrauen. Diskutiert wird unter anderem, mit einem ausgearbeiteten Konzept, gemeinsam in ein Stadtviertel zu ziehen. Leider kollidieren die meisten Vorstellungen mit der Freiburger Realität. Es gibt kaum homogene Bevölkerungsstrukturen, die Klassenzusammensetzungen in den meisten Vierteln – auch in denen, die von den Unterschichten dominiert werden (Stühlinger, Haslach, Weingarten, Beurbarung, Im Grün) – ist heterogen. dennoch sprechen einige Gründe dafür, einen Versuch in die Richtung kollektiver Stadtteilarbeit zu wagen.

* Ausgehend von der Prognose einer dreigeteilten Stadt (S. letzte SZ) ist im Westen Freiburgs eine Zone mit der Tendenz zur Marginalisierung zu erwarten. Hier könnte die Linke neue Bezugspunkte finden.
* Hohe und weiterhin steigende Arbeitslosenzahlen zeichnen die soziale Realität Freiburgs. Ist es noch möglich, die SoziempfängerInnen über das Sozialamt zu erreichen, so gibt es für die Arbeitslosengeld- bzw. hilfeempfängerInnen diese Möglichkeit nicht. Sie und die in entgarantierten Jobs Arbeitenden können nur noch im Reproduktionsbereich angesprochen werden.

* Da mittlerweile davon ausgegangen wird, daß das Herrschaftssystem nicht nur auf der kapitalistischen Ausbeutung beruht, sondern sich vor allem – in welchem Maße, da scheiden sich allerdings die Geister – auf das Patriarchat stützt, wird die Organisierung der Frauern zu einer politischen Notwendigkeit. Darüber hinaus geht die Umstrukturierung des Kapitalismus vor allem zu Lasten der Frauen, die schon immer mit den miesesten Jobs zur Existenzsicherung ihrer Familie beitragen mußten. Sie, die aus den wenigen garantierten in die 430,-DM Jobs oder gar zurück an Heim und Herd und in die neue Subsistenzarbeit (Nähen, Gemüsegarten etc.) abgedrängt werden, können in erster Linie dort erreicht werden, wo sie wohnen.

So einleuchtend diese Thesen sein mögen, Skepsis ist angebracht. Sind doch die Menschen schon an ihren Arbeitsplätzen in den Betrieben, trotz sinkender Realeinkommen und verschärften Arbeitsbedingungen, doch schwer mobilisierbar. Wie soll das dann in den Stadtteilen funktionieren, wo die Frauen/Männer unterschiedlichen Tätigkeiten an wiederum verschiedenen Arbeitsstellen nachgehen?

So bleibt allein die Hoffnung, daß entgegen der Tendenz zur weiteren Individualisierung Niedrigentlohnte, Arbeitslose, RentnerInnen, Entgarantierte, Jobber und Hausfrauen erkennen, daß sie an vielen Punkten identische Interessen haben. Der räumliche Wohnzusammenhang könnte bei der Bewußtseinsbildung eine Rolle spielen. Darum ist es mit Sicherheit nicht falsch, über die Stadtteilarbeit zu versuchen, an die noch imaginäre soziale Basis im Viertel ranzukommen.

Freiburg wird rot

Der Postfordismus wirft seinen Schatten über Freiburg. Es wird Zeit, daß sich die Linke der Auseinandersetzung um die neuen gesellschaftlichen Entwicklungen stellt. Es kann aber nicht genügen den reaktionären Zukunftsvisionen des Landesvaters Späth oder den Freiburger Visionen von high technology, high consumption und high cultur, die Schlagworte – soziale Verelendung, Umverteilung, Massenarbeitslosigkeit, Entgarantierung und Flexibilisierung – entgegenzusetzen. Die krisenhafte Entwicklung solch eines massiven Umstrukturierungsprozesses muß gewendet werden gegen das kapitalistische System an sich. Doch die Isolation der Linken, ihre Abgeschottetheit im Ghetto »Szene«, bietet dafür keinen Ansatzpunkt.

Die Zeiten in denen es möglich war in Freiburg für Demos und Aktionen mehrere hundert oder sogar tausend Menschen zu mobilisieren, sind nur noch Bestandteil der Geschichtsschreibung, gut aufgehoben im Archiv für soziale Bewegung. Es ist nicht gelungen sich zu verankern und damit ein dauerhaftes Gegengewicht zur herrschenden Politik zu installieren. Ganz im Gegenteil, anstatt sich darauf zu besinnen, was einstmals die Stärke der Freiburger Bewegung ausgemacht hat, verheddert mensch sich zunehmend in einem Wust von Abgrenzung, Subjektivismus und Konspiration. So spiegelt der Zustand der Linken in Freiburg nahezu exakt die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung, gekennzeichnet durch Individualisierung, Segmentierung und Ausdifferenzierung, wider. Um diesen Zustand zu überwinden, bedarf es einer besseren Zusammenarbeit unter den fortschrittlichen Kräften, und insbesondere einer gewaltigen Anstrengung in Richtung Verbreiterung.

Der Hebel für eine Verbreiterung des Widerstands ist für uns die Krisenhaftigkeit des gegenwärtigen Umstrukturierungsprozesses. Die fordistische Ideologie des »Wohlstands für Alle« wird im Postfordismus nicht einmal mehr als Schein aufrechterhalten. Ganz eindeutig gehen Einschnitte im sogenannten »sozialem Netz«, die Steuerreform, die Kostendämpfung im Gesundheitswesen, um nur einige Beispiele anzuführen, zu Lasten derjenigen mit an sich schon niedrigen Einkommen. Und genau diejenigen werden gleichzeitig auch am stärksten von der Umstrukturierung im Produktionsprozess betroffen, also von Entgarantierung, Flexibilisierung, Dequalifizierung. Die soziale Frage muß deswegen in das Zentrum linker Politik gestellt werden.

Der Arbeit vor Ort, im regionalen Rahmen, ist die erste Priorität einzuräumen. Nicht nur weil Kontakte über die Szene hinaus leichter herzustellen sind, sondern vor allem da sich gesellschaftliche Konflikte zunehmend auf lokaler Ebene zuspitzen und von den kommunalpolitischen Instanzen reguliert und bearbeitet werden sollen. Dies wird den Gemeinderäten und der Verwaltung zunehmend schwerer fallen. Es wird auch in Freiburg zu Brüchen, Widersprüchen und zu Widerstand gegen die herrschende Politik kommen. Dies kann aufgegriffen, in die globalen Zusammenhänge eingeordnet und gegen das kapitalistische System gewendet werden. Der Ansprechpartner darf aber nicht das von Land, Bund und den Kapitalinteressen dominierte Kommunalparlament sein, sondern diejenigen, denen die Vision von Freiburg 2000 eine zum Teil dramatische Verschlechterung ihrer Existenzbedingungen verspricht: arbeitslose Jugendliche und Hausfrauen, Rentner und Arbeiterinnen, Jobber und Arbeitslose. Die außerparlamentarische Organisation von sozialen Interessen ist die einzig adäquate Kampfperspektive die es gibt.

Schaut mensch sich Freiburg genauer an, so ist unschwer festzustellen, daß einer Menge von gutbezahlten Arbeitsstellen im hightech Sektor, Wissenschaftsbetrieb und im Bereich der gehobenen Dienstleistungen, die Masse der entgarantierten, schlecht bezahlten und dequalifizierten Tätigkeiten gegenübersteht. Außerdem ist die Rate derjenigen, die ganz aus dem Arbeitsprozess herausgedrängt wurden extrem hoch. Die auch aus objektiven Gründen schwachen Gewerkschaften, die wenigen Großbetriebe und die besondere Branchenstruktur begünstigen, daß das Freiburger Kapital mit dem Segen der Stadt quasi schalten und walten kann wie es will. Massiver Widerstand aus den Betrieben ist bisher ausgeblieben und hat dazu geführt, daß der weite Bereich Arbeit ziemlich entpolitisiert ist. Solange dies so bleibt, wird es keinen erfolgversprechenden Widerstand gegen die Umstrukturierung und deren Folgen geben.

Die Linke verharrt in antiquierten Politikformen – Kampf um Freiräume wie besetzte Häuser, Gießereihalle, in narzißtischer Kritiksucht (Gruß an die GenossInnen vom ISF), im ewigen Starren auf die eigene Betroffenheit oder in notorischer Hoffnung auf SPD und Grüne – um nur einiges aufzuzählen. Der verbale Bezug auf »die« Klasse steht zumeist diametral entgegengesetzt zur praktizierten Politik. Es geht nicht um die Anbiederung an eine vorläufig imaginäre soziale Basis, sondern um eine konkrete Arbeit mit eigenen klaren Standpunkten, in der die Mieterhöhungen in den Häusern der Siedlungsgesellschaft, der Kampf um die Staudinger Gesamtschule und die Einführung von Wochenendarbeit bei Intermetall, mehr interessieren als der Ärger von ein paar WG's mit ihren Vermietern. Wir nehmen damit Abschied von der Vorstellung einer revolutionären Umwälzung aus der Kraft einer geeinten Linken und setzen dagegen die notorische Hoffnung auf eine selbständige, um ihre sozialen Interessen kämpfende Bewegung, an deren Seite die Linke ihre Aufgabe finden kann.

einige Anti-Natos

Kiefernstraße: Zur Entwicklung des antiimperialistischen Widerstands in D-DORF

Eigentlich wollten wir ein Interview mit Antiimperialisten/innen von der Kiefernstraße machen. Unsere Fragestellungen waren aber teilweise zu komplex und gingen auch sehr häufig inhaltlich ineinander über, sodaß ein Interview auf der normalen Basis von Frage und Antwort so nicht durchführbar war. Stattdessen wurde es mehr ein Bericht über die politische Situation des antiimperialistischen Widerstands in Düsseldorf, der von der Geschichte des Häuserkampfs, Krefeld, Hungerstreiks, Verhaftungen bis hin zur heutigen politischen Situation reicht.

A:V(erstes besetztes Haus in D'dorf) ist die Sache irgendwie losgegangen. Es ging um ne Forderung nach einem besetzten Stadtteilzentrum, es gab dazu ne Fete, und im Anschluß daran ging ne Demo los und das Haus wurde besetzt. Die Intention war die, selbstbestimmt zu leben, nicht den ganzen Spekulanten- und Mietscheiss mitzumachen, und wo auch erstmal total viele Leute zusammengekommen sind. Die ersten Tage ging es darum das Haus aufzubauen, in dem ganz direkten Zusammenhang von zusammen leben und was zusammenzumachen und darin zum erstenmal, so habe ich das auf jedenfall erlebt, so ne Power. Da war halt ne totale Offenheit darin mitzukriegen, was ist denn hier das System, was steckt denn eigentlich dahinter. Da waren halt total viele Leute wo es um unheimlich viele Sachen ging, um Imperialismus, Stadtteilpolitik etc. Weil wir das Zentrum für uns wollten, war da auch zwischen uns ne viel größere Offenheit. Da gab's ne Filmgruppe, ne Kaffeegruppe und es haben halt unheimlich viele Auseinandersetzungen stattgefunden. Dann gab es ziemlich lange Auseinandersetzungen um Imperialismus und die Frage, was heißt das konkret für uns, über Filme die zum Hunger gelaufen sind, um das Verhältnis Metropole - Dritte Welt. Da war dann auch unsere Betroffenheit ganz konkret, z.B. in dem Verhältnis zu den Türken, die hier gelebt haben. Und dann nochmal so zur Geschichte, daß das alle was hier aufgebaut worden ist ganz konkret mit nem Faschismus zu tun hat, und so als noch ein wichtiger Punkt die Solidarität zu den Palästinensern, daß das nen Massaker ist, was da abläuft. Was einfach total wichtig war an der Zeit in der V., war erstmal nen direktes Verhältnis von hier leben und kämpfen zu wollen und das ist total breit gelaufen über verschiedene politische Gruppen, über das Plenum, was unheimlich häufig sich getroffen hat, und einfach ganz viele neue junge Leute da waren, die auch Bock hatten sich über das System auseinanderzusetzen, und zu fragen wie und was ist das denn hier eigentlich und in dem Zusammenhang auch ne ganz konkrete Betroffenheit da war.

B:Es hatten halt ne Menge Leute Bock anders zu leben, und die V. auch total beengend war, weil da abends öfters nen paar hundert Leute waren. Das hat dann dazu geführt das sich immer mehr Leute einfach Ersatzwohnraum genommen haben. Für total viele Leute war absolut wichtig aus dem ganzen Scheiss Schule, bürgerliches Leben, zu hause, Eltern, Lehre herauszukommen und ihr Leben in den Häusern selbst zu organisieren

Das war einfach was total anziehendes, wo teilweise 30-40 Leute in einem Haus alles zusammengemacht haben. Darein kam dann der Hungerstreik 81, wo es inhaltlich wenig Auseinandersetzung drum gab, sondern es ging mehr darum, es gibt da Leute im Knast die kämpfen darum zusammengelegt zu werden, und das hat genau was ausgelöst, was in den Häusern auch war, was genau auch unser Bedürfnis war, und genau das war die Verbindung zum Hungerstreik. Also im Endeffekt aus unserem eigenen Kampf hier draußen um Lebensräume die Verbindung zu den Kämpfen drinnen im Knast. Das kam genau zusammen. Aus dem heraus ist es auch zu ner breiten und ziemlich großen Demo gekommen, zu anderen Aktionsformen, zu unheimlich x viel Transparenten an den Häusern, das kam so aus dem eigenen Leben heraus.

A:Was mir so auffällt, daß das eigentlich ein totaler Ausbruch war, daß sich da was angestaut hat und auf einmal gab es hier 10 besetzte Häuser und nen Häuserrat. Und genau darin das Bedürfnis zusammenzuleben, und sich das zu nehmen, was mensch zum leben braucht und das das nur über den alltäglichen Kampf geht. Das ging halt alles viel schneller und direkter zum Hungerstreik, aber auch sonst sind viel mehr Demos gelaufen und es waren viel mehr Leute auf der Straße.

UZ:Was wir nochmal wichtig finden sind die Punkte, wo sich innerhalb der linken Geschichte der letzten 8 Jahre in D'dorf, konkret antiimperialistische Politik geäußert hat?

A:Ich kann garnicht genau sagen wo da Unterschiede aufgetaucht sind. Am Anfang waren halt viele Leute da, es gab nen Interesse an unheimlich vielen Fragen, da waren z.B. Leute aus der Anti-AKW-Bewegung, die das nicht nur als einen Punkt gesehen haben, sondern Imperialismus als ganzes gesehen haben, es gab nen direktes Verhältnis zu Nicaragua, El Salvador, Palästina, zur Stadtteilpolitik, zu den Knästen und zu 1000 anderen Punkten, und es war irgendwann klar, da fehlt ne grundsätzliche Orientierung, wo dann noch mal ne Auseinandersetzung, daran angefangen hat "wohin denn jetzt". Und nur ne Politik an nem ganz speziellen Thema oder nur orientieren am Kampf um die Häuser, da war irgendwann klar, da fehlt was. Es haben dann Leute angefangen an bestimmten Schwerpunkten zu arbeiten und dann hat sich auch das Plenum aufgelöst.

B:Also an den ganzen Themen die es damals gegeben hat, sind dann auch die ersten Versuche gelaufen das zusammenzufassen. Also erst mal zu kapieren das das alles zusammengehört und dann zu fragen "was ist denn hier jetzt möglich", aus unserer Situation zu gucken, was wir dem gesamten System an Widerstand entgegensetzen können und da hat in der Aufbruchsstimmung schon nen Stück weit dringelegen.

A:Es ging einfach darum am Anfang unheimlich viele Sachen erstmal für sich zu entdecken, bis dann irgendwann klar war, daß es so an einzelnen Punkten nicht weiter geht.

UZ: Könnt ihr dazu mal nen konkretes Beispiel machen?

B: Also was mir konkret dazu einfällt ist die Startbahndiskussion. Zum einen ging es darum das sich darin die Funktion der Nato konkretisiert hat, überhaupt der ganze militärische Bereich. Die ersten Auseinandersetzungen haben sich dann ganz praktisch an dem Widerstand der Leute dort unten entwickelt, wo es hier in der Stadt zwei Diskussionen gegeben hat, auf der einen Seite, wo steht das Projekt Startbahn im Rahmen des imperialistischen Systems und wozu brauchen die Schweine sie, und die andere Diskussion war, wie können wir uns dagegen durchsetzen, daß sie das Ding nicht bauen, und daran hat es Trennungen und auch Unterschiede gegeben, woes für die einen, die totale Wichtigkeit hatte den Kampf an der Startbahn konkret zu unterstützen, wo dann ne Menge Leute von hier nach da unten gefahren sind, und das andere waren Überlegungen hier in der Stadt bzw. in der Region was aufzubauen, wo es aber nachher in der Auseinandersetzung so rausgekommen ist, daß das nicht gegeneinander steht. Ich würde aber schon sagen das es darin unterschiedliche Vorstellungen gegeben hat, nämlich wie ist ein Aufbau und ne Organisierung praktisch zu machen, wie ist die Diskussion in den verschiedenen Städten der Region zusammenzufassen. Das andere war den Kampf da unten konkret zu unterstützen weil es konkret um dieses Ding ging, sich ganz praktisch an dem Widerstand der Startbahnleute da unten zu beteiligen, um ihn auf eine Stufe der Eskalation zu bringen, wo es möglich ist das Projekt zu kippen. Was klar war, daß können auch nicht nur sie alleine da unten. Das ist ein so'n praktisches Beispiel wo unterschiedliche Richtungen angesetzt haben.

A:Ne andere wichtige Sache war noch Krefeld 83 (Bush Besuch) wo es ne breite Diskussion drum gab. Ich kann dazu nur sagen, was ich im nachhinein mitbekommen hab, die Bullen wollten die Demo nicht zustandekommen lassen und was sich darin für ne Schärfe ausgedrückt hat.

Nach der Demo hat's noch mal ne neue Auseinandersetzung über diesen Staat, über die Qualität der Konfrontation und auch darüber, was da für ne Schärfe drin war die Demo überhaupt zu machen, und das für sich selber noch mal bewußter zu begreifen.

G:Noch nen anderer wichtiger Punkt war der, wie die Gefangenen von der Demo mit der Realität Knast umgegangen sind. Das Knast nicht irgend nen Loch ist wo mensch reinfällt, sondern das mensch darin noch unheimlich viel lernen kann. Und ist eben für mich nochmal so ne richtige Power abgegangen.

D:Ich hab so im Kopf,,daß nach der Demo ne Menge neuer Leute in der Stadt dazugekommen sind.

A:Da sind dann auch noch mal praktische Auseinandersetzungen in Folge der Demo an so Punkten wie Militärstrategie, Rolle der USA/Nato gelaufen, die dann auch in Mobilisierung gegen die Munitionstransporte aufgegangen sind. Daraus haben sich dann auch die Anti-Nato-Tage entwickelt, wo es Veranstaltungen zu Gefangenen, Nato, Trevi etc. gab. Unser Ziel war es neue Leute zu erreichen, (was auch soteilweise gelaufen ist) mit denen in ne Diskussion, in nen Austausch kommen, weil wir von uns aus garnicht so klar hatten, wie es weiter gehen sollte, wie wir konkret mit anderen zusammenkommen konnten.

UZ:Wollt ihr noch was zum Hungerstreik 84/85 sagen?

A:Damals ist unheimlich viel aus den Häusern rausgelaufen, ganz unterschiedliche Leu- haben sich an den Diskussionen um Zusammenlegung beteiligt, es stand auch ziemlich viel in der Presse über die Zwangsernährung, was auch noch mal ziemlich viel an Betroffenheit bewirkt hat. Es gab ne breite Mobilisierung von unterschiedlichen Fraktionen zu der Demo in Karlsruhe und es gab ne gemeinsame Demo in Düsseldorf, bei der innerhalb ner kurzen Mobilisierungsphase 500-600 Leute waren, womit ich auch erstmal so nicht mit gerechnet hatte. Die Auseinandersetzung daran hatte viele wichtige Momente, wo z.B. Leute von ner Veranstaltung in Stuttgart erzählt haben, daß es in Holland, Griechenland, in den USA überall was dazu gibt, überall her kamen Grußadressen. Vorm Streik gab es schon ne defensive Haltung zu vielen Punkten, beim Streik waren dann ziemlich viele Leute da, die auch was gemacht haben, das hat auch nen neuen Schub gegeben.

B:Ich finde das ist das eine, daß andere ist das wir es trotzdem nicht geschafft haben das alles zusammenzukriegen, es hat zwar gemeinsame Vorbereitungstreffen zu der Demo hier gegeben, aber so'n richtig großes Plenum mit allen Spektren, ne Kontinuität dadrin, daß sind Sachen, die z.B. nicht gelaufen sind. Diskussionen sind nur in dem Rahmen gelaufen, in dem du auch warst, daß hatte natürlich auch seine gute Seite, aber es hat nicht übergegriffen.

UZ:Könnt ihr mal kurz zur Rolle der Kiefernstr. im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung in D'dorf sagen?

B:Was ich dabei total wichtig finde, die Kiefernstr. ist erstmal kein politischer Faktor gewesen, 81 nicht und entlang der anderen Punkte die wir eben besprochen haben auch nicht. Es hat zwar einzelne Leute gegeben , die sich an den Punkten beteiligt haben, aber aber nie die Str. als politischer Faktor, weil sie sich auch nicht so begriffen haben.

D:Was heißt begriffen, die Häuser sind nie besetzt worden.

B:Die Häuser sind so zusagen enteignet worden und der damaligen Aktion Wohnungsnot überlassen worden. Es ist nicht so gewesen, daß die Leute die Kiefernstr. bzw. die Wohnungen besetzt haben und gesagt haben, wir schließen uns hiermit der Häuserbewegung an. Die Wohnungen hatten nen Zwischenstatus, daß heißt sie hatten Nutzungsverträge bis Abriß der Häuser, (von der Stadt D'dorf) und mit diesem Schritt hatte schon ne Entpolitisierung angefangen. Nen Bruch hat es dann 83/84 gegeben, wo ne Menge Leute aus der Stadt auf die Str. gezogen sind, weil es total billig war, und weil der Häuserkampf mehr oder weniger zu Ende warund dadurch die Leute auch dringend billigen Wohnraum benötigten. Das hat die Struktur der Str. verändert. Die Leute haben dann von da aus weiter Politik gemacht, was sich dann z.B. im Hungerstreik 84/85 niedergeschlagen hat,

D:Die Kiefernstr. war einfach in dem Zusammenhang so'n Versöhnungsteil, wo es auf der einen Seite die besetzten Häuser gab wo drum gekämpft worden ist, und auf der anderen Seite die Kiefernstr. wo mensch einfach auch so hingehen konnte. Da konntest du wohnen ohne ständig Gefahr zu laufen geräumt zu werden, und somit war das auch nen Moment, wo die Stadt mit der Kiefernstr. vielen Leuten nen Ausweg aus der Besetzerbewegung versucht hat, zu ermöglichen, um nen Zersetzungsprozeß einzuleiten, was so'n klassisches sozialdemokratisches Modell darstellt. Richtig verändert hat sich das in den Jahren 85/86, wo die Kiefernstr. ein wichtiger Teil vom Widerstand geworden ist. Von da ab war es immer wieder nen Zentrum für ne Mobilisierung, angefangen über Sare, Hungerstreik oder der antiimperialistische Kongreß in Frankfurt, wo dann immer viele Leute von der Str. gewesen sind, oder die ganze Mobilisierung im Sommer 86 zu Brokdorf/Wackersdorf. Da hat dann auch sowas angefangen die Kiefernstr. als Zentrum selber zu begreifen, wo mensch leben will, wasmensch schützen will und wo wir auch alle weiter leben wollen. Im Januar 86 sind dann auch noch mal zwei Häuser auf der Kiefernstr. besetzt worden, wo es dann zwei Monate später ne akute Räumumgsdrohung gab, wo es dann auch Barrikaden auf der Kiefernstr. gab. In den Monaten danach sind auf dem Industriegelände und überhaupt um die Kiefernstr. rum immer wieder Sachen gelaufen, sei es das bei BMW die Scheiben eingeflogen sind oder auf dem direkt angrenzenden Gelände haben die angefangen nen Gewerbegebiet auzubauen, wo z.B. nen Bagger gebrannt hat, wo die Bauarbeiten immer wieder ganz aktiv behindert worden sind. Das sagt auch nochmal was darüber aus, die Kiefernstr.als mehr als nen Raum zu begreifen, wo mensch einfach billig leben kann. Das ganze ist aber dann ganz abrupt durch die Verhaftungen unterbrochen worden.

A:Am Anfang sind eigentlich immer mehr Leute in die Str. gezogen, die politisch was machen wollten, und nach und nach haben wir dann für uns entdeckt, was da für ne Kraft drin liegt.

B:Bei der Besetzung 86 der beiden Häuser hat es dann auch Streß gegeben, Angebote von der Stadt ein Haus abzugeben, das andere könnten wir auch behalten, wo dann für uns auchwieder so das erstemal ne Auseinandersetzung war, wir lassen uns darauf nicht ein, wir kämpfen um die Häuser. Es gab ne ziemliche Wohnungsnot auf der Str. und insofern gab es keine Alternative zum besetzen und unser Verhältnis dazu war auch einfach nen existentielles. Da gab's dann auch die Barrikade, aber genau an dem Punkt, gab es dann auch die ersten Auseinandersetzungen unter uns auf der Str., um die Frage der Militanz. Viele Leute hatten genau die Schwierigkeit die Konfrontation auf die Str. selber zu holen,und es war so das es ne Menge Leute gab, die das kapieren konnten die Häuser militant zu verteidigen, aber wir sollten doch was machen, was außerhalb der Str. liegt. Die Barrikade war einfach was ganz materielles, was dann auf der Str. läuft. Das wichtige bei der Sache war das wir uns über die Leute hinweggesetzt haben, die die Konfrontation auf der Str. nicht wollten, daß uns deren Angst erstmal nicht interessiert hat. Im nachhinein kann ich nicht sagen, ob das richtig oder falsch war, oder ob ich es heute anders machen würde, was aber wichtig ist und was total gefehlt hat, war nen Auseinandersetzungsprozeß danach. Nach der Barrikade gab es abends nen großes Plenum, wo ne Menge Leute da waren, wo es nur gegeneinander ging, wo es nur Ätze gab, und wo wir überhaupt nicht in der Lage waren, bzw. das nicht so stehen lassen können. Da war dann nen ganz konkreter Einschnitt.

A: Ja, es war schon nen richtiger Bruch, der sich in der Folgezeit weiter vertieft hat, wo unser gegenseitiges Umgehen in der Repression ne wichtige Rolle gespielt hat und wo ich denke, daß man das an dem was in der Folgezeit passiert ist noch mal besser klar machen kann.

B: Was so wichtig war nach der Mobilisierung zum Streik 84/85 war danach dann ne konkrete Diskussion zum Kongreß in Frankfurt, wo sich viele neue Leute aus der Stadt drin wieder gefunden haben, wo es auch erstmal darum ging zu hören und zu gukken und zu sehen was ist da möglich, und das kurz vorher die Hafentage gelaufen sind, wo es zu dem Zeitpunkt auch von hier aus ne Mobilisierung zum Hafen gegeben hat. Sowohl bei dem Kongreß wie bei den Hafentagen sind teilweise inhaltlich ganz neue Diskussionen aufgerissen worden. Es gab ne Menge Leute die sich einfach reingestellt haben, die inhaltlich was vorbereitet hatten, und

es gab ne organisierte Struktur, die nach Frankfurt gefahren ist.

D: Im Anschluß an den Kongreß gab es ne unheimlich konzentrierte Auseinandersetzung an den Inhalten. Aus der Diskussion gab es dann auch ne Mobilisierung nach Brokdorf/Wackersdorf, wo sich dann noch mal ne Auseinandersetzung dran rauskristalisierte. Die Krongreßfraktion ist dann geschlossen nach Wackersdorf gefahren, was aus dem Selbstverständnis raus kam, das sich in den Diskussionen um den Kongreß gebildet hatte. Einfach mit der Perspektive, daß es auch da möglich ist praktisch einzugreifen z.B. in den Bauplan der WAA.

An nem anderen Punkt wird es vielleicht noch deutlicher, nämlich am Straßenfest auf der Kiefernstr., wo dann nen Transparent an einem der Häuser hing im Zusammenhang mit dem Angriff der RAF auf Beckurts, was den Inhalt hatte, "Wir grüßen das Kommando Mara Cargol", was 6 Tage da hing, bis die Bullen das in ner total militärischen Operation abgeholt haben. Das ist so die Vorgeschichte bis zur Verhaftung(en).

B: Was noch wichtig ist, daß in der ganzen Zeit die Offensive angefangen hat, daß an Hand der Erklärungen auch Diskussionen angefangen haben, daß es zu der Zeit auch total viel zu lesen gab, von der Offensive RAF und Militante, von der RZ und von den ganzen Leuten, die nochmal ne eigene Praxis entwikkelt haben im Zusammenhang mit Strommast kippen und solchen Sachen, daß einfach nen breites Spektrum an radikaler Linke gab, was ihr jeweiliges Politikverständnis in Aktionsformen umsetzte. Daran sind ne Menge Auseinandersetzungen gelaufen und das hat sich auch auf dem Strassenfest niedergeschlagen.

A: Wo mensch schon sagen kann, daß es an der Offensive neu war, daß Guerilla und Leute aus dem Widerstand gemeinsam bestimmt die Offensive durchgeführt haben. Es gab nen spontanes Verhälnis zu den Aktionen, nen direktes Verhältnis, was sich dann auch in dem Transparent "Wir grüßen das Kommando" so ausgedrückt hat. Das war garnicht bewußt, wir haben einfach spontan da was mit anfangen können. Und auf diese ganze Offensive haben die Bullen dann reagiert, sie waren am Anfang erst mal überrascht von dem Ausmaß, von der Organisiertheit, und garnicht zu wissen wo sie anfangen sollen zu suchen, das ganze überhaupt nicht mehr kontrollieren können. In dem Zusammenhang war es natürlich nen Ding, daß Chris und Luiti bei ner Diskussion mit Ev$_a$ verhaftet worden sind.

D: Genau in diese Entwicklung fällt dann der zufällige Zugriff. Was sich an dem Punkt verändert hat, ist einfach, daß der Staatschutz von einem auf den anderen Augenblick, in der Lage war die Diskussion die zwischen der Guerilla und den Militanten läuft zu lokalisieren, zu personifizieren. An dem Punkt hat das für uns ne Situation provoziert, wo der Staat seine gesamten Mittel, die er zur Verfügung hat, auf uns, auf die Str. auf die einzelnen Leute draufgeworfen hat. Das hat dann in der Razzia seine Entsprechung gehabt. An dem Punkt waren mehrere Hundertschaften Bullen auf der Str., SEK, GSG9, 200 Zivilfahnder vom BKA, vom LKA, 5 Bundesanwälte und nen Richter vom Bundesgerichtshof, und das drückt es personell einfach aus in welchem Umfang sie in die Struktur einbrechen wollen. Was dem von uns entgegensteht isteinfach, daß mit dem Angriff, also der Razzia bei uns unheimlich gebrochen ist. Wir waren einfach erstmal irgendwie platt. Platt von der Dimension, von dem Umfang.

A: Vorher,,nach dem Kongreß, das waren angefangene Auseinandersetzungen, das war ne Offenheit, oder das mit dem Transparent, das war nen spontanes Verhälnis, aber noch keine bewußtes Verhältnis wohin wir wollen. Vorher war ich konfrontiert z.B. mit nem Verhältnis zu ner Demo, da entscheide ich,gehe ich hin oder nicht und wennich dann gehe, dann weiß ich auch da können Bullen sein und die können auch verdammt brutal sein. Diese Razzia das war was ganz anderes, ich lebe so auf der Str. und plötzlich kommen sie mit nem tierischen Aufgebot, pieksen mich mit ner Maschinenpistole in den Bauch, ich darf mich nicht anziehen, muß da nackt vor so zwei maskierten Soldaten rumstehen und bin den ganzen Tag im Haus gefesselt. Sie sind einfach sehr breit in die ganzen Häuser auf der Strassenseite, wo wir wohnen rein, wo alle Leute, nicht nur die, die politisch was machen direkt konfrontiert worden sind mit nem Apparat, den ich vorher so noch nicht erlebt habe. So, und wir waren den ganzen Tag in den Häusern, und wußten nicht, was heißt dasdenn jetzt. Die Bullen haben tierisch viel Papiere, Transparente, Sprühdosen, Puderzucker etc. daraus geschleppt und wir wußten jetzt einfach nicht was machen die jetzt, nehmen die viele mit, kommen jetzt Massenverhaftungen. Wir waren einfach vollkommen verunsichert. Sie haben ja dann auch 2 Leute mitgenommen, denen sie dann vorgeworfen haben, siehätten den Wagen für Braunmühl ausspioniert und für uns das so war, als wir aus den Häusern wieder rauskamen waren wir platt. Aus der Stadt kamen dann unheimlich viele Leute, es gab dann abends noch ein Treffen, wo die gesagt haben : hier Bock noch was zu machen, das ist ja nen Ding-, und wir saßen da und waren nur noch platt.

D: Danach waren nur noch die Bullen bestimmend. Für mich ist nochmal wichtig, na klar habe ich die Bullen z.B. in Wakkersdorf kennengelernt, aber das ist für mich nochmal was ganz anderes gewesen, Wie ich dann morgens geweckt worden bin mit ner Knarre, daß hat dann nichts mehr damit zu tun wie es sonst so bekannt ist. Weißt du, vermummt, mit Stahlhelm, kugelsicherer Weste haben sie jede Wohnung gestürmt.

B: Ich denke das ist das eine, der materielle Unterschied, das andere ist der politische Unterschied,,weswegen die Razzia gelaufen ist nä mlich 129a und Braunmühl, und das ist von der Dimension mit der du konfrontiert bist, was total anderes, als wenn du nach Wackersdorf gehst und Steine auf die Bullen schmeißt. Was das für uns heißt, das war uns garnicht klar.

D: Es gab damals so nen 40/50 seitigen Beschluß zu der Razzia, da standen dann auch viele Sachen zu Chris und Luiti drin, und was Kiefernstr. alles ist, vom befreiten Gebiet bis was weiß ich alles noch und am Ende dann Kiefernstr. und Braunmühl. Was so nichts anderes bedeutet als das die RAF nach jedem Ding auf der Kiefernstr. vorbeikommt und nen Aktenordner abgibt, als ob die nichts besseres zu tun hätten. Das hat sich dann an den darauffolgenden Tagen so fortgesetzt. Die Bullen haben die ganze Stadt belagert, in Rufweite haben immer 2 SEK Bullen patrouliert (in der gesamten Innenstadt). Die Bullen sind dann ständig mit Blaulicht über die Kiefernstr. gefahren, um Terror zu verbreiten. Das gab dann bei uns permanenten Stress, Dauerpanik. Nächtelang haben wir in einem Raum zusammengehockt und gewartet, wann sie die anderen holen kommen.

A: Sie sind dann auch einmal nachts gekommen und haben die mobilen Sraßengitter aufgebaut, die Str. abgesperrt, wo wir dachten jetzt holen sie die nächsten. Natürlich hatte jede/r ne Erklärung zu hause rumliegen oder andere Sachen auf die mensch Bock hatte. Die Bullen sind dann nacher hingegangen und haben gesagt, sie hätten tierisch viel Zeug abgeschleppt, wo wir erstmal verunsichert waren, was sie jetzt hatten. Sie haben dann einfach versucht die panische Stimmung weiter zu schüren.

B: Das hieß dann einfach ne totale Kontrolle über dein Leben. Aber nochmal zu den Erklärungen, wo sie danach verkauft haben sie hätten eine Erklärung gefunden, was verschärfender war, als wenn sie gesagt hätten , sie hätten 40 gefunden, was dann ne ganz andere Bedeutung bekommt.

D: So wie die Konfrontation lief war das für kaum jemanden von uns ertragbar, es gab dann ne Diskussion um ne Demo wegen der Razzia, wegen Häuserräumungen in Köln, aber die Diskussion darum ist dann letztendlich gescheitert, weil das Bündnis auseinandergegangen ist. Da sind nur noch ideologisch abstrakte Debatten gelaufen und nicht mehr konkret an der Praxis. Als Beispiel das wir uns darum gestritten haben ist hier Krieg oder kein Krieg. Heute denke ich, das war nur nen blöder Trick um von der Realität Abschied zu nehmen. Durch die Razzia war der ganze Prozeß zum stehen gekommen, was sich in den Jahren vorher entwikkelt hatte war in den Boden gestampft. Das hat dann auch unheimlich viel damit zu tun einfach nicht kapieren zu wollen was real abging.

A: Was ich da nochmal wichtig finde daß, nach der Razzia sich die ganze Hetze gegen die Str. nochmal verändert hat. Ab da wurde nur noch Kiefernstr. in Zusammenhang gesetzt zur RAF, Informationszentrale etc. Das hatte dann auch zur Folge, daß sich alle Menschen, die aufder Str. lebten ganz konkret mit ihrer Umwelt auseinandersetzen mußten. Leute haben ihren Job verloren bzw. nicht bekommen und alle waren ganz konkret damit konfrontiert. Wir haben weiterhin versäumt darüber zu reden über die Ängste, über die Scwierigkeiten, und das war halt nen schwieriger Prozeß für alle.

B: Was dabei noch wichtig ist, daß sich die ganze abstrakte Diskussion um die Demo, weiter fortgesetzt hat bei unserer Ver-

anstaltung zu den Gefangenen im Mai 87. Die Idee zu der Veranstaltung resultierte aus der Verhaftung von Chris und Luiti, wo die Veranstaltung aber fast nen 3/4 Jahr später war aber in dem Sinne mit Chris und Luiti und damit das du sie kennst, und das sie auf einmal weg sind, im Knast sind, das sie mit der Eva diskutiert haben, das war überhaupt nicht mehr Bestandteil der Veranstaltung. Da wurde dann eigentlich ganz weit weg Perspektivdiskussion betrieben. Wir haben uns einfach was total dickes übergestülpt so ne Veranstaltung zu Gefangenen, Perspektive zu machen. An der Veranstaltung wird noch mal deutlich wie abgehoben in der Zeit wir an der Realität vorbeidiskutiert haben.

D:Was mir grad so wichtig ist, daß so wie wir im Augenblick unsere Geschichte reflektieren, daß das nicht nen Moment ist unsere Geschichte zu denunzieren, oder ich wie ich hier sitz bewege ich mich auf dem Boden dieser Geschichte und das war eben ein wichtiges Moment. Von daher das Interview auch total wichtig ist um daraus zu lernen.

A:Das was da gelaufen ist habe ich so erst mal garnicht fassen können, einfach nur gespürt. Das war einfach ne Erfahrung, die hat so tief was in uns aufgerüttelt, daß kann mensch einfach nicht in direkte Worte fassen.

B:Was wir nicht so fassen konnten war, daß diese ganze Konfrontation direkt was mit uns zu tun hatte. Sie haben Chris und Luiti, aber daß das weiter geht, daß sich das auf uns niederschlägt, soweit ist es in der Diskussion nie gekommen.

D:Erstmal stand unter Strich die Übermacht von der Staatsgewalt, an der Stelle haben sie sich unheimlich aufgeblasen und dazu konnte ich mich als Subjekt erstmal nicht in Beziehung setzen. Da hatte ich keine Antwort mehr für. Das was da real war z.B. mit der Knarre geweckt zu werden, daß ist nen Tatbestand, den bekommt mensch erstmal nicht so weg, daß kann mensch nicht mehr vergessen. Das hat mit begreifen nichts zu tun, ich habe lange gebraucht um das zu verdrängen.
Im September ging dann der Prozeß in Stammheim los, mit Eva,Luiti und Chris auf der Anklagebank, da hat sich ziemlich schnell rausgestellt mit den Zeugenvorladungen es geht weiter, die haben nicht nur die zwei von uns weil sie mit Eva Eis gegessen haben, das war's ja erstmal so, sondern sie haben es auf noch mehr Leute abgesehen. Als dann Nico und Andrea verhaftet wurden waren wir auch niedergeschlagen. Irgendwie hat sich darin auch nen Stück weit ne Ausweglosigkeit transportiert. Als nächsten Schritt dann die ganze Gehirnwäsche über die Presse, wo dann geballt nur noch RAF Nest Kiefernstr. durchgepowert wurde. Und das hatte mit allen Leuten auf der Str. unheimlich viel zu tun, wo wir dann auch die Verbindung zu der Barrikade ziehen können. Und wir dadrin nicht in der Lage unter uns nen authentischen Prozeß anzuschieben, und das ist teilweise nen Grund warum so verzerrte Sachen vermittelt werden konnten, so auf der einenSeite wir die Antiimps, die Hardcores, da gehörts halt zur Politik, daß da Leute einfahren und damit haben wir ne ganze Menge Leute aus unserer Auseinandersetzung rausgedrängt. Und da ist natürlich dann auch ne ziemliche Isolierung gelaufen, sich von einander entfernen, wo es keine Wechselwirkung mehr zwischen den Leuten/Gruppierungen gab.

A:Wobei bei der Mobilisierung zu den Zeugenvorladungen auch was starkes war, zu sagen wir lassen die nicht einfach an uns vorbeiziehen. Wir sind mit vielen Leuten dahingefahren, haben Treffen in der Region organisiert, sind mit vielen Leuten zu der Demo am 18.10 in Stuttgart gefahren,

B:Es ist auch nicht so gewesen das es nach der Verhaftung von Rico und Andrea es ein ziemlich großes Treffen gegeben hat, es hat nen großes Wandbild auf der Str. gegeben, es gab Flugblätter, aber das hat alles nicht gereicht der Entwicklung die seit 1,5 Jahren lief, was entgegenzusetzen. Parallel dazu sind dann auch Auseinandersetzungen im autonomem Bereich zu Ulla und Ingrid gelaufen, und das war auch garnicht zu schaffen,daß mal eben alles zusammenzubringen. Zu dem Zeitpunkt haben wir es einfach nicht geschafft nach draußen zu gehen, die Isolierung aufzuheben. Die Bullen haben genau daran den Boden gewonnen so Anfang April wieder ne neue Propagandaoffensive zu starten, mit dem ersten Welt-Artikel, was nochmal ne andere Dimension hatte, als nen Artikel in ner lokalen Zeitung.

D:Also konkret vom BKA gesteuert. Was die inhaltlich gesagthaben ist Kiefernstr. ist RAF Nest, da gibt es 30-50 Symphatisanten und 3-4 Hochkarätige. Was klar war nach der Hetze und der Verhaftung von Rico und Andrea, daß die Bullen auf der Str. hängen, die haben da mehrere Wohnungen und daß das noch lange nicht alles war. Wo dann klar wird die Konfrontation ist überall, wo Leute vom VS angelabert werden,,oder das Berichte vorgelegen haben das Leute im Urlaub beobachtet worden sind. Klar war das Klima spitzte sich unheimlich zu. Wir haben es aber weiterhin nicht geschafft das für uns zu drehen, im Sinne von Politik machen. Das lief auf der Ebene von Erkenntnis, und dann konserviert, aber nicht auf der Ebene von Bewußtsein und das umzusetzen auf sein Sein. Die Mediekampagne hat da ne unheimliche Rolle gespielt so auf der Ebene von schmutzigem Krieg, wie sie versucht haben darüber ne Spaltung auf der Str. voranzutreiben, verpackt auf der einen Seite mit Verträgen, Integrationsangeboten, und diese Pressekampagne überhaupt was unheimliches finales vermittelt hat, den Eindruck vermittelt hat, daß die jetzt total aufräumen wollen. Der Höhepunkt war zu sagen, es gäbe auf der Str. 3-4 hochkarätige RAF Mitglieder, was suggeriert, da liegen Leute , die haben ne Bazooka unterm Bettund ne Knarre unterm Kopfkissen und warten jetzt, daß sie loslegen können. Und genau das läuft auf Legitimation weiterer materieller Angriffe hinaus, bzw. sie zwingen jeden sich zu entscheiden, entweder für uns oder gegen uns, und das haben dann auch ne MengeLeute übernommen,daß da nen Zwang war sich als Kiefernstr.-Bewohner sich von derRAF zu distanzieren.

D:Indiese Situation kam dann die Verhaftung von Tommy. An der Stelle war das dann einfach so, daß die uns die Luft abgedreht haben, da war dann einfach nichts mehr. Gleichzeitig lief das dann mit der ganzen Verhandlungsstrategie, wo Freitags morgens Tommy verhaftet wordenist, und der Saatkamp (Verhandlungsbevollmächtigter der Stadt) nachmittags Verhandlungsangebote gemacht hat. Da war ganz einfach erstmal die Luft raus, sie hatten einfach die Überhand gewonnen. Aus dieser Lähmung raus wo sie gedacht haben, sie könnten jetzt nochmal nachlegen indem sie Rolf holen, da hat sich die Situation ganz einfach gedreht. An dem Punkt standen wir alle mit dem Rücken an der Wand, und es war klar, weiter zurück kann mensch garnicht mehr. In der Situation ist dann die Demo auch gelaufen, wo die Medienkampagne dann nochmal ne neue Qalität bekommen hat. Wo dann nur noch in der Zeitung stand die RAF-Kiefernstr.-Bewohner/innen waren in den letzten 3 Jahren an allem beteiligt, was so passiert ist. Da haben sich dann ne ganze Reihe von Leuten genötigt gesehen sich brutal von der RAF zu distanzieren,

Presse gelaufen ist. Das sah dann so aus, daß der radikale Teil der Kiefernstr. die Demo macht, und der andere Teil die Verhandlungen führt, und die Verträge unterschreibt. Für mich kann ich nur sagen, andem Punkt hat das nicht mehr gezogen, wir haben die Demo durchgesetzt, und das hieß für uns wieder ein kleines Stück in die Initiative zu kommen. Und das war für uns nen unheimlich starker Moment, weil an dem Punkt die Medienhetze erst mal stecken geblieben ist.

A:Wo an dem Punkt eigentlich auch klar war, wir kriegen das, was gelaufen ist auch garnicht mit einer Demo weg, sondern das ist erstmal nen Anfang. Es war klar wir müssen jetzt mal anfangen, daß Ding umzudrehen.

D:Obwohl das total absurd klingt, genau an der letzten Verhaftung haben wir versucht unsere Enge zu durchbrechen. Genau daran sind Entwicklungen losgegangen, die in den Wochen vorher undenkbar gewesen sind. Unmittelbar in Worten läßt sich diese Entwicklung vielleicht auch garnicht fassen, aber das Verhältnis zu den Bedingungen ist ein anderes geworden.

B:Wichtig ist dabei wie existentiell dieses Gefühl ner Konfrontation gelaufen ist, also auch an der Demo. An dem abend vorher haben wir zusammengesessen und haben geguckt wie wir das Teil organisiert kriegen, wo dann diese Zeitungsartikel reinkamen und wo es dann einfach ne Angst gab so loszugehen, wobei da immernoch zu sehen ist, daß wir ja nicht viel gemacht haben, sondern nur ne Demo. Was uns da entgegengeschlagen ist, war ne tierisch neue Welle von Propagandahetze, und trotzdem nen Weg zu finden die Demo zu machen. Wo ich von mir und unheimlich vielen anderen Leuten weiß, ich hab noch nie soviel Muffen vor ner Demo gehabt, seit unheimlich langer Zeit nicht mehr, weil alles unklar war, wie die Aktion läuft, und was das konkret heißt, was die in der Zeitung schreiben. Holen sie jetzt auf der Demo schon die Leute, aber wichtig war das Gefühl, es muß jetzt einfach durchgesetzt werden.

D:Wobei die Frage an der Stelle nicht war, hauen wir die Bullen platt oder nicht, sondern die Frage war die, wenn wir einfahren, wer kommt dann überhaupt noch mal raus. Wenn es nach dem Staatsschutz geht werden sie natürlich versuchen die Entwicklung weiter zu treiben, noch

das einfach gedreht. Nur nochmal so; es gab hier 86 nen Prozeß, wo sich Revolutionäre/rinnen organisiert haben, die auch mit der Guerilla geredet haben, und diesen Prozeß wollen sie zerschlagen, die ganzen Zusammenhänge auf die Stadt D'dorf einmachen. Nur nochmal nen anderes Beispiel: Letzte Woche imProzeß in Stammheim haben die Bullen beim rausgehen total versucht, wieder nen Düsseldorfer festzunehmen, erstmal nur für ne ED, wo es aber an dem Punkt total eskaliert ist, wosie dann erst un-Einsatz von Knarren ihr Teil haben

durchsetzen können. Da läuft zunächstmal die Anklage auf schwere Körperverletzung und Landfriedensbruch, daß ist eben ne konsequente Weiterentwicklung von ner Repression, die sich seit 2 Jahren auf diese Stadt konzentriert.

B: Auf diese Stadt und auf alles was darin von uns läuft, weil andem Prozeß von Rico und Andrea es auch wieder zu kontinuierlichen Auseinandersetzungen gekommen ist.

Der Prozeß ist der erste, wo immer Leute von uns sind, wo viele Leute hingehen wenn die Scweine welche laden, was früher überhaupt nicht üblich war. Und genau an dem Punkt fragst du dich dann auch, gehste zu dem Prozeß überhaupt hin in dem Zusammenhang, was letzte Woche in Stammheim gelaufen ist. Das war nen Akt von 2 Stunden, dann hatten sie ihn, aber erst an dem Punkt, wo sie die Knarre gezogen haben. Wo sie die Eskalation total bis zu dem Punkt getrieben haben. Am Ende vom Prozeß ging es einfach darum, daß sie Leute festnehmen wollten und das von ca. 70-80 Leuten es ne ziemlich schnelle Entschlossenhei da war, daß nicht zu zulassen. Bei einer Person war total klar,daß sie die haben wollten, sie auch schon fast hatten, aber von uns dann wieder ihnen entrissen wurde. Wir haben den Menschen dann ins Auto gepackt und die Bullen sind dann auf das Auto drauf, was wir verteidigt haben. Was unheimlich schnell klar war, sielassen davon nicht ab, und als sie in der Situation nicht durchgekommen sind bzw. sich zurückgezogen haben, haben wir nen Konvoi gebildet. Sie haben sich dann hinten dran gehenkt, und die ganze Zeit versucht haben an jeder Situation reinzukommen. Sie sind neben uns gefahren und haben in den Wagen reingefilmt, daß sie immer versucht haben vor oder hinter unserem Wagen reinzugehen, uns abzudrängen. Für uns im Wagen war teilweise die Situation, was machen wir da eigentlich, daß es im Kern darum ging ne Verhaftung zu verhindern bzw. rauszuzögern, wie weit das mit unseren Mitteln überhaupt möglich ist.

Das hat dann nach 1,5 Stunden aufner Kreuzung in Stuttgart geendet, indem sie vorne und hinten dicht gemacht haben, an die Wagen ran sind und die Knarrengezogen haben. Für uns war das die Spitze der Eskalation, wo wir dann auch die Knöpfe im Auto hochgemacht haben. Was die ganze Zeit während dieser 1,5 Stunden auf dieser Fahrt so war, ist zum einen nen unheimlich tiefes Gefühl da war, siewollen wieder jemanden aus D'dorf verhaften,wo die letzten 2 Jahre so hochkamen, denn von all den Leuten, die sie so geholt haben ist nie jemand wiedergekommen. Da habe ich nochmal gemerkt, wie tief das eigentlich drin sitzt. Dieses Gefühl war der Motor für die ganze Aktion, trotz der ganzen Angst, die da war. Wir haben z.B. in den 1,5 Stunden total viel gequatscht im Auto, das ist einfach gut gewesen ist. Sie wollen einfach verhindern, daß Leute weiterhin in die Prozesse gehen, daß sich daran wieder kontinuierliche Entwicklungen neu auftun.

A: Was jetzt noch weiter wichtig ist, daß wir nach der Demo angefangen haben die letzten 2 Jahre aufzuarbeiten. Ein Teil ist davon auch, diese Erfahrungen z.B. durch das Interview nach außen zu tragen. Zum anderen Teil die Arbeit zu den Prozessen, einfach mal mitzukriegen, was sie sich da zusammenbasteln, z.B. am Punkt Schriftgutachten.

B: Diese Handschriftgutachten sind das einzige, worauf sie ihre ganze Verhaftung von Rolf aufbauen und ne Auseinandersetzung daran stattgefunden hat, weil sie sich politisch immer mehr legitimieren müssen, warum sieLeute in der Kiste haben.

C: Politisch ist es ihnen schon nen Stück aus den Händen geglitten, und für uns die Frage ist, was machen wir damit jetzt.

A: "Schluß mit den Verhaftungen"ist so das eine, sonst haben wir angefangen an Forderungen zu den Prozessen zu diskutieren, ob Einstellung oder nicht. Die letzten 2 Jahre nochmal ranholen, mit anderen Städten an bestimmten Punkten zu diskutieren um grundsätzlich der Repression was entgegensetzen zu können, das sind so grob benannt die augenblicklichen Aufgaben.n

Zusammenlegung der Politischen Gefangenen — jetzt!

Diese Anzeige ist ein erster Schritt von Gegenöffentlichkeit. Bisherige Versuche, über die Haftbedingungen von Politischen Gefangenen zu informieren, wurden regelmäßig kriminalisiert.

Seit 18 Jahren sind in der Bundesrepublik Deutschland Gefangene aus der RAF und aus anderen politischen Gruppierungen unter Bedingungen inhaftiert, die international als Isolationsfolter begriffen und geächtet werden.

Wir wollen das von staatlichen Organen gesetzte Tabu durchbrechen, um die demokratische Öffentlichkeit zu informieren. Niemand soll sagen können, er habe von den Vorgängen nichts gewußt.

Ziel der Haftstrafe ist allgemein die „Resozialisierung", die Wiederintegration in die Gesellschaft, in den Arbeitsmarkt. Diejenigen, die an ihrer Ablehnung des kapitalistischen Systems festhalten, werden durch die Haft physisch und psychisch zerstört: Gegen 16 der heute einsitzenden Politischen Gefangenen wurden lebenslängliche Urteile verhängt, neun Gefangene sind in den vergangenen Jahren in den Knästen umgekommen. Neun Gefangene aus politischen Gruppierungen, daneben die vielen Namenlosen.

Die Gefangenen aus der RAF und aus anderen Gruppen kämpfen seit über 15 Jahren um die Aufhebung der Sonderhaftbedingungen, gegen die Isolation. Heute sieht die Realität so aus:

Die Gefangenen aus der RAF und zunehmend auch die aus den Kämpfen im Widerstand sind voneinander getrennt und in Gefängnissen über die BRD verteilt in Isolation. Dort, wo mehrere an einem Ort sind, wird jeder Kontakt der Politischen untereinander durch ein ausgeklügeltes Abschottungssystem verhindert (wie in Stammheim, Bielefeld, Ossendorf, Frankenthal usw.). Nur in drei Gefängnissen sind Gefangene zusammen — doch diese Gruppen wurden in den letzten Jahren immer mehr reduziert, so daß in West-Berlin jetzt nur noch zwei Gefangene zusammen sind und in Celle und auch in Lübeck nur noch drei. Jeweils im kameraüberwachten Hochsicherheitstrakt. Alle in diesen Kleingruppen sind jetzt seit über zehn Jahren in Isolation, Irmgard Möller seit über 16 Jahren. Fast alle anderen sind in Einzelisolation, und das bedeutet permanenter Zelleneinschluß, für manche 24 Stunden täglich. Ist eine Teilnahme am Gemeinschaftshof möglich, so herrscht in der entsprechenden Abteilung des Gefängnisses regelmäßig der Ausnahmezustand. Ist die Teilnahme verboten und werden dann beim Einzelhof trotzdem ein paar Worte mit anderen Gefangenen gewechselt, so bedeutet das: Rollkommando. Für viele dieser Gefangenen gibt es über Jahre überhaupt keinen direkten menschlichen Kontakt. Besuche finden hinter der Trennscheibe statt. Oft verhindern Sichtblenden auch noch den Blick auf den Gefängnishof. Dazu kommen: systematische Demütigung durch Nacktausziehen, oft mehrmals täglich. Kameras, Kontrollen, Zellenrazzien. Das alles seit vier, sechs, neun Jahren.

Von folgenden 44 Gefangenen ist uns bisher bekannt, daß sie um ihre Zusammenlegung in große, selbstbestimmte Gruppen kämpfen:

Ingrid Barabass, Isolde Bohler, Karl-Heinz Dellwo, Michael Dietiker, Gisela Dutzi, Christa Eckes, Dieter Faber, Knut Folkerts, Stefan Frey, Angelika Goder, Karl Grosser, Manuela Happe, Eva Haule, Rolf Heissler, Sieglinde Hofmann, Norbert Hofmeier, Luitgard Hornstein, Rainer Hübner, Ingrid Jakobsmeier, Ali Jansen, Thomas Kilpper, Christian Klar, Christian Kluth, Hanna Krabbe, Christine Kuby, Karin Maurer, Roland Mayer, Irmgard Möller, Brigitte Mohnhaupt, Susanne Paschen, Barbara Perau, Helmut Pohl, Erik Prauss, Dieter Renk, Gabriele Rollnik, Bernhard Rosenkötter, Mareile Schmegner, Adelheid Schulz, Andreas Semisch, Andrea Sievering, Günter Sonnenberg, Lutz Taufer, Thomas Thoene, Rolf-Klemens Wagner, Claudia Wannersdorfer.

Einige der Gefangenen sind haftunfähig:

Günter Sonnenberg wurde bei seiner Festnahme durch einen Kopfschuß schwer verletzt. Die medizinisch notwendige Behandlung der Verletzung und ihrer Folgen kann in der Haftanstalt nicht geleistet werden. Bei Angelika Goder ist seit 1986 die Notwendigkeit einer Hüftoperation bekannt. Bisherige Verfügungen, die Operation unter Staatsschutzbewachung durchzuführen, sind inzwischen korrigiert. Dennoch, die Rekonvaleszenz beinhaltet Krankengymnastik, Schwimmübungen und Gehversuche unter ärztlicher Anleitung. Eine Nachbehandlung also, die in keiner Vollzugsanstalt gewährleistet werden kann. Operation und Haftverschonung sind daher dringend geboten. Ebenfalls haftunfähig ist Bernd Rössner: Er hat in sechs Hungerstreiks um die Zusammenlegung mit anderen Gefangenen aus der RAF gekämpft; die strenge Isolation seit seiner Verhaftung 1975 hat seinen Gesundheitszustand stark angegriffen.

Bei Claudia Wannersdorfer, die in Aichach einsitzt, sind aufgrund der Isolationshaft, die den Körper unter Dauerstreß setzen, epileptische Anfälle aufgetreten. Während eines Anfalls besteht erhöhte Unfallgefahr, vor allem dann, wenn nicht sofort Hilfe geleistet wird. Ständige ärztliche Beobachtung und eine vorsichtige Medikamentation sind erforderlich. Deswegen muß Claudia Wannersdorfer umgehend entlassen werden.

Immer wieder taucht die Frage auf, warum sich Menschen besonders um die Haftbedingungen der Politischen Gefangenen sorgen. Teilweise wird ein elitäres Bewußtsein kritisiert. Dazu stellen wir fest:

Die geschilderten Haftbedingungen und -verschärfungen (Isolation, Arrest, Bunker, ungenügende medizinische Behandlung, Brief- und Besuchsverbote) treffen nicht nur Politische Gefangene. Auch alle anderen, die den Knast nicht widerstandslos über sich ergehen lassen, unterliegen ihnen. Bei den Politischen Gefangenen gelten diese Sonderhaftmaßnahmen jedoch vom ersten Tag ihrer Festnahme an, sie werden **systematisch** durchgeführt.

Im vergangenen Herbst haben Frauen im Reformknast Plötzensee gestreikt, nach kurzer Zeit unterstützten 60 Frauen den Hungerstreik und forderten: „Freie Entscheidung über das wie und mit wem Zusammenleben innerhalb des Knastes; das soll auch heißen: Aufhebung der Iso- und Gettohaft." Eine Forderung, die wir ebenso für alle darum kämpfenden Gefangenen unterstützen wie die Forderung nach freier Arztwahl.

Mit dem Wissen, daß die Haftbedingungen der Politischen Gefangenen gegen internationale Vereinbarungen verstoßen, bleibt den verantwortlichen Regierungsvertretern nur der Weg der Verschleierung und Unwahrheit: Bei der Anhörung zur Lage der Menschenrechte in der Bundesrepublik im April 1986 vor dem Menschenrechtskomitee der UNO antwortete Stoecker (Bundesjustizministerium) auf Fragen zur Isolation, die Gefangenen seien gar nicht in Einzelhaft, sondern tagsüber in kleinen Gruppen zusammen. (Zum Schluß der Anhörung sagte das sowjetische Mitglied im Ausschuß, die BRD sei offensichtlich bestrebt gewesen, den Ausschuß hinters Licht zu führen.)

Bereits 1975 stellten drei von den Gerichten in Hamburg, Stammheim und Kaiserslautern bestellte Sachverständige die verheerende Wirkung der Isolationshaft fest. Einer der Gutachter, Professor Wilfried Rasch, schreibt dazu im Juni 1976 in der Monatszeitschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform: „Durch Zusammenlegung einer Gruppe von 15 bis 20 Häftlingen würde ein soziales Feld angeboten, das ein realisierbares Maß an Interaktion erlaubt. (...) Nachdem erkannt und anerkannt ist, daß die Bedingungen strenger Isolation geeignet sind, Schäden zu setzen, die das „normale" und für unvermeidlich erachtete Maß übersteigen, sollten alle Anstrengungen gemacht werden, die Haftbedingungen der politisch motivierten Gefangenen grundlegend zu ändern."

Schreib- und Besuchsverbote werden regelmäßig mit der „rechtsfeindlichen Haltung" der Antragsteller begründet. Dieselbe Begründung muß herhalten, um die Gesuche zur Zusammenlegung von Gefangenen abzulehnen. Propagiert wird von einzelnen Anstaltsleitern der „Normalvollzug". Beispielsweise wurden Gabriele Rollnik und Angelika Goder nach Plötzensee verlegt. Vorher wurden allerdings vorbereitende Maßnahmen getroffen. Umbauten im Wert von 17.000 Mark, um den Kontakt zu den anderen Gefangenen zu unterbinden. Der Anstaltsleiter hat „erwogen, den Strafgefangenen Besuchskontakte mit anderen im übrigen Anstaltsbereich inhaftierten Gefangenen zu ermöglichen..."

Wir fordern die Zusammenlegung, um die Gesundheit der Inhaftierten zu schützen. Wir fordern die Zusammenlegung auch, um die programmierte Isolation aufzuheben, um Kollektivität als Voraussetzung solidarischen Zusammenlebens durchzusetzen. Nicht die Politischen Gefangenen sind das Problem dieser Gesellschaft. Die International Progress Organisation, mit beratender Funktion beim Rat für wirtschaftliche und soziale Fragen der UNO und UNESCO, stellte in ihrer Genfer Erklärung im März 1987 fest: „Die flagranteste Form des internationalen Terrorismus besteht in der Vorbereitung auf atomare Kriegsführung, insbesondere in der Verbreitung atomarer Zerstörungspotentiale bis in den Weltraum und in fieberhaften Bemühungen um Erstschlagskapazitäten. Terrorismus ist auch die Aussicht auf einen Holocaust, von staatlicher Macht gegen die Völker der Welt entfesselt. Der Terrorismus der modernen Staatsmacht und ihrer High-Tech-Bewaffnung geht qualitativ und in mehrfacher Größenordnung über die politische Gewalt hinaus, auf die Gruppen sich stützen, deren Ziel Befreiung und das Ende von Unterdrückung ist."

Wir sind uns einig in der Ablehnung jeglicher Art von Folter und unmenschlicher Behandlung. Isolation ist Folter. Wir fordern deshalb:

- Abschaffung der Isolation in allen Gefängnissen der BRD, kein Knast im Knast.
- Zusammenlegung der Politischen Gefangenen in große, selbstbestimmte Gruppen. Zusammenlegung aller kämpfenden Gefangenen.
- Unbehinderte politische Information und Kommunikation,
- Freilassung von Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Angelika Goder, Bernd Rössner und allen haftunfähigen Gefangenen.
- freie Arztwahl für alle Gefangenen.

(V.i.S.d.P. Rosita Timm, Paulsenplatz 3, 2 Hamburg 50)

DIE LINKEN HABEN DEN KNAST VERDRÄNGT

Dieser Redebeitrag von Ralf Reinders und Ronald Fritsch (Gefangene der Bewegung 2. Juni) wurde auf einer Veranstaltung zur "Zusammenlegung der politischen Gefangenen der BRD und West-Berlins" am 30.8.88 im Ex/Westberlin verlesen. Ronald und Ralf zerstören darin einerseits den Mythos des sogenannten Normalvollzugs als Alternative zur Zusammenlegungsforderung, begründen andererseits noch einmal, warum die Verankerung der politischen Gefangenen in den Knastkämpfen der "sozialen" Gefangenen notwendig bleibt.

Das gegenwärtige "Dialogangebot" an die RAF-Gefangenen, so meinen sie, sei nicht etwa ein Zeichen der Schwäche des Staates, sondern ein großangelegter "Behandlungsvollzug" für die politischen Gefangenen.

Betrachten wir die Situation der politischen und sozialen Gefangenen in der BRD und Westberlin, müssen wir festhalten: eine organisierte Gefangenenbewegung wie Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre existiert nicht mehr.

Nach einer langen Phase relativer Ruhe um die Gefangenen und die Zustände in den Knästen registriert eine breite Öffentlichkeit anhand einer grünen "Amnestie"-Kampagne, daß es noch Gefangene gibt. - Das wohl einzig positive Ergebnis dieser Kampagne.

Die Protagonisten dieser Kampagne wollen den Eindruck erwecken, daß etwas für die Gefangenen getan wird.

Gefragt und ungefragt melden sich vielerorts bürgerliche und liberale Moralisten zu Wort. Darunter auch der berliner Alt-Bischof Scharf.

Seine Äußerungen zu einer eventuellen Amnestie für die politischen Gefangenen sind zwar verlockend und gehen politisch weiter als das Geseiere der sogenannten progressiven Politiker, doch kennen einige von uns den Herrn Bischof. Sein öffentliches Auftreten und seine Reden widerruft er in den Predigten, die er in den Gemeinden hält.

Bürgerliche Moralisten sind zu heuchlerisch und verlogen, um irgendein Interesse am Schicksal eines Gefangenen haben zu können. Ihr persönliches Engagement setzt erst dann ein, wenn die Haftbedingungen Gesundheit oder Identität der Gefangenen zerstört haben und sie damit nicht mehr in der Lage sind, ihre politischen Ziele verfolgen zu können.

Auch wenn der Schein - der heilige - manchmal trügt, Scharf und seinesgleichen sind Handlanger des Staates. Deswegen geht ihr Einsatz für die Gefangenen nie an die Wurzel des Übels. Ganz im Gegenteil: sie sind am Erhalt der Zustände, die Menschen zerstören, interessiert. Denn erst diese Bedingungen führen dazu, daß sich einE GefangeneR in seiner Not an die Pfaffen wendet und oft genug ist der Pfarrer der einzige in der Knasthierarchie, dem es gelingt, ein Vertrauensverhältnis zu Gefangenen aufzubauen. Die Aufgabe der Anstaltsgeistlichen ist es mitzuhelfen, die Persönlichkeitsstruktur der Gefangenen auszuforschen! (Dienst- und Vollzugsordnung).

Kein Pfarrer kann sich für eine menschliche Behandlung der Gefangenen stark machen, ohne davon auszugehen, daß er sich damit selbst die Grundlage und die Bedingungen für seine Gefangenenbetreuung entziehen würde.

Ähnlich verhält es sich mit den "liberalen" oder den "Linken" Humanisten. Mehr als unterstützende Maulhurereien konnte man von denen nicht bekommen, als es darum ging, die streikenden Gefangenen in Schwalmstadt, die Hungerstreikenden in Plötzensee und Bayern und die von Verbot und Zensur betroffenen Gefangenenzeitungen zu unterstützen.

Ihre Empörung bleibt auch aus, wenn Gefangene in den Hochsicherheitstrakten und Bunkerzellen isoliert werden; wenn sie zusammengeschlagen werden, nur weil sie von Zellenfenster zu Zellenfenster gesprochen haben; wenn die oder der Normalgefangene zunehmend wieder einen 23-Stunden-Riegelvollzug abreissen darf oder für fünf, sechs oder zehn Mark am Tag oft Akkord arbeiten muß, usw. usf.

Bis auf eine Randvoll Unentwegter haben auch die Linken den Knast verdrängt. Zum einen nachvollziehbar. Denn die Knastgruppen und Knastdemos gehören nicht gerade zu den Aktionsformen, die Anlaß zu Optimismus verbreiten.

Man latscht an die Mauer, schreit "Freiheit für..." und sieht diesen Moloch Knast weder wackeln noch wanken. Die GenossInnen und FreundInnen bleiben drinnen. Eine frustige Angelegenheit allemal. Und nur lösbar, wenn neue und andere Wege und Methoden im Knastkampf entwickelt werden.

Der Knast ist Teil des gesellschaftlichen Lebens. Jede und jeder, die oder der gegen die bürgerlichen Normen angeht, muß damit rechnen, für Jahre aus dem Verkehr gezogen zu werden. Egal, ob es sich nun um bewußten Widerstand handelt oder um den Versuch, individuell die Lebensbedingungen zu verbessern oder die alltägliche Scheiße durch andere als die handelsüblichen Drogen zu verdrängen: es wird eingesperrt, isoliert, entfremdet, zerstört -, um die AbweichlerInnen als Kranke in sogenanntem Behandlungsvollzug in den Griff zu kriegen.

Da jeder Widerstand gegen das System bestraft und verfolgt wird, bleibt es unverständlich, wie Linke es zulassen konnten, daß ihr politischer Alltag den Knastkampf verdrängen und verschlucken konnte.

"Draußen und Drinnen - Ein Kampf" lautet die Parole. Sie bleibt eine leere Phrase, wenn den Gefangenen die Solidarität verweigert wird. Wie soll ein Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen, eine neue "Solidargemeinschaft", wenn dem Teil der Linken und der Gesellschaft, der sich am wenigsten wehren kann, die Unterstützung verweigert wird?

Je größer die Solidarität und Unterstützung für die Gefangenen,desto größer auch deren Widerstandskraft. Das ist wie mit den Vitaminen und der Grippe.

Ein Problem für die linke Knastbewegung waren die zwei Richtungen im Knastkampf, die von den politischen Gefangenen propagiert und geführt wurden und noch heute geführt werden.

1. Die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen;
2. die Forderung nach Eingliederung in die Normalität des Vollzugs.

Wir waren stets Gegner der Forderung nach Zusammenlegung aller politischen Gefangenen. Diese Forderung halten wir politisch nach wie vor für falsch.

Nach formal 3 Jahren sogenanntem Normalvollzug, müssen wir allerdings feststellen, daß es diesen "Normalvollzug" für keineN GefangeneN gibt.

Die Ausgestaltung des sogenannten Normalvollzugs in eine Vielzahl stark differenzierter Vollzugsformen, die auf die Aufspaltung und gegenseitige Abgrenzung schon der sozialen Gefangenen abzielt, wird bald für die politischen Gefangenen notwendig immer eine Sonderbehandlung bedeuten.

Die Belegung der Knäste spiegelt die gesellschaftliche Realität wider. Kriecher, Verräter, Arschlöcher trifft man hier genauso an wie starke Typen, sensible Kämpfernaturen und nüchterne Realisten. Menschen, wie sie jeder kreuzberger Hinterhof zu bieten hat.

Unsere Forderung nach Integration in den Normalvollzug war der Versuch, der sozialen Isolation im Knast zu entgehen.

Die politischen Gefangenen sollen sich von den sozialen Gefangenen nicht trennen lassen. Sich selbst abnabeln oder sich abnabeln lassen, bedeutet, dem Klassenkampf im Knast, der unter sehr schwierigen Umständen weitergeht, die Kraft zu nehmen, indem so mitgeholfen wird, die Gefangenen zu spalten.

Wir können helfen, die Sprachlosigkeit der Knackis zu überwinden, ihnen politische Zusammenhänge zwischen Heimen, Stadtteilen, Fabriken und Knast klarzumachen, ihnen die Funktionen der Sozialarbeiter, Psychologen und Pfaffen klarmachen, ihnen klarzumachen versuchen, daß sie sich wehren müssen, wenn sie ihre Situation verändern wollen.

Es nervt zwar manchmal, Sozialarbeiter, Beichtvater und Rechtsanwalt für die Mitgefangenen zu spielen, es gehört aber auch zum praktischen Teil gelebter Solidarität. Sich gegenseitig und miteinander zu erfahren sind wichtige Voraussetzungen, um Solidarität praktisch werden zu lassen.

Lernen können wir von den Knakkis, welche Auswirkungen der so-

genannnte Behandlungsvollzug hat. Ihren Schwierigkeiten damit, daß Vollzugslockerungen nur denjenigen gewährt werden, die an den von Psychologen, Sozialarbeitern und "freiwilligen" externen Mitarbeitern durchgeführten "therapeutischen" Gruppen auch teilnimmt. D.h., die Gefangenen müssen "freiwillig" dazu beitragen, ihre Persönlichkeitsstruktur ausforschen und verwerten zu lassen. Erst einE ausgeforschteR GefangeneR taugt für weitere "Behandlungsmaßnahmen".

Wie wichtig die Knastdirektoren und die Herrschenden diese Gruppenprogramme nehmen und wie schematisch sie versuchen, sie auf die politischen Gefangenen zu übertragen, verdeutlicht das Angebot eine "gesellschaftlichen Dialogs" mit den politischen Gefangenen.

Dieser Dialog ist bei genauerem Hinsehen nichts anderes als Behandlungsvollzug im großen Stil. Hier versuchen dann Vertreter einer Gesellschaftsschicht in Gesprächen hinter Mauern die Persönlichkeitsstrukturen der Gefangenen auszuforschen, um Anhaltspunkte zu gewinnen, wie mit gezielteren Maßnahmen die Gefangenen zu spalten und zu desorientieren sind: ein alternatives Gehirnwäscheprogramm.

Das Angebot eines gesellschaftlichen Dialogs ist kein Produkt der Schwäche der Herrschenden. Es ist der Versuch, das Problem, das die politischen Gefangenen darstellen, endgültig zu lösen. Ihr Psychospiel mit gesellschaftlichen Kasperelegruppen sollen sie allein spielen.

Dialoge und Diskussionen führen wir mit den Menschen, die wir uns selbst aussuchen oder gar nicht.

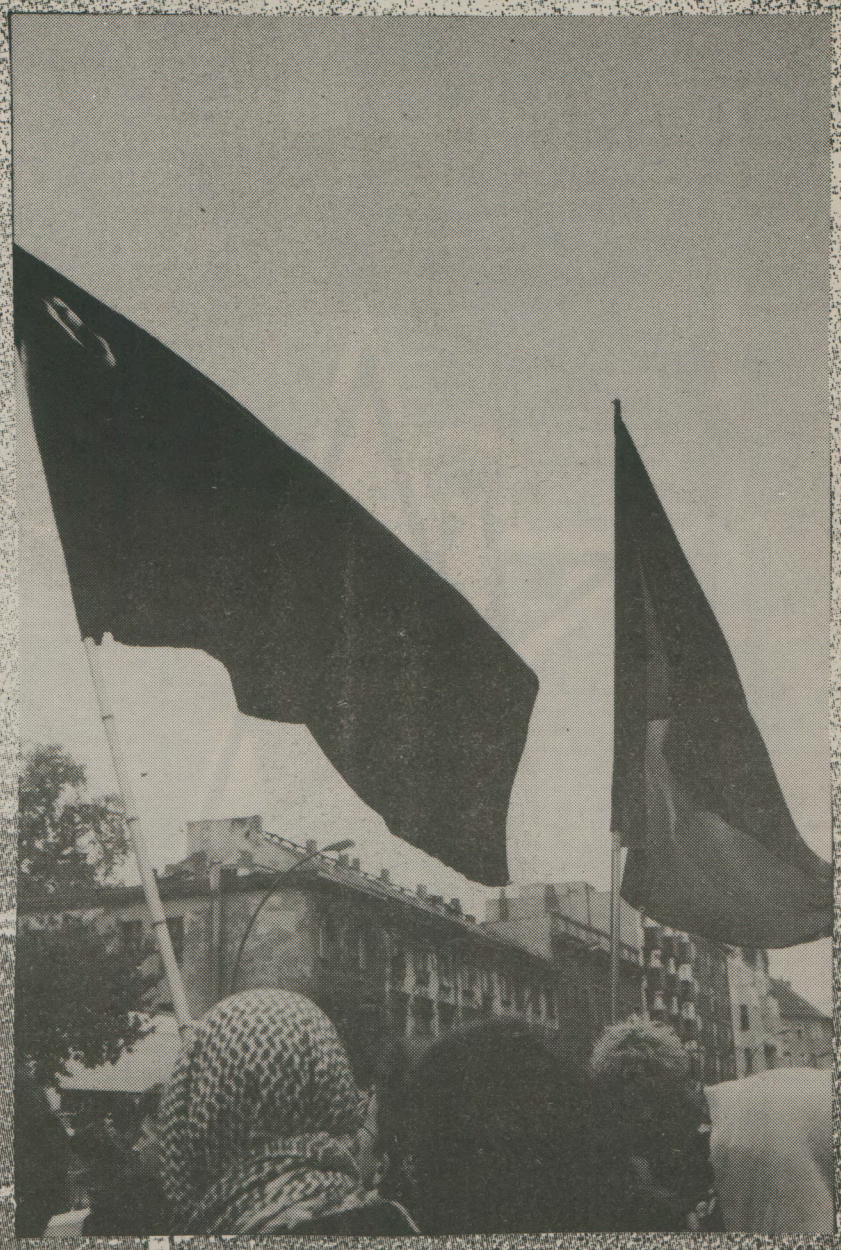
Der Kampf in den Knästen steckt zur Zeit in derselben Krise wie der organisierte Kampf draußen. Kurzes Aufflackern von Unzufriedenheit endet in der Regel mit Niederlagen.

Die Resignation breitet sich im Knast schneller aus. Es gibt nicht die Flucht- und Verdrängungsmöglichkeiten, die sich draußen nach Niederlagen anbieten.

Der Druck auf alle Gefangenen ist in den letzten Jahren wieder gestiegen. Die Selbstmordrate unter den Knackis belegt dies. In Moabit vergeht kaum ein Tag ohne Selbstmordversuch.

Die Isolation der Gefangenen muß wieder durchbrochen werden. Es muß wieder die Möglichkeit für kollektives Handeln erkämpft werden.

Aber: drinnen können die Gefangenen nur erfolgreich handeln, wenn sie von draußen genügend Unterstützung erfahren.



ANIMALISCHES ÜBERLEBEN

Ein Brief aus dem Stammheimer Trakt

Ja, ich mußte mich in letzter Zeit viel mit der Situation hier auseinandersetzen, weil ich das so überhaupt noch nicht kannte: durchgängig im Trakt und zusammengerechnet etwa fünf Stunden im Monat, wo ich reden kann! Mehr nicht. Die zwei Stunden Besuch und dann der Anwalt einmal im Monat.

Das bißchen Geplauder alle zwei Tage beim Hofgang (zur Zeit ist eine Frau da, mit der ich ab und zu rede, und sie hat gleich Ärger deswegen) kannst du vergessen. Es ist sogar so, daß es den Widerspruch noch verstärkt: Die, mit denen ich viel zu reden habe, wo ich vollständig ich bin — mit denen ich zusammenleben will, sind woanders, ihnen kann ich nur schreiben. Oben auf dem Dach sehe und spreche ich Menschen — aber hier in der Zelle läuft dann die eigentliche „Kommunikation" — an der Schreibmaschine! Nein, das ist keine Kommunikation. Das ist zerstückelt, reduziert, wird zensiert usw., und ich habe das jetzt erst besser begriffen, welche Bedeutung die Sprache hat. Draußen macht man das einfach — reden — und denkt gar nicht groß darüber nach. Tatsächlich ist es ja aber das, wie ein Mensch überhaupt Beziehungen herstellt zu anderen und darin seine Gedanken ausdrückt. Das wird hier völlig abgeschnitten. Und die Wirkung habe ich schon gemerkt: weil ich mich nur noch über das Schreiben verständigte, fing ich an, in Gedanken Sätze zu formulieren, in Schriftform, mit Satzzeichen drin. Also: nicht einfach denken, sondern gleich schreiben. Das ging dann so in meinem Kopf: „Ich will dir sagen Komma daß ..." usw. Verstehst du? Na ja, die ersten Anzeichen von Verblödung.

Daß ist kein Spaß, sag ich dir. So muß man hier aufpassen auf sich, sonst frißt einen die Situation auf. Dazu kommt ja, daß wir über die Zensur sowieso nur einen minimalen Bruchteil dessen, was wir reden wollen, auch schreiben können — und die Zensur wird permanent verschärft. Ich habe jetzt einen riesigen Unterschied gemerkt zur Zeit vorher, als der Prozeß war und der Anwalt auch noch jede Woche kam.

Die Wirkung der Bedingungen ist „schleichend", sie kriecht dir in den Kopf und zerstört dich auf die Dauer auch körperlich.

Schleichend — das ist der Unterschied dazu, ob dich einer zusammenschlägt oder du kein Essen hast. Die Bedingungen wirken auf die Dauer so — das ist ihr Zweck —, daß dir jeder soziale menschliche Inhalt aus deinem Bewußtsein rausgerissen wird — dadurch, daß dir entzogen wird, was Menschen überhaupt ausmacht: soziale Beziehungen, Kommunikation — die Möglichkeit und Fähigkeit dazu.

Eine französische Genossin hat gesagt: Das soziale Wesen, das du bist, verschwindet mit der Zeit ... Du wirst reduziert auf ein animalisches Überleben.

Das andere ist, und das erfahre ich ganz scharf: Für jeden von uns ist der zentrale Punkt die Einheit der Person, die sich jeder im Kampf erobert hat. Einheit von Denken, Fühlen, Handeln im kollektiven Leben, in der Politik. Das ist hier bei den Bedingungen im Kapitalismus — wo alles auf die Zerstückelung der Gesellschaft und jedes einzelnen abzielt — der Prozeß, in dem du Mensch wirst. Das heißt umgekehrt, daß jede Situation, die diese Einheit zerstört, dich als Menschen zerstört. Genau das sind die Bedingungen hier.

Dazu gehört auch, daß wir immer mehr von der gesellschaftlichen Realität abgeschnitten werden. Das bißchen, was du von draußen mitkriegst, kommt entweder über die Presse, die hier erlaubt ist — und deren Hauptzweck bekanntlich ist, den Staat zu schützen, dementsprechend ausgeblendet ist ein ganzer Teil der Realität — oder über die x-fach zensierten Briefe (wenn überhaupt mal einer durchkommt). Du sollst jeden Bezug zur Wirklichkeit verlieren — und damit verlierst du dich selbst. Die Situation hier ist oft wie ein Vakuum.

Von allem, was an permanenter Kontrolle im Trakt, entwürdigender Dressur (das Nacktausziehen ständig) usw. läuft, rede ich jetzt gar nicht — das kommt alles nur dazu, es ist das, wie der Apparat seine totale Verfügungsgewalt über dich einsetzt.

Kein Mensch kann denken, daß diese Bedingungen so bleiben können, wie sie sind, daß wir das hinnehmen. Das ist im Kern was ganz Einfaches: wenn ich das auf die Dauer schlucken würde, wäre ich nicht mehr ich selbst. So absolut ist es.

Andreas hat vor 13 Jahren im Prozeß gesagt: Diese Bedingungen, zu denen wir „verurteilt" werden, sind ein Todesurteil — mit dem Vorteil für die Justiz, daß sie es nicht aussprechen muß.

Das ist nur sehr schwer zu vermitteln, wie das hier ist. Aber ich denke, wer stehen und sich was vorstellen will, kann es.

Und ich habe wenig Lust, so zu tun, als wäre die Situation zum Aushalten. Sie ist es nicht und es gibt keine Alternative zur Zusammenlegung.

Eva-Maria Haule, Stammheim

Baskenland autonom?!

»VORWORT

Diese Broschüre entstand aus unserem Interesse an Euskadi und ist auch Ausdruck unser persönlichen Kontakte zu Genossen/innen in Euskadi,deren Anspruch es ist,daß dieser/ihr Widerstand bei uns bekannt wird.
Diese Broschüre erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.Sie ist Ergebnis unseres Auswählens und unserer Kontakte - wir das sind Leute aus dem autonomen/antiimperialistischen Widerstand in Hamburg.
Vieles fehlt: z.B. der militante Kampf der Werftarbeiter/innen von Euskalduna (Bilbo) - nachzulesen u.a. in den letzten Ausgaben der 'Wildcat',des 'Arbeiterkampfes',der 'Unzertrennlich';oder die Öko-Bewegung, die derzeit von der Umweltorganisation 'Eguzki' repräsentiert wird;...

Die Broschüre setzt politisch klare Priorität.Es geht uns um die autonome Linke in Euskadi,die Unabhängigen,die (totgeschwiegene) andere'Linke' im Vergleich zu der patriotischen Linken (Herri Batasuna und die das KAS-Bündnis tragenden Parteien und Gruppierungen).Deren Kampf verläuft zweigleisig: einerseits wird zuerst für einen baskischen Nationalstaat gekämpft,in dem dann andererseits Sozialismus verwirklicht werden soll.

Der Widerstand in Euskadi ist indes sehr viel breiter.Der autonome,unabhängige Widerstand entwickelt und begreift sich aus einem eigenständigen Politikverständnis und läßt sich nicht dem Kampf um nationale Befreiung von ETA und HB unterordnen.
Historisch hat sich der autonome Widerstand am deutlichsten in den Zielen und bewaffneten Aktionen der Commandos Autonomos Anticapitalistas (CAA) ausgedrückt,auch wenn es diese seit 4 Jahren faktisch nicht mehr gibt.Viele Unabhängige bzw. autonome Gruppen beziehen sich auf die Ideen der CAA.

Da es klar ist,das große Teile der BRD-Presse (einschließlich Linker) kein Interesse daran hat,über die Breite und Verankerung des Widerstandes in Euskadi zu berichten - über ETA wird nur dann berichtet,wenn es mal wieder ein paar ausschlachtbare Tote gegeben hat ; über den autonomen Widerstand keine Silbe...-nehmen die Gaztetxe-,Frauen-,Anti-Mili-Bewegung,die CAA,Hausbesetzungen,Freie Radios in dieser Broschüre breiten Raum ein...Dabei besonders die CAA,und zwar ohne das damit ein 'Mythos CAA' etwa als Kontrapunkt zum 'Mythos ETA' aufgebaut werden soll.

Zu ETA gibt es bei uns unterschiedliche Positionen.
Einige meinen:nur die bewaffneten Aktionen ETAs zu sehen,hieße,vollkommen kritiklos auf den 'Mythos ETA' hereinzufallen,ohne dabei die dahinterstehenden Strukturen,Organisationsformen,Inhalte etc. zu begreifen (milit.Kaderorganisation;autoritäre Befehlsstruktur;..)
Andere: die trotz bestehender Kritik (die auch in dieser Broschüre dokumentiert wird),in ETA eine revolutionäre Befreiungsbewegung zu sehen,der es gelungen ist,nicht nur bewaffnet zu kämpfen,sondern auch eine breite Akzeptanz in großen Teilen der Bevölkerung zu erreichen.

Uns geht es darum,klarzumachen,wo die Trennungslinie zwischen antikapitalistischem,antistaatlichem Befreiungskampf und patriotischem Nationalismus liegt.

Nicht zuletzt fällt bei der Beschäftigung mit Nord-Euskadi (franz.besetzter Teil) die länderübergreifende Zusammenarbeit: Auslieferung politischer Gefangener durch die Frankreich an den spanischen Staat,Export von BRD-know-how zur Aufstandsbekämpfung etc. im Kampf gegen den radikalen Widerstand auf.

Wir wollen ihnen,bei der Realisierung ihres imperialistischen Paradieses eines (Schweine-)"Europa ohne Grenzen" im Wege stehen.
Auch mit dieser Broschüre,indem wir uns einfach die dortigen Bedingungen des Kampfes verständlicher machen,um künftig vielleicht gemeinsame Sache zu machen.

★

K O N T A K T

Meinungen, Komentare, Bestellungen bitte an:

c/o Cafe & Buch
Holstenstrasse 186
2000 Hamburg 50

Sendungen nur gegen Vorkasse 10 Dm-Schein(incl. Porto)

männer: der letzte versuch

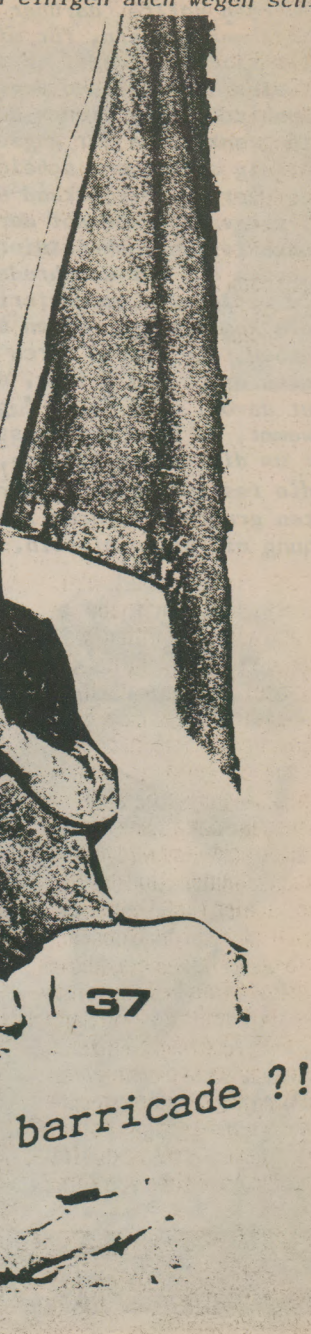
Dieser bericht einer diskussion um eine vergewaltigung wurde von einem einzelnen mann aus der männergruppe der frankfurter zentrumsvorbereitungsgruppe geschrieben. die zentrumsgruppe existiert erst seit anfang mai diesen jahres und versucht, ein neues konzept nach schließung des alten libertären zentrums zu entwickeln.

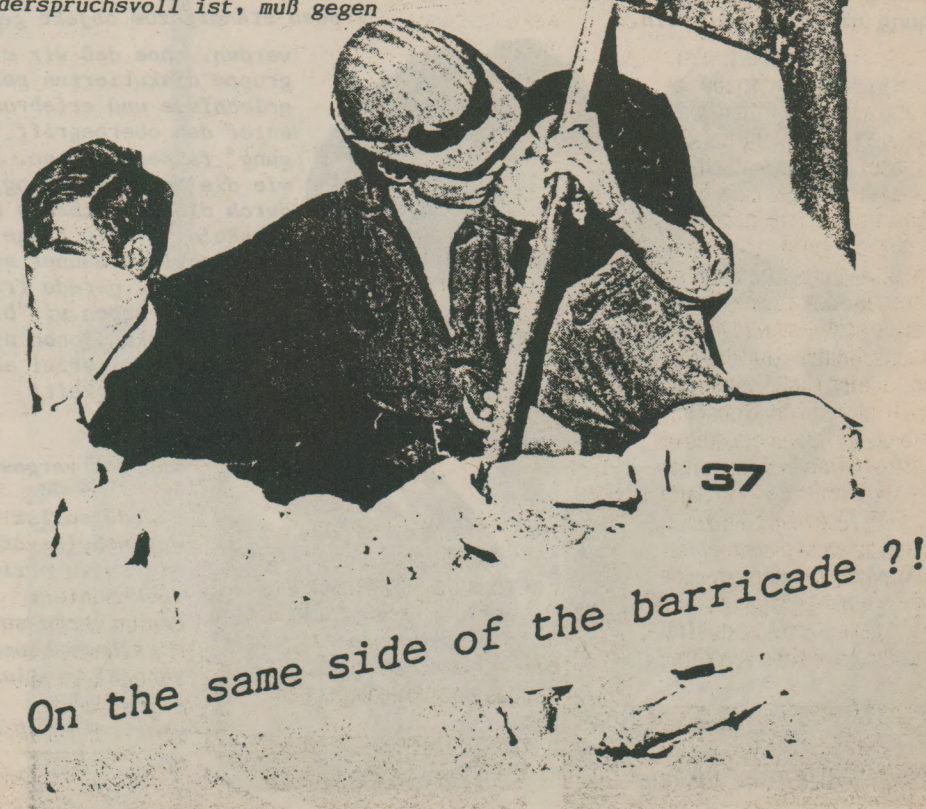
ende mai erfuhren die meisten männer (andere kurz vorher) im zentrumsplenum durch die frauen von der vergewaltigung einer frau aus der szene durch "ihren freund" M. vor drei jahren. ihr damaliger freund M. ist und war aktiv im ehemaligen libertären zentrum, fau frankfurt und der redaktion der "aktion". einige von uns, den männern, kannten M. mehr oder weniger gut, andere gar nicht. die erste reaktion von den männern war schweigen, betreten sein, schamgefühle und gelähmtheit. die frauen forderten von uns position zu beziehen, forderten von uns eineauseinandersetzung mit der vergewaltigung. die männer sind es erstmal nicht gewohnt gewesen, sich untereinander über männergewalt auseinander zu setzen: bisher lief dies eher individuell/privat. so gab es von unserer seite unterschiedlich viel bedürfnisse, aber auch ängste vor der diskussion, den anstehenden konflikten. uns wurde klar, daß eine männergruppe eine voraussetzung für den umgang mit M. sein müßte, aber eben auch "daß wir selber schon nahe dran (an einer vergewaltigung) waren" (zitat)
der beginn in der männergruppe war geprägt von der diskussion "ob wir uns nur zusammensetzen, damit sich die frauen nicht rausziehen"(oppurtunismus), ob wir angst vor trennung hätten, angst davor sicherheiten zu verlieren. die wichtigkeit für frauen, sich untereinander zu treffen, sich zuorganisieren, wurde nicht so leicht von uns begriffen, bis dahin eher toleriertals akzeptiert, (von einem mann wurde die frauengruppe einmal mit einervideogruppe gleichgesetzt!). wie wir eben als unterdrücker oft nur ahnen können, was befreiung für unterdrückte heißen kann.
mißtrauen gegenüber den angriffen der frauen führte nicht nur unter den männern, sondern gerade zwischen männern und frauen zu herben fetzereien, so daß von frauen als namensvorschlag für ein gemeinsames zentrum "der letzte versuch" fiel . uns selbst infrage zustellen, der wille zur selbstveränderung wurde bei allen männern sichtbar, trotz aller unsicherheiten,blockaden und ängsten, sonst wären wir wohl nicht mehr gemischt zusammen. das heißt jetzt nicht, daß alles in butter wäre; auch in der männergruppe fetzen wir uns, ist "putz und porno" angesagt, es ist klar, daß die stärke der frauen unsere bisherige autonomie, die auf ihre kosten ging, in frage stellt; daß wir unsereidentität angreifen müssen, ohne die sicherheit, direkt,unvermittelt auch eine neue zu finden.

diese widersprüche zehren an unseren kräften, sich einer offenen diskussion zu stellen, auch untereinander ist eher fight, konkurrenz angesagt, als solidarische kritik. grob gibts bei uns zwei fraktionen, die"typisch" sind: die eine wirft der anderen opportunismus, versagensangst,verdrängung vor, die andere der ersten nichtveränderung,angst sich infrage zu stellen.
warum ich das alles schildere? es macht deutlich, wie schwer es uns fällt, uns selbst kritisch wahrzunehmen, über uns betroffen zu sein; wir suchen einen weg, schwankend zwischen angst vor trennung/anpassung und angst vor autonomie-verlust/nichtauseinanderstzung, einen befreienden weg. unsere selbstwahrnehmung, selbstkritik ist praktische voraussetzung, uns mit einem mann, der vergewaltigt hat und dafür die verantwortung übernimmt, zusammenzusetzen, ihn wahrzunehmen und zu kritisieren. da sich M. der auseinandersetzung nicht entzog, sie forderte, vereinbarten wir ein erstes treffen, an dem sich einige männer beteiligten. die ergebnisse sollten in diegruppe zurückgetragen werden. unser anspruch war,M. gegenüber nicht die rolle von sozialarbeitern, noch die von richtern einzunehmen, sondern als "negativ gleiche", eben auch, weil wir von ihm etwas lernen könnten über uns. wir beschlossen jedoch, M. solange von unseren festen und aus dem (noch nicht existierenden zentrum auszuschließen, bis wir einen positiven beschluß tragen könnten. wir bemühten uns um kriterien für die erste diskussion mit M. , die waren: sieht er sein frauenfeindliches verhalten ein; akzeptiert er es, wenn leute/frauen sagen, daß sie nichts mehr mit ihm zu tun haben wollen; was meint er, hat sich bei ihm geändert; wie würde er mit vergewaltigern umgehen?
bei diesem treffen erzählte M. viel über seine beziehungen zu frauen, und darin spielte eifersucht immer eine besondere rolle. an diesem gefühlskomplex "eifersucht" entspann sich in der männergruppe in den nächsten wochen eine lange diskussion, die offensichtlich machte, wie sehr gerade sexualität mit frauen von ängsten und machtansprüchen durch uns besetzt ist. daß wir da nicht einfach opfer sind von erziehung und gewaltverhältnissen, sondern täter, die diese patriarchalen verhältnisse täglich reproduzieren, macht erklärungen nicht zu entschuldigungen, sondern zum ansatz von veränderungen. wie wenig weit einige unserer hilflosen ansätze zur auseinandersetzung mit M. waren, zeigt das Kriterium der"Selbstveränderung"; es wird von uns zu schnell danach gefragt, ob sich mann verändert hat, ohne zu analysieren, von was er sich denn emanzipiert haben sollte. wenn M zum beispiel sagt, "daß er nicht er selbst gewesen sei", einen "blackout" während der vergewaltigung hatte, zeigt dies, wie fremd der eigene körper/sexualität männern ist. dies zeigt keine lustvolle, einfühlsame, beglückte sexualität, sondern nicht fühlen können, kontrolle verloren haben. es zeigt, daß gefühle als unterdrückte, verdrängte, mit angst besetzte gewaltvoll der kontrolle des gewissens/überichs ausbrechen. der ausbruch bedroht den mann, und nur indem er das auslösende des ausbruchs besiegt, stellt er seine ordnung /kontrolle wieder her.

die frage nach selbstveränderung wird so oft zur beruhigungspille, ob die angst vor dem ausbruch zu mehr selbstkontrolle geführt hat. männliche/patriarchale sexualität ist mit gewalt besetzt, der körper und die gefühle der frau werden gewaltsam angeeignet und ausgebeutet. daß frauen dies wollen, ist patriarchale ideologie, verschleiernd und herrschaftssichernd. etwa in der behauptung von männern, daß frauen ja vergewaltigungsphantasien hätten, drückt sich dies aus. diese "phantasien" sind jedoch meist alpträume von angst; da wird frau,weil sie opfer war, zum opfer aus freien stücken gemacht, eben auf patriarchale vorstellungen zugerichtet.
wenn männer selbstbefreiung als befreiung von patriarchaler gewalt und nicht mehr selbstkontrolle verstehen, müssen wir von uns selbstwahrnehmung verlangen, in einer "angstfreien" diskussion uns selbst auf die sprünge helfen. dies ist ein schwieriger prozess, sind wir doch selbst schnell kränkbar, haben kein gegenseitiges vertrauen, machen beim lachen an der falschen stelle dicht, und dieses verschliessen vor der auseinandersetzung müssen wir aufknacken. mit genauer kritik, gegenseitiger hilfe und respekt voreinander. daß diese revolution zu gewaltfreien verhältnissen zwischen frauen und männernnwiderspruchsvoll ist, muß gegen die objektiven verhältnisse ausgehalten und verändert werden.
in dieser gesellschaft haben wir oft gar nicht die zeit für eine befreite sexualität (erkämpft), sind wir vielfachen abhängigkeiten und zwängen ausgesetzt. da ist gewalt ein mittel unserer politik, daß nach der revolution unnötig sein sollte. da stößt selbstbefreiung an ihre grenzen. aber nur durch sie werden wir eine "disziplin der befreiung" selbstbewußt annehmen und mit ihr umgehen können. das bedeutet, der neue mensch/mann ist ohne revolutionierung der objektiven verhältnisse nicht möglich, wird aber ohne selbstbefreiung keine notwendigkeit/bedürfnis für eine antipatriarchale revolutionierung entwikkeln. wie so oft

steht die selbstbefreiung und die disziplin der befreiung in einem dialektischen verhältnis (nix dialekt, hoffendlisch kapiert määs - mensch es).
diese selbstdisziplin(eisern,jungs) verlangt von uns, sich den objektiven verhältnissen,von denen wir als patriarchale männer ein teil sind, zu widersetzen. zum beispiel jede männerkumpanei nicht mehr aus angst vor konflikten zu übersehen, oder sich ihr nicht anzuschließen, obwohl es leichter fällt, auf der seite der mächtigen zu stehen; sie verlangt also, gegen sich selbst parteiisch zu sein.
zurück zum unmittelbaren anlaß unserer diskussionen; im september entschieden sich die männer vorläufig , nicht mit M. im zentrum zusammenarbeiten zu wollen. die gründe waren unterschiedlich, und einige männer konnten sich diesem beschluß nicht anschließen, weil diese erstmals veröffentlichte (in der Aktion 37) und dadurch "offizielle" entscheidung des ausschlusses höher gewichtet wurde, als unsere "interne" arbeitsentscheidung. der vorläufige charakter würde bei der zuspitzung auf die frage zusammenarbeit ja/nein, die von der Aktion vorangetrieben wurde, hinten runter kippen. sicher fiel die entscheidung von einigen auch wegen schle-





37

On the same side of the barricade ?!

andere, weil die vergewaltigung von uns nicht aufgearbeitet wurde, andere schlossen sich den frauen aus solidarität an. schließlich verdrängte mensch dadurch nicht die auseinandersetzung um männergewalt. doch "M."war auch ein schwieriges thema für uns, weil es uns ständig mit patriarchaler gewalt konfrontiert. dieses fehlende selbstbewußtsein, unfähigkeit zur auseinandersetzung mit M. ist verständlich, aber nur entschuldbar, wenn wir uns dadurch nicht der diskussion über patriarchales, eignes verhalten entziehen. wir haben uns als gruppe eine verantwortung aufgebürdet, mit der wir bisher in aller unserer unterschiedlichkeit ziemlich baden gegangen sind. gerade deswegen wollen wir die treffen mit M. wieder aufnehmen. durch die streitereien um unsere streitereien mit der frankfurter "aktions - redaktion bleibt es bei der derzeitigen form der konflikte (schlammschlacht") offen, ob überhaupt noch zusammengearbeitet werden könnte. jedenfalls wurde durch die auseinandersetzung von M. und aktionärinnen in der sondernummer "vergewaltigung" mit der frankfurter diskussion unser entschluß der nichtzusammenarbeit mit M. (und damit gegen die aktion, die weiter mit ihm zusammenarbeiten will) eher bestätigt als infrage gestellt. die frankfurter redaktion unterstellt uns einen "platten rausschmiß", "einfache lösungen" (zitate), und nimmt nicht wahr, daß dies von uns allgemein abgelehnt wird, wenn männer dies fordern. wir sehen uns durch die angriffe, die inhaltliche art der beiträge und verfälschte bzw. denunziatorische berichte demnächst gezwungen, umfassend auf die aktion bundesweit zu antworten. dies würde jedoch den rahmen eines artikels sprengen, müßte zum beispiel die chronologie der ereignisse neu erstellt werden. in der letzten zeit spitzte sich die auseinandersetzung zu, als die frankfurter redaktion eine stellungnahme der druckerei, in der m. arbeitete, überklebte. (auf der rückseite der nr.37). die aktion wird deswegen nicht mehr in der druckerei gedruckt.

wir erfuhren weiterhin, daß hamburger aktionärinnen in ihrer stadt mit der schutzbehauptung auftraten, daß in der aktion nr 36 nichts zur vergewaltigung stände, weil die gründung eines zentrums in frankfurt nicht gefährdet werden sollte. darüber können wir uns nur wundern. für mich stellt sich die frage, ob die teilweise haßerfüllten angriffe und panischen reaktionen der aktion anzeichen der angst vor mißerfolg sind. dann scheint der bisherige fortbestand des "kollektivs" gerade auf der nichtinfragestellung/unkritisiertheit von außen und auf durchredaktionelle tätigkeit kompensierte innere konfliktspannungen beruht zu haben. die werden durch den äußeren druck und kritik, die angst davor, nach "oben " geschwemmt. da geht es längst nicht mehr um die vergewaltigung, sondern um die restabilisierung der erschütterten gruppe und ihrer inneren ordnung mit allen mitteln.

vergewaltigung-
NOT ENOUGH TO SAY NO !!

wir sind frauen der - im rahmen der auseinandersetzung um einen vergewaltiger in der frankfurter redaktion des anarchistischen magazins "aktion" von dieser vielfach diffamierten -vorbereitungsgruppe für ein feministisch-autonom-anarchistisch-antipatriarchalisch-antiimperialistisch-antikapitalistisches zentrum (name fehlt noch...). wir haben aufgrund eben dieser vergewaltigung angefangen, in unserer frauengruppe über vergewaltigung, gewalt gegen frauen zu diskutieren.

"du kannst gehen, wohin du willst,
dich drehen, so oft du kannst
von männern beherrscht wirst
du überall
ob als mutter,hausfrau oder in
der fabrik
du arbeitest für etwas, das dich
total zerstört..."

der auslöser war die vergewaltigung, die der betreffende heute noch als "versuchte vergewaltigung" "differenziert". wir sind jedoch in unseren diskussionen grundsätzlicher an die bedrohung vergewaltigung für uns herangegangen. daher werden wir uns in diesem artikel nur teilweise auf die geschehnisse in frankfurt und das (nicht-)verhalten der "aktion" beziehen: ausgangspunkt für uns war logischerweise nicht die schuld-sühne-und soziale ausgrenzung-bejammerungs-diskussion der aktion, sondern unsere situation als frauen.die bedeutung der vergewaltigung für die betroffene frau, für frauen überhaupt, wird von der aktion nicht einmal andiskutiert. mit dem inzwischen inhaltlich falschen argument,"die frau wolle dazu keine auseinandersetzung"(u.a.,da das ganze schon vier jahre zurückliegt) und "habe dazu nichts gesagt", beschränken sie sich großteils auf die derarme mann-schiene; ganz von der verharmlosenden sprache abgesehen ("fehltritt","nicht ganz tadellos" "schweinerei").

maßlos ärgert uns allein schon die optisch reißerische aufmachung der zeitung; auf dem titelblatt könnte statt "aktion" auch "stern" stehen...

da diese vergewaltigung in einer "liebesbeziehung" auslöser für unsere diskussionen war, und wir nicht grundsätzlich eine position zu patriarchaler unterdrückung erarbeitet haben, beschränkt sich dieser artikel weitgehend auf die auseinandersetzung mit der "spitze des eisbergs" auch wenn wir damit nicht zufrieden sind. es ist klar, daß vergewaltigung zwar der krasseste, aber nicht der einzige ausdruck patriarchaler gewalt ist!uns ist auch klar, wir erleben selbst, daß frauen ständig zum objekt gemacht werden, ohne daß wir die in unserer gruppe diskutierten persönlichen erlebnisse und erfahrungen alle unter den oberbegriff "vergewaltigung" fassen könnten. themen wie die vergewaltigung der frauen durch die Herrschende medizin, gynäkologie, die frage, z.b. warum soviele männer auf die idee kommen, gerade frauenarzt zu werden, haben wir bisher in unseren diskussionen nur angerissen. also: keinerlei anspruch auf vollständigkeit!

vergewaltigung ist nicht ein einmaliges ereignis, eineeinmalige sache! vergewaltigung ist die allroundbedrohung, der wir an keinem ort, zu keiner zeit, egal welchen alters wir sind, entgehen können.
vergewaltigung ist für uns eine absolute ohnmachtssituation. immer im kampf gegen unsere ohnmacht in jedem gesellschaftlichen bereich, fiel es uns zum teil sehr schwer, dieses "thema " offen anzugehen, da es eben kein "thema" für uns ist. wir haben keine chance, eine "nüchterne distanz" dazu herzustellen. im ständigen versuch, gegen unsere opferrolle anzugehen, hatten wir schwierigkeiten, uns bewußt zu machen wieviele situationen von ohnmacht, demütigung und absoluter mißachtung unserer grenzen und autonomie wir alle schon erlebt haben. mit dem zunächst richtigen argument: die konkrete situation, die "technischen details" etc interessieren uns nicht, haben wir zeitweise verdrängt, gerade in diesem fall die vergewaltigung genauer zu betrachten. vergewaltigung war eher ein kampf, in dem wir unterliegen, da wir die schlechteren waffen haben. als wir für uns eine auseinandersetzung um die vergewaltigung in frankfurt inhaltlich genauer zulassen konnten, wurde uns klar, was uns gerade daran so erschüttert hatte und bedroht: die betreffende frau hatte absolut keine möglichkeit , sich zu wehren. der mann, der sie mißbrauchte, war ihr"freund", der ihr eines abends K.O.-tropfen in den tee gab, um sie zu betäuben und dann zu mißbrauchen. das ist die "vornehme" art, einen menschen zu fesseln und zu knebeln, wehrlos zu machen. das ist folter. darf frau seiner darstellung glauben schenken, war er dabei in erster linie mit technischen schwierigkeiten konfrontiert. "ich erklärte...daß ich den versuch unternommen hätte , mit ihr zu vögeln, was jedoch nicht funktioniert habe."

"ein fick am abend vertreibt
kummer und sorgen
unser körper ist der puffer für
aufgestaute agressionen
Not enough to say NO!.."

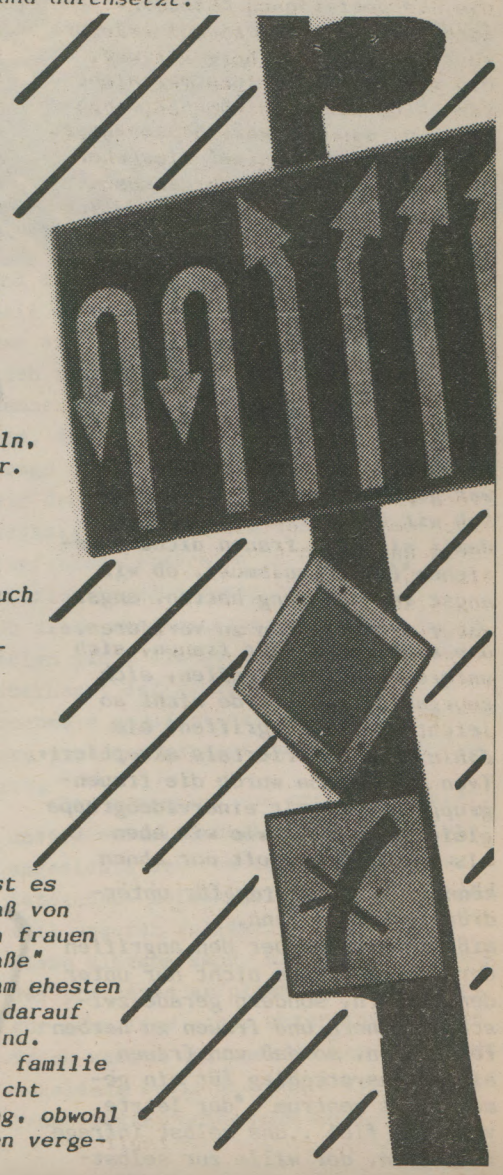
was ist vergewaltigung?

"...du sollst kinder gebärn für
das scheißsystem
sie so zu erziehn, daß sie gut
funktioniern
den männern sollst du kochen,
mit ihnen bumsen
wenn sie wollen, sie startklar
machen
damit sie fit sind zur maloche.."

waltigungen an frauen begangen werden, die ihren vergewaltiger kennen. unsere angst vor der gewalt auf der straße ist zum teil auch nach außen projezierte verdrängte angst vor gewalt. die radikale konsequenz daraus hieß für uns, daß wir uns bewußt werden mußten, daß dies uns in heterobeziehungen allen geschehen kann, daß die erkenntnis"jeder mann ist ein potentieller vergewaltiger" auch vor der kuscheligsten zweierkiste nicht halt macht, daß wir tatsächlich in einem kampfverhältnis stehen, daß es keine formel ist, zu sagen,daß wir uns in einem geschlechterkrieg befinden. eine möglichkeit, diesen widerspruch (männer zu lieben und gegen männer zu kämpfen), ist frauen zu lieben, mit frauen zuleben. das ist jedoch leichter gesagt als getan. zum einen muß frau sich gegen das gesellschaftliche tabu lesbischer liebe durchsetzen, da es zuwenig frauenzusammenhänge gibt, in denen eine art freiraum für ein leben und lieben mit frauen möglich wäre. zum anderen muß frau sich gegen die eigene erziehung, verinnerlichte tabus und normierungen wehren. wir haben nicht gelernt, unsere wünsche und bedürfnisse nach liebe/sexualität mit frauen zu zulassen. in unserer sozialisations-

bedingten einstellung zu liebe ist mit"liebe" bestimmt nicht zuerst frauenliebe gemeint... aus einem anspruch von lesbischer liebe als "politisch richtig" heraus, ist unsere gefühlscodierung noch lange nicht aufgehoben, ebenso wie der anspruch, sich nicht mehr in männer zu verlieben, ja bekanntermaßen nicht wirksam genug gegen diese gefahr ist...

ein erster schritt, in heterobeziehungen mit den genannten widersprüchen umzugehen, ist, sie zu verschärfen, ganz krass zuzulassen. es geht darum, uns ein selbstbewußtsein, eine autonomie zu erkämpfen, die uns auch in heterobeziehungen (mit der vielfältigen abhängigkeitsbedrohung) klar unsere grenzen ziehen läßt, unsere positionen deutlich macht - und durchsetzt.



in diesem zusammenhang ist es notwendig, anzumerken, daß von allen vergewaltigungen an frauen nur 6 (!) % "auf der straße" stattfinden, wo wir sie am ehesten erwarten, noch am besten darauf vorbereitet, gewappnet sind. zu hause, in beziehungen, familie etc. rechnen wir lange nicht so stark mit der bedrohung, obwohl bekannt istdaß die meisten verge-

vergewaltigung ist aber nicht nur eine so krasse situation wie die beschriebene. jede art, uns sexuell zu etwas zu zwingen, das wir nicht wollen, ist vergewaltigung.
"psychoanalytiker,sexualwissenschaftler
im dienste der herrschaft sind
sie unsere vergewaltiger
NOT ENOUGH TO SAY NO..."

dazu gehört auch psychischer druck, alle arten von macht, das produzieren von abhängigkeitsverhältnissen, der vielfache eifersuchtsterror, geforderte "liebes"-beweise und so weiter.im rahmen dieser feststellung diskutierten wir auch, ob es dann nicht auch "vergewaltigung von frauen an männern geben könne, da eine frau sehr wohl psychisch so unter druck setzen kann, daß er gegen seinen eigentlichen willen mit ihr vögelt. ein solches handeln einer frau ist sicher kein ausdruck von liebe, vertrauen oder einer freien beziehung zu einem mann, ist druck, ganz klar. angesichts der herrschenden gewaltverhältnisse ist es jedoch absurd, das als vergewaltigung zu bezeichnen. vergewaltigung findet nicht nur zwischen zweien statt. vergewaltigung ist nicht nur gewalt eines mannes gegen eine frau. vergewaltigung ist soziale realität. zur vergewaltigung gehört das patriarchale gewaltverhältnis, das eine solche demütigung und bedrohung von frauen (und eben nicht von männern !) erst ermöglicht. frauen haben gesellschaftlich überhaupt nicht die macht, einen mann zu vergewaltigen. vergewaltigung als machtmittel gegen uns frauen ist eine politische waffe, um uns einzuschüchtern, kleinzukriegen, mundtot zu machen. sie ist absolut nichts "privates". der beschriebene fall (frau zwingt mann zum vögeln) ist dagegen eine angelegenheit tatsächlich nur zwischen den beiden. das ist der "kleine unterschied"...wie politisch die waffe vergewaltigung ist, daß sie gezielt als folter gegen uns verwendet wird, wissen die frauen in den internationalen Herrschaftsknästen vielleicht am besten. jede art politischer repression, der männer ausgesetzt sind, ist für frauen nochmal krasser, da sie immer auch sexistisch ist.(vergewaltigung auf demos, vergewaltigung(sdrohung) von bullen, auf der wache, im knast,etc)
wir haben gesagt, daß vergewaltigung kein einmaliges ereignis ist. was bedeutet aber die konkrete situation einer vergewaltigung für eine frau? abgesehen von dem schmerz, demütigung, dem schmerz in dem moment, ist

die vergewaltigung "hinterher" nicht vorbei. eine einmal erlebte vergewaltigung hört nie auf. die psychischen folgen für die frau sind nicht zu beheben. eine vergewaltigung kann wohl verarbeitet werden, sie kann jedoch nie ungeschehen gemacht werden, und je genauer frau an eine gelebte vergewaltigung herangeht, desto krasser wird ihr die situation immer wieder bewußt werden. geht sie das erlebnis hingegen nicht bewußt an, wird sie niemehr angstfrei leben, unter umständen nie mehr angstfrei träumen. umso krasser in der beschriebenen situation, in der für die frau noch das erlebnis eines absoluten vertrauensbruchs hinzukommt, da der vergewaltiger der mann war, neben dem sie abends als "ihrem freund" im bett lag. was sind nun unsere reaktionen auf die ständige bedrohung der vergewaltigung? von unserer ohnmacht haben wir ausführlich geschrieben. das ist uns schwer gefallen, wir halten es jedoch für absolut notwendig, den verharmlosenden darstellungen nicht nur , in unserem konkretem fall jedoch gerade der "aktion", etwas entgegenzustellen. glücklicherweise ist ohnmacht aber nicht das einzige gefühl, das wir dabei empfinden. noch größer sind unser haß und unsere wut! wir sind gezwungen, in einem ständigen kampfverhältnis zu leben. wir erleben un im "positivsten fall" vielleicht nicht ständig panisch und auf der flucht, sondern wie wir mit gas oder messer ausgerüstet durch nächtliche und tägliche strassen stapfen, doppelt so breit wie normal. zu hause legen wir unsere john-wayne-verkleidung ab, nicht jedoch unsere wut - und unsere angst.
unsere wut auch darüber, ständig in verteidigungsposition zu sein, ständig auf alles gefaßt, kontrolliert, unfrei, unsere angst, auch zu hause nicht sicher zu sein.
"...als frau bist du rad in seiner maschinerie
gräbst dein eigenes grab, leben sollst du nie
verweigern wir uns, schließen wir uns zusammen
nur wenn wir zusammen kämpfen, werden wir siegen..."

welche macht haben wir?
wir hatten im konkreten fall die macht, aus der stärke der organisierung in der frauengruppe heraus, klar unsere forderungen zu formulieren, daß wir es nicht akzeptieren werden, daß die männer der zentrumsvorbereitungsgruppe sich mit der vergewaltigung und eigenem patriachalem gewaltverhältnis nicht auseinander setzen.
wir hatten die power, uns über unsere situation in der auseinandersetzung um die vergewaltigung klarzuwerden. wir haben die macht, den politisch patriarchalen tendenzen einer "aktion" - auch mit diesem artikel - etwas entgegen zu setzen! das ist nicht viel. aber der anfang ist für uns der, uns nicht von männern und patriarchalen strukturen aufzwingen zu lassen, wie wir mit vergewaltigern umgehen, wie wir darüber diskutieren.
in diesem zusammenhang steht auch folgende diskussion: ausgelöst von der situation, daß zur zeit eine frau in frankfurt (in einem anderen als dem "aktions"-fall) einem mann eine vergewaltigung vorwirft, die dieser bestreitet, setzten wir uns mit dem argument auseinander,frauen könnten einen mann dadurch unter druck setzen, daß sie eine vergewaltigung "vortäuschen", "erfinden". das heißt ganz klar nicht(!!), daß wir behaupten, die frau habe das in dieser situation getan. wir diskutierten lediglich ausgehend von dieser vergewaltigung das beschriebene problem. (abgesehen davon, selbst, wenn es eine unterstellung wäre, könnten wir das verstehen, dazu gleich)
wir haben alle soviele situationen von sexueller demütigung erfahren, daß wir keine lust mehr haben, die wut darüber einfach herunterzuschlucken und über den anspruch "fair" zu sein, uns selbst vergessen. ganz abgesehen von der frage, ob ein mann sich überhaupt vorstellen kann, daß eine frau eine situation, die er als "schön" empfindet auch völlig anders erleben kann, ist uns in unseren diskussionen klar geworden, daß es für uns die "erfindung" einer vergewaltigung so nicht gibt. wenn eine frau heute etwas als vergewaltigung bezeichnet, das sie vor jahren anders genannt und vielleicht auch anders erlebt hat, so kann das ausdruck persönlicher oder politischer veränderung sein. sie ist sich der gewalt, die gegen sie ausgeübt wird, vielleicht heute einfach bewußter. wenn eine frau einem mann nun tatsächlich eine vergewaltigung unterstellt, so ist dies für uns ausdruck jahrelanger unterdrükkung. sie "erfindet"nichts, es findet lediglich eine projektion oder verschiebung von tatsächlich erlebten auf diese situation statt. das heißt nicht, daß wir "richtig" finden. es macht uns nur wütend, daß wir frauen die einzigen unterdrückten sein sollen, von denen die radikale linke doch ganz ernsthaft verlangt, verständnis für ihre unterdrücker zu haben und allzeit "gerecht" zu sein (wessen recht?).
wir wissen, daß wir mit dieser argumentation einigen typen auf den schwanz treten.
das ist unsere absicht.-
daß wir(noch)ein interesse haben, mit männern zusammen zu arbeiten, ergibt sich aus unserem beteiligtsein in einem gemischten projekt. (denn obwohl ein teil von uns in diesem gemischten zentrum ausschließlich ein autonomes frauencaféplant - andere wieder wollen beides, frauencafé und gemischte kneipe - bleibt der gesamtzusammenhang ein gemischter, - vvś, plena, ag's,infoladen)
daß wir an uns selbst den anspruch haben, genau zu diskutieren, genau auch mit den männern der gruppe umzugehen, daß wir noch männer lieben, uns mit männern auseinandersetzen, ist allein unsere sache, unser selbstbestimmter anspruch! wir sind nicht mehr bereit, ansprüche an unsere diskussionen, unsere definition über unser erleben ihrer gewalt von männern bestimmen zu lassen.
vergewaltigung ist nichts objektives. wir sprechen jedem mann das recht ab, vergewaltigung "objektiv" über frauen zu definieren! in diesem sinne verstehen wir auch die darstellung einer frau, die in "interim"(berliner info) dokumentiert ist. sie sagt, daß sie von einem mann vergewaltigt wurde, und definiert die vergewaltigung so, daß er mit ihr vögelte, obwohl er sienicht mehr liebte.
frauen, nehmen wir uns das recht, über unsere subjektive erfahrung mit alltäglicher gewalt wütend und subjektiv zu reden!!
hier - spätestens - werden die ersten aufschreien:"rache, nichts als rachegelüste."
das kennen wir.
von den vertreterInnen der Aktion wurde das motiv "rache" als einziger beweggrund unserer entscheidung über einen (vorläufigen) ausschluß des vergewaltigers aus einem künftigen zentrum betrachtet. (vorläufig deshalb, weil wir jedem menschen zugestehen, sich zu verändern, dies jedoch bei dem betreffenden nicht festzustellen war. klar, wie richtig unsere entscheidung war, wurde uns erneut beim lesen seiner darstellung der"versuchten vergewaltigung" in der vergewaltigungsnummer der aktion)
nun gut, unsere geduld mit der Aktion ist zu ende. wir haben keine lust, an dieser stelle irgendwelche dementis und genaue darstellungen unserer diskussion in der gemischten gruppe abzugeben, zumal wir das lange genug getan haben. wenn wir uns über die "aktion" noch wundern würden, dann würde uns es allerdings verwundern, daß von leuten, die gerade hier in frankfurt sicherlich keine schwierigkeiten mit der parole "rache für günther sare" haben, rache für gewalt gegen frauen als "kleinbürgerlich" bezeichnet wird.(wer liest diese zeitung überhaupt noch,d.s.)
ganz klar: in einer redaktion mit x männern und nur zwei frauen gehts da ans eingemachte.

"der verzicht auf rache, dem keine revolution voraus ging, bedeutet, daß man(frau!) die unterdrücker gewähren läßt, wenn man(frau!) sich ihnen durch flucht entziehen kann." (porth, zit. nach revolutionärer zorn, 6.zeitung der rz)
treffender fällt's uns nicht ein.
unter diesem letzten aspekt "revolution" diskutierten wir auch, wie es gerade in der szene zu so vielen vergewaltigungen kommt. nicht mit dem hintergedanken: "wir sind die neuen menschen, wie kann das nur passieren?", sondern mit dem bewußtsein, daß sexualität ein ausdruck der patriarchalen verhältnisse ist, und indiesem sinne aufgrund des erlebens, daß sich für uns, wenn auch nicht genug, so doch etwas im leben mit männern anfängt hier zu verändern. welche art von sexualität leben wir mit männern? wir frauen? die männer mit uns? wie erleben wir männer, mit denen wir zusammen sind, sexuell? was ist anders, besser geworden?
wir erleben es, daß männer tatsächlich rücksicht auf unsere bedürfnisse nehmen, wir erleben eine sexualität, die nicht nur über uns hinweggeht, nicht nur ständige fights,unsere bedürfnisse gegen ihre durchsetzen. wir erleben mit männern auch "schöne" sexualität.
wo liegt da der hase im pfeffer?
wenn wir davon ausgehen, daß frauen und männer zu einer grundsätzlich anderen sexualität erzogen werden, so ist es schon verblüffend, so relativ viel "übereinstimmung" vorzufinden.
das kann mehrere gründe haben: entweder wir passen unsere sexualität der der männer an, sie passen sich unserer an, oder es ist uns tatsächlich schon gelungen, eine gemeinsame, ähnliche sexualität zu entwickeln.
auf den ersten punkt wollen wir nicht näher eingehen. die gründe, warum frauen sich gezwungenermaßen viel zu oft auf die sexualität der männer einstellen, sind hinreichend bekannt (hoffentlich)

"schwanz rein, schwanz raus,
ein bischen zärtlichkeit
die perversion des sex ist die
patriarchale definition
NOT ENOUGH TO SAY NO!..."
porno,porno bumsen logo
heterosexuell ist die verbindliche norm
NOT ENOUGH TO SAY NO! "

die letzte möglichkeit "gemeinsamkeit" erscheint uns als alleinige erklärung zu utopisch, auch wenn wir hoffnungsvoller weise sagen, daß es ansätze in diese richtung gibt...wir glauben jedoch nicht an eine schnelle eMANNzipation! bliebe also die zweite möglichkeit. welche gründe kann es für einen mann geben, seine sexualität der einer frau anzupassen? auch hier gibt es mehrere möglichkeiten. entweder, er versteht seine anerzogene "männliche" sexualität (steht als das prinzip von mehr agressivität,"aktivität" im klassischen sinne, stärkerer sexueller "druck", leistungsdenken,etc.) selbst als einseitig, verkürzt, unfrei. (an dieser stelle nur ganz kurz: wir behaupten nicht, daß frauen keine agressive sexualität haben. uns jedoch wurde sie oft aberzogen. mit "männlich " meinen wir das soziale bild, die norm). wir nehmen es den männern ab, daß sie an ihrer "männlichen" programmierung arbeiten,ebenso, wie wir gegen unsere gesellschaftliche"weiblichkeit"kämpfen.
uns ist aber auch klar, daß das nicht ohne selbstkontrolle, was im extremfall unterdrückung vorhandener bedürfnisse heißen kann, gehen kann. und unterdrückte bedürfnisse sind ja bekanntermaßen nicht einfach verschwunden, sondern eben unterdrückt. und das heißt daß sie sich gewaltsam äußern können - vergewaltigung.
ein wichtiger punkt ist für uns natürlich auch die annahme, daß viele männer kein wirkliches interesse an einer eignen verän-

fortsetzung übernächste seite...

In den letzten Wochen gab es in der West-Berliner Szene wieder verstärkt Auseinandersetzungen über Vergewaltigungen. Bei den ♀♀ und bei den ♂♂ hatte dies zwei völlig unterschiedliche Anläße und die Diskussionen dazu waren auch grundverschieden. Bei den ♀♀ ging es um konkrete Schritte um sich offensiv gegen Vergewaltigungen zu wehren, während es bei den ♂♂ um die Thematisierung von Vergewaltigungen ging. Wir (♀♀) wollen im folgenden versuchen kurz die Diskussion der ♂♂ wiederzugeben und dann das Thema: Gewalt gegen ♀♀ anhand der Diskussionen über konkrete Handlungsmöglichkeiten gegen ♂♂- Gewalt aufgreifen.
Da das patriarchale Machtverhältnis der Stützpfeiler des kapitlistischen Systems ist, sehen wir von daher die dringliche Notwendigkeit uns über unsere Möglichkeiten der Gegenorganisierung klarheit zu verschaffen, um konkrete Schritte dahin zu unternehmen. Es gab dazu schon viele Versuche und auch z.Z. gibt es sie, aber ab und an überkommt uns das Gefühl wieder"ganz am Anfang" zu stehen, wie auf manchen größeren ♀♀-VV`s. Aber genug der"Einleitung", jetzt kommt der "Text":

Bei den ♂♂ war der Anlaß eine ♂♂ -Kiezküche, die den "Fall" eines W.-Berliner ♂ und die Gerüchte um seine(angebliche) Vergewaltigung thematisierte. Die erste Diskussion dort basierte auf schlechter Vorbereitung und Anwesenheit des betreffenden Mannes selbst. Er schilderte dort seine Ansicht und seine Erfahrungen bzgl. des Umgangs mit ihm. Auf der dort entstandenen Unklarheiten kam das Bedürfnis auf, Genaueres über den konkreten "Fall" wissen zu wollen, sowie eine Diskussion über die Definition über Vergewaltigung und die Verantwortlichkeit über den Umgang mit dem Begriff Vergewaltiger", der vergleichbare Konsequenzen wie ein Spitzelverdacht hat.
In der Interim (wöchentliches Berlin-Info) Nr.25 heißt es dann: " nach zur Zeit noch gültigen Definitionen, hat eine Vergewaltigung etwas mit körperlicher und sexueller Gewalt zu tun."
Anhand dieser hanebüchenen ♂-Definition von Vergewaltigung gab es in den folgenden Interims Stellungnahmen von Frauen!! und Männern dazu. Darin wird nochmal klargemacht, daß es 1) keine Unterscheidung in körperliche und sexuelle Gewalt gibt, denn was sonst ? 2) Selbst laut herrschendem Recht, auch die Androhung von Gewalt darunter fällt (oder muß ne ♀ erst grün und blau geschlagen werden, um Gewalt nachzuweisen?) und 3) sehr wohl auch psychische Gewalt ein Punkt ist, der zur "Vergewaltigungsdefinition" dazugehört, insofern diese für uns überhaupt von Bedeutung ist.

Psychische Gewalt ist ein ganz wesentliches patriarchales Unterdrückungsmittel, das sich nicht nur auf Liebesbeziehungen beschränkt. Das kann sich dort darin ausdrücken,daß ♀ mit ♂ schläft, aus Angst sonst die Beziehung zu verlieren, oder aus dem Bedürfnis nach Nähe und Zärtlichkeit die frau nur über`s Vögeln von ihm kriegt. Letztendlich stellt sich aber die Frage, was es eigentlich bringt darüber zudiskutieren was genau Vergewaltigung ist, und wie eine Definition von Vergewaltigung auszusehen hat. Es kommt der Verdacht auf, das es lediglich darum geht, eine "Neue" gültige Definition von Vergewaltigung zu schaffen, an die ♂ sich halten kann, denn die Definition von Vergewaltigung wird immer da aufhören zu greifen, wo ♂ selber dadurch angreifbar wird.

Wobleibt bei diesem Definitionsgebrabbel das Hinterfragen der ♂♂ selbst, die Punkte die vor der Spitze des Eisberges "Vergewaltigung" kommen, die Macht und Mackerstrukturen, die sich offen bzw. meist eher subtil ausdrückende Gewalt gegen ♀♀.

Das die Auseinandersetzung darüber fehlt, haben die ♂♂ inzwischen auch festgestellt, und versuchen über die Problematisierung von Macht- und Mackerstrukturen (Militanzgebahren) diesem Komplex näher zu kommen.

Die Auseinandersetzung über den konkreten "Fall" wollten wir hier nicht aufgreifen, denn die hat zunehmens die Form von Scheißeschmeisserei angenommen, mit der dahinter lauernden Gefahr, die Glaubwürdigkeit von ♀♀ , die sagen, sie sind von nem ♂ bzw. dem ♂ vergewaltigt worden, in Frage zu stellen. Hier geht es nicht um ein Tabu★ , sondern um die Grundlage unserer Umgehensweise mit Vergewaltigern.

★ bezieht sich auf die Interim 28, Stellungnahme des betr. ♂

DIE, DIE IHRE
LAGE ERKANNT HAT,

WIE SOLL DIE
AUFZUHALTEN SEIN

!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Bei den ♀♀ hatte das Thema Vergewaltigung eine ganz andere Aktualitätsbezogenheit. In Kreuzberg 36 u. 61 waren in letzter Zeit wieder Vergewaltigungen von ♀♀ öffentlich geworden. Die "Tat" geschah teils unter Bedrohung mit ner Knarre, teils durch Ausnutzung ihrer Hilfsbereitschaft (im Keller liegt n Verletzter). Es bildeten sich spontan Patroulien und es gab n ♀♀-VV zu dem Thema.
Auf dieser ♀♀ VV ging es um konkrete Schritte, bzw. welche Möglichkeiten von ♀♀ es gibt, sich davor zu schützen, ohne eine defensive Haltung einzunehmen. Es ging um Patroulien und deren Sinn, einerseits die Kraftanstrengung jede Nacht durch die Gegend zu laufen, andererseits die Möglichkeit des Schutzes anderer ♀♀ (z.B. durch gemeinsames Nachhausebegleiten) und auch die abschreckende Wirkung auf (potentielle) Vergewaltiger. Um das konkrete Fassen der Vergewaltiger ging es weniger, dies würde auch nochmal neue Fragen aufwerfen.
Außerdem wurden Schutzmaßnahmen besprochen, die für jede ♀ praktikabel sind. Trillerpfeifen, Tränengas, Zusammen-durch-den Kiez-gehen, oder gemeinsames Nachhausebegleiten, oder wenn ♀ sich verfolgt fühlt schnell in die Kneipe, und von dort telefonieren, oder andere ♀♀ ansprechen, vielleicht dann mal den Spieß rumdrehen, und den Typen verfolgen, bei Angriffen von ♂♂ "Feuer" zu brüllen, oder ne Scheibe einzuschmeissen (bedauerlicherweise ist das wirklich so, daß du damit eher ne aktion erreichst, als mit Hilferufen). Das sind Schutzmöglichkeiten, die zu wissen, für uns verdammt wichtig werden kann. Genauso wie es wichtig für uns ist, uns zusammenzutun, gemeinsam zu handeln und eine Solidarität untereinander zu entwickeln. An diesem Punkt setzen auch die darauffolgenden ♀♀-Aktionen an.

Bei der ♀♀-Demo gegen Vergewaltigungen durch den 6ler Kiez waren wir ungefähr 800 ♀♀ und haben mit Instrumenten und Gebrüll einen Höllenkrach veranstaltet. Es war einfach gut zu sehen wie viele wir sind, und das Gefühl von gemeinsamer Stärke zu haben.
Bei der Aktion:"♀♀ nehmen sich den ersten U-Bahn-Waggon" ging um ein offensives Umgehen mit den ständigen Angriffen auf ♀♀ gerade an öffentlichen Plätzen, um den Privat- und Individualcharakter von sexueller Gewalt zu durchbrechen. Wir wollten Öffentlichkeit herstellen, wo ♀♀ permanent latenten und offenen Anmach- und Angriffssituationen ausgesetzt sind, sei es durch sexistische Plakate, durch Breit-beiniges Zwei-Plätze-Einnehmendes Rumsitzen der ♂♂ in der U-Bahn, unverschämtes Anglotzen oder direktes Anmachen und Angrabschen.
Ziel war es, andere ♀♀ anzusprechen und auf die Gemeinsamkeit unserer Situation aufmerksam zu machen.

Gemeinsame ♀♀ Aktionen sind wichtig, um ne Stärke unter uns spürbar und erfahrbar zu machen. Bei der ersten großen ♀♀ VV anläßlich der Vergewaltigungen stellt sich aber die Frage, inwieweit sich dort ♀♀ "nur" auf der Basis als potentielle Opfer trafen.
Der Begriff Opfer hat unterschiedliche Bedeutungen. Zum einen wurde der Opferstatus der ♀♀ in Bezug auf Vergewaltigungen eingeführt, um zunächst einmal auf den Ernst, den persönlichen Schaden, das politische Gewicht und die juristische Relevanz aufmerksam zu machen. Zum Anderen wurde und wird dadurch (durch diesen Opferbegriff) aber auch versucht die Situation der ♀ die sexuelle Gewalt erfährt, wiederzugeben.

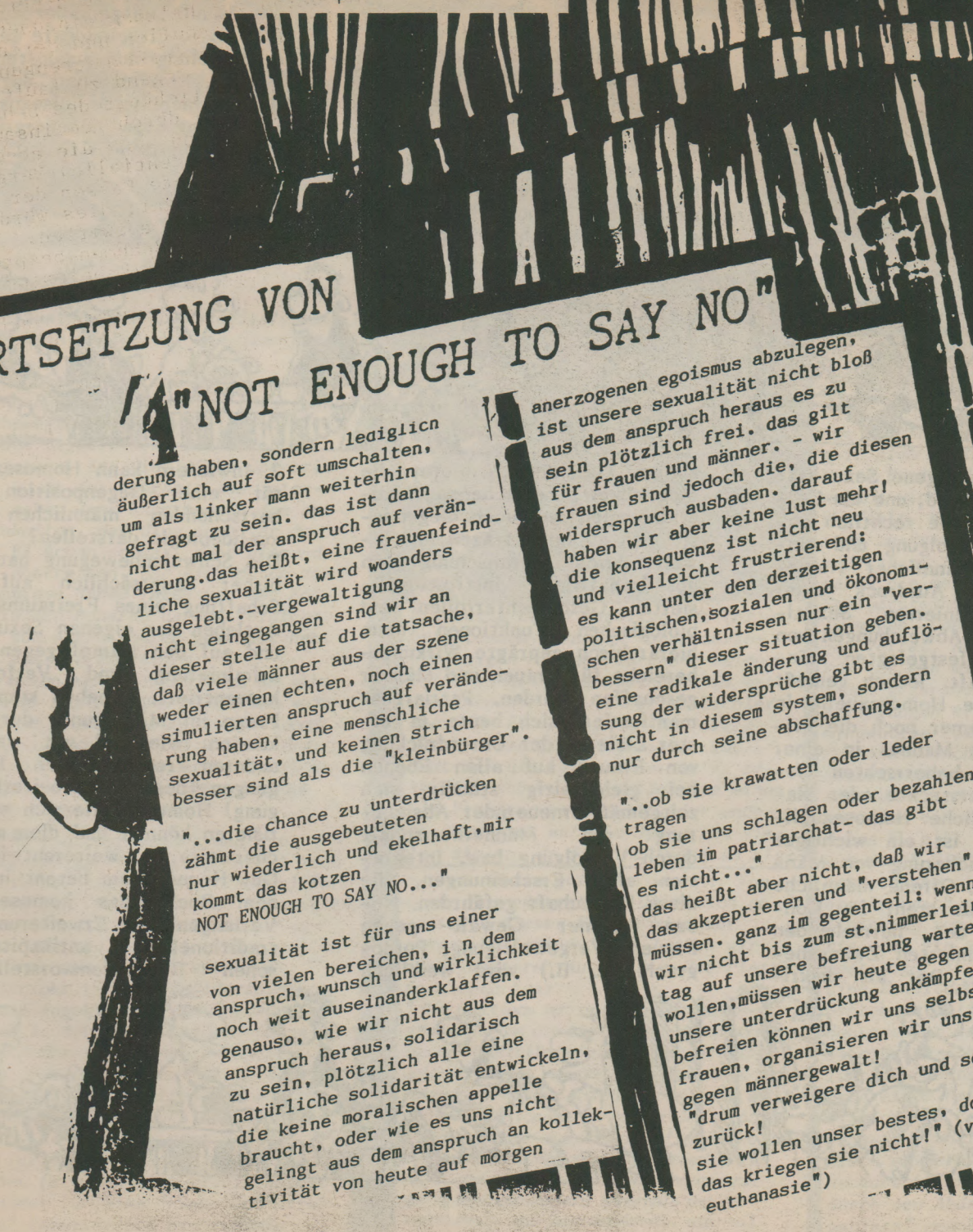
Christina Thürmer-Rohr stellt diesen Opferbegriff in ihrer Analyse "Frauen in Gewaltverhältnissen" in Frage; im folgenden beziehen wir uns auf diesen Text.
Im Bezug auf Vergewaltigungen bestätigt sie den Opferbegriff uneingeschränkt. Aber die Situation der ♀ in der ♂-Gesellschaft, gibt dieser Begriff nur ungenau und nicht umfassend genug wieder. Die Frau ist zwar potentielles Opfer und allgegenwärtig bedroht- trotzdem ist die Opferung der ♀, das heißt die Vergewaltigung als äußerste Ausdrucksform des Gewaltverhältnisses, nicht im Sinne des männlichen HERRschaftsverständnisses: die ♂♂ stimmen mit dem Grundmuster der Tat/Vergewaltigung mit dem Täter überein, aber die Tat fällt aus den üblichen Regeln sich ihrer Macht zu versichern heraus.
Der zentrale Begriff in ihrer Analyse ist die "Mit-Täterschaft", der ein Mit-Tun der ♀ an den Un-Taten der ♂♂ meint. Das Mit-Tun bezieht sich auf die ständige, unbewußt/bewußte Reproduktion des Bildes und der Rolle der ♀.

Die Schlußfolgerung von C.T-R. liegt nun in der Aufkündigung des Bündnisses mit den ♂♂
Für uns stellt sich dieses aber nicht als weitergehende Perspektive dar- anscheinend wendet sie sich eher an intellektuelle, bürgerliche, liberale ♀♀, und individualisiert das Gewaltverhältnis (wenn wir mit den bösen Männern nichts mehr zutun haben, wird alles Gut...??)
Doch das individuelle und gemeinsame Erkennen des Mit-Tuns ist nur ein erster Schritt der Veränderung der bestehenden Verhältnisse. Das gemeinsame Handeln ist die conditio sine qua non*!
Eine Aufkündigung aller Bündnisse mit den ♂♂ bedeutet aber noch lange nicht Unabhängigkeit/Autonomie- es beinhaltet wohl das Abstecken von Grenzen, aber erfordert desweiteren die Entwicklung eigener Stärken und Fähigkeiten. Ein Aufkündigen von allen sozialen Beziehungen zu ♂♂ kommt für viele ♀♀ nicht in Betracht, denn sie leben und arbeiten mit ♂♂ zusammen, in Beziehungen, in Kollektiven etc., trotz des Widerspruchs dadrin. Auch ♀♀, die in ihren Lebens- und Arbeitszusammenhängen nichts mehr mit ♂♂ zu tun haben, werden ausserhalb ihrer Freiräume mit der ♂-Gesellschaft konfrontiert, denn wir leben nicht auf einer einsamen Insel.

C.T-R. erweckt den Eindruck, daß die, die die Bündnisse aufkündigen, eine homogene Gruppe seien. Dies verwischt die Unterschiedlichkeiten von ♀♀, die unterschiedlichen Positionen und Ansätze von ♀♀. Um Handlungsperspektiven entwickeln zu können, ist es notwendig die Unterschiedlichkeit zu thematisieren, und eine Auseinandersetzung darüber zu führen. Die Basis "potentielle Opfergemeinschaft" ist also nicht ausreichend, obwohl es durchaus möglich ist auf dieser Basis Aktionen gegen Vergewaltigungen, gegen § 218 etc gemeinsam durchzuführen. Diese Frage tauchte bei uns z.B. auch auf der Frauen VV auf, als es um die Zusammenarbeit mit Bullen & Jüstiz ging. Beruht die Frage nach Zusammenarbeit mit diesem Apparat wirklich nur auf Naivität und Unerfahrenheit(was wir hoffen) ?? Oder liegt es an einem grundsätzlich anderen Verständnis von Staat und Gesellschaft ? Völlig grotesk wird das dann spätestens, wenn die Forderung nach verstärkter Bullen und Zivipräsenz auf der Straße erhoben wird. Mehr Bullen, die- da sie in der Regel erfolglos auf der Suche nach Vergewaltigern sind- dann ♀♀ beim Sprühen gegen Vergewaltigungen festnehmen, und auch haben.

Die "Opfergemeinschaft" kann also nur ein taktisches Verhältnis für Bündnisse sein, um sich in konkreten Situationen (z.B. bei Vergewaltigungen) verhalten zu können.
Um über ein blosses Reagieren hinauszukommen, muß auf der Basis einer gemeinsamen Position zu bzw. gegen dieses System eine Gegenorganisierung stattfinden. Wobei aber nicht der Eindruck erweckt werden soll, daß aus der Notwendigkeit zum Widerstand qusi automatisch eine gemeinsame Handlungsmöglichkeit resultiert. Dazu gehört vielmehr, wie zum Beispiel die Fähigkeit zu konstruktiven Auseinandersetzungen, persönliches Miteinander-Klarkommen, funktionierende Zusammenhänge, etc,pppppp...

*für die, die wie ich kein Latein können: Bedingungen, ohne die nichts geht!



Homosexualität und Patriarchat - Versuch einer Kritik

Die Argumentation der US-amerikanischen Feministin Kate Millet in ihrem Ende der 70er Jahre veröffentlichten Buch "Sexus und Herrschaft" wird thesenhaft folgendermaßen zusammengefaßt: Der Koitus, diese scheinbar intimste Beziehung zwischen Mann und Frau, diene innerhalb einer durch alles umfassende Männerherrschaft geprägten Gesellschaft der Unterdrückung und Demütigung der Frau. Und was ist mit den Schwulen? Ist es nur Naivität eines schwulen Mitarbeiters der Grünen Fraktionsvorstands, wenn ihm zu heterosexuellen Pornos nur die Bemerkung einfällt: "Die Ungepflegtheit und die Unerotik dieser Männer schreit zum Himmel", und er gleichzeitig das ausgeprägte Körpergefühl von Schwulen lobpreist, das beispielsweise an endlos variierten Schwanzdarstellungen, die

als "Schwule Kunst" gefeiert werden, zu bewundern ist. Ist das die erkämpfte sexuelle Befreiung? Solche Fragen bekommen praktische Bedeutung für mich, wenn es darum geht, daß ich als Schwuler mit anderen Schwulen zusammensein/politisch zusammenarbeiten will (und auch aufgrund von neuen repressiven Tendenzen muß) und gleichzeitig keine Lust habe, diese Art ignoranter schwuler Männergesellschaft mitaufrechtzuerhalten und zu verteidigen. Es geht nicht darum, sich den sich gegenseitig in ihrer Unterdrückerrolle tröstenden "neuen Männern" anzuschließen, sondern etablierte Formen von schwuler Subkultur, Inhalte und Formen von Schwulenpolitik und persönliche Beziehungen zwischen Schwulen gemeinsam radikal zu

hinterfragen, inwieweit sie nur das herrschende Männerbild in abgewandelter Form reproduzieren und damit wichtige Stützen der Verlagerung und Forterhaltung des patriarchalischen Zwangsverhältnisses darstellen. Der Text soll als Diskussionsgrundlage dienen, die nicht nur von Schwulen, sondern auch vor allem von Frauen überarbeitet und ergänzt werden muß.

1. Begriffserklärungen

"Homosexualität"

Die Kategorie "Homosexualität", so wie sie heute existiert, gibt es erst seit dem letzten Jahrhundert. Durch verstärktes Thematisieren von Sexualität besonders seit der Entstehung der Sexualwissenschaft wurde eine Trennung zwischen der der biologischen Reproduktion unterworfenen Form (monogame Heterosexualität) und den von der biologischen Funktion der Sexualität abweichenden Formen (Perversionen) zum Zwecke der Überwachung und Kontrolle des Individuums institutionalisiert. (Michel Foucault, Sexualität und Wahrheit) Die Entwicklung der heutigen Kategorie "Homosexualität" ist bedingt durch den Wechsel von Phasen mehr oder weniger starker Verfolgung gleichgeschlechtlicher Beziehungen und durch liberale Phasen der Tolerierung von Homosexuellen. Spätestens hier ist die Unterscheidung zwischen weiblicher und männlicher Homosexualität zu treffen, weil aufgrund unterschiedlicher gesellschaftlicher Unterdrückungsmechanismen weibliche und männliche Homosexualität andere Ausprägungsformen erfahren haben. Auch in wissenschaftlichen Arbeiten wird diese Unterscheidung nur selten getroffen, weibliche Homosexualität ignoriert bzw. von Männlicher Homosexualität auf "Homosexualität schlechthin" abstrahiert, was in einem von Männern beherrschten Wissenschaftsapparat nicht verwundert. Der oft vorgebrachte Fehlschluß, weibliche Homosexualität sei gesellschaftlich anerkannter, weil deren Verfolgung (beispielsweise im Nationalsozialismus) weniger stark juristisch institutionalisiert ist (war), zeugt von männlicher Ignoranz der Tatsache gegenüber, daß weibliche Homosexuelle doppelter gesellschaftlicher Unterdrückung als

Frauen, denen eigene Sexualität abgesprochen wird, und als Lesben erfahren. Die rechtlich abgesicherte Verfolgung und Unterdrückung männlicher Homosexueller ist Ausdruck einer männlich definierten Sexualideologie, die Abweichungen von dem von ihr festgelegten Männerbild bestraft. Jedoch genießt der männliche Homosexuelle in der Regel immer noch die Privilegien eines Mannes in einer von Männern beherrschten Gesellschaft. Versteckte oder "latente" männliche Homosexualität war und ist ein wichtiger Faktor zur Sicherung von Männerherrschaft. Offene männliche Homosexualität steht im Konflikt mit der herrschenden männlich definierten Zwangsheterosexualität. Der als diskriminierend geprägte Begriff "schwul" macht die gesellschaftliche Gegenposition deutlich. Auch bei weiblichen Homosexuellen ist diese Differenzierung zwischen versteckter un und offener Homosexualität zu treffen, wobei die gesellschaftlichen Funktionen andere sind. Darüberhinaus spart diese Einteilung die individuelle Entwicklung aus, wo Phasen latenter und offener Homosexualität wechseln können.

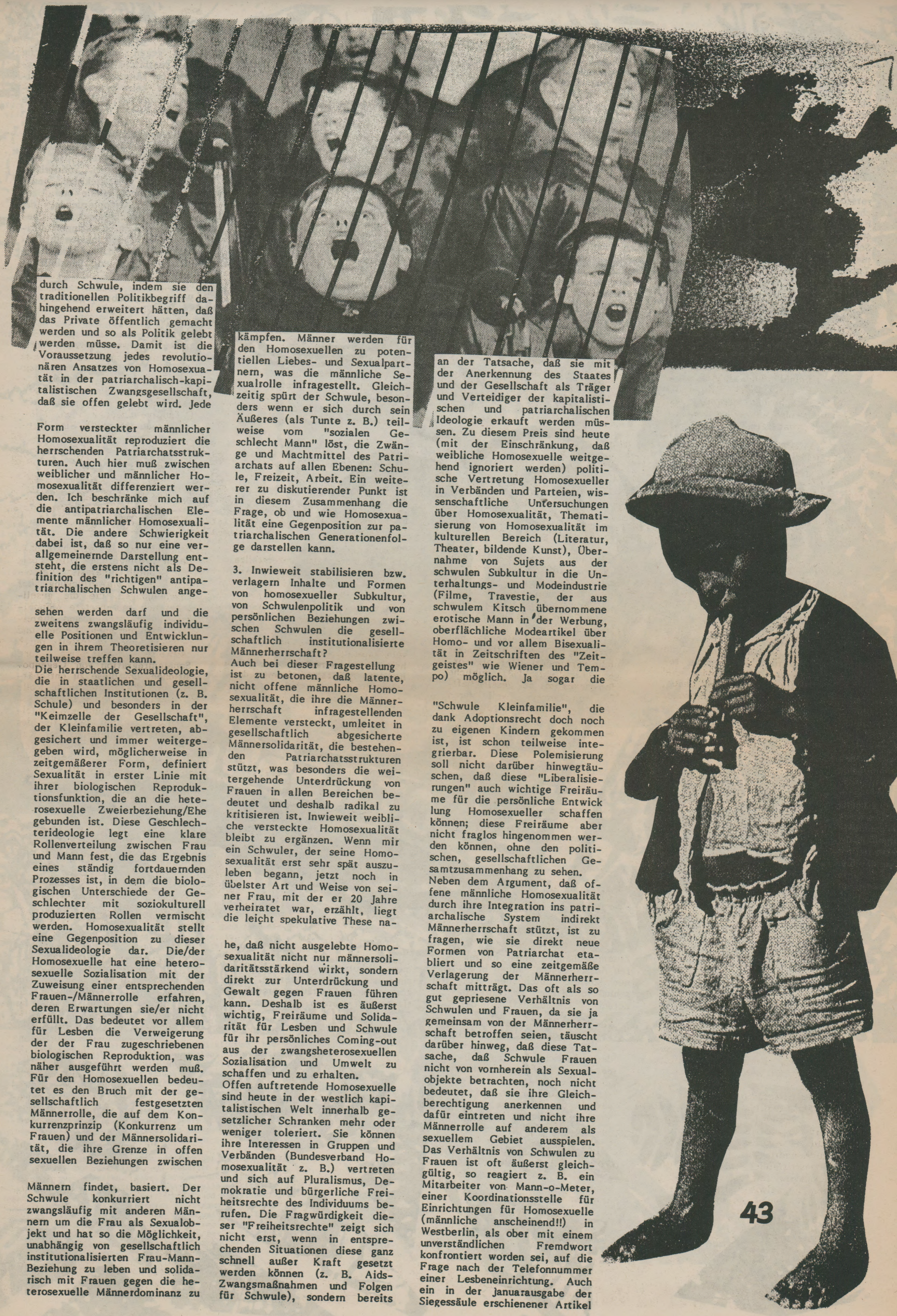
"Patriarchat"

Ich beziehe mich dabei nicht auf die meist von Männern (z. B. M. Weber, F. Engels) entwickelten Theorien, die bestimmte historische Formen der Haushaltsorganisation als Patriarchat bezeichnen, sondern auf feministische Positionen vor allem US-amerikanischer Schriftstellerinnen (z. B. Kate Millett

"Sexus und Herrschaft", Michele Barrett "Das unterstellte Geschlecht"), die unter Patriarchat die momentane, alles umfassende Männerherrschaft verstehen. Unterschiedliche Standpunkte machen sich vor allem an der Frage fest, ob und inwieweit Patriarchat unabhängig vom kapitalistischen Zwangsverhältnis zu betrachten ist. Die heutigen Ausprägungsformen der Männerherrschaft sind oft eng verwoben mit dem Gegensatz Lohnarbeit und Kapital und den damit verbundenen Folgen für Frauen als für die biologische und alltägliche Reproduktion der ArbeiterInnen zuständige unbezahlte Hausfrauen und als unterbezahlte Lohnarbeiterinnen. Der von Feministinnen herausgearbeitete Unterschied zwischen "biologischem" und "sozialem Geschlecht" bietet die Möglichkeit, herrschende Sexualideologien und auch Gegenpositionen zu hinterfragen, inwieweit durch Vermischung von gesellschaftlich institutionalisierten Geschlechterrollen und biologischen Funktionen neue hierarchisch geprägte Wirkungsbereiche für Frauen und Männer geschaffen werden. Patriarchat manifestiert sich heute in erster Linie in der Unterdrückung von Frauen auf allen Ebenen bei gleichzeitig ständig sich zeitgemäß erneuernder Absicherung von Männerherrschaft durch Verfolgung bzw. Integration aller Erscheinungen, die diese Herrschaft gefährden. Neben offener Gewalt gegen Frauen (Vergewaltigung, Pornographie z. B.) wird weibliche Sexualität oft auf die biologische Reproduktionsfunktion reduziert bzw. männlicher Sexualität untergeordnet. Die Ehe bzw. heterosexuelle Zweierbeziehung ist die gesellschaftliche Institution männlicher sexueller Freiräume bei gleichzeitigem Abspruch einer autonomen weiblichen Sexualität. (Polygamer außerehelicher Sex wird gesellschaftlich nur dem Mann zugestanden.) Zur Unterdrükkung weiblicher Sexualität kommt die Zurückweisung der Frauen ins zweite Glied in allen Lebensbereichen wie Schule, Arbeit, Freizeit, Politik, Kultur, Wissenschaft etc. All diese Bereiche sind von Männern definiert und beherrscht einerseits durch das Konkurrenzprinzip zwischen Männern und andererseits durch gesellschaftlich vorgegebene Männersolidarität (Männervereine, Parteien, Militär, "neue Männer"). Eine fortdauernde Männerherrschaft bzw. deren Verlagerung wird gesichert durch einerseits Verfolgung und Unterdrückung der Erscheinungen, die die gesellschaftlich festgesetzte Männerrolle infragestellen und angreifen: Feministinnen, Lesben und Schwule, und andererseits durch teilweise Intergration und Scheinintegration von Gegenpositionen, um diese zu entschärfen und die dominierende Rolle des Manns zeitgemäßer zu gestalten: z. B. scheinbare sexuelle Befreiung nur zugunsten des Mannes, Proklamierung der Kategorie männlicher Bisexualität, Entstehung von Männergruppen auf feministische Kritik.

2. Inwiefern kann Homosexualität eine Gegenposition zur herrschenden männlichen Sexualideologie darstellen?

Die Schwulenbewegung hat sich bisher hauptsächlich auf die Schaffung eines Freiraums zum Ausleben der eigenen Sexualität und auf den Kampf gegen Diskriminierung und Verfolgung konzentriert. Daneben stand die Frage im Mittelpunkt der Diskussion, wie und mit welchen anderen revolutionären Bewegungen (bes. der Arbeiterbewegung) Homosexuelle sich solidarisieren können und diese möglicherweise weiterentwickeln. Guy Hoquenghem betont in seinem Buch "das homosexuelle Verlangen" die Erweiterung der traditionellen antikapitalistischen Revolutionsvorstellungen



durch Schwule, indem sie den traditionellen Politikbegriff dahingehend erweitert hätten, daß das Private öffentlich gemacht werden und so als Politik gelebt werden müsse. Damit ist die Voraussetzung jedes revolutionären Ansatzes von Homosexuatät in der patriarchalisch-kapitalistischen Zwangsgesellschaft, daß sie offen gelebt wird. Jede

Form versteckter männlicher Homosexualität reproduziert die herrschenden Patriarchatsstrukturen. Auch hier muß zwischen weiblicher und männlicher Homosexualität differenziert werden. Ich beschränke mich auf die antipatriarchalischen Elemente männlicher Homosexualität. Die andere Schwierigkeit dabei ist, daß so nur eine verallgemeinernde Darstellung entsteht, die erstens nicht als Definition des "richtigen" antipatriarchalischen Schwulen ange-

sehen werden darf und die zweitens zwangsläufig individuelle Positionen und Entwicklungen in ihrem Theoretisieren nur teilweise treffen kann.
Die herrschende Sexualideologie, die in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen (z. B. Schule) und besonders in der "Keimzelle der Gesellschaft", der Kleinfamilie vertreten, abgesichert und immer weitergegeben wird, möglicherweise in zeitgemäßerer Form, definiert Sexualität in erster Linie mit ihrer biologischen Reproduktionsfunktion, die an die heterosexuelle Zweierbeziehung/Ehe gebunden ist. Diese Geschlechterideologie legt eine klare Rollenverteilung zwischen Frau und Mann fest, die das Ergebnis eines ständig fortdauernden Prozesses ist, in dem die biologischen Unterschiede der Geschlechter mit soziokulturell produzierten Rollen vermischt werden. Homosexualität stellt eine Gegenposition zu dieser Sexualideologie dar. Die/der Homosexuelle hat eine heterosexuelle Sozialisation mit der Zuweisung einer entsprechenden Frauen-/Männerrolle erfahren, deren Erwartungen sie/er nicht erfüllt. Das bedeutet vor allem für Lesben die Verweigerung der der Frau zugeschriebenen biologischen Reproduktion, was näher ausgeführt werden muß. Für den Homosexuellen bedeutet es den Bruch mit der gesellschaftlich festgesetzten Männerrolle, die auf dem Konkurrenzprinzip (Konkurrenz um Frauen) und der Männersolidarität, die ihre Grenze in offen sexuellen Beziehungen zwischen

Männern findet, basiert. Der Schwule konkurriert nicht zwangsläufig mit anderen Männern um die Frau als Sexualobjekt und hat so die Möglichkeit, unabhängig von gesellschaftlich institutionalisierten Frau-Mann-Beziehung zu leben und solidarisch mit Frauen gegen die heterosexuelle Männerdominanz zu

kämpfen. Männer werden für den Homosexuellen zu potentiellen Liebes- und Sexualpartnern, was die männliche Sexualrolle infragestellt. Gleichzeitig spürt der Schwule, besonders wenn er sich durch sein Äußeres (als Tunte z. B.) teilweise vom "sozialen Geschlecht Mann" löst, die Zwänge und Machtmittel des Patriarchats auf allen Ebenen: Schule, Freizeit, Arbeit. Ein weiterer zu diskutierender Punkt ist in diesem Zusammenhang die Frage, ob und wie Homosexualität eine Gegenposition zur patriarchalischen Generationenfolge darstellen kann.

3. Inwieweit stabilisieren bzw. verlagern Inhalte und Formen von homosexueller Subkultur, von Schwulenpolitik und von persönlichen Beziehungen zwischen Schwulen die gesellschaftlich institutionalisierte Männerherrschaft?
Auch bei dieser Fragestellung ist zu betonen, daß latente, nicht offene männliche Homosexualität, die ihre die Männerherrschaft infragestellenden Elemente versteckt, umleitet in gesellschaftlich abgesicherte Männersolidarität, die bestehenden Patriarchatsstrukturen stützt, was besonders die weitergehende Unterdrückung von Frauen in allen Bereichen bedeutet und deshalb radikal zu kritisieren ist. Inwieweit weibliche versteckte Homosexualität bleibt zu ergänzen. Wenn mir ein Schwuler, der seine Homosexualität erst sehr spät auszuleben begann, jetzt noch in übelster Art und Weise von seiner Frau, mit der er 20 Jahre verheiratet war, erzählt, liegt die leicht spekulative These na-

he, daß nicht ausgelebte Homosexualität nicht nur männersolidaritätsstärkend wirkt, sondern direkt zur Unterdrückung und Gewalt gegen Frauen führen kann. Deshalb ist es äußerst wichtig, Freiräume und Solidarität für Lesben und Schwule für ihr persönliches Coming-out aus der zwangsheterosexuellen Sozialisation und Umwelt zu schaffen und zu erhalten.
Offen auftretende Homosexuelle sind heute in der westlich kapitalistischen Welt innerhalb gesetzlicher Schranken mehr oder weniger toleriert. Sie können ihre Interessen in Gruppen und Verbänden (Bundesverband Homosexualität z. B.) vertreten und sich auf Pluralismus, Demokratie und bürgerliche Freiheitsrechte des Individuums berufen. Die Fragwürdigkeit dieser "Freiheitsrechte" zeigt sich nicht erst, wenn in entsprechenden Situationen diese ganz schnell außer Kraft gesetzt werden können (z. B. Aids-Zwangsmaßnahmen und Folgen für Schwule), sondern bereits

an der Tatsache, daß sie mit der Anerkennung des Staates und der Gesellschaft als Träger und Verteidiger der kapitalistischen und patriarchalischen Ideologie erkauft werden müssen. Zu diesem Preis sind heute (mit der Einschränkung, daß weibliche Homosexuelle weitgehend ignoriert werden) politische Vertretung Homosexueller in Verbänden und Parteien, wissenschaftliche Untersuchungen über Homosexualität, Thematisierung von Homosexualität im kulturellen Bereich (Literatur, Theater, bildende Kunst), Übernahme von Sujets aus der schwulen Subkultur in die Unterhaltungs- und Modeindustrie (Filme, Travestie, der aus schwulem Kitsch übernommene erotische Mann in der Werbung, oberflächliche Modeartikel über Homo- und vor allem Bisexualität in Zeitschriften des "Zeitgeistes" wie Wiener und Tempo) möglich. Ja sogar die

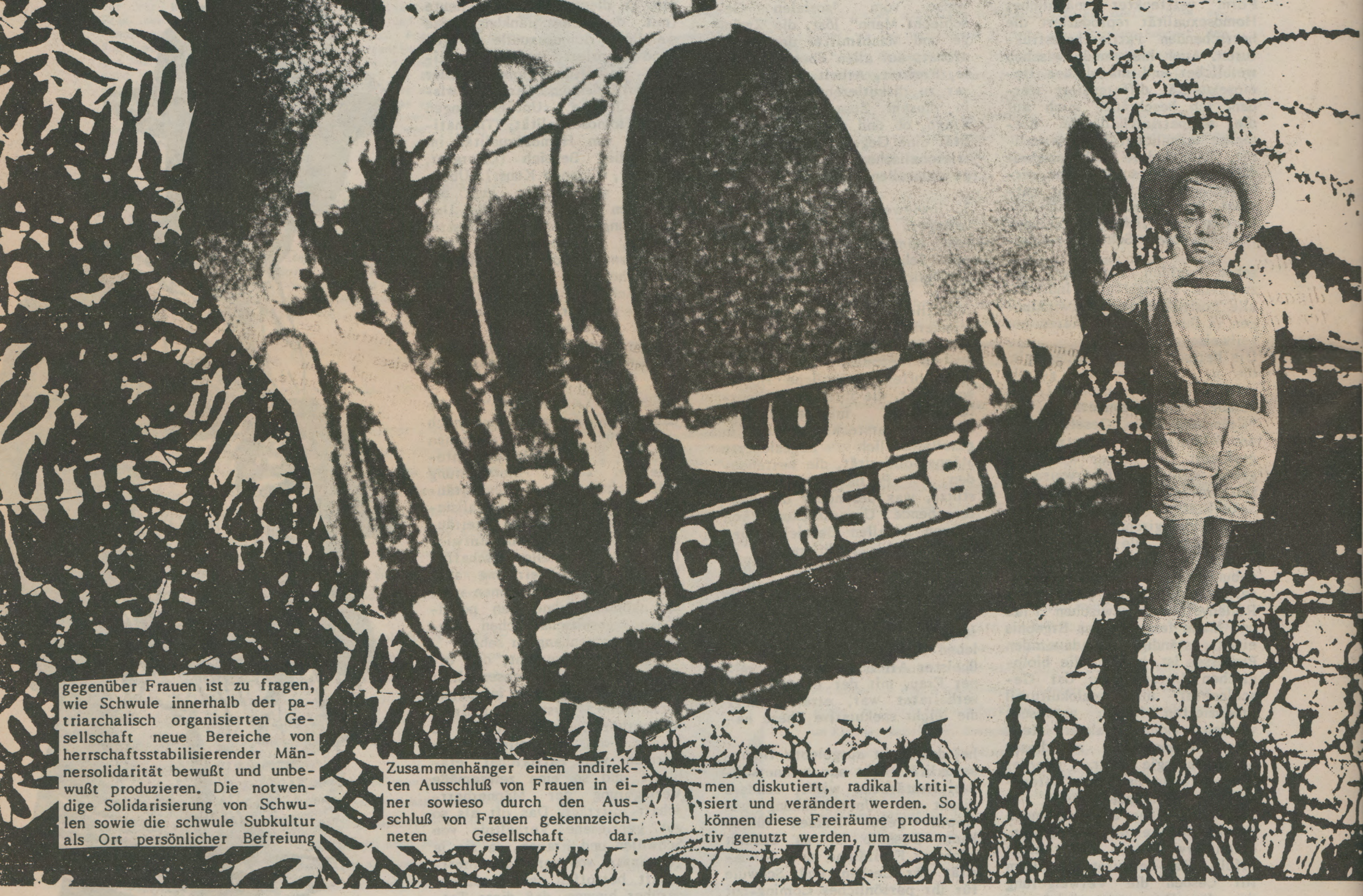
"Schwule Kleinfamilie", die dank Adoptionsrecht doch noch zu eigenen Kindern gekommen ist, ist schon teilweise integrierbar. Diese Polemisierung soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese "Liberalisierungen" auch wichtige Freiräume für die persönliche Entwicklung Homosexueller schaffen können; diese Freiräume aber nicht fraglos hingenommen werden können, ohne den politischen, gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang zu sehen.
Neben dem Argument, daß offene männliche Homosexualität durch ihre Integration ins patriarchalische System indirekt Männerherrschaft stützt, ist zu fragen, wie sie direkt neue Formen von Patriarchat etabliert und so eine zeitgemäße Verlagerung der Männerherrschaft mitträgt. Das oft als so gut gepriesene Verhältnis von Schwulen und Frauen, da sie ja gemeinsam von der Männerherrschaft betroffen seien, täuscht darüber hinweg, daß diese Tatsache, daß Schwule Frauen nicht von vornherein als Sexualobjekte betrachten, noch nicht bedeutet, daß sie ihre Gleichberechtigung anerkennen und dafür eintreten und nicht ihre Männerrolle auf anderem als sexuellem Gebiet ausspielen. Das Verhältnis von Schwulen zu Frauen ist oft äußerst gleichgültig, so reagiert z. B. ein Mitarbeiter von Mann-o-Meter, einer Koordinationsstelle für Einrichtungen für Homosexuelle (männliche anscheinend!!) in Westberlin, als ober mit einem unverständlichen Fremdwort konfrontiert worden sei, auf die Frage nach der Telefonnummer einer Lesbeneinrichtung. Auch ein in der Januarausgabe der Siegessäule erschienener Artikel

belegt das weitgehend ignorante Verhalten vieler Schwuler Lesben gegenüber. Ob das Frauenbild von Schwulen in der Regel ein ähnlich "reduziertes" ist, bzw. ob nicht die gesellschaftlich gültige Reduktion der Frauenrolle auf Sexualobjekt, Mutter und Hausfrau einfach übernommen oder/und leicht verschoben zu Vamp, mütterliche Seelentrösterin und gute Freundin, die die Strümpfe stopft, bleibt z. B. bie den von Schwulen begeistert aufgenommenen Chauvi-Witzen mancher Travestiegruppen nicht mehr fraglich. Neben dem Verhältnis gegenüber Frauen ist zu fragen, wie Schwule innerhalb der patriarchalisch organisierten Gesellschaft neue Bereiche von herrschaftsstabilisierender Männersolidarität bewußt und unbewußt produzieren. Die notwendige Solidarisierung von Schwulen sowie die schwule Subkultur als Ort persönlicher Befreiung wirken auf mich oft als Orte extrem männlich geprägter Strukturen: Das bei heterosexuellen Männern kritisierte Konkurrenzprinzip ist in schwulen Zusammenhängen mit der Verschiebung, daß nicht mehr um Frauen konkurriert wird, genauso zu beobachten. Ähnlich ist es mit dem Leistungsprinzip, das oft bei Gesprächen über Sexualität beispielsweise auffällt. Schwule Pornographie leistet meist nur die Verbildlichung der gesellschaftlichen Männerherrschaft unter Aussparung von Frauen. Schließlich stellen viele Bereiche schwuler Subkultur einen direkten bzw. durch entsprechendes Männerverhalten und entsprechend heroisierte Ämmerbilder in diesen Zusammenhänger einen indirekten Ausschluß von Frauen in einer sowieso durch den Ausschluß von Frauen gekennzeichneten Gesellschaft dar.

4. Perspektiven

Es ist notwendig, aus der Kritik heraus neue Perspektiven zu entwickeln. Die bestehenden Einrichtungen von und für Homosexuelle sind äußerst wichtig für das offene Ausleben der eigenen Sexualität und für die Entstehung und Diskussion von gemeinsam zu entwickelnden politischen KOnzepten. Jedoch müssen die Inhalte und Formen etablierter Einrichtungen im gesellschaftlichen Gesamtrahmen diskutiert, radikal kritisiert und verändert werden. So können diese Freiräume produktiv genutzt werden, um zusammen gegen das kapitalistische und patriarchalische Zwangssystem zu kämpfen. Homosexualität ist kein individuelles Problem einzelner, keine exotische Besonderheit! Ihre Unterdrükkung und Verfolgung stehen in weitergreifenden Zusammenhängen, die durch Solidarisierung aufgedeckt und bekämpft werden müssen, d. h. Solidarisierung und Entwicklung neuer Aktionsformen, Ziele und Utopien mit Gruppierungen, die diese Herrschaftssysteme bekämpfen, d. h. Einbringen antipatriarchalischer Inhalte in Diskussionen und d. h. persönliche Infragestellung und Sensibilisierung.

Westberlin, Februar 88



AIDS UND TUBERKULOSE

Ein kleiner Blick auf staatliche Seuchenpolitik bei gefährlichen Infektionskrankheiten:

Von Anfang an galt die Tuberkulose als die Krankheit der Städte, die Krankheit der Industrialisierung, die "eine großstädtische Wohnungs-, Fabrik- und Gefängniskrankheit". Eine Krankheit der Erniedrigten und Beleidigten, jener Armee von Namenlosen, die vom Lande her kommen und ihr Glück in der Stadt versuchen müssen.

Es waren aber nicht alle gleich betroffen in dieser Masse. Manche Bevölkerungs- und Berufsgruppen trifft es besonders hart, andere scheinen gegen die Schwindsucht gefeit zu sein, so die Brauereiarbeiter und die Bergleute der 2. Generation (die dann aber Staublungen bekamen). Hier scheint ein Selektionsmechanismus innerhalb der Arbeiter sich auszuwirken. Die körperlichen Anforderungen in diesen Berufen waren sehr hoch, andererseits waren dort die Löhne höher und zumindest teilweise die Arbeitsbedingungen besser. Besser als in der Tabak-, Textil- und Heimindustrie, in denen schlechte Arbeitsbedingungen, überlange Arbeitszeiten und eine übergroße TBC-Rate zusammenfallen. Sehr hart trifft es z. B. die Näherinnen, die neben unbezahlter Hausarbeit schlechtbezahlte Heimarbeit machen müssen. Sonst ist wenig bekannt über die Verteilung zwischen Frauen und Männern.

Gleichzeitig verteilt sich aber die TBC entlang einer anderen Linie: dem Kontakt mit der anderen Welt. Es scheinen immer diejenigen getroffen zu sein, die selber das Landleben hinter sich gelassen haben. Die Entwurzelten, die in den Metropolen nie Fuß fassen konnten. Es sind wohl die kulturellen und sozialen Brüche, die fehlende Gewöhnung an das andere Leben, die entscheidend in der TBC-Inzidenz wirken. Es geht wahrscheinlich um ein Netz von disponierenden Faktoren, von denen ein Aspekt wie Wohnen oder Essen allein nicht ausreicht. Z. B. waren die traditionellen städtischen Unterschichten von der TBC fast gar nicht betroffen.

Absolut gesehen, geht die Tuberkulose seit ihrem Beginn stetig zurück, relativ unbeeinflußt von sozialhygienischen Maßnahmen scheint sie den ihr innewohnenden Gesetzen zu folgen. Gleichzeitig mit dem Industrialisierungsvorsprung hat England immer einen Vorsprung gegenüber Preußen im Sinken der Sterberate, erst 1927 ist Gleichstand erreicht. In diesem Zeitraum gilt die TBC als unheilbare Krankheit. Sie wird als soziale Krankheit gesehen, was fortschrittliche Ärzte sozialhygienische Maßnahmen fordern läßt (Licht und Luft in die Wohnungen, bessere Ernährung, bessere Arbeitsbedingungen).

Fordern können sie das lange, es liegt außerhalb ihres Handlungsfeldes. Innerhalb dieses ärztlichen Handlungsbereiches liegt das Bürgertum, das sich Sanatorien oder heilende Muttermilch spendende Ammen und sonstige teure Kuren leisten kann.

Die ersten Sanatorien entstehen, 1854 das erste in Schlesien (man denke an Thomas Manns Zauberberg, um sich die Atmosphäre vorzustellen). Dieser Linie folgt die Arbeiterversicherung, um die Jahrhundertwende beginnt die Zeit der Lungensanatorien und Freiluftheilstätten und die versicherten Arbeiter können auf Krankenschein ihre Pferdemilchkuren, Mastkuren und Ruhekuren durchführen. Leitend ist zu dieser Zeit aber immer noch die Vorstellung, daß die TBC eine soziale Ätiologie hat. Daraus ergibt sich, daß die bekannten Hilfsmittel am meisten den überlasteten und unterernährten TBC-Erkrankten hätten zur Verfügung gestellt werden müssen. Man hätte die Lebensbedingungen, den Nährboden der Krankheit ändern müssen. Aber gerade dort hört die ärztliche Kunst auf; bzw. hier endet die ärztliche Kompetenz (man kann/darf einem kranken Arbeiter kein gesundes Leben auf Capri verordnen).

WARUM IM STADTBAD SCHÖNEBERG SPEIBECKEN STEHEN

Ende des 19. Jahrhunderts feiert die Bakteriologie große Erfolge, 1890 entdeckt Robi den Tubi. Therapeutisch nutzt das vorerst nichts, denn erst 60 Jahre später soll ein wirksames Antibiotikum gegen TBC zur Verfügung stehen (Streptomycin). Aber die Wege der Tuberkelbazillen können mittels des diagnostischen Nachweises durch Tuberkulin verfolgt werden, und man entdeckt den Schuldigen: die Spucke. Das Spucken. Das unzivilisierte Spucken. Etwas, was Bürger schon lange nicht mehr machen. Das betrifft ja nur die Proleten, die sich eh so unflätig benehmen, keine Manieren haben und sich vermehren wie die Karnickel. So wird aus einem Kranken ein potentieller Verbrecher, der ganze Bereich "TBC in der Gesellschaft" verändert sich von Grund auf. Ein Feldzug gegen das Spucken wird organisiert, alle öffentlichen Gebäude werden mit Spucknäpfen aufgerüstet. Weil das "wilde Spucken" nicht verboten werden kann, wird es organisiert. Wohlgemerkt, ungeachtet der Entwicklung von Heilstätten oder der Diagnostizierung mittels Tuberkulintests hat die Tuberkulose ihre eigene Bewegung, auch jetzt noch. Nur ist der TBC-Kranke nun ein Krimineller an der Gesellschaft. Daraus folgt, daß zu diesem Zeitpunkt die ärztliche Kunst in Gestalt der Bakteriologie außer dieser gesellschaftlichen Umwertung nichts zur Folge hat. So wird der Kranke im Frühstadium Gegenstand der Disziplinierung, im Spätstadium der Einschließung, und über ihm schwebt das Damoklesschwert der dauerhaften Einschließung.

Ausgrenzen hat Tradition!!!

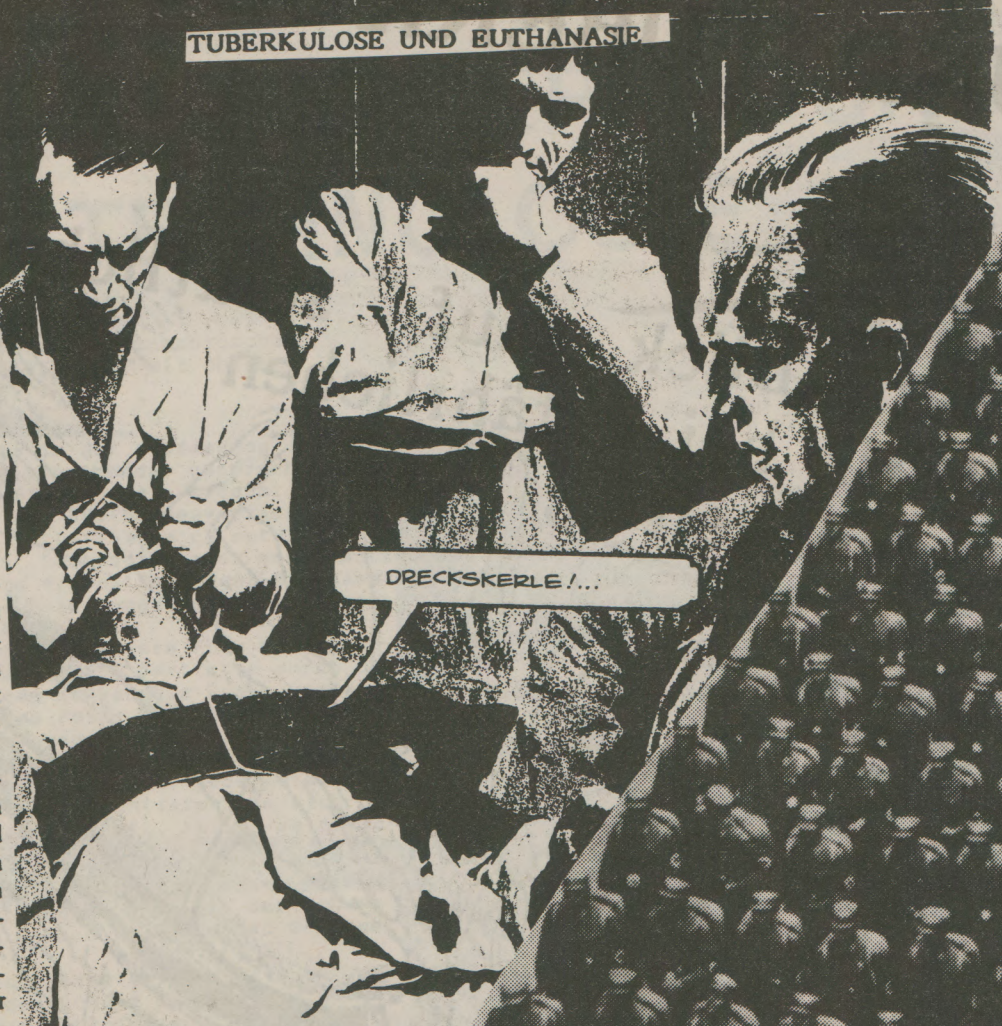
teres hepatis

TUBERKULOSE UND EUTHANASIE

An diesem Punkt taucht notwendigerweise die Polizei auf. Ab 1930 war in einzelnen deutschen Ländern, allen voran Thüringen, die gesetzgeberische Voraussetzung von Gesundheitsamt und für die enge Verquikberische Voraussetzung für die enge Verquickung von Gesundheitsamt und Polizei geschaffen, ab 1938 wurde die "Verordnung zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten" im ganzen Reich gültig. Das beinhaltete, daß

- alle mit den Kranken in Kontakt gekommenen Personen sich einer Zwangsdiagnostik unterwerfen mußten
- Personen, die an einer ansteckenden Krankheit leiden oder dessen verdächtig sind, sich einer Aussonderung oder Beobachtung unterwerfen mußten. Deren Kosten mußte der Kranke (die Kranke auch, d. s.) selber tragen.

Mit diesen Maßnahmen waren in erster Linie die Tuberkulosekranken gemeint, immerhin zwischen 1,2 und 1,6 Mio. Menschen, von denen 400.000 offentuberkulös waren. Im Rahmen der "Aussonderung und Beobachtung" war seit 1934 inden thüringischen Landesheilanstalten Stadtroda eine geschlossene Abteilung für asozial Tuberkulöse eingerichtet worden (ein Begriff noch aus der Zeit vor den Nazis). Federführend für dieses Programm waren die auch an der T4-Aktion (Euthanasie-Programm der Nazis) beteiligten Ärzte Berthold Kihn und Gerhard Kloos (dessen Neurologie- und Psychiatrielehrbuch bis in die 60er Jahre weit verbreitet war). Nach einiger Zeit wurde der Begriff "asozial offentuberkulös" dann weiter differenziert; "asozial tuberkulös" war derjenige, bei dem eine Erziehungsmaßnahme aufgrund Böswilligkeit, Uneinsichtigkeit oder mangelnder Solidität der Lebensführung scheitern sollte. Da damit nicht die "nützlichen Volksgenossen" wie kinderreiche Mütter oder einfältig-treue Staatsbürger gemeint sein sollten, wurde ab 1939 getrennt zwischen Kranken, bei denen sich aufgrund ihres sozialen Wertes therapeutische Maßnahmen lohnten und Kranken, bei denen sich aufgrund ihrer fortgeschrittenen Krankheit oder ihrer "sozialen Minderwertigkeit" diese Therapie nicht lohnen sollte. Ab 1939 wurde dezidiert getrennt zwischen Heilen und Vernichten, worin dem Arzt die Rolle des Selektierenden zukam. Die "rücksichtslos offentuberkulösen" wurden dabei zur Zwangsarbeit verurteilt, es wurden Gefängniszellen geschaffen, es wurde ihnen die Nahrung entzogen ("Schleimdiät"), es wurde ihnen medizinische Hilfe verweigert. Ab 1940 wurde die Zwangsarbeit mit dem Zweck eingeführt, die "restliche Arbeitskraft der Kranken auszuwerten", bis zu einem halben Jahr durften Kranke ohne Verfahren laut generalstaatsanwaltlicher Vollmacht interniert werden. "Stadtroda" wurde zu einem Schreckensbegriff, der "wie einst die Rute im Kinderzimmer wirkt", so der "Öffentliche Gesundheitsdienst".



Doch schon 1941 wurde dieses System der Zwangsasylierung umgewandelt in ein unverhohlenes System der Vernichtung. Die Behandlung der "asozial offentuberkulösen" wurde der T4-Aktion gleichgeschaltet. Grundlage der Erfassung war ein Fragebogen, in dem die einweisende Behörde nach Geisteskrankheiten, Vorstrafen, kommunistischer Betätigung, unsittlichem Verhalten oder Psychopathien, das bedeutet Epilepsie oder Schwachsinn fragte. Ein "Ja" bedeutete ab 1941, daß die "asozial Offentuberkulösen" in die Euthanasie-Aktion T4 eingegliedert waren, sprich: ihr Todesurteil. Vollstreckt wurde dieses Todesurteil in Form von Einzelhaft, Zwangsarbeit, der Möglichkeit des Schußwaffengebrauchs seitens des Pflegepersonals, der ständigen Kontrolle und Ausbeutung. Gleichzeitig wurde im gleichen Rahmen in Stadtroda 1941 eine "Fachabteilung" zur Tötung behinderter Kinder eingerichtet. Es folgten weitere Tötungsanstalten für "asozial Offentuberkulöse", vorbereitet wurde das mit der Begründung, daß die Bettenzahl für die Anzahl der Offentuberkulösen nicht ausreiche (mit Kostendämpfung im Gesundheitswesen also!). Getötet wurde durch das Injizieren überdosierter Medikamente, das jedoch nicht als fabrikmäßig geplante Massentötung.
Das geschah dann während der deutschen Besatzung in Polen, wo dieses System durch die intensive Verknüpfung der Gesundheitspolizei mit SS und Wehrmacht noch eine Steigerung und Effektivierung erfuhr. Es gab den SS-Röntgensturmbann unter der Führung des Frankfurter Röntgenologen Hans Hohlfelder, der wie Hermann Voß Professor an der Reichsuniversität Psen war. Seine Aufgabe bestand darin, die gesamte Bevölkerung mit Reihenuntersuchungen zu durchsieben und zu selektieren, zur Heilung oder Vernichtung.

Natürlich war durch die Folgen der unmenschlichen Besetzung der Deutschen die TBC-Rate sprunghaft gestiegen. Über die Massentötung der tuberkulösen Polen herrschte ab 1942 innerhalb der deutschen Verwaltungsstellen Einigkeit. Der Tötung der Juden sollte die Tötung der TBC-Kranken nachfolgen. Die gesamte Verwaltungsstruktur war dabei der T4-Aktion angeglichen. Z. B. wurde auch eine zentrale Kontroll- und Erfassungsbehörde installiert, die einerseits den Vernichtungslagern einen "Pflegesatz" garantierte und andererseits diese Vernichtungskosten den Krankenkassen gegenüber geltend machte. Auf diese Weise wurden laut Himmlers Adjutanten Rudolf Brandt allein im Warthegau 8 bis 10.000 Kranke umgebracht. Viele Tausende von Polen wurden in Vernichtungslager gebracht, in denen sie, sich selbst pflegend, auf ihren Tod warten sollten. Das war die Organisation der Vernichtung. Übrigens war jener Gerhard Kloos, einer der Haupttäter der Euthanasieaktion, selber aufgrund einer offenen TBC kriegsdienstuntauglich.

AIDS - DIE KANALISIERUNG DER ÄNGSTE

70 % der Bevölkerung sterben an Herz-Kreislauferkrankungen oder Krebs. Bis jetzt sind ca. 2000 Menschen an AIDS gestorben.
Warum nimmt AIDS einen derart großen Raum ein?
Wieso wird bei AIDS immer die Schreckensvision entvölkerter Gebiete angeführt, wieso geht man bei AIDS immer vom GAU als wahrscheinlichstem Ereignis aus, während z. B. bei Atom- und Chemieunfällen der GAU immer als Ausdruck einer extremen Unwahrscheinlichkeit gilt? Wieso wird AIDS immer in der Form eines Worst-Case-Scenarios gehandelt?
Das Szenarium "AIDS" scheint viel tiefergreifende Ängste und umfassendere Gefährdungen zu kanalisieren, nämlich die Lebens- und Todesbedingungen in einer hochspezialisierten Industriekultur. Das beinhaltet die Folgen der Umweltzerstörung oder ewig strahlender Radioaktivität genauso wie den Tod hinter Krankenhausmauern. In diesem Rahmen erhält AIDS seine politische Funktion, denn die unbestimmbare Angst erhält Namen und Gesicht, es gibt Schuldige und es gibt ein schuldhaftes Verhalten. Wie früher bei der Tuberkulose gibt es die Schuldigen, in diesem Fall die Fixer, die Prostituierten, die Schwulen. "Asoziale", die die Solidargemeinschaft bedrohen. Früher taten sie das, indem sie spuckten und auf den Boden schneuzten, heute tun sie das durch ihr perverses Sexualverhalten, heute kommt die Bedrohung noch dazu im Gewande einer Geschlechtskrankheit daher. AIDS bewegt sich in angstbesetzten Gebieten: Der Angst vor der Vergiftung, dem Anstecken. Der Angst vor dem Tod, dem einsamen Sterben. Und der Angst vor Sex und seinen Folgen.
Der Tod ist ansteckend, und Sex ist sein Weg. Dadurch ist AIDS politisch so nützlich.
"Den täglich aufgerührten Katastophenempfindungen bieten sich vergleichsweise harmlose Fluchtpunkte. Für die Zyniker das Kondom, für die Ängstlichen eine handlichere Katastrophe als etwa die radioaktive Kontaminierung, für die Normalitäts- und Sittenwächter ein neues Kampffeld. Schlechte Zeiten für die, die tatsächlich an AIDS erkranken."
AIDS lebt davon, eine Randgruppenseuche zu sein, die zunächst eine Seuche der Schwulen und Fixer und Prostituierten, mittlerweile eine Seuche der Promiskuitiven ist. Lust, die nicht im Dienste der staatlichen (und kirchlichen) Nachwuchssicherung steht, ist die eigentliche Krankheit. Seit dem 16. Jahrhundert gelten Geschlechtskrankheiten als Maß für Sitten- und Gesellschaftsverfall und hatten auch immer dementsprechende Reaktionen, das beginnt bei Syphilis und hat dort auch ihren bisherigen Höhepunkt; Syphilitiker wurden in den Krankenhäusern des 19. Jahrhunderts wie Verbrecher behandelt, was 1894 die SPD zu einem Charité-Boykott veranlaßt.

1930 schreibt Alfons Fischer in "Hygiene und Moral" "Denn die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten beruht auf dem außerehelichen Geschlechtsverkehr, vor allem aber führt fast jeder Ehebruch zu seelischen Qualen, die man dann vielfach durch Rauschgift, Negertanzmusik und dergleichen zu betäuben sucht."

Da fällt einem Thomas ein. Thomas mit Sabine, Thomas mit ..., Thomas mit ..., und das ist Thomas mit AIDS!

Gesundheitskampagnen sind nicht zuletzt immer Angstkampagnen; in den 20er Jahren gab es im Rahmen der Bakterienphobie Anti-TBC-Kampagnen gegen das Spucken und Schneuzen, heute sind es Kampagnen gegen die Promiskuität. "Die Angst vor Vergiftung sieht nicht nach Gefährdeten, sondern sucht im nächsten Schritt nach Schuldigen und Brunnenvergiftern". Dort setzt der Spiegel gemeinsam mit Gauweiler an. Es wird die Durchsiebung der Bevölkerung mit dem Aids-Test geplant, so wie es früher mit dem Tuberkulin- und dem Wassermanntest war, und die Aidspositiven stehen plötzlich als Kranke da. Als Zombies, lebende Tote, die nur nicht wissen, daß sie tot sind, stehen sie im Fadenkreuz der Gesundheitsämter. So produziert das Gesundheitssystem Kranke. Geholfen werden kann ihnen nicht, aber sie sind näher daran, mögliche Verbrecher zu sein.
"Das Dämonisierungssyndrom, im Kern die Vergiftungsangst ist der zweite Aspekt der Metapher Aids. In unserer Gesellschaft gibt es zahlreiche und sehr gut begründbare Vergiftungsängste angesichts der Vergiftung aller Mittel des Lebens. Zu diesen Gefährdungsszenarien kommt Aids nicht hinzu, es wirkt eher als Ersatzängstigung, die so befreiend wirkt, weil die meisten sich nicht betroffen zu fühlen brauchen."
Aber sterben müssen sie trotzdem, und hier kommt das gesellschaftlich akzeptierte Todesrisiko und die tolerierte Todesursache hinzu. Im Krieg zu sterben gilt als sehr ehrenvoll, an Aids zu sterben nicht. Der Krebs dagegen ist als Todesursache sozial akzeptiert, mögen auch durch jeden Atomunfall Zehntausende neuer Krebsfälle hinzukommen. Es geht hier um die Frage der gesellschaftlich garantierten Sicherheit vor dem Tod, oder anders: Um das Restrisiko des Todes. Und das Restrisiko "AIDS" ist in diesem Katalog überhaupt nicht akzeptiert. Und wie immer suchen die Behörden diese Sicherheit durch Ausgrenzen zu garantieren, sei es nun durch Grenzwerte, Krankenhausmauern oder Gefängnismauern.

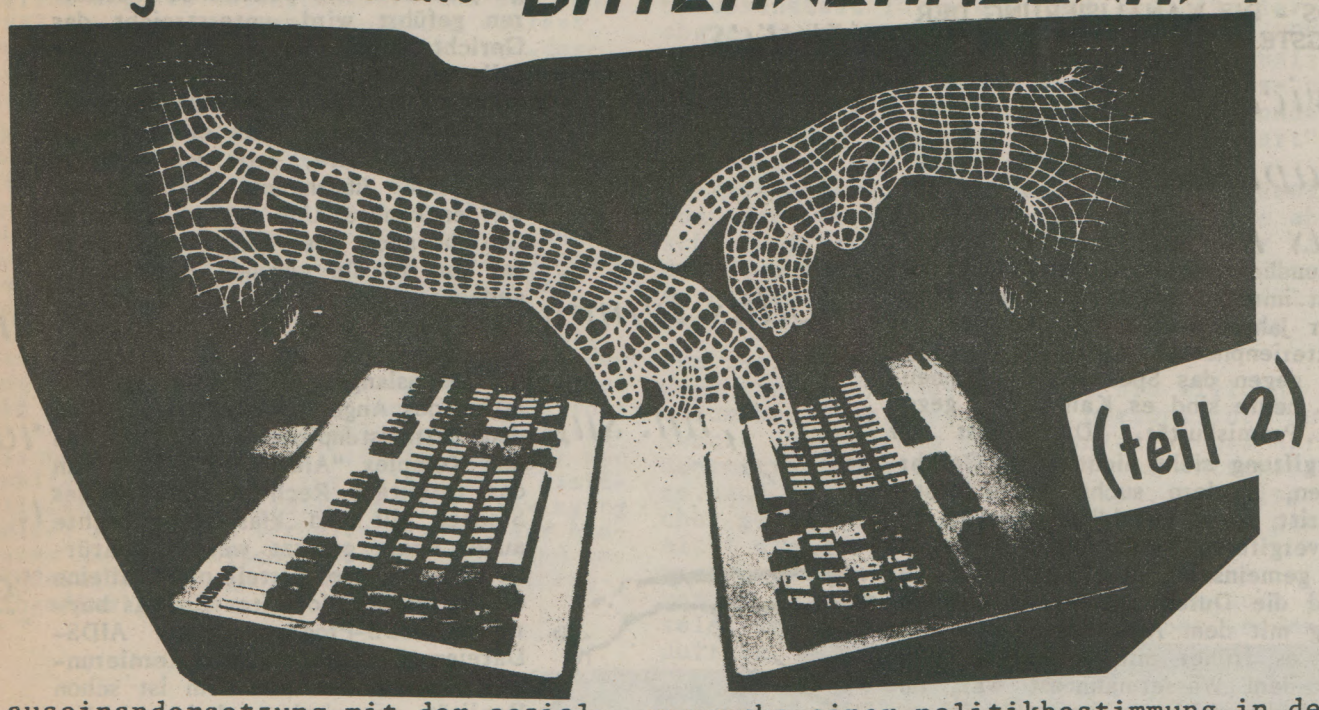
An dieser Stelle wird immer vom Staat die von "Asozialen", seien es nun "AIDS-Desparados" oder "uneinsichtige Offentuberkulöse", bedrohte Solidargemeinschaft ins Feld geführt. Auf welche Weise, hat sich jüngst in Nürnberg gezeigt:

Der HIV-positive schwule und farbige Koch Linwood B. wurde am 17. November 87 zu 2 Jahren Haft ohne Bewährung wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung vom Landgericht Nürnberg verurteilt. Obwohl die Verteidigung in Revision gegangen ist, muß er weiterhin in U-Haft einsitzen. Das tut er nun seit seiner Verhaftung am 5. 2. 87. Für die Verurteilung reichte dem Gericht der auf die Aussage eines Arztes gestützte Vorwurf, das "uneinsichtige Verhalten" des Angeklagten sei generell geeignet gewesen, andere Menschen zu schädigen. In keinem Fall konnte ihm nachgewiesen werden, andere angesteckt zu haben. Daß hier nicht "in dubio pro reo" gilt, sondern ein politisches Verfahren geführt wird, unterstreicht das Gericht durch Begründung des Urteils mit "generalpräventiven Maßnahmen" und der "Gefährdung unseres Rechtsstaats". Daß er überhaupt Sexualität hatte, war das einzige, was ihm überhaupt nachgewiesen werden konnte. Und das reichte dem Gericht auch aus, denn "safer sex" sei nur für die gesunde Bevölkerung gedacht, nicht jedoch für Infizierte. Sonst drohe die "totale Kondomgesellschaft". Faktisch läuft das Urteil auf lebenslanges Sex-Verbot und Isolation des Angeklagten hinaus. Neben den Terroristenprozessen gibt es nun den Komplex "AIDS", in dem allein das totalitäre Rechtsverständnis des Staates gilt und klassische Rechte außer Kraft gesetzt werden. Natürlich steht dieses Urteil nicht alleine da, es ist der Vorreiter für das bayrische AIDS-Programm, das AIDS-Dateien, Zwangstest und Internierungen vorsieht. Viel von dem ist schon Realität, es existieren bei den Länder polizeien AIDS-Dateien, es werden HIV-positive AusländerInnen an den Grenzen abgewiesen, Gesundheitsämter sollen den Polizeien meldepflichtig werden, die Stadt Frankfurt plant Kasernierungen und das Land Hessen hat klammheimlich als erstes Bundesland nach Bayern eine "Verordnung zur Verhütung übertragbarer Krankheiten" verabschiedet! Das Tragische daran ist, daß sich die derzeitige Aids-Politik auf Alternativen innerhalb konservativer Lager zu verengen scheint, auf die Wahl zwischen Süßmuth und Gauweiler, auf zwei unterschiedliche Strategien innerhalb desselben Diskurses. Die zentrale Gefahr der Aids-Aufklärung ist hierbei nicht, daß sie möglicherweise nichts bewirkt. Nein, sie bedeutet die in Gang gebrachte "staatliche Verantwortung". Eine Öffentlichkeitskampagne, die glaubt, eine Gesundheitsgefahr "bannen" zu können, steht schnell unter Zugzwang. Was in diesem Zusammenhang Meldepflicht, Zwangstest usw. bedeutet.
Es gibt wenig Hinweise darauf, daß eine medizinische oder hygienische Kampagne jemals eine Krankheit hätten ausrotten können. Bei Infektionskrankheiten haben sich außerdem die Erkrankungsdispositionen schneller gewandelt als erfolgreiche Behandlungs- und Heilungsstrategien entwickelt werden konnten.
Es geht in diesem Artikel um die Hoffnung, dem gesellschaftlichen Roll-Back, ob es in Gauweiler- oder in Süßmuthscher Form daherkommt, etwas entgegenzusetzen. Sicher, es gibt AIDS und gewisse Vorsichtsmaßnahmen sind sicher angebracht, aber AIDS ist nicht die Katastrophe schlechthin.
Zumindest hat safer sex den Vorteil, daß dadurch die Männer, die seit der Pille angesichts ihrer eigenen "befreiten" Sexualität die Verhütung immer Sache der Frauen sein haben lassen, wieder sich mehr mit dem, was da eigentlich abläuft und ihrem Part darin auseinandersetzen müssen. Kondom sei Dank!

Ansonsten ist es im Moment am wichtigsten, Gelassenheit zu bewahren und Aids dort einzuordnen, wo es hingehört: Als eine ernste Krankheit, eine unter vielen. Gegen die wie gegen viele andere Krankheiten sich vorgesehen werden kann. Und als eine mögliche Todesursache, als ein Risiko mehr im Wirbel des Lebens.

"Und gelassen betrachtet, ist es bei weitem nicht das Größte."

die ganz normale DATENHERRSCHAFT



e auseinandersetzung mit der sozial-
rsicherungsnummer und der patienten-
tei im ersten teil von "die ganz nor-
e datenherrschaft" (s. unzertrenn-
h nr.9) sollte nicht nur den aktu-
en schub des datenangriffs kennzei-
nen,sondern auch das dem technolo-
chen angriff zugrundeliegende im-
rialistische prinzip "auswahl zur
rwertung" verdeutlichen und die kon-
ntationslinie sozialrevolutionären
pfes in der metropole beleuchten.
diesem zweiten teil wollen wir an
i beispielen,dem ausländerzentral-
ister (azr) und dem mutterpass,
politische breite einer orientier-
gegen selektion zeigen.

azr stellt die größte und genaues-
datensammlung in der brd dar und
nt der planung der ausländerverwer-
g und der blockierung von flücht-
gsströmen in die metropole.die fei-
abstufung der aufenthaltsstatus'
gt die methode von zerstückelung
licher sozialer zusammenhänge.darü-
hinaus hat das azr eine vorreiter-
le in der verplanung der metropli-
en armutsbevölkerung.
mutterpass -individualdatenerfass-
über die gebärfähigkeit von frau-
und die gesundheit des geborenen
des- soll die geburt von behinderten
geschädigten menschen verhindern
zeigt die andere seite der auswahl,
vernichtung nichtverwertbaren"un-
ten"lebens in der metropole.

versuche einer politikbestimmung in der metropole finden eine weitgehende zersplitterung im gesellschaftlichen unten vor.der prozess von zerlegung,durchdringung und neuzusammenfassung nach imperialistischen kriterien derjenigen,die am gesellschaftlichen konsens nicht mehr teilhaben sollen,und die neufestlegung der (über-)lebenskriterien für kleinste gesellschaftliche gruppen wird mit hilfe der informationstechnologie organisiert.sexismus und rassismus treiben die zersplitterung voran und blockieren sozialen widerstand.(für linke,die die alte arbeiterklasse durch die marginalisierten ersetzen wollen,ist dies vor allem blockierung,da nicht vorstellbar ist,größere teile von denen,die hier unten sind zu einer revolutionären massenbewegung zu vereinheitlichen.)

das wissen um herrschaftsstrategien und die methoden ihrer umsetzung ermöglicht, die verschiedenen angriffe gegen unterschiedliche soziale gruppen als zusammengehörig,als ein projekt imperialistischer umstrukturierung zu begreifen und ihren selektiven charakter bis in die konkreten administrativen maßnahmen und dreckskampagnen (aok - die gesundheitskasse) zu verfolgen.daraus ergeben sich als erstes negativbestimmungen für linksradikale politikvorstellungen.

es kann uns u.a. nicht darum gehen,den knackpunkt metropolitaner sozialpolitik zu suchen,aus dem eine bewegung gegen die verelendung erwächst"von unten geguckt" entwickelt der angriff seine wirkung gerade in der kombination verschiedener maßnahmen; eine selektive wirkung dadurch,daß die unterschiedlichen kombinationen spezifisch gegen bestimmte soziale gruppen zielen.die politische orientierung gegen eine einzelne massnahme greift deshalb nicht nur zu kurz,sondern reproduziert gerade dann,wenn ein gesellschaftlich übergreifender konflikt erhofft wird,allzuleicht die selektion gegenüber den schon ausgegrenzten.so richtig es ist,daß die "gesundheitsreform" das leben der armen hier materiell angreift,so richtig ist auch,daß eine kampagne,die nicht in gleichem maß gegen z. b. die änderung des sterilisationsgesetzes ("einwilligungsfähigkeit") vorgeht, die aussonderung gegenüber behinderten in der eigenen politik betreibt.
eine konsequenz dieses gedankens ist, daß sozialrevolutionäre politik sich in ihrem kern gegen die imperialistischen selektiven kriterien zu stellen hat,und dies sowohl im politischen entwurf,der bündnisfrage als auch in der disposition der sie tragenden individuen umsetzt.
daraus folgt als erstes die auseinandersetzung mit den sexistischen,rassistischen,gesund-krank,verwertbar-nichtverwertbar ...kriterien im eigenen kopf;
und weitergehend eine genauere bestimmung des eigenen ausgangspunktes und des verhältnisses zu denen,mit denen wir zusammen kämpfen wollen.
die frage,unter welchen bedingungen zusammen kämpfen?,stellt sich neu:
zum einen eröffnet die vorstellung eines kampfes gegen selektion den blick auf neue bündnis-partner/innen,zum anderen werden bündnisverhandlungen,die die debatte um sexismus,rassismus,gesund-krank ... nicht beinhalten,unvorstellbar.

eine vorstellung von gegenmacht ist dann weniger die massenbewegung,in der die linksradikalen einen polarisierenden und militanten pol darstellen,sondern eher die,daß zu den existierenden militanten aktionen an strategischen projekten der gegenseite ein öffentlicher widerstand,der auf einer kooperation von linksradikalen und unterschiedlichen sozialen gruppen basiert,hinzukommt.

S AUSLÄNDERZENTRALREGISTER (AZR)

r hintergrund für entstehung und funktion
s azr wird durch die geschichte der ausländerbeschäftigung in der brd gebildet;deshalb
nd ein paar informationen dazu unumgängch.
22.12.55 wird mit italien ein erstes abmmen über die anwerbung ausländischer arter geschlossen.dieses abkommen hat molcharakter für alle weiteren (mit jugoslvien,portugal,spanien,türkei).welche arterInnen sich in der brd kaputtmalochen rfen,entscheidet eine anwerbekommission nürnberger bundesanstalt für arbeit zummen mit der italienischen arbeitsverwalg.das entscheidende an diesem abkommen an der anwerbung von ein paar tausend lienischen arbeiterInnen ist nicht die lasttung des deutschen arbeitsmarktes" rbert),sondern vielmehr die präventive abherung der selektionskriterien und der sorgliche aufbau des gesetzlichen apparat.dohse betont in diesem zusammenhang,"daß den 50er jahren durch die wiederinkraftzung der ausländerpolizeiverordnung von 8 und der 'verordnung über ausländische eitnehmer' von 1933 eine 'rekonstruktion regierungsinstrumentariums' der ausländbeschäftigung stattgefunden habe,die an rigiden bestimmungen der nationalsoziatischen ausländergesetzgebung .. angepft habe" (zitiert nach herbert).
weiter:"die damit entwickelten struktu(gemeint sind die anwerbevereinbarungen die ausländergesetze)stellten wichtige entscheidungen für die form der auslänzulassung zu einem zeitpunkt dar,als weit breit an eine massive beschäftigung ausdischer arbeiter noch nicht zu denken war" d.).
diesen zeitlichen und inhaltlichen zusamhang gehört die gründung des azr am 5.7. 1955 durch das bundesinnenministerium (bmi) das seine notwendigkeit mit "zum zwecke der verschärften überwachung von ausländern in der brd" beschreibt.

die bundesanstalt für arbeit in nürnberg (bfa) unterhält zur realisierung ihrer selektionsfunktion im zusammenhang mit dem arbeitserlaubnisverfahren -wer darf wo wielange in der brd arbeiten?- bis 1973 eine eigene kartei,die "zentralkartei für nichtdeutsche arbeitnehmer" ihr zweck ist die "überprüfung der arbeitsmarktpolizeilichen auffälligkeit" von ausländern (dohse,189).das heißt,die bfa nimmt die arbeitsmarktpolitische,das bmi die ausländerpolizeiliche selektion (wer ist "bereits einmal polizeilich im bundesgebiet aufgefallen",dohse,190) vor: und beides bereits im herkunftsland. das azr bedeutet dabei den schritt zur zentralisierung der ausländerpolizeilichen selektion im bmi.

die erste phase der ausländerbeschäftigung in der brd (etwa bis 59/60) diente -über die rekonstruktion,neuschaffung ,erprobung und anpassung/aktualisierung des ausländerpolitischen instrumentariums hinaus- dazu,der westdeutschen landwirtschaft den zugriff auf billige arbeiterInnen zu sichern,um so das lohnniveau auf niedriger ebene stabilisieren zu können.

für die zweite phase (bis ca 67) steht die erzwungene mobilität der ausländerInnen als 'fungible reservearmee" im vordergrund.welche rechnung das kapital aufmacht,geht aus dem folgenden zitat hervor,welches zwar von 1918 stammt,aber die situation mitte der 60er jahre zutreffend beschreibt:
"es ist fraglos,daß die deutsche volkswirtschaft aus der arbeitskraft der im besten alter stehenden ausländer einen hohen gewinn zieht,wobei das auswanderungsland die aufzuchtkosten bis zur erwerbstätigkeit der arbeiter übernommen hat.von noch größerer bedeutung ist jedoch das abstoßen oder die verminderte anwerbung der ausländischen arbeiter in zeiten wirtschaftlichen niedergangs. .. ist es unvermeidlich,ausländische arbeiter heranzuziehen,so erscheint es auch sozialpolitisch angezeigt,sie gerade mit den niedrigsten,keine vorbildung erfordernden und am geringsten entlohnten arbeiten zu beschäftigen,denn dadurch besteht für die einheimische arbeitskraft gleichzeitig der beachtenswerte vorteil, daß ihr der aufstieg von der gewöhnlichen, niedrig entlohnten tagelöhnerarbeit zu der qualifizierten und gut entlohnten facharbeit wesentlich erleichtert wird" (f. syrup,zitiert nach herbert).
die ausländerpolitik dieser jahre wird "rotation" genannt; gemeint ist die verhinderung der akklimatisierung und der damit verbundenen steigerung der erwartungshaltung (dieser begriff,rotation,taucht übrigens im entwurf zum neuen geplanten ausländergesetz von csu-zimmermann wieder auf).

s "mobile reservearmee des westdeutschen arbeitsmarktes" schlägt sich unmittelbar im ausländergesetz von 1965 nieder,in welchem ein"rigides aufenthalts- und arbeitserlaubnisgesetz" (bezogen auf menschen aus nicht-ewg-staaten) den ausländerbehörden einen großen selektionsspielraum und vollständige flexibilität hinsichtlich der "zufuhr"ausländischer arbeiterInnen verschafft.die selektion wird durch die gleichzeitige "gleich"-stellung von ausländerInnen aus ewg-staaten mit deutschen arbeiterInnen verschärft,was vorerst aber nur für die italienerInnen gilt. für alle anderen ausländerInnen wird das konzept des vorübergehenden aufenthalts in der brd zur prägenden rechtsvorschrift.der jederzeit drohende verlust der aufenthaltserlaubnis wird als primäres drohungs- und disziplinierungsmittel gegen sie eingesetzt.

1968 wird diese entwicklung bzgl. des azr nachvollzogen,indem es auf computer umgestellt wird (höhere flexibilität seines einsatzes,schnellerer zugriff auf daten,verbesserte kontrollmöglichkeiten,...).

die selektionskriterien bei den anwerbungen: männlich,20 bis 25 jahre alt,ohne familie, arbeitswillig,usw. "schließlich wird man eines vertrauensmannes bedürfen,der .. die erforderlichen auskünfte über charakter,arbeitsfreudigkeit,familienverhältnisse,politische einstellung,vorstrafen usw. einholen kann".. damit man nicht gefahr läuft,das zu bekommen, was man abschieben möchte" (handelsblatt,zitiert nach herbert).

die rechnung des kapitals wird jedoch von teilen der klasse durchkreuzt: wenn auch in der zyklischen zwischenkrise von 66/67 die zahl der ausländischen arbeiterInnen zeitweilig sinkt,steigt die zahl der ausländischen wohnbevölkerung insgesamt weiter an; viele"gastarbeiter" werden zu dauerhaft in der brd lebenden immigranten,die sich ein gewisses existenzrecht erkämpfen und auch ihre familien nachholen können,womit die politik der rotation zusammenbricht.diese entwicklung schlägt sich 1971 in einer neuen ausländer-arbeitserlaubnisverordnung nieder.danach haben ausländerInnen nach fünfjährigem aufenthalt in der brd automatisch für weitere fünf jahre eine "besondere arbeitserlaubnis".davon sind 1972 ca. 400000 ausländerInnen aus nicht-eg-staaten betroffen.mit den 500000 italienerInnen trifft also für rund 40% die drohung des kurzfristigen entzugs der arbeitserlaubnis nicht

mehr zu.
1971 wird auch wieder das azr modernisiert und der entwicklung angepaßt: der gesamte datenfluß zwischen azr und behörden wird computerisiert,sein aufbau ist damit im wesentlichen abgeschlossen.
gleichzeitig fällt die "formale trennung zwischen den selektionsaufgaben von arbeitsverwaltung einerseits und innenverwaltung andererseits" (dohse) weg.die zentralkartei der bfa wird aufgelöst und z.t, ins azr integriert,womit die bfa "auf der basis der daten des azr direkt die polizeiliche selektionsfunktion" (dohse,190) übernimmt.wie diese selektionsfunktion konkret wahrgenommen wurde und wird, war und ist nicht zu erfahren: das bfa erklärt 1974,daß darüber keine auskünfte erteilt würden (dohse,190,fn3).und das bundesarbeitsministerium gibt dazu lediglich bekannt,daß "schon vor inkrafttreten des anwerbestops.. durch enge zusammenarbeit zwischen dem azr und den dienststellen der bfa das verfahren verbessert worden(ist),durch das den auslandsdienststellen der bfa erkenntnisse zugänglich gemacht werden,die beim vermittlungsverfahren berücksichtigt werden"

von diesem zeitpunkt an (73/74) verkörpert das azr eine vierstufige selektionsstruktur: "berufsfachlich,medizinisch,arbeitsmarktpolizeilich,polizeilich" (dohse,192).

ab mitte 1973 gibt es eine wende in der ausländerpolitik: am 22.11.73 wird ein anwerbestop für ausländer aus nicht-eg-staaten beschlossen,der sich vornehmlich gegen türkInnen richtet.die zahl der immigranten sinkt von 800000 jährlich im jahre 1973 auf 2ooooo jährlich im jahr 1978.allein 74/75 kehren 6ooooo immigranten nach südeuropa zurück: insgesamt sinkt die zahl der immigranten zwischen 1974 und 1978 von 7,5 mio auf 6,4 mio..

das wichtigste gesetzliche instrument zur steuerung des zuzugs von ausländerInnen in die brd wird das asylgesetz.herbert überschreibt das kapitel seines buches mit "vom gastarbeiterproblem zur einwandererfrage",um die veränderten bedingungen der ausländerbeschäftigung zu beschreiben.das azr wird hilfsmittel im kampf um die durchsetzung produktiver arbeit im sozialstaat,worum sich die heimischen soziologen sorgen machen,weil der anteil "nichtaktiver" immigranten stetig steigt (mitte der 7oer jahre sinkt die quote der erwerbstätigen ausländerInnen erstmalig unter die der inländischen) bei den"nichtaktiven" handelt es sich zum guten teil um arbeitsverweigerInnen,prekäre und illegale immigranten.

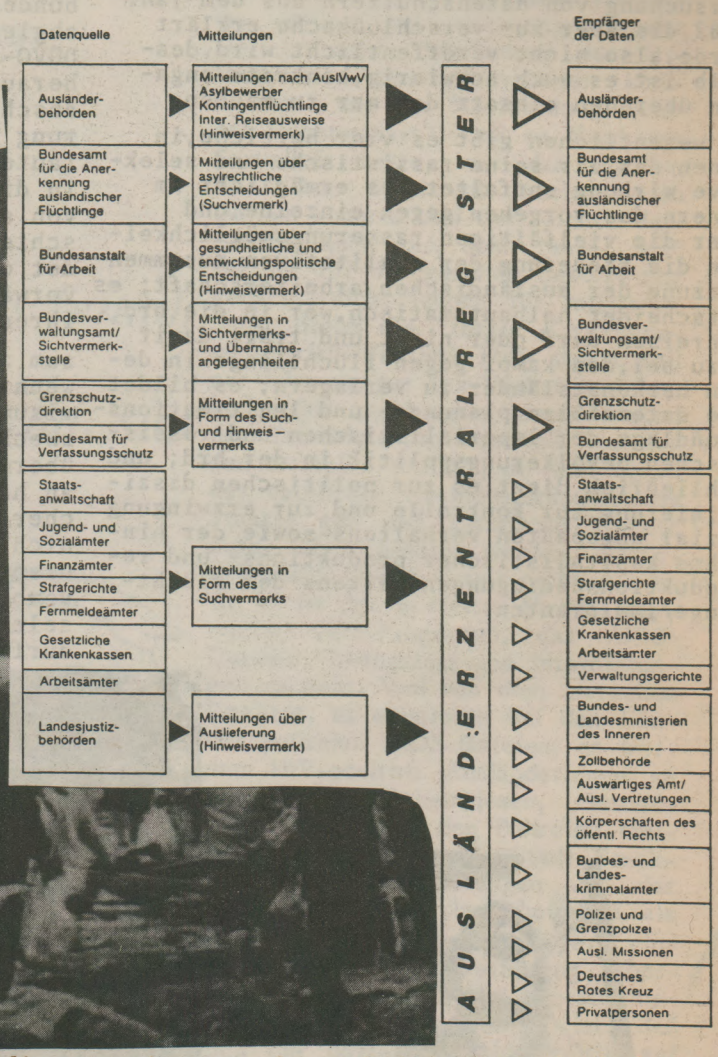
sche anpassungen und/oder erweiterungen des azr in folge dieser entwicklung ist nichts bekannt.klar ist jedoch,daß seit diesem zeitpunkt neben die weiterhin gültige funktion der selektion im herkunftsland immer stärker die kontrolle der in der brd lebenden ausländer insgesamt sowie die aussonderung und vertreibung der nicht produktiv verwertbaren ausländerInnen tritt.

zur zentralkartei für nichtdeutsche arbeitnehmer

die zentralkartei wird am 12.4.61 in münchen-pasing gegründet.die existenz dieser zentralkartei wird jahrelang (bis mindestens 1964) offiziell verschwiegen; zugegeben wird lediglich eine kartei mit angaben über ausländer,die aus gesundheitlichen gründen keine arbeitserlaubnis für die brd erhalten.
die zentralkartei enthält u.a. fälle,in denen ausländische arbeitnehmerInnen "angeblich bzw erwiesen den arbeitsfrieden gestört" haben,"unter arbeitsvertragsbruch ihre arbeitsstelle aufgegeben haben","zwangsweise in ihre heimat zurückgeführt worden sind" und "wegen wissentlich falscher angaben oder aus sonstigen gründen anlaß zur versagung oder zum widerruf der arbeitserlaubnis gegeben haben" (dohse,266).

ferner werden erfaßt: alle betriebe,in denen ein ausländer je gearbeitet hat,tätigkeiten, qualifikationen,beschäftigungsdauer,arbeitslosigkeit.mit anderen worten: erfaßt werden das konkrete verhalten im produktionsprozeß,versuche,sich einen besseren arbeitsplatz zu beschaffen und politisches verhalten.die bfa ist damit im zusammenhang mit dem arbeitserlaubnis verfahren als"arbeitsmarktpolizei" (dohse,267) und gleichzeitig als entscheidungsinstanz mit gerichtsfunktion zu bezeichnen.die zentralkartei ist sowohl voraussetzung als auch datenmäßiger ausdruck dieser funktionen.

Das Ausländerzentralregister – ein Selbstbedienungsladen der öffentlichen Verwaltungen und der Sicherheitsorgane



die verweigerung der arbeitserlaubnis bedeutet auch immer rausschmiß aus der sozialversicherung.wer keine arbeitserlaubnis besitzt,steht dem arbeitsmarkt nicht zur verfügung und hat dementsprechend keinen anspruch auf arbeitslosengeld.wird sozialhilfe in anspruch genommen, liegt ein ausweisungsgrund vor.wann jeweils konkret abgeschoben wird,liegt im ermessen der kommunalen ausländerbehörden.

dohse faßt den komplex zentralkartei/arbeitserlaubnisverfahren zusammen: "die arbeitsverwaltung hatte für ausländische arbeitnehmer ein informationssystem aufgebaut,das mit dem berüchtigten arbeitsbuch durchaus zu vergleichen ist" (dohse,272). "die arbeitsverwaltung .. fungierte -leicht überspitzt formuliert- als arbeitsmarktbezogenes ordnungsamt der kapitale" (dohse,274).dasselbe gilt natürlch für das azr.
wie bereits gesagt wird die zentralkartei ende 1973 aufgelöst,die informationen über gesundheitliche beeinträchtigungen werden ins azr übernommen.

zum azr

das azr gehört als eigene abteilung zum bundesverwaltungsamt in köln.1985 sind dort die daten von ca. 10 millionen menschen erfaßt (bei derzeit rund 4-5 mio flüchtlingen/immigranten in der brd). es ist damit die umfassendste personenbezogene erfassungs-,überwachungs- und aussonderungskartei innerhalb der öffentlichen verwaltung der brd.ca. 180 ausländer und 80 sicherheitsbehörden sowie eine unzahl von institutionen und stellen speisen das azr und/oder nehmen es in anspruch -online und ungehindert durch irgendwelche datenschutzrechtlichen bestimmungen.
das azr gehört per fernabfrage auch unmittelbar zu INPOL (kriminalistik 12/87),wobei die bullen aber der meinung sind,daß der "ausbauzustand unbefriedigend" sei.

die basis der vollständigen erfassung wird durch die kommunalen ausländerbehörden geschaffen,die die persönlichen daten aller immigranten/flüchtlinge an das azr melden (ungefähr 60 einzelangaben).dort hat jeder datensatz eine stammnummer,die einer eindeutigen personenkennziffer (pkz) entsprechen.von der erstmaligen erfassung an fließt ein ununterbrochener datenstrom in die speicher des azr.erfaßt werden nicht nur die flüchtlinge/immigranten, die in der brd leben,sondern generell alle auf dem boden der brd "aufhältigen" menschen "nicht deutscher" staatsangehörigkeit.wer einmal im azr gespeichert war,kommt da nie wieder raus: löschungen gibt es nicht.

über das azr gibt es so gut wie keine veröffentlichungen;es gibt lediglich eine untersuchung von datenschützern aus dem jahr 1982,die aber zur verschlußsache erklärt wurde,also nicht veröffentlicht wird.deshalb ist es auch schwierig,konkrete angaben über den einsatz des azr zu machen.

im wesentlichen gibt es vier bereiche,in denen das azr seine rassistische und selektive wirkung entfaltet: es ermöglicht im innern das vorgehen gegen einzelne und über die vielfältigen rasterungsmöglichkeiten die steuerung der qualitativen zusammensetzung der ausländischen arbeiterschaft; es entscheidet halbautomatisch,wer in die brd einreisen darf oder nicht und trägt damit dazu bei,den kampf gegen flüchtlinge in deren herkunftsländer zu verlagern; es bildet die datenmäßige planungs- und legitimationsgrundlage der imperialistischen und rassistischen bevölkerungspolitik in der brd; und schließlich dient es zur politischen disziplinierung,zur kontrolle und zur erzwingung sozial angepaßten verhaltens sowie der hinnahme kapitalistischer produktions- und reproduktionsbedingungen seitens der flüchtlinge/immigranten.

beispiele zum ersten bereich:
"seit mitte der 7oer jahre findet bei der bundesanstalt für arbeit ein maschineller abgleich 'ausländer' statt,der aus den DEVO/DOVO-daten ausländer ohne arbeitserlaubnis herausfiltert.und durch die ausweisungs- und abschiebepraxis wird zugleich die aussonderung aus der sozialversicherung gesteuert" (autonomie neue folge,p 72).
in diesen bereich gehören auch die tausende von abschiebungen.die ursachen für eine abschiebung sind nahezu beliebig; das azr biedet dazu ein geeignetes potential von daten/vorwänden.jede einzelne abschiebung erfüllt ihren zweck der aussonderung und drohung.

zum zweiten bereich:
wenn eine ausländerIn in die brd will und ein visum beantragt,werden die persönlichen daten zwecks überprüfung vom konsulat an das azr übermittelt.dieses überprüft und entscheidet an hand der gespeicherten daten.damit ist sicher gestellt,daß einreisewillige erst gar nicht die brd-grenzen erreichen.
ursprünglich (d.h. bis zum anwerbestop im november 73) gehört in diesen bereich auch die selektion derjenigen,die angeworben werden durften.

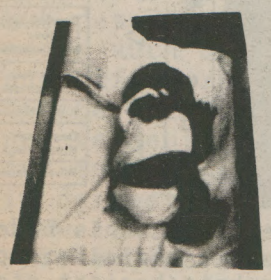
zum vierten bereich:
ausländerbehörden,bullen und verfassungsschutz (vs) verschaffen sich zugang zu informationen über politische betätigung und "störungen des betriebsfriedens". alle "erkenntnisse" werden an das azr gemeldet; im westberliner ausländererlaß vom märz 72 heißt es dazu in einer nahezu beliebig dehnbaren anweisung: "die einleitung strafrechtlicher ermittlungsverfahren und erhebliche verstöße gegen die öffentliche sicherheit und ordnung" werden an das azr gemeldet (dohse,29o). über über die aktuelle realisierung des so gesammelten repressionspotentials gibt es keine informationen.

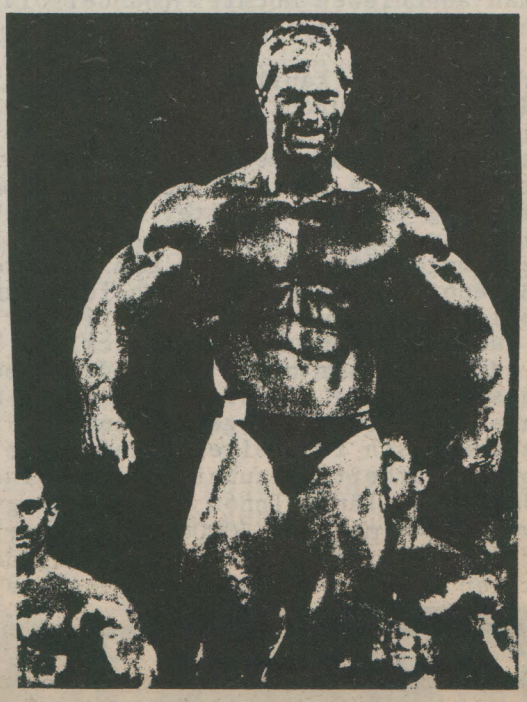
quellen:
immigranten und flüchtlinge - die gläsernen menschen; fritz scheuerer in: vorsicht volkszählung! erfaßt,vernetzt und ausgezählt, kölner volksblatt verlag 1987.

geschichte der ausländerbeschäftigung in deutschland 188o bis 198o: saisonarbeiter, zwangsarbeiter,gastarbeiter; ulrich herbert, dietz 1986.

ausländische arbeiter und bürgerlicher staat; genese und funktion von staatlicher ausländer politik und ausländerrecht;vom kaiserreich bis zur bundesrepublik deutschland; knuth dohse,berlin,express edition,1985.

ausländergesetz..

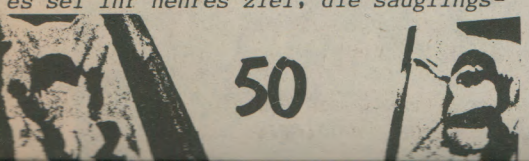


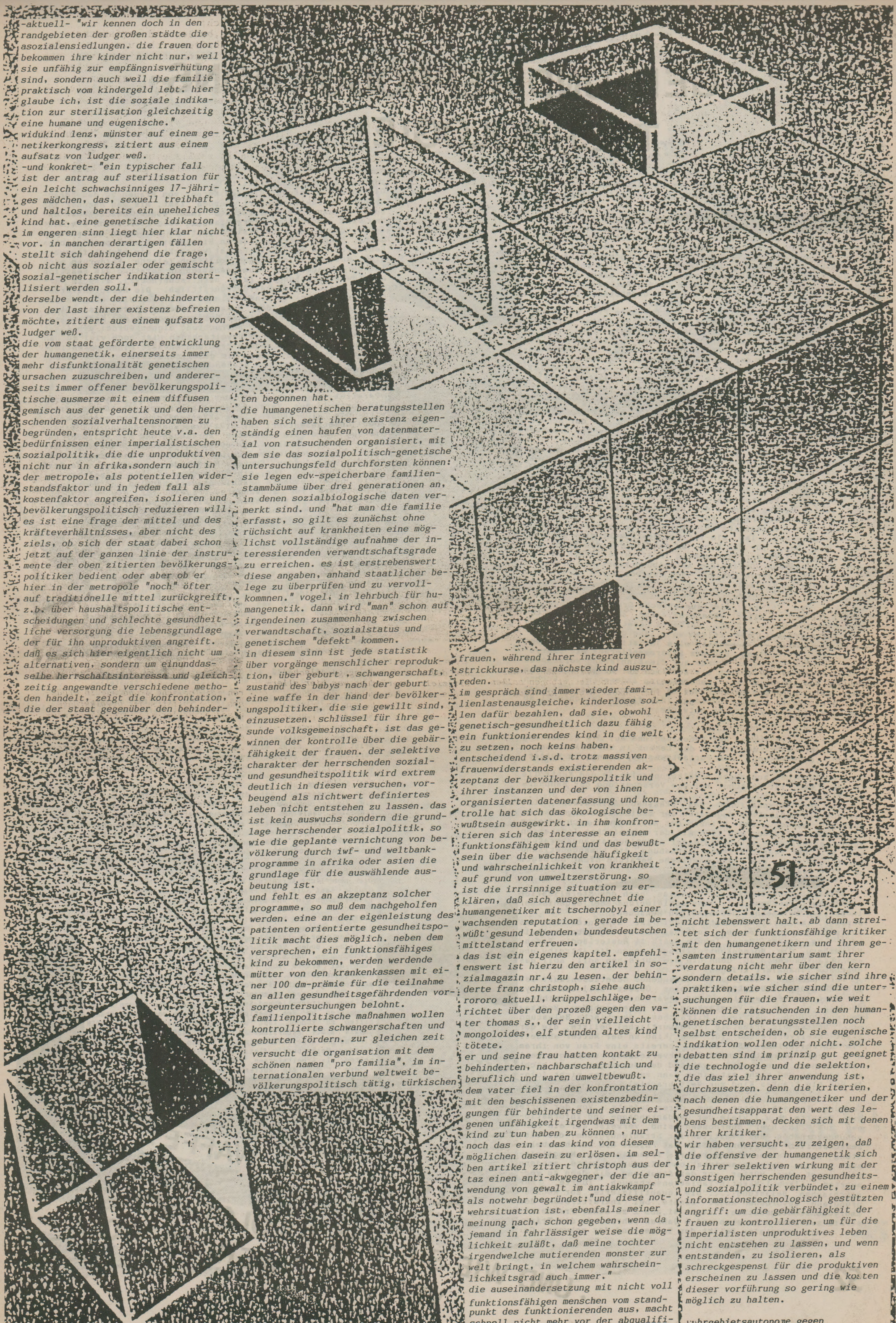


selektion: leben und sterben lassen, im namen der gesundheit.
datenverarbeitung und auslese in der reproduktiven medizin

wenn datenerfassung und verarbeitung über ein für die herrschenden wichtigen bestandteil des lebens eine qualität und struktur erreicht haben gibt es meistens was ? einen neuen pass. dies ist der hintergrund des neuen sozialausweises, siehe letzte nummer, dies ist der hintergrund der neufassung des mütterpasses, die, seit dem 1.4.86 auf dem markt, die "stationen der schwangerschaft" akribisch festhält. der neue mütterpaß stellt intern eine individualdatensammlung über die gebärfähigkeit von frauen dar. auf der umschlagsinnenseite werden die kommenden mütter noch einmal explizit zur teilnahme an allen vorsorgeuntersuchungen aufgefordert. die ergebnisse dieser untersuchungen werden dann im paß eingetragen. so dokumentiert sich in diesem paß als individueller vorsorgeweg der mutter der gesamte vorgeburtliche datenerfassungsapparat: von den ultraschalluntersuchungen beim frauenarzt, über die ergebnisse der untersuchungen der humangenetischen beratungsstellen, bis hin zur entnahme von zellen aus dem fruchtwasser oder der entnahme von chromosomen des embryos in den sogenannten geburtshilfezentren werden die informationen über den "gesundheitszustand" von frau und embryo gesammelt und edv-mäßig gespeichert.
neben ihrer dokumentation im paß werden sie gemeinsam mit nachgeburtlichen daten über die säuglinge, die mit standartisierten "perinatalfragebögen" gesammelt werden, in einem berichtsblatt für die kassenärztliche vereinigung zusammengefaßt.
"damit wird erstmals eine bundesweite statistische auswertung wichtiger daten aus der mutterschaftsvorsorge möglich. diese auswertungen sollen auskunft geben über die inanspruchnahme der vorsorgeuntersuchungen, die verteilung der risiken bei schwangerschaft und geburt, die frühgeburtlichkeit, die säuglingssterblichkeit, die nachgeburtliche sterblichkeit..." (deutsches ärzteblatt, zitiert aus e-colibri, nr. 2 ,sebtember 87)

die herrschende medizin propagiert, es sei ihr hehres ziel, die säuglingssterblichkeit zu senken. zahlen aus regionalen perinatalerhebungen sollen die dringlichkeit dieses kreuzzuges belegen: "der anteil risikofreier (?) schwangerschaften verringerte sich von 54.7 auf 49.9 %. dementsprechend erhöhte sich die anzahl der schwangerschaften mit einem risiko oder mehreren befunden von 38.3 auf 48.9 %." (rheinische perinatalerhebung)
schon immer sind die neu angelegten dateien unter anderem dazu benutzt worden, ihre eigene existenzberechtigung und die guten, in diesem fall vorbeugend heilenden, absichten der herrschenden darzustellen. tatsächlich dokumentieren sie den fortschreitenden einzug von auslese- und ausmerzestrategen in den staatlichen gesundheitsapparat und das imperialistische bedürfnis, in der metropolengesellschaft endlich ihre kriterien vom lebenswerten leben durchzusetzen.
die neueren pläne von ärzten und gesundheitsverwaltung, den aufbau der obengenannten geburtshilfezentren zu beschleunigen, (s. auch hier e-colibri 2/87) belegen zunächst mal das interesse, einer klinisch institutionalisierten zusammenarbeit zwischen gynäkologie und humangenetik. eine rationalisierung der untersuchungsabfolgen und die einführung von neuen untersuchungstechnologien, die schnellere "ärztliche befunde" über den gesundheitszustand des kindes zulassen, sollen in zukunft dafür sorgen, daß bei entsprechenden ultraschalluntersuchungsergebnissen abgesichert werden kann, daß die humangenetiker noch vor ablauf der frist für eugenische indikation zum zuge kommen.
die zusammenarbeit zwischen gynäkologie und humangenetischen beratungsstellen drückt sich in folgender zahl hinreichend aus: 75% der ratsuchenden in den beratungsstellen kommen durch überweisung von frauenärzten.
erübrigt sich eigentlich, zu erwähnen, daß die von der deutschen ärzteschaft gesammelten daten von kollege zu kollege natürlich gern an jedes genetische, bevölkerungspolitische institut in der brd weitergereicht werden. die vollständige integration der humangenetischen akteure in die schwangerschaftskontrolle und erfassung der neugeborenen ist das ende eines längeren prozesses, der sehbar begonnen hat mit der gründung der ersten humangenetischen beratungsstelle 1972, natürlich schon damals mit staatlicher unterstützung durch die deutsche forschungsgesellschaft. offizielle begründung war hier allerdings nicht die senkung der säuglingssterblichkeit, das projekt wurde vielmehr "mit dem ziel", gegründet, "der vermeidung der geburt eines aus genetischen gründen kranken kindes, um den täglichen zustrom behinderter neugeborener mit genetischen krankheiten zu verhindern." dieses ziel wird zwar offensichtlich auch immer gesellschaftsfähiger, dazu später mehr, verständlicherweise will der gesundheitsapparat und besonders die mit ihm eins gewordene humangenetik sich aber immer noch lieber mit leben ermöglichen als mit sterben lassen identifiziert sehen.
deshalb sind es immer noch v.a. die alten und neuen kongresse der humangenetiker unter sich, die am klarsten belegen, worauf "vorsorge" und edv-mäßige erfassung eigentlich hinauslaufen soll:
"täglich werden im bundesgebiet über hundert behinderte geboren. eine verminderung dieses zustroms ist die voraussetzung für die heute schon nicht mehr finanzierbare optimale versorgung aller behinderten in unserem land." der sozialpolitisch verantwortliche humangenetiker wendt stellt die kostenfrage, und bietet so der imperialistischen sozialpolitik schon mitte der 60er jahre seine vernichtungstechnologie als neues bevölkerungspolitsches instrument an. daß solche leute dann noch das wort "versorgung der behinderten" in den mund nehmen und dabei ja nichts anderes meinen können als verwahrung und arbeitszwang, verdeutlicht welche "herrschaftsqualitäten" sie in sich persönlich zusammenfassen.
die herrschende sozialpolitik hat sich wendts vorstellungen entsprechend entwickelt: es ist kein zufall, daß mit den informationstechnologischen und gesetzlichen neuerungen im sozial-gesundheitswesen die krüppel mit einer neuen gesetzlichen grundlage zur zwangssterilisation angegriffen werden. die ausweitung des juristischen begriffs der "einwilligungsunfähigkeit" soll die problemlose zwangssterilisation von krüppeln bringen, die sich widersetzen. der brd-staat hat sich zu einer bevölkerungspolitischen sozial- und gesundheitsattacke entschlossen, für die er den technologischen apparat schon länger vorbereitet hat und de-
ren ideologische grundlage in ergüssen imperialistischer bevölkerungswissenschaftler wie barthelmess niedergelegt ist: "die auffassung, mit meinem eigenen körper kann ich machen was ich will, ist selbst dann anfechtbar, wenn das eigene verhalten nur zur eigenen erkrankung führt, weil dann meist familienangehörige oder die gemeinschaft ... die folgelasten zu tragen haben. die obige leichtfertige auffassung ist aber auf keinen fall zulässig, wenn das eigene verhalten zur genetischen schädigung auch nur eines nachkommen führt." (zitiert aus materialien gegen gentechnologie)
klare sache: die imperialistisch funktionsfähige volks-(solidar)gemeinschaft gegen das selbstbestimmungsrecht von frauen, gegen das selbstbestimmungsrecht von krüppeln. hat die bevölkerungswissenschaft erstmal den widerspruch zwischen männern und frauen, imperialisten und proletariat und funktionierenden und nicht funktionierenden aufgelöst und an ihrer stelle die gemeinschaft erfunden, dann kann der auslese- und ausmerzeapparat dieselbe nach imperialistischen kriterien auswählen. daß pränatale diagnostik und eugenische indikation dabei die speerspitzen sind und von den bevölkerungspolitikern am selbstbewußtesten propagiert werden, läßt vermuten, daß sie sich hier mit der metropolenbevölkerung weitgehend einig hoffen. aber nicht, daß das schon alles gewesen sein soll, was sie mit der ns-sozialplanung verbindet. ausgehend von einer imperialistischen definition von funktionalität des menschen stellen sie historisch und aktuell die gesamte soziale frage:
- historisch- "wenn mit schichtenkriterien genetische unterschiede erfaßt werden können, d.h. wenn soziale tüchtigkeit, bildungsfähigkeit und intelligenz erblich anlagen zugrunde liegen, was nicht zu bezweifeln ist, dann gehört die zukunft den matriell und geistig armen, denn diese beteiligen sich vorwiegend an der erzeugung der nächsten generation. das muß, so hat man in den 2oer und 30er jahren geschlossen, zur fortschreitenden verdummung von generationen führen." (zitiert: jürgens, sozialge-





-aktuell- "wir kennen doch in den randgebieten der großen städte die asozialensiedlungen. die frauen dort bekommen ihre kinder nicht nur, weil sie unfähig zur empfängnisverhütung sind, sondern auch weil die familie praktisch vom kindergeld lebt. hier glaube ich, ist die soziale indikation zur sterilisation gleichzeitig eine humane und eugenische."
widukind lenz, münster auf einem genetikerkongress, zitiert aus einem aufsatz von ludger weß.
-und konkret- "ein typischer fall ist der antrag auf sterilisation für ein leicht schwachsinniges 17-jähriges mädchen, das, sexuell treibhaft und haltlos, bereits ein uneheliches kind hat. eine genetische idikation im engeren sinn liegt hier klar nicht vor. in manchen derartigen fällen stellt sich dahingehend die frage, ob nicht aus sozialer oder gemischt sozial-genetischer indikation sterilisiert werden soll."
derselbe wendt, der die behinderten von der last ihrer existenz befreien möchte, zitiert aus einem aufsatz von ludger weß.
die vom staat geförderte entwicklung der humangenetik, einerseits immer mehr disfunktionalität genetischen ursachen zuzuschreiben, und andererseits immer offener bevölkerungspolitische ausmerze mit einem diffusen gemisch aus der genetik und den herrschenden sozialverhaltensnormen zu begründen, entspricht heute v.a. den bedürfnissen einer imperialistischen sozialpolitik, die die unproduktiven nicht nur in afrika,sondern auch in der metropole, als potentiellen widerstandsfaktor und in jedem fall als kostenfaktor angreifen, isolieren und bevölkerungspolitisch reduzieren will. es ist eine frage der mittel und des kräfteverhältnisses, aber nicht des ziels, ob sich der staat dabei schon jetzt auf der ganzen linie der instrumente der oben zitierten bevölkerungspolitiker bedient oder aber ob er hier in der metropole "noch" öfter auf traditionelle mittel zurückgreift, z.b. über haushaltspolitische entscheidungen und schlechte gesundheitliche versorgung die lebensgrundlage der für ihn unproduktiven angreift. daß es sich hier eigentlich nicht um alternativen, sondern um einunddasselbe herrschaftsinteresse und gleichzeitig angewandte verschiedene methoden handelt, zeigt die konfrontation, die der staat gegenüber den behinderten begonnen hat.
die humangenetischen beratungsstellen haben sich seit ihrer existenz eigenständig einen haufen von datenmaterial von ratsuchenden organisiert, mit dem sie das sozialpolitisch-genetische untersuchungsfeld durchforsten können: sie legen edv-speicherbare familienstammbäume über drei generationen an, in denen sozialbiologische daten vermerkt sind. und "hat man die familie erfasst, so gilt es zunächst ohne rüchsicht auf krankheiten eine möglichst vollständige aufnahme der interessierenden verwandtschaftsgrade zu erreichen. es ist erstrebenswert diese angaben, anhand staatlicher belege zu überprüfen und zu vervollkommnen." vogel, in lehrbuch für humangenetik. dann wird "man" schon auf irgendeinen zusammenhang zwischen verwandtschaft, sozialstatus und genetischem "defekt" kommen.
in diesem sinn ist jede statistik über vorgänge menschlicher reproduktion, über geburt , schwangerschaft, zustand des babys nach der geburt eine waffe in der hand der bevölkerungspolitiker, die sie gewillt sind, einzusetzen. schlüssel für ihre gesunde volksgemeinschaft, ist das gewinnen der kontrolle über die gebärfähigkeit der frauen. der selektive charakter der herrschenden sozial- und gesundheitspolitik wird extrem deutlich in diesen versuchen, vorbeugend als nichtwert definiertes leben nicht entstehen zu lassen. das ist kein auswuchs sondern die grundlage herrschender sozialpolitik, so wie die geplante vernichtung von bevölkerung durch iwf- und weltbankprogramme in afrika oder asien die grundlage für die auswählende ausbeutung ist.
und fehlt es an akzeptanz solcher programme, so muß dem nachgeholfen werden. eine an der eigenleistung des patienten orientierte gesundheitspolitik macht dies möglich. neben dem versprechen, ein funktionsfähiges kind zu bekommen, werden werdende mütter von den krankenkassen mit einer 100 dm-prämie für die teilnahme an allen gesundheitsgefährdenden vorsorgeuntersuchungen belohnt.
familienpolitische maßnahmen wollen kontrollierte schwangerschaften und geburten fördern. zur gleichen zeit versucht die organisation mit dem schönen namen "pro familia", im internationalen verbund weltweit bevölkerungspolitisch tätig, türkischen frauen, während ihrer integrativen strickkurse, das nächste kind auszureden.
im gespräch sind immer wieder familienlastenausgleiche, kinderlose sollen dafür bezahlen, daß sie, obwohl genetisch-gesundheitlich dazu fähig ein funktionierendes kind in die welt zu setzen, noch keins haben.
entscheidend i.s.d. trotz massiven frauenwiderstands existierenden akzeptanz der bevölkerungspolitik und ihrer instanzen und der von ihnen organisierten datenerfassung und kontrolle hat sich das ökologische bewußtsein ausgewirkt. in ihm konfrontieren sich das interesse an einem funktionsfähigem kind und das bewußtsein über die wachsende häufigkeit und wahrscheinlichkeit von krankheit auf grund von umweltzerstörung. so ist die irrsinnige situation zu erklären, daß sich ausgerechnet die humangenetiker mit tschernobyl einer wachsenden reputation , gerade im bewüßt'gesund lebenden, bundesdeutschen mittelstand erfreuen.
das ist ein eigenes kapitel. empfehlenswert ist hierzu den artikel in sozialmagazin nr.4 zu lesen. der behinderte franz christoph, siehe auch rororo aktuell, krüppelschläge, berichtet über den prozeß gegen den vater thomas s., der sein vielleicht mongoloides, elf stunden altes kind tötete.
er und seine frau hatten kontakt zu behinderten, nachbarschaftlich und beruflich und waren umweltbewußt. dem vater fiel in der konfrontation mit den beschissenen existenzbedingungen für behinderte und seiner eigenen unfähigkeit irgendwas mit dem kind zu tun haben zu können , nur noch das ein : das kind von diesem möglichen dasein zu erlösen. im selben artikel zitiert christoph aus der taz einen anti-akwgegner, der die anwendung von gewalt im antiakwkampf als notwehr begründet:"und diese notwehrsituation ist, ebenfalls meiner meinung nach, schon gegeben, wenn da jemand in fahrlässiger weise die möglichkeit zuläßt, daß meine tochter irgendwelche mutierenden monster zur welt bringt, in welchem wahrscheinlichkeitsgrad auch immer."
die auseinandersetzung mit nicht voll funktionsfähigen menschen vom standpunkt des funktionierenden aus, macht schnell nicht mehr vor der abqualifizierung behinderter existenz als nicht lebenswert halt. ab dann streitet sich der funktionsfähige kritiker mit den humangenetikern und ihrem gesamten instrumentarium samt ihrer verdatung nicht mehr über den kern sondern details. wie sicher sind ihre praktiken, wie sicher sind die untersuchungen für die frauen, wie weit können die ratsuchenden in den humangenetischen beratungsstellen noch selbst entscheiden, ob sie eugenische indikation wollen oder nicht. solche debatten sind im prinzip gut geeignet die technologie und die selektion, die das ziel ihrer anwendung ist, durchzusetzen. denn die kriterien, nach denen die humangenetiker und der gesundheitsapparat den wert des lebens bestimmen, decken sich mit denen ihrer kritiker.
wir haben versucht, zu zeigen, daß die offensive der humangenetik sich in ihrer selektiven wirkung mit der sonstigen herrschenden gesundheits- und sozialpolitik verbündet, zu einem informationstechnologisch gestützten angriff: um die gebärfähigkeit der frauen zu kontrollieren, um für die imperialisten unproduktives leben nicht entstehen zu lassen, und wenn entstanden, zu isolieren, als schreckgespenst für die produktiven erscheinen zu lassen und die kosten dieser vorführung so gering wie möglich zu halten.

ruhrgebietsautonome gegen informationstechnologie

GEN-UND REPRODUKTIONS-TECHNOLOGIE

Dieser Text ist aus einer Veranstaltungsbroschüre aus Westberlin geklaut (vom 16.5.88) mit obigem Titel.

Bereits in der Neufassung des §218 1975 wurden Frau und Fötus als voneinander unterscheidbare Personen bezeichnet und dem Fötus das Vorrecht vor der Frau eingeraumt.Der Grundsatz des BVG(Bundesverfassungsgericht)-Urteils lautete:"Das im Mutterleib sich entwickelnde Leben steht als selbständiges Rechtsgut unter dem Schutz der Verfassung". Die Kehrseite dieses Rechtsgut-Statusses des Fotus formuliert Süßmut so: Beim ungeborenen Leben hört das Selbstbestimmungsrecht der Frau auf.
Mit der Schwangerschaft wird die schwangere Frau zur Rechtlosen, der Fötus zum Rechtssubjekt, vertreten durch die Bundesrepublik Deutschland. Jede schwangere Frau, wird, da sie ja nun mal noch nicht vom Fötus zu trennen ist, zur standigen potentiellen Verfassungsgegnerin. Ich beton das hier so, weil in der ganzen 218-Geschichte deutlich wird, wie sehr Vater Staat darauf angewiesen ist, jede potentielle Mutter bis ins letzte zu reglementieren, um sich die Herrschaft über 'seine' Nachkommenschaft, sprich seine Zukunft zu sichern.

Kurz und gut, die Frau, die schwangere hört mit der Schwangerschaft auf eine juristische Person im Sinne des Grundgesetzes zu sein.
Juristisch ist das Mutter-Kind-Verhältnis bereits mit der Unterstellung des Fötus unter den Schutz des Staates (Nicht der Mutter) aufgelöst. Materiell-biologisch wird es durch die Gen-Reprotechnologie aufgelöst. Die faktische und die juristische Auflösung der Mutter-Kind-Beziehung stimmt an folgenden Punkten überein - ist die gleiche Entwicklung auf verschiedenen Ebenen, die insgesamt sehr effektiv ideologisch zusammenwirken: Für die Gen-und Reprotech. werden Frauen als Pränatales Millieu für schadhaft, gefährdend...angesehen. Ist sie für die Reprotech. eine biologische Bedrohung für das Kind, so ist sie für den Staat eine Bedrohung in form der Wahrnehmung ihrer persönlichen Rechte. Zum juristischen Delikt der Abtreibung kommt das pränatale Delikt der Körperverletzung des Embryos durch Gefährdung des pranatalen Millieus.

Der 218 von 76 ist die juristische Grundlage (und auch ideologische!), aller weieteren, zur Zeit formulierten Reglementierungen. Z.Zt. werden 4 Gesetzeentwürfe um den 218 herumgrupiert und zeigen wo's lang geht: Zunächst ermöglich der 218 v. 76 bereits alle juristische Handhabe der In-virtro Befruchtung und des Experementierens mit Embryonen. Der Lebensbeginn wurde auf die Einnistung verschoben (vorher sowohl juristisch als auch von der Kirche wurde die Befruchtung bereits als Lebensbeginn angesehen). 2 Wochen lang ist also das befruchtete Ei ein rechtfreies Gut, das Gut der Gen-u. Reprotechnologen (die fingen ja schon 71 an die in-vitro Befruchtung zu entwickeln).

Mit der Verschiebung des Lebensbeginns auf die Einnistung wird nicht mehr der Beginn des Lebens im Mutterleib angenommen, sondern nur die Fortsetzung des Lebens im Mutterleib.
- Grundlage der moderneen Bevölkerungsplanung und Kontrolle in der BRD ist zunächst mal die Verschärfung der Handhabe des 218.,
- mit der Verschärfung, dem BERATUNGGESETZENTWURF, soll die soziale Indikation zugunsten der medizinisch-eugenischen abgebaut werden. Das Prinzip der Auslese war auch bereits in der §218 Fassung von 1976 mit der eugenischen Indikation schon enthalten. Grundlage einer Abtreibungszwangsberatung ist mit der verschärften Handhabung die humangenetische Beratung. Wird die Humangenetische Beratung nicht befolgt, so tritt das

STERELISATIONSGESETZ auf den Plan, nach dem Sterelisation legalisiert werden soll aus sozialer/und-oder eugenischer Indikation bei "einsichtsunfähigen"Menschen.
Bereits im Beratungsgesetzentwurf ist also nicht nur das Abtreibungsverbot, sondern auch das Abtreibungsgebot enthalten. Aus diesem Grund lehnte Späth im Musterländle Baden-Wurtemberg die Normenkontrollklage gegen die Abtreibu ung auf Krankenschein ab, denn die die abtreiben soll, soll das durchaus finanziert kriegen.
Der nachste, das Ganze abrundende Gesetzesentwurf ist das EMBRYONENSCHUTZGESETZ. Dieses Gesetz soll den Embryo vor der Mutter schützen und zwar nicht vor Abtreibung, sondern vor ihr als Verstärkung von Umweltschäden. Medikamentengebrauch, passives Mitrauchen, psychische Belastung etc. gelten als pränatale (vorgeburtliche) Delikte, die der Staat stellvertretend für das Kind an der Mutter ahndet. Im Vorreiterland USA wurde bereits eine Frau von ihrem Arzt wegen vorsätzlicher Körperverletzung verklagt, weil sie seinen Anweisungen : während der Schwangerschaft nicht zu rauchen und nicht mit einem Mann zu schlafen nicht folgte und ein krankes Kind zur Welt brachte)

Gerburg Treusch-Dieter, aus deren Aufsatz : Von der Torte zur Retorte (s.u.) viele der Gwedankengänge und Informationen zum 218 hier übernommen sind, verweist auf ein Forschungsvorhaben des Institut für Strahlenhygiene, das wissenschaftlich beweisen soll, daß nicht die Strahlenbelastung nach Tschernobyl vermehrte Trisomie (sog. Mongoloismus - eine Chromosomenmutation) Kinder bewirkte, sondern die Angst der Mütter vor der Strahlung, die dann zu vermehrtem Alkohol-Nikotin-Tablettenverbrauch führte, zur psychischen Belastung....."Die quantifizierte, zur Rechtsgrundlage gewordene Angst könnte..bei Inkrafttreten des Embryonenschutzgesetzes, nach §1,abs 2 zu einer Freiheitsstrafe zwischen 6 Monaten und 5 Jahren führen, da die Trisomie als pränatales Delikt den Tatbestand der schweren Gesundheitsschädigung erfüllt"
Die Umweltbelastung, die den Körper von Frauen zu dem "draünenden, gefährlichen"Ort werden läßt, als den Männner ihn seit Beginn des Patriachats immer wieder beschrieben haben,wird umgedeutet zur Belastung des Fötus durch die Mutter. Völlig individualisiert geht sie zu Lasten der schwangeren Frauen wird als deren Hirngespinst oder persönliches Fehlverhalten gedeutet. Es ist verrückt: die höchst fragwürdige, unserer Meinung nach politisch falsche Forderung nach Inanspruchnahme der humangenetischen Beratung als Reaktion auf Uweltbelastungen (z.B. nach Tschernobyl), wird im Vergleich dazu geradezu fortschrittlich. Die Akzeptanzförderung ist hier in einem Dilemma: das, was sich bestens zur Akzeptanzförderung der Humangenetischen Beratungsstellen, der gesamten vorgeburtlichen Untersuchzungen und Kontrollen, wie auch der In-Vitro-Befruchtung eignen würde: die Angst vor Behinderungen durch Umweltschäden, ist noch viel zu nah an den Ursachen der Ängste dran und enthält einen potentiell widerständigen Kern gegen die gesellschaftlichen Interessen, die hinter den Ursachen stehen.

Parallel zur Erklärung der Umweltschäden an Neugeborenen als persönliches Versagen jeder einzelnen schwangeren Frau, wird die AIDS-ANGST zur Akzeptanzförderung aufgemöbelt. -Der Gesetzesentwurf zur Aids-Zwangsuntersuchung und Kasernierung wird als nächstes vorliegen und ein weiterer Bustein in der juristischen und ideologischen Etablierung der neuen Reprotechnlogien sein: Selbst von sich fortschrittlich gebahrdenden Enquete-Mitgliedern wird der Aids-Test bei Schwangeren für sinvoll angesehen. Der normal-patriachale heterosexuelle Geschlechtsverkehr wird zur Bedrohung, insbesondere für schwangere Frauen, für die Aids sehr schnell todlich sein kann und wird zur Gefahr für die Nachkommenschaft des 'Volkes'.

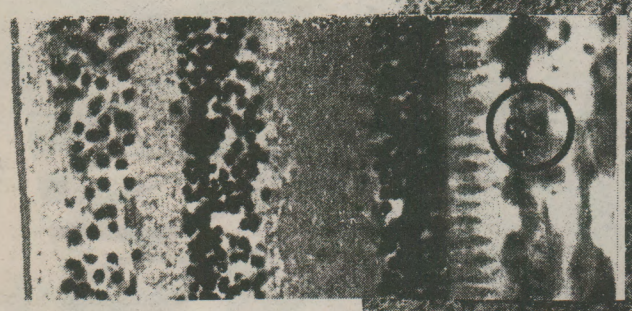
Das Leiden an der Unfruchtbarkeit führt uns auf eine zentrale ideologische Voraussetzung der Gen-und Reprotechnologien: die Mütterlichkeitsideologie und das patriachale Weiblichkeitsideal. Beides entstand mit der bürgerlichen Gesellschaft, auch wen uns heute von Grünen Mütter-Manifestlerinnen bis hin zu neokonservativen Kreisen eingeredet wird, die bürgerliche Mutter-Kind-Beziehung sei ein biologische, überhistorische, ewige Konstante und die daraus bgeleiteten 'weiblichen' Tugenden wie Personenorientertheit, Aufopferungsbereitschaft....Teil der Biologie der Frau.
Mütterlichkeit wird auf-um-neugevertet, wird finanziell belohnt um sie scheinbar der Erwerbsarbeit gleichzustellen. In den CDU-Leitlinien wird die Gleichstellung von Mütter-und Erwerbsarbeit gefordert. Die der Mütterlichkeit entsprechenden Tugenden sollen der Gesellschaft, sprich den Herrschenden vermehrt zugute kommen. Der Dienst der Mutter an Mann und Kindern wird zum Vorbild für den Dienst der Einzelnen am Volksganzen: "die Fähigkeit weiblich zu sehen" meint Blüm," macht erst möglich auf eigene Vorsprünge zu verzichten, mit knapper werdenden Mitteln zu haushalten oder sanfte Technologie und neue Formen des Wirtschaftens zu entwickeln, die Maß nehmen am Menschen".
Die Sorge um und Sorge für das Ganze, die Gattung, das sog. Allgemeinwohl ist die viel bemühte Zauberformel um die Vielen dazuzubringen den berühmten Gürtel enger zu schnallen damit es den Wenigen besser geht, um die große, alle sozialen Gegensätze verschleiernde Krisengemeinschaft smentalität durchzusetzen und nicht zuletzt den Druck zu verschärfen, daß jede verantwortlich ist qualitativ erwünschten Nachwuchs zu produzieren.

Die neuerliche Aufvertung der Mütterlichkeit hat also viele Gründe (auf die, die Frauen selbst dazu bringen gehen wir nachher noch ein) und erwünschte Auswirkungen:
Deutschen (vbor allem Mittelschichtsfruen) Frauen das Kinderkriegen und Muttersein als emanzipiertes Frauenbild wieder näher zu bringen, um dem viel beschworenen Geburtenruckgang der Deuten entgegenzuwirken. sie schafft den ideologischen Boden zur Durchsetzung der Akzeptanz von Repro-Technologien und sie wird nutzbargemacht für die Mobilisierung der Kräfte von Frauen für die Sanierung der rotten Mannergesellschaft. Die Verantwortung der Mütter fürs Allgemeinwohl gilt dabei als Vorbild für alle sich dem Volksganzen und dessen vermeintlichem Interesse unterzuordnen. Da nun Mutterrolle und Selbstständigkeit von Frauen zusammengehören um dem Emazipationsbestreben von Frauen standhalten zu können läßt sich nebenbei und von Frauen (DEN GRÜNEN Z.B.) AKZEPTIERT-JA SOGAR GEFORDERT- die Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse an den Frauen zuerst durchsetzen: Heimarbeit, flexible Arbeitszeit, Teilzeitarbeit gelten als Arbeitsformen, die dem Muttersein angepaßt sind, - die , wie die Mutter selbst - Maß NEHMEN AM MENSCHEN.

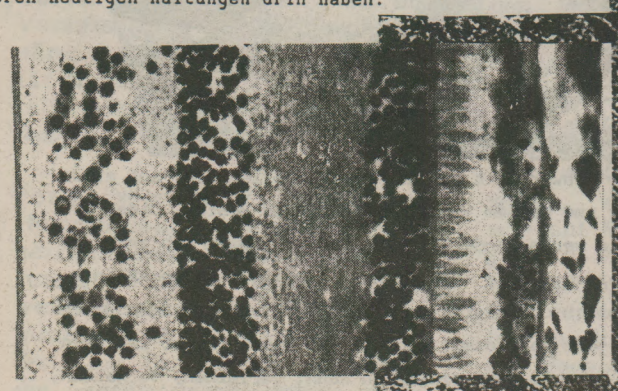
ALS SOZIALE WAFFE...

..UND WIE SIE UNS IDEOLOGISCH VERKAUFT WERDEN SOLL...

Was hat das mit uns zu tun?
Es geht uns jetzt darum zu zeigen, wie sich die Vertreter der Gen-und Reprotechnologien Ideen, Tendenzen, Ansätze etc aus der Frauenbewegung zu eigen machen, wo Feministinnen es ihnen leicht machen, ihenen - wenn meist auch ungewollt- in die Hände zu spielen. Der Versuch der vereinnahmung ist immer die beste Taktik mit Gegnerinnen fertig zu werden, sie selbst zu befrieden, bzw ihre Kritik,ihren Widerstand und ihre Gegenkonzepte so zu benutzen, daß der widerständige Kern verloren geht und eine Solidarisierung verhindert wird.



Das ist oft schwer zu verhindern, was wir jedoch tun können und immer wieder müssen, ist genau daruf zu achten warum was wann kippt und vereinnahmbar wird und aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Uns ist dabei bewußt, daß wir alle eine verschiedene Geschichte mit Frauenbewegung haben und unterschiedliche Positionen darin beziehen- Abgrenzungen etc. Trotzdem gehen wir davon aus, daß wir alle von ihr geprägt sind, bewußter oder unbewußter Teile davon in unseren heutigen Haltungen drin haben.



Bekanntestes, weil eklatantestes Beispiel für ein direktes "In-die-Hände-Spielen" ist die Mitte der 70er Jahre von der US-amerikanischen Radikalfeministin Shulamith Fireston vertretene These, daß erst mit den sich entwickelnden Reprotechnologien eine Befreiung der Frauen von ihrer Biologie möglich wäre. Erst dann, wenn die biologische Ungerechtigkeit des Gebärens durch Frauen abgeschafft werde, sei die Grundlage für soziale Gleichheit der Geschlechter gegeben. Für sie, wie für viele andere damalige Feministinnen, die sich allesamt auf Beauvoir : (das andere Geschlecht) stützen, galt der Mann als das biologisch bevorzugte Geschlecht, die Frau durch ihre Fähigkeit, Kinder zu gebären, als versklavt, gebunden und eingeschränkt - als Natur im Gegensatz zum Mann, der Kultur.

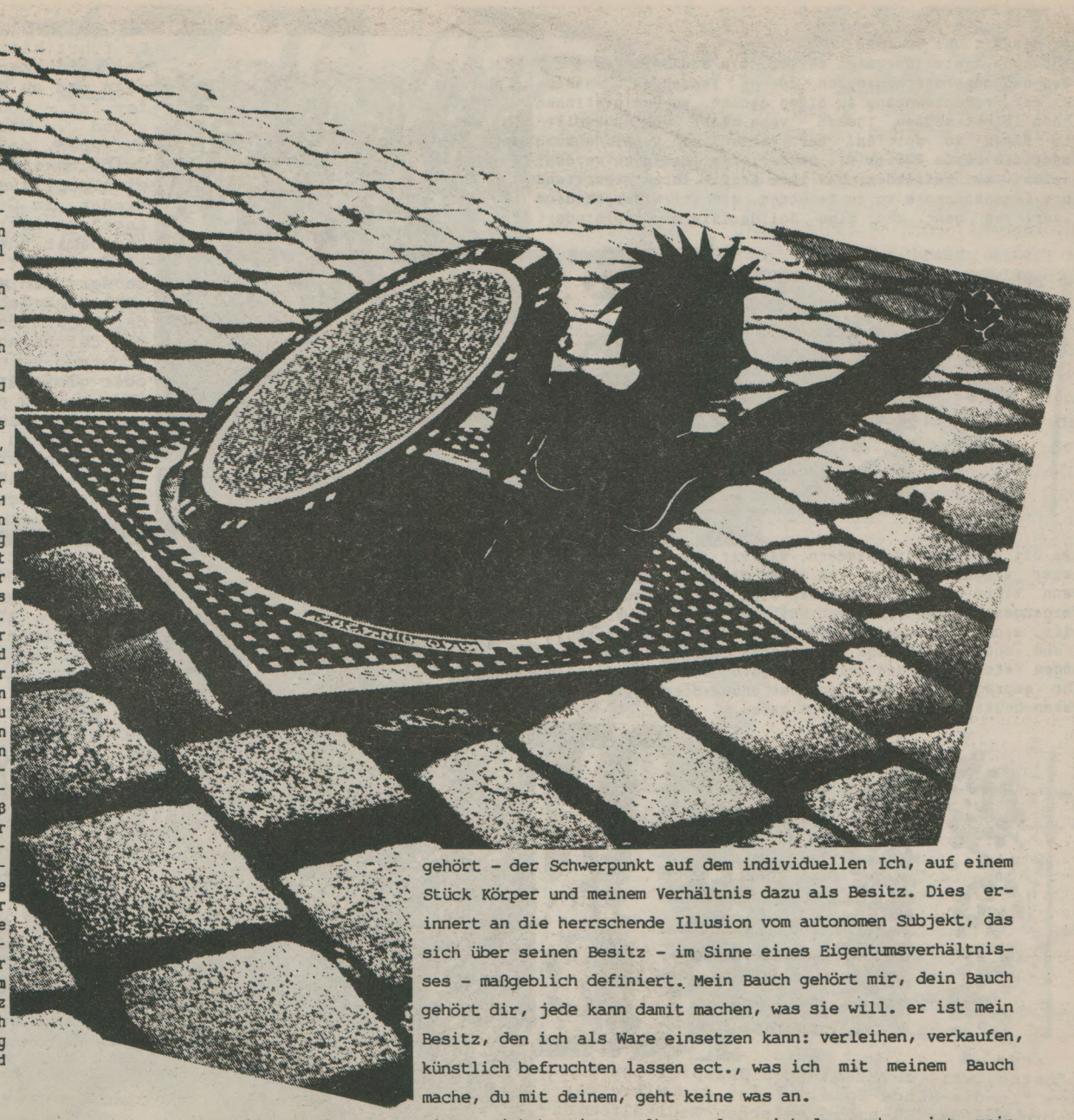
Fast 20 Jahre nach Firestone und fast 40 Jahre nach Beauvoir "das andere Geschlecht" umspült uns heute (u. das auch schon seit nun fast 10 Jahren) die Neue Weiblichkeits-und Neue Mütterlichkeitswelle. Wie gesagt werden beide nicht nur von Feministinnen aller Coleur getragen, sondern auch vobn der breiten öffentlichkeit und Parteinlandschaft. Ob New-Age oder CDU-auf die eine oder andere Weise gilt die Weiblichkeit als hoffnungsfrohe Botschaft für eine bessere Zukunft (die Zukunft ist weiblich oder gar nicht- kommt aus Sprühdosen, wie Parteiprogrammen) Grob lassen sich die 4 Strömungen Neuer Weiblichkeit so zusammenfassen:

[redacted]

einmal wird das Mutterglück als Selbstvervirklichung, biologische Potenz, Lust und Sinnlichkeit betont, im nächsten Weiblichkeitskonzept die soziale Mutterschaft als Macht und Stärke durch die Kulturveredlung und Unentbehrlichkeit mütterlicher Aufopferung und Fürsorge. Das 3. Konzept hat sich der Androgynität des Mannes verschrieben : die Männer sollen weiblicher werden, die Frauen so bleiben wie sie sind, da das Weibliche als das Fehlende in der Kultur begriffen wird, das letzte Konzept begreift Weiblichkeit als spirituelle Energie vorallem, als heilgebliebener Rest in der entfremdeten [redacted] Männerwelt, vor der es diese heile Energie zu schützen gilt.
llen gemeinsam ist, daß sie mehr oder weniger biologistisch argumentierend den Gegensatz von Männlich und Weiblich akzeptieren und umwerten. Dabei stehen nicht mehr dier sozialn Verhältnisse im Mittelpunkt der Gesellschaftskritik, sondern die Bewertung von Weiblichkeit-und Männlichkeit. Der soziale Gegensatz von Männern und Frauen in einer patriachalen Gesellschaft wird zum Kampf weiblicher Tugend gegen männliche Schlechtigkeit, Frauen zur Repräsentantinnen der heilen Gegenwelt des Kapitalismus. Das patriachale Grundmuster kapitlistischer Gesellschaftsorganisation wird mißverstanden als Ausdruck biologischer Männlichkeit.

Es führt hier leider zu weit, die Entwicklungen in der autonomen Frauenbewegung im einzelnen aufzudröseln und zu überlegen, was da wie und warum gelaufen ist - von welchen Frauen auf welchem Hintergrund ... was entwickelt wurde. Es ist nur wichtig zu sagen, daß die Vorstellung, die (patriarchale) Weiblichkeit, die Haus- und Beziehungsarbeit seien eine positive Gegenwelt zum kapitalistischen Patriarchat, im Gegensatz von Haus- und Lohnarbeit schon angelegt ist: die Hausarbeit scheint überhistorisch und damit unkapitalistisch zu sein, weil die anfallende Arbeit für menschliches Leben überhaupt ist. In der, den meisten Frauen aufgezwungenen Arbeit . zählt der Gebrauchswert, die menschliche Beziehung, der Inhalt der Arbeit.
Mit der Annahme, die Alternative in der Kampfausrichtung sein entweder Aufwertung der Hausarbeit oder gleicher Zugang zur Lohnarbeit für Frauen und Männer, lag es nahe, daß die Hausarbeit als das moralisch Bessere angesehen wurde/wird. Das selbstverständlich auf dem Hintergrund, daß der untrennbare Zusammenhang von Haus- und Lohnarbeit als voneinander abhängige, sich wechselweise bedingende Arbeitsformen und -verhältnisse, völlig aus dem Blick geriet.

Außerdem ist es wichtig, die "Neue Weiblichkeit" auf dem Hintergrund zu verstehen, daß sie eine Gegenhaltung gegen das nur negative Frauenbild der schwachen, abzulehnenden Weiblichkeit der frühen Feministinnen (wie auch der männerdominierten Linken) darstellte. Die Suche nach einer positiven Identität als Frau hier und heute rutschte dabei bald in den Mittelpunkt der Befreiung und wurde für einige - manche - viele? bereits zur Befreiung selber. Als positives Leitbild bleibt aber außer der sich in den ständigen, alltäglichen Auseinandersetzungen und Kämpfen entwickelnden Identitäten wenig, woran es sich zu orientieren gäbe. Da springt dann die Biologie in die Bresche, die,über alle Zweifel erhaben, Orientierung und Sicherheit geben könnte.
Um dem Biologismus in der "Neuen Weiblichkeit" entgegenzuwirken, ist es wichtig, immer wieder zu betonen und herauszustellen, daß sich soziale Verhältnisse nur sozial begreifen lassen, daß sie Ausdruck und Ergebnis von Interessen und historischen Entwicklungen sind, denen wir unsere Interessen, unsere sozialen Entscheidungen und Vorstellungen von Leben entgegensetzen.



In der grünen Mutterideologie reicht sich beides-Natur-und Muttermystifizierung die Hand. Mit dem Müttermanifest wird ein politisches Klima unterstützt, in dem jede Frau, die sich nicht als Mutter begreifen will als männlich, von ihrer eigentlichen weiblichen Nautr abweichend begriffen wird. Der soziale Konflikt wird begriffen als der zwischen Müttern und Männer zusammen mit Nicht-Müttern.Die soziale Spalzung von Fruen, die durch die Gen-Reprotech noch eine neue Variante erhält wird hier politisch betrieben und aufbereitet.
Die Entwicklung weg von der grundlegenden Infragestellung der bürgerlichen Geschlechtscharakter - o. [illegible] Geschlechtskrankheiten- hin zum Feiern von Weiblichkeit als Quelle von Selbstbewußtsein und Gesellschaftsveränderung, mutet auf dem Hintergrund der sich anbahnenden Umstrukturierung der Reproduktion völlig widersinnig an. Da wird auf der einen Seite Fortpflanzugn völlig technisiert- zur Ware und unter die Kontrolle von Männern gebracht und auf der anderen Seite das Mutterbild als Mächtige,-Mutter- Kind-Beziehung als romabntische Glücksverheißung betont. Vielleicht hängt aber auch beides unmittelbar miteinander zusammen: Je weiter das Ideal von der realität rückt, desto stärker wird das Ideal betont, wird die Gegenwelt ideologisch produziert. Möglicherweise ist das eine Entwicklung die mit der Käuflichkeit von Frauen als Sexualobjekt auf der einen und der Durchsetzung des romantischen Liebesideals besonders für Frauen auf der anderen Seite abgelaufen ist. Aber abgesehen dvon, entspricht die Bereitschasft Kitsch gegen Realität zu setzen einem immer wieder auftretenden Tendenz dann, wenn die äußere böse, feindliche Welt im Chaos zu versinken droht, sich auf die innere, heile , bekannte Welt zurückzuziehen. Bestens bekannt aus individuellen wie gesellschaftlichen Krisen. Ein weiterer Grund könnte der sein, daß Mutterschaft, so unterdrückerisch und entfremdend sie für Frauen auch vor allem seit Entstehen der bürgerlichen Gesellschaft war, immer auch die Möglichkeit bot sich scheinbar vor Männergevalt zu schützen. Rein ideologisch hat die Frau nur als Mutter(Gottes) Platz, Ehre und Respekt in der Männergesellschaft. Wie oft haben sich Frauen auf ihre Unentbehrlichkeit als Sohnes/Kinderproduzentinnen zurückgezogen um sich selbst zu schützen vor Männergewalt. Wie sehr wird die Illusion aufrechterhalten, daß der ØPlatz an Heim und Herd unter dem Schutz eines Mannes der einzige Schutz vor Gevalt der anderen Männer ist. Könnte es sein, daß sich die Auflösung der Mutterschaftin von Männern vollständig kontrollierte Teilfunktionen so auswirkt, daß Sexismus und Gewalt gegen Frauen total eskalieren?

Im Kampf gegen die völlige Funktionalisierung, Zerstückelung und Verfügbarmachung von Frauenkörpern für die sich anbahnende Menschenproduktionsmaschinerie, sind wir mit einer absurden Situation konfrontiert: Das Festhalten an der bürgerlichen Ideologie von der unlösbaren, biologisch bedingten Mutter-Kind-Beziehung und an der "natürlichen" Mutterliebe kann im Verhältnis zur Vermarktung von Eiern, Gebärmüttern und Föten, von Frauen und Kindern, etwas sehr Widerständiges sein.

Selbstbestimmung/Selbstverwirklichung

Um die radikale infragestellung der gesellschaftlich vorgeschriebenen sozialen Rolle der Frau als Mutter, Hausfrau und Ehefrau ging es der Frauenbewegung in der BRD der frühen 70er Jahre im Kampf gegen den § 218. An diesem § machten Feministinnen deutlich, wie totalitär der männliche Zugriff auf den Körper, die Identität und Realität - kurz das Leben von Frauen im kapitalistischen Patriachat aussieht. Der Angriff galt Staat, Kirche, Kapital, Medizin und nicht zuletzt dem "eigenen Mann", die alle darüber zu bestimmen versuchen, wie sich eine Frau zu verhalten hat.
Der Kampf um den § 218 wurde als Kampf um kollektive Selbstbestimmung von Frauen verstanden. Die Idee der Selbstbestimmung als kollektiver Prozess hieß einmal, sich aus den patriachalen Zwängen, die alle Frauen - wenn auch unterschiedlich - betreffen, zu befreien und gleichzeitig gemeinsam neue Ansätze von Selbstverständnissen als Frauen zu entwickeln; darin trafen sich auch Lesben und Heteras.
Der Kampf gegen den § 218 ist aber auch beispielhaft dafür, wie sich die Idee der kollektiven Selbstbestimmung umkehren kann in die Forderung nach individueller Selbstverwirklichung. Kollektive Selbstbestimmung und der Wunsch nach Selbstverwirklichung stehen sich nicht grundsätzlich als Gegensatz gegenüber - solange der Wunsch nach Selbstverwirklichung der Versuch ist, ein Stück der gemeinsam entwickelten Ansätze von Selbstbestimmung als Frauen hier und jetzt zu leben.
Der Wunsch nach selbstverwirklichung wird erst dann zum individualistischen und befriedeten Verhältnis und Verhalten im kapitalistischen Patriachat, wenn das "Selbst" als Ich und meine persönlichen Möglichkeiten, Fähigkeiten, Wünsche und Träume abgetrennt von den Möglichkeiten und Bedingungen anderer Frauen im kapitalistischen Patriachat in den Mittelpunkt rückt.

In der Parole "Mein Bauch gehört mir" ist diese Tendenz eines individualistischen Verständnisses von Selbstbestimmung im Sinne von persönlicher Selbstverwirklichung bereits angelegt. Anders als beim: "Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine" liegt bei diesem: ich - und mein Bauch - der mir

gehört - der Schwerpunkt auf dem individuellen Ich, auf einem Stück Körper und meinem Verhältnis dazu als Besitz. Dies erinnert an die herrschende Illusion vom autonomen Subjekt, das sich über seinen Besitz - im Sinne eines Eigentumsverhältnisses - maßgeblich definiert. Mein Bauch gehört mir, dein Bauch gehört dir, jede kann damit machen, was sie will. er ist mein Besitz, den ich als Ware einsetzen kann: verleihen, verkaufen, künstlich befruchten lassen ect., was ich mit meinem Bauch mache, du mit deinem, geht keine was an.
Dieses: ich bestimme selbst und was ich da mache, ist mein gutes recht auf Selbstverwirklichung - dieses entpolitisierte Verständnis von Selbstbestimmung kommt den Herrschenden gelegen; mehr: es ist Bestandteil der herrschenden Ideologie und der Verhältnisse. Diese Art Selbstbestimmung gibt es hier sogar als "Recht", das selbstverständlich immer an die Pflicht der Selbstverantwortung gekoppelt ist. Das herrschende "Gsundheitsunwesen" ist ein gutes Beispiel dafür.

- Die Gesundheitsapelle "wer raucht, ist selbst schuld, wenn sie Krebs kriegt", d.h. mehr Krankenversicherung zu zahlen
- Die Tendenz von humangenetischer Beratung und pränataler Diagnostik, die Frau zur Schuldigen zu machen, wenn sie sich den Untersuchungen nicht unterzieht, oder bei festgestellter Behinderung nicht abtreibt
- Die Sterbehilfediskussion, bei der die Verfechter der aktuellen Sterbehilfekampagne eine individuelle Entscheidungsfreiheit betonen, sich auf dieses Recht auf Selbstbestimmung berufen

Sie sprechen allesamt dieselbe Sprache!

Es geht uns darum, ob und wie wir den verwässerten und vom System vereinahmten Begriff von Selbstbestimmung wieder für uns neu und im kollektiven Sinne definieren können. Wir hier (in den Metropolen) haben nicht zuletzt durch die Auseinandersetzungen in der Frauenbewegung (Lesben - Hetera, Farbige - Weiße, Mittelklasse - Unterklasse, d.h. die Auseinandersetzung um Klasse, Rassismus, Zwangsheterosexualität ect.) mittlerweile auch gemerkt, daß dieses "wir Frauen" nur differenziert zu denken ist, daß unsere Vorstellungen von Selbstbestimmung aber auch Selbstverwirklichung immer Ausdruck unserer jeweiligen Lage, Situation und Möglichkeiten ist. Und daß wir nur in einer bemühten, zähen und kritischen Auseinandersetzung mit-

einander eine Idee von Selbstbestimmung entwickeln können.

Dabei geht es nicht darum, neue/alte Dogmen vom 'richtigen Vorgehen', vom 'wahren revolutionären Kampf' zu vertreten; Dogmen und Normen fürs Verhalten, an der die einzelne Frau dann be-und verurteilt wird. Sondern es geht darum, uns die 1000 eigenen Widersprüche zwischen unseren alltäglichen Verhalten,unseren Ideen,unseren persönlichen Entscheidungen und unseren politischen Anspruch bewußt zu machen - herauszufinden, zu wissen, wann und warum diese Widersprüche bestehen, inwieweit sie sich zwangsläufig aus den Verhältnissen, in denen wir leben, ergeben. Herauszufinden aber auch, wie wir die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit durch ein miteinander Lernen und gemeinsames Ankämpfen gegen die inneren und äußeren Zwänge verringern können.

2.11.

WENN DIE NACHT AM TIEFSTEN IST,

DAUERT ES VERDAMMT LANG, BIS ...

Vorspann
Im februar nächsten jahres sollen die " 2.11.- prozesse" beginnen. Die anklage schriften sind geschrieben und ihre wesentlichen "fakten" sind im neuesten bi-info 21 zusammengefaßt.
" die justiz, die medien und bürgerlichen parteien werden nichts unversucht lassen, ihren gerichtssaal in ein postmodernes gladiatorenschauspiel zu verwandeln. Unter dem anfeuernden und höhnischen gelächter der staatsanwälte und richter werden sie uns aufeinander hetzen, mit ihren waffen, mit ihren spielregeln, in ihrer arena. Sie wollen, daß wir uns zerfleischen, unter ihren augen wie sie werden, genauso skrupellos, bestechlich und um jeden preis korrumpierbar." (plattform von verschiedenen autonomen gruppen des rhein-main-gebietes)

Vieles spricht dafür, daß solcherlei befürchtungen real werden: verrat und aussagen, die unklarheit der angeklagten, zugespitzte szeneauseinandersetzung vor dem hintergrund einer fast zerschlagenen startbahnrestbewegung (und um deren nachlassverwaltung?)...
Die verfahrenheit der situation ist kaum zu überbieten.

Im folgenden beschäftigen wir uns vor allem mit letztgenanntem punkt: den fetzereien innerhalb der linksradikalen szene in rhein-main. ZU diesem streit gab es selbst in der bearbeiteten redaktionsgruppe voneinander abweichende positionen; festgemacht insbesondere an der kritischen zustimmung bzw. strikten ablehnung des sog. spaltpilzpapiers von "einigen autonomen der startbahnbewegung".

2.11.88 VERSUCH EINER KURZEN ZUSTANDSBESCHREIBUNG

Die Situation der Linksradikalen im Rhein-Main-Gebiet vor dem Startbahnprozeß
Den desolaten Zustand der Struktur der Autonomen und anderen (Startbahn) Restbewegten im Rhein-Main-Gebiet mit dem Begriff Scherbenhaufen zu bezeichnen, ist vielleicht übertrieben, kommt der Wahrheit aber ziemlich nahe. Zwar kann mensch dem entgegenhalten, daß dies auch vor dem 2.11.87 schon so war, aber niemand kann abstreiten, daß sich durch die Ereignisse jenes Tages und den Folgen in den Monaten darauf, einiges mehr zum schlechteren gewendet hat. Dazu aus der Plattform:
" Wir meinen auch keine plattform, die alle gräben der letzten monate zu schüttet, weder die gräben zwischen uns und einzelnen angek./ gefangenen, noch die gräben unter uns draußen. manche gräben gräben wurden zu tief ausgehoben, als daß wir mit dieser plattform darüber hinweggehen könnten."

Die Tiefe dieser Gräben und die Schwierigkeit /(Unmöglichkeit?) sich auch in positiver (inhaltlicher) Form auf den den Prozeß (Beginn Februar 89) zu beziehen haben zahlreiche Ursachen. Näher beleuchtet werden sollen hier nur zwei Gesichtspunkte: Schwierigkeiten der Solidarisierung mit den Angeklagten und Merkwürdigkeiten in der "Auseinandersetzung" mit der Person von Achim Bender, einem "wortgewaltigen" BI-Sprecher.
Das Aussageverhalten der meisten Beschuldigten als auch der Szene allgemein, hat der BAW erst das Material für Verurteilungen in die Hand gegeben (die Indizien allein hätten zumindest für eine "hieb- und stichfeste" Verurteilung nicht ausge-

Eindeutig keine Bereitschaft (alle) belastenden Aussagen zurückzuziehen zeigen Michael Kurt und Baldur Officius als auch zumindest im entscheidendsten Punkt Andreas Eichler, aber die Bewertung dieser Fakten fällt öffentlichen Gremien, zumindest was die Person Andreas E. betrifft, schwer. So werden die einen als Verräter verurteilt, der andere kann noch auf die Sympatien vieler zählen, da für ihn keine so kla-

ren Worte gefunden werden. Von einer Prozeßstrategie läßt sich angesichts dieser Fakten hier nur schwer berichten, aber lassen wir einen weiteren Auszug aus der Plattform sprechen:
" Die plattform ist in dem bewußtsein geschrieben, das die eigendynmik des prozesses uns überrollen wird, wenn es uns nicht gelingt, unsere vorstellungen dagegen zu setzen - bevor der prozeß beginnt. wenn wir nicht selbst von der sensationellen gerichtssaaldramaturgie eingefangen und geblendet werden wollen, müssen wir den prozeß politisch unsere themen und auseinandersetzungen aufzwingen, sowohl innerhalb des gerichtssaals, als auch außerhalb, als teil

Ein erster teil umreißt kurz zustand und fragen der momentanen gesamtsituation, um dann kritisch kommentierend auf das hier nochmals vollständig dokumentierte spaltpilzpapier überzuleiten.
Ausgehend davon, daß die auseinandersetzungen an den am 2.11. aufgerissenen fragen und widersprüchen u.a. durch die "allianz der kriegsschreienden pole" blockiert wird, greift ein zweiter teil eben diese pole an: der darmstädter id wie auch das "spaltpilzpapier" werden "auseinandergenommen".
ZU guterletzt (!) drucken wir ein "brandaktuelles" plattformpapier ab, das von mehreren autonomen gruppen verschiedener rhein-main-städte getragen wird. Unseres erachtens wird es mit seiner einschätzung zur startbahnbewegung der jetzigen lage am ehesten gerecht. Genauere auseinandersetzungen zur verratsfrage wie auch konkrete vorschläge zum prozeß selbst machen dieses papier zu einem der wenigen ernsthaften versuche, von den lähmenden streits wegzukommen und die verworrene situation aufzuknacken....

Der vorschlag für eine weitreichende, kollektive aussagerücknahme bzw. - verweigerung zu beginn des prozesses -für die angeklagten wie für die zeugen steht zwar mittlerweile konkret im raum. Ob es aber gelingt, die nächsten wochen für eine konstruktive arbeit daran zu nutzen und damit die grundlage dafür zu schaffen, bleibt abzuwarten.
Das verhalten der angeklagten macht diese auseinandersetzung nicht leichter.

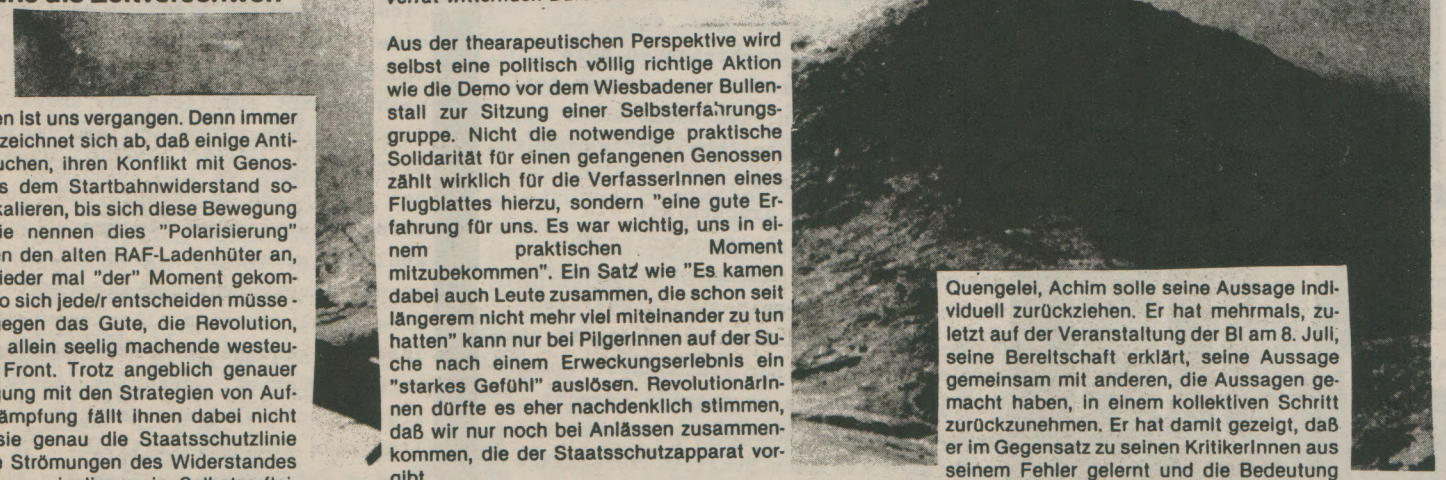
Das stößt aber neben der Schwierigkeit, unsere Themen auf einen Punkt zu bringen, auf die enorme Schwierigkeit der zu entwickelnden Solidarität mit den Angeklagten. So spiegelt sich in ihnen (fast) die gesamte Breite der Startbahnrestbewegung wider und es ist von daher verfehlt, eine einheitliche Position zu Prozeßführung, Justiz und Widerstand zu erwarten. Außerdem haben die meisten Angeklagten selbst Stolpersteine gelegt, sei es durch Aussagen, Uneindeutigkeiten oder sogar Verrat. Aber selbst bei letzterem ist ein eindeutiges Verhalten ihnen gegenüber durch taktische Überlegungen erschwert. Denn eine zu eindeutige Polarisierung könnte eine Schlammschlacht von gegenseitigen Belastungen im Prozeß nach sich ziehen. Dies ist auch ein Grund, warum es keine eindeutige Position zu Andreas E. gibt (neben dem Sympatiebonus durch die Höhe der bei ihm zu erwartenden Strafe). Letztendlich erweist sich eine politische Mobilisierung zum Prozeß als so schwierig, daß sie auf wackligen Beinen oder sogar in Frage steht.
Eine Erweiterung der entstandenen Gräben um etliche Spatenstiche bedeutete der handgreifliche Rausschmiß von Achim B. aus der Au (dem letzten besetzten Haus in Ffm), während eines Festes und seine Denunziation als Verräter, der für die erneute Verhaftung von Andreas Semisch mitverantwortlich währe. Das nachdrücklich zu widerlegen, soll durch den Abdruck des "Spaltpilzepapiers" geschehen. Es war in der

Die (versuchte) auseinandersetzung mit Andreas eichler ist in einer der folgenden artikelreihe nochmals ausführlicher dokumentiert. Mit dieser schilderung gehts uns nicht zuletzt darum, genauer zu begründen, warum andere und auch wir den offensiven ausschluß von andreas eichler fordern.
Diese notwendige trennung soll aber nicht eine"klarheit auf der anderen seite vortäuschen.Also bei denen, -vor allem immer noch in haft einsitzenden- angeklagten, die wir unterstützen wollen. Individualisierter kleinkrieg mit den akten steht bei fast allen im vordergrund, politisch offensives vorgehen im prozeß wird wohl die ausnahme bleiben und ein gemeisames konzept mehrerer angeklagter liegt wohl jenseits aller vorstellungen. Insofern geht es in erster inie um die verhinderung og. szenarios, der konkrete prozeß wird uns ansonsten sicherlich kaum stärke vermitteln.
In dem zusammenhang wollen wir allerdings nochmals betonen, daß wir diesen prozeß auch (nicht) mehr als angelpunkt für den weiteren widerstand in rhein-main sehen. Die erfahrungen mit dem ganzen, die aufgerissenen fragen müssen uns wichtig bleiben, aber ansonsten sind-wir -das sagen wir mal so- über den tiefpunkt längst hinaus. Vom autonomen monatsinfo über hausbesetzungsversuche und ganz gute antifademe bis zur flughafenaktion und anschlägen in sachen iwf...: der regionale widerstand legt wieder zu !

leitung der falsche Eindruck entsteht, (erst) durch die Angriffe einiger Antiimps auf den Startbahnwiderstand, sei dieser in Gefahr sich zu spalten. Bei dem Konflikt mit Achim B. sind nicht nur Antiimps beteiligt und außerdem ist es falsch, nur diesen Schuldzuweisungen zuzuschieben (z.B. ein unglückseliger Subjektivismus) , die genauso an die Adresse der Autonomen gehören. lediglich die rechtfertigenden Papiere (den Rausschmiß betreffend) , die auseinandergenommen werden (vollständig abgedruckt in: Informationsdienst Rhein-Main, Nr 2), sind in der Sprache und vom Inhalt von Antiimps geprägt. Die Schreiber-Innen des Flugblatts haben sich aus berechtigter Empörung über die Angriffe gegen Achim B. ihrerseits zu Formulierungen hinreißen lassen, die schwer oder eben nicht zu halten sind. Wobei hier nicht gegen den gekonnt polemischen Stil gewettert werden soll (ganz im Gegenteil), sondern gegen den Vorwurf an die "RausschmeißerInnen" mit ihren Worten und Taten "objektiv konterrevolutionär zu handeln." Kritisiert wurde auch die zu positive Beschreibung der Startbahnbewegung , die als großes Kollektiv zu bezeichnen sicherlich nicht mit der traurigen Realität übereinstimmt. Der größte Teil des Papiers setzt sich mit den gegen Achim B. geäußerten Vorwürfen und Denunziationen auseinander und widerlegt diese stichhaltig, wobei versucht wird, auf die von ihnen vermuteten Hintergründe

Zur revolutionären identität von spaltpilzen

Einen Fehler begangen zu haben — das müssen wir gleich zu Beginn gestehen. Allzu lange haben wir uns mit den Angriffen einiger Anti-Imps auf den Startbahnwiderstand nicht ernsthaft genug auseinandergesetzt. Über tätliche Attacke auf Achim haben wir einfach den Kopf geschüttelt, das folgende Rechtfertigungsgestammel entlockte uns nur ein Grinsen. Uns mit soviel Hoheit zu befassen, erschien uns als Zeitverschwendung.



Das Grinsen ist uns vergangen. Denn immer deutlicher zeichnet sich ab, daß einige Anti-Imps versuchen, ihren Konflikt mit GenossInnen aus dem Startbahnwiderstand soweit zu eskalieren, bis sich diese Bewegung spaltet. Sie nennen dies "Polarisierung" und preisen den alten RAF-Ladenhüter an, wonach wieder mal "der" Moment gekommen sei, wo sich jede/r entscheiden müsse - für oder gegen das Gute, die Revolution, sprich: die allein seelig machende westeuropäische Front. Trotz angeblich genauer Beschäftigung mit den Strategien von Aufstandsbekämpfung fällt ihnen dabei nicht auf, daß sie genau die Staatsschutzlinie fahren: die Strömungen des Widerstandes voneinander zu isolieren, in Selbstzerfleischungsorgien zu treiben und über Kleinstgruppen hinausgehende kollektive Prozesse zu zerschlagen. Faktisch machen sich diese angeblichen RevolutionärInnen zu Werkzeugen von Rebmann & Co. KG.

In ihrem Verhalten erkennen wir all das wieder, was die Entwicklung des autonomen und antiimperialistischen Widerstandes in den letzten Jahren gebremst hat: den blinden Aktionismus von Minigruppen ohne Verantworungsbewußtsein gegenüber der Bewegung und einen schrankenlosen Sujektivismus, der revolutionäre Identität blockiert, nicht fördert. Über den Kleinstgruppenaktionismus wurde in der Militanzdebatte schon genug Papier beschrieben, daher wollen wir hierzu schweigen. Unsere zentrale Kritik gilt dem im Kern bürgerlichen Subjektivismus, der im Angriff auf Achim und den folgenden "Rechtfertigungen" zum Ausdruck kommt. Wir halten ihn für einen schweren ideologischen Fehler und in seiner Wirkung für objektiv konterrevolutionär. Um nicht mißverstanden zu werden: wir erklären nicht die intensive Beschäftigung von RevolutionärInnen mit ihrer Identität für belanglos oder falsch. RevolutionärInnen in den Metropolen haben allen Grund, sich mit ihrem eigenen Bewußtsein immer wieder selbstkritisch auseinanderzusetzen, zu überprüfen: welche Täuschungen und Bestechungsangebote des Systems verfangen noch, welche Vorstellungen des Sexismus, das Rassismus, der Konkurrenz u.a. stecken noch in uns drin. Befreiung heißt immer auch Kampf gegen seelische Fremdbestimmung, oder wie es die RZ sagen: *"Wenn wir sagen, daß Freiheit nur möglich ist in der Entscheidung gegen das herrschende System, so schließt das auch Kompromißlosigkeit gegenüber den verinnerlichten Gewaltverhältnissen ein. Befreiung ist immer auch Kampf gegen die Unterwerfung des Subjekts durch die Macht, die den Menschen bis ins Innerste seiner physischen und psychischen Strukturen geformt und deformiert hat."*

Wenn die VerfasserInnen des 3 1/2-Seiten-Papiers zur Rechtfertigung ihrer Attacke auf Achim von ihrem Bestreben sprechen, wieder "ganzer Mensch" zu werden, eine eigene "revolutionäre Identität" zu entwickeln, so können wir das also im Ansatz verstehen. Doch der Weg, den sie dazu einschlagen, führt in die Sackgasse des bürgerlichen Individualismus. Die RZ haben diese Gefahr in anderem Zusammenhang benannt: ***"Es sollte klar sein, daß mit so verstandener Befreiung weder individuelle 'Kraftmeierei' noch ein gruppeninterner, quasi therapeutischer Akt gemeint sein kann."***

"Kraftmeierei": Da greifen Leute nicht Bullen sondern einen Genossen tätlich an, um hinterher von einem "revolutionären Schritt" zu schwätzen. Gleichzeitig beweihräuchern sie ihre eigene angebliche Entscheidung, "mit jeder Faser, jedem Millimeter" gegen den Imperialismus kämpfen zu wollen und wollen so vom Tisch wischen, daß nicht der individuelle Wunsch sondern nur das konkrete Verhalten in und zu einem Kollektiv RevolutionärInnen auszeichnet.

"Therapeutischer Akt": Als seien sie Psychiater oder Pfaffen lügen sie kollektive Probleme in individuelle um, erklären Aussagebereitschaft und Verrat nicht als *auch* strukturbedingte Erscheinungen, sondern predigen über "Verdrängung" und persönliche "Unehrlichkeit". Sie heben den Therapeutenfinger und warnen: "Sonst verdrängst Du das und es dreht sich immer wieder gegen Dich" (3 1/2-Seiten-Papier). Da sagen wir lieber mit den GenossInnen der Bewegung 2. Juni: *"Die Antwort, daß der Verräter schon immer ein dummes Schwein war, entsringt eher der hilflosen Wut als der kühlen Analyse. (...) Wer unfähig ist, Verrat geistig zu verarbeiten, wird leicht zum gehetzten, überall Verrat witternden Durchdreher."*

Aus der thearapeutischen Perspektive wird selbst eine politisch völlig richtige Aktion wie die Demo vor dem Wiesbadener Bullenstall zur Sitzung einer Selbsterfahrungsgruppe. Nicht die notwendige praktische Solidarität für einen gefangenen Genossen zählt wirklich für die VerfasserInnen eines Flugblattes hierzu, sondern "eine gute Erfahrung für uns. Es war wichtig, uns in einem praktischen Moment mitzubekommen". Ein Satz wie "Es kamen dabei auch Leute zusammen, die schon seit längerem nicht mehr viel miteinander zu tun hatten" kann nur bei PilgerInnen auf der Suche nach einem Erweckungserlebnis ein "starkes Gefühl" auslösen. RevolutionärInnen dürfte es eher nachdenklich stimmen, daß wir nur noch bei Anlässen zusammenkommen, die der Staatsschutzapparat vorgibt.

Ein/e RevolutionärIn sollte im Gegensatz zu Sanyassins oder Psycho-Esoterikern nicht nach einem mystischen Erlösungserlebnis in der Gemeinschaft Gläubiger suchen, und sie/er wird die Konzentration auf die Reinigung des individuellen Seelenlebens auch nicht mit revolutionärem Handeln verwechseln. In seinen Zentren lebt der Imperialismus von der Spaltung der Unterdrückten, von ihrer Isolierung voneinander im individuellen Kampf ums materielle und seelische Überleben. Er lebt davon, daß die Unterdrückten den bürgerlichen Individualismus verinnerlichen. Deshalb kann "revolutionäre Identität" in der Metropole nur heißen: die Schranken zwischen den Unterdrückten überwinden zu wollen, sich aus der fremdbestimmten Isolierung in einem kollektiven Kampf aller Strömungen des Widerstandes zu befreien. Revolutionäre Kollektivität — damit kann in einem Land mit 60 Millionen Menschen nicht die interne Gemeinsamkeit der Kleingruppe gemeint sein. Das Kollektiv, um das RevolutionärInnen in der BRD kämpfen müssen, muß möglichst viele Menschen des linksradikalen Spektrums umfassen — und: es muß offen bleiben. In den vergangenen Jahren waren auch wir Autonome da erfolgreich, wo wir uns auf gemeinsame Prozesse mit anderen einließen: das war die Stärke des Kampfes um die Hafenstraße, ermöglichte die Durchführung der politsch militanten und doch breit getragenen Hanau-Demo '86. Auch der Erfolg der IWF-Kampagne hängt stark von unserer Fähigkeit ab, zu Gemeinsamkeiten mit nichtautonomen Linken zu kommen, ohne unsere radikalen Positionen aufzugeben. Nur so kann derzeit das revolutionäre Spektrum wachsen. Militante Propaganda und solidarischer Streit gehören zu solchen Auseinandersetzungen — auf keinen Fall aber körperliche Gewalt gegen einen Genossen.

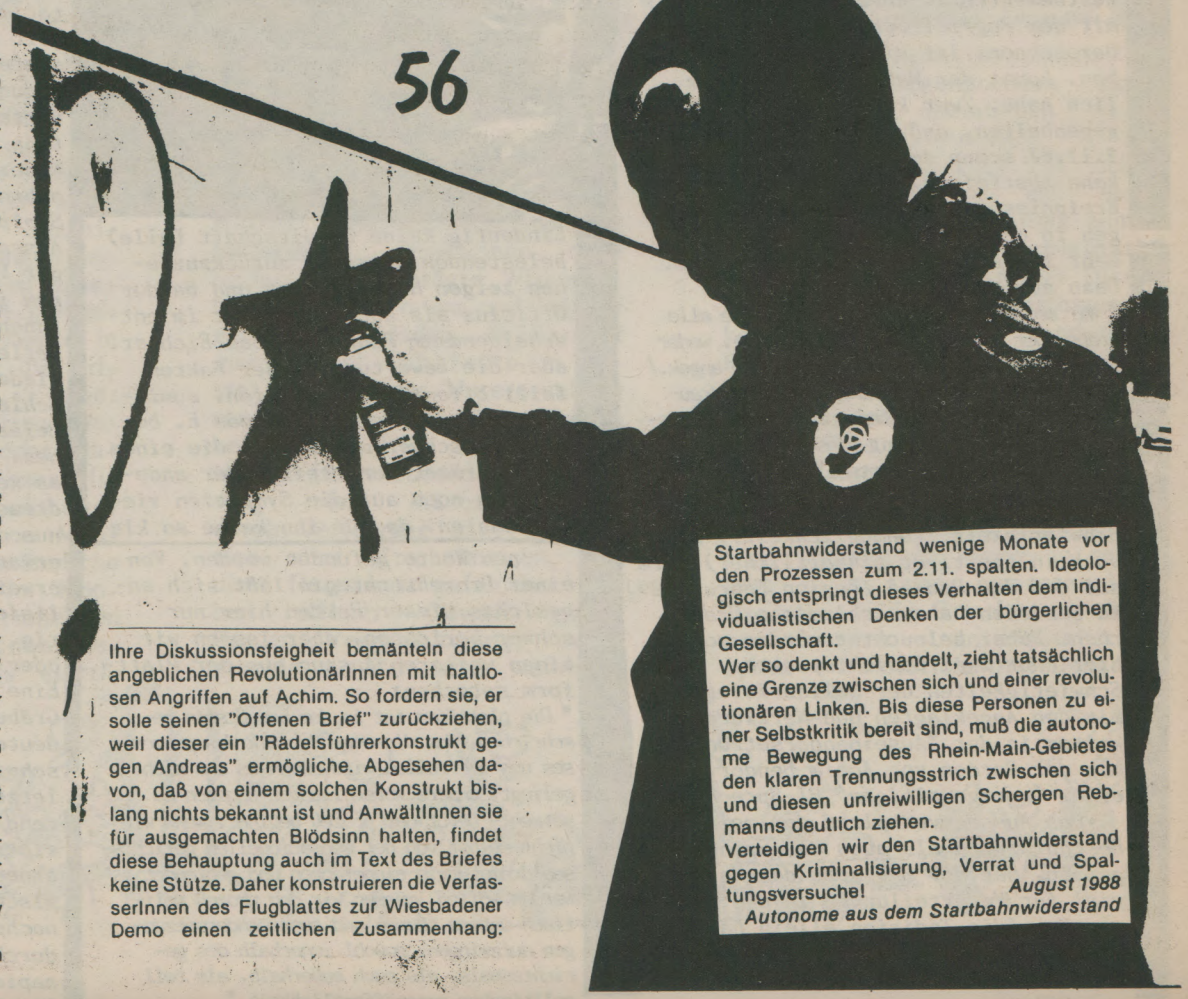
Natürlich, das Wort "Kollektivität" ist gerade auch denen teuer, die Achim angegriffen haben. Aber nur als Phrase, nicht als Aufgabe. Nehmen wir einige Beispiele. Ein Vorwurf gegen Achim lautet: ***"Achim Bender hat Andi weder in den Knast geschrieben, noch hielt er es nach seiner Freilassung für nötig, auf ihn zuzugehen und sich mit ihm über die Sache auseinanderzusetzen" (Flugblatt zur Wiesbadener Demo).***

Achim Benders politischer Fehler, überhaupt eine Aussage zu machen (auch wenn sie Andreas faktisch nicht belastet hat), soll also nicht primär kollektiv im Startbahnwiderstand diskutiert werden. Achim soll sich nicht einer öffentlichen Kritik stellen und Selbstkritik üben (genau dies hat er ja getan — selbst den VerfasserInnen des 3 1/2-Seiten-Papiers bekannt ist). Achim soll vielmehr dieses angeblich individuelle/private Problem zwischen ihm und Andreas durch ein privates/individuelles Verhalten — quasi von Mann zu Mann — lösen.

Dies mag dem Ehrenkodex preußischer Junker entsprechen, nicht aber den Notwendigkeiten einer Debatte unter radikalen Linken. Aussagen kommen zustande als isolierte, individuelle Verhaltensweisen. Gerade deshalb können sie nur kollektiv diskutiert, der Fehler nur gemeinsam korrigiert werden. Wer sich wie Achim Bender der Diskussion seines Fehlverhaltens auf der Vollversammlung der Bewegung stellt und an diesem Ort Selbstkritik übt (statt Briefchen zu schreiben), handelt korrekt. Angebliche RevolutionärInnen, die ihn deswegen kritisieren, zeigen nur, daß ihnen individuelle Eitelkeit alles, der Startbahnwiderstand als Kollektiv aber nichts bedeutet.

Ähnlich verhält es sich mit der penetranten Quengelei, Achim solle seine Aussage individuell zurückziehen. Er hat mehrmals, zuletzt auf der Veranstaltung der BI am 8. Juli, seine Bereitschaft erklärt, seine Aussage gemeinsam mit anderen, die Aussagen gemacht haben, in einem kollektiven Schritt zurückzunehmen. Er hat damit gezeigt, daß er im Gegensatz zu seinen KritikerInnen aus seinem Fehler gelernt und die Bedeutung von Kollektivität und Solidarität verstanden hat. Nach dem 2.11. hat eine beträchtliche Zahl von Leuten Aussagen gemacht. Es entspringt daher völlig willkürlichen und individualistischen Gründen (weil einige die freche Schnauze und die feine Oberbekleidung Achims hassen) von Achim einen isolierten Schritt zu fordern, statt im Klima der Solidarität mitzuwirken, in dem möglichst viele StartbahngegnerInnen ihre Fehler revidieren.

Die mangelnde Fähigkeit angeblicher RevolutionärInnen zur Kollektivität wird auch in ihrem arroganten Umgang mit dem Startbahnwiderstand deutlich. Sie verweigern die Diskussion, um stattdessen auf dem bekanntlich geduldigen Papier mit Oberflächlichkeiten und Lügen zu operieren. Auf jeweils gut besuchten Treffen der Startbahnbewegung am 12. Juni und 8. Juli wurden sie aufgefordert, ihre Positionen darzulegen. Ob sie nun zu mutlos waren oder einfach nicht interessiert, wissen wir nicht. Jedenfalls gab es ihrerseits nur Schweigen, der Widerstand versuchte mit einem stummen Phantom zu diskutieren. Zu einer dreisten Provokation wird dieses Verhalten durch die Sebstbeweihräucherung dieser "RevolutionärInnen" in ihrem 3 1/2-Seiten-Papier. Dort heißt es wie zum Hohn, "daß es keinen Ort und keinen Zeitpunkt gibt, wo für uns die Auseinandersetzung aufhört". Am 19. Juni beschuldigen dann ausgerechnet diese Stummfilmschauspielerinnen in einem Redebeitrag auf der Frankfurter Nicaragua-Demo vor 120 Linken und 400 Bullen die "Sprachrohre" des Widerstandes, sich "taktisch aus Diskussionen herauszuwinden", um den "eigenen Dreck" nicht diskutieren zu müssen. Wer im Glashaus sitzt...



Ihre Diskussionsfeigheit bemänteln diese angeblichen RevolutionärInnen mit haltlosen Angriffen auf Achim. So fordern sie, er solle seinen "Offenen Brief" zurückziehen, weil dieser ein "Rädelsführerkonstrukt gegen Andreas" ermögliche. Abgesehen davon, daß von einem solchen Konstrukt bislang nichts bekannt ist und AnwältInnen sie für ausgemachten Blödsinn halten, findet diese Behauptung auch im Text des Briefes keine Stütze. Daher konstruieren die VerfasserInnen des Flugblattes zur Wiesbadener Demo einen zeitlichen Zusammenhang: *"Das ganze spielte sich ca. 2 Wochen vor der erneuten Festnahme Andis ab. Es scheint, daß ein BI-Funktionär wie Bender zu einigem bereit ist, bevor er sich ernsthaft mit Kritik auseinandersetzt."* Diese Version beruht auf einer recht eigenwilligen Interpretation des Kalenders. Achims Brief stammt vom 5. Juni, Andreas Verhaftung erfolgte am 7. Juli, ziemlich lange 2 Wochen und keinerlei Zusammenhang. Diese falsche Anschuldigung dient denn wohl auch vor allem dazu, Achim das Maul zu verbieten, also konkret: Achim wird auf einem Fest attackiert, an dem ca. 200 Linke und (wir wollen nicht naiv sein) sicher auch Spitzel teilnahmen, d.h.: in größter Öffentlichkeit. Trotzdem soll er sich nicht öffentlich dazu äußern dürfen. Wessen Verhalten ist da entsolidarisierend und liefert Stoff für Kriminalisierungen?

Der Hauptvorwurf gegen Achim galt ursprünglich seiner Aussage vom November '87, die angeblich Andreas belastet habe. Nun wird wohl kein Thema in autonomen und anti-imperialistischen Kreisen so ausgiebig erortert wie die Taktiken des Staatsschutzes. Selbst die VerfasserInnen des 3 1/2-Seiten-Papiers bleiben davon nicht unberührt. Sie belehren uns vielmehr, daß die Bullen *"immer wieder behaupten, daß Leute ausgesagt hätten. Damit wollen sie dem/der weismachen, leugnen wäre zwecklos, sie wüßten eh schon alles"*. Wer auf diesen, tatsächlich allgemein bekannten Trick hereinfalle, *"tut dies, weil es auch zu sich selbst die Einschätzung gibt, daß mensch reden würde"*. Leider ist diese Erkenntnis nur eine oberflächliche, im konkreten Fall vergessen die AutorInnen sie sofort wieder. Denn: genau jener oben beschriebene Kniff wurde von den Bullen gegenüber Andreas angewendet. Sie behaupteten, Achim habe ihn belastet, obwohl dies schlicht falsch ist. Nun könnte mensch erwarten, daß verantwortungsbewußte und kenntnisreiche RevolutionärInnen sich für den tatsächlichen Inhalt von Achims Aussage interessieren. Dies taten aber die AngreiferInnen am 4. Juni nicht und das tun ihre RechtfertigerInnen bis heute nicht. Sie übernehmen vielmehr willig die Bullenversion, um ihre falsche Anschuldigung (und damit die scheinbare Begründung ihres Handelns) aufrecht erhalten zu können. Oberflächlichkeit oder böser Wille? Würden wir jedenfalls die etwas simplen Psychoanalysen dieser MenschenkennerInnen (siehe oben) übernehmen, so scheinen sie von sich selbst auch zu glauben, munter drauflos verraten zu werden. An solchen Analysenschwindel liegt uns aber nichts. Wir stellen dagegen fest: all diese Ungenauigkeiten, Lügen und Diskussionsverweigerungen haben eine einzige Ursache: die Unmöglichkeit, subjektivistische Ideologie und Wirklichkeit in Deckung zu bringen.

Der übersteigerte Subjektivismus, die Unfähigkeit zu kollektivem Handeln oder auch nur revolutionärer Analyse entspringen nicht dem persönlichen Knall einiger AmokläuferInnen. Dies anzunehmen wäre seinerseits subjektivistisch. Sicherlich gibt es Gründe in der Entwicklung von Teilen des Widerstandes oder auch in der Lebenswirklichkeit derer, die solche Positionen einnehmen. Da wir aber nur grob wissen, wer zu diesem Lager zählt, wäre es Spekulation sich hierüber weiter auszulassen. Wir warnen an dieser Stelle lediglich davor, sich wechselseitig einfach für bekloppt zu erklären.

Die revoluzzen BürgerInnen, die Achim am 4. Juni tätlich angriffen, meinen, damit "eine praktische Grenze gesetzt" und gleichzeitig eine Diskussion in Gang gebracht zu haben. Dem erstern stimmen wir zu, an weiteren gegenseitigen Monologen haben wir dagegen kein Interesse. Das Verhalten dieser angeblichen RevolutionärInnen soll den Startbahnwiderstand wenige Monate vor den Prozessen zum 2.11. spalten. Ideologisch entspringt dieses Verhalten dem individualistischen Denken der bürgerlichen Gesellschaft.

Wer so denkt und handelt, zieht tatsächlich eine Grenze zwischen sich und einer revolutionären Linken. Bis diese Personen zu einer Selbstkritik bereit sind, muß die autonome Bewegung des Rhein-Main-Gebietes den klaren Trennungsstrich zwischen sich und diesen unfreiwilligen Schergen Rebmanns deutlich ziehen.

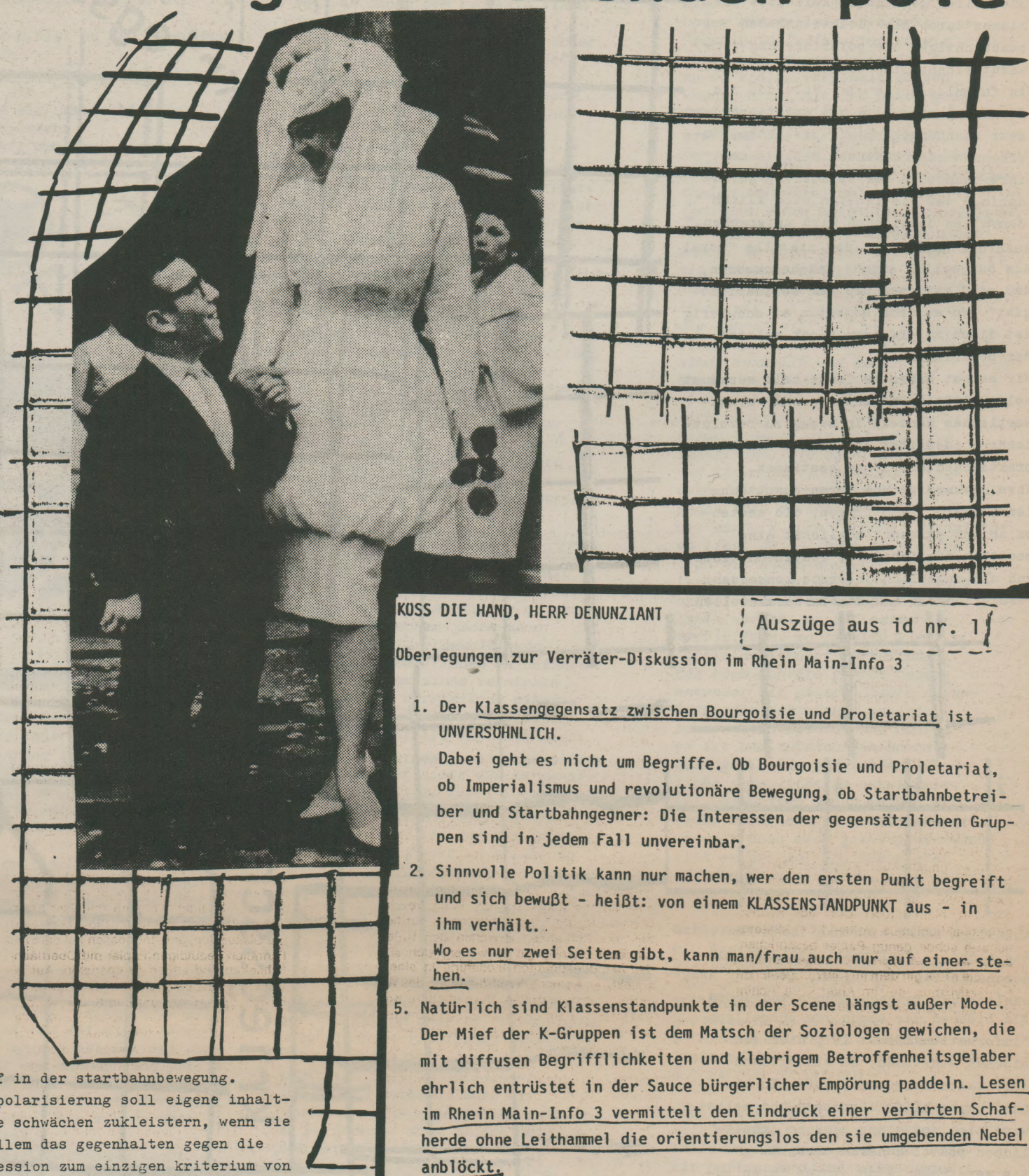
Verteidigen wir den Startbahnwiderstand gegen Kriminalisierung, Verrat und Spaltungsversuche!

August 1988

Autonome aus dem Startbahnwiderstand

Die (un)heilige allianz der kriegsschreienden pole

Der wust der papiere zum 2.11. scheint kein ende zu nehmen . Angriffe und anmache auf einzelne und zusammenhänge, richtiges und falsches, wahres und angedichtetes geben sich die hand. Polarisierung,abgrenzung bis zu spaltung sind inhaltliches resultat vieler papiere. Zwei pole heben sich ab und dominieren die auseinandersetzung. Festgemacht an zwei exemplarischen beispielen: dem "informationsdienst rhein-main nr. 1-3" und dem "spaltpilzpapier" versuchen wir die hintergründe der pole zu erarbeiten.
Das "spaltpilzpapier" ist in der UZ ganz dokumentiert, das "id" veröffentlichen wir in den ausschnitten , die die "polarisierungsabsichten" deutlich machen und belegen.



kriegsschrei 1

Seit dem juli 88 gibt es den "INFORMATIONSDIENST RHEIN MAIN" aus darmstadt, mit mittlererweile 3 ausgaben.
Seither kursiert er in der ganzen BRD und bildet, abgesehen von diversen flugis, veröffentlichungen in einzelnen zeitungen (atom,unzertrennlich,kriminalisierungsrundbrief) und persönlichen kontakten den einzigen zugang für leute aus anderen städten zu den diskussionen und informationen über den 2.11..
Mit bestimmten aussagen und der thematisierung von bisher wenig oder nicht diskutiertem, zu einem so frühen zeitpunkt (juli 88), versuchte der "ID" eine diskussion über a. eichler und seine funktion im komplex 2.11. und entwickelte einen standpunkt zu frank hofmann.
Der "id" wagte sich zu andreas eichler weit vor (siehe auch weiter unten zu andreas e.) und benannte das öffentlich, was viele insgeheim dachten,mutmaßten, aber nicht auszusprechen wagten, zumindest so öffentlich: seinen verrat und die potentielle funktion von andreas e. als kronzeuge der anklage. Sie forderten von allen gruppen und beteiligten eine klare stellungnahme. Sie selbst hatten ja für sich eine entwickelt, nahmen diese aber zum anlass eine falsche polarisierung weiter voranzutreiben. Mit einer klarheit,die sie vorgaben,welche aber nicht tiefer ging. Sie hofieren und veröffentlichen unkritisch artikel zur begründung des rausschmiß von achim bender und belegen damit ihre inhaltliche nähe zu der dahinterstehenden logik. Diese ist aber oberflächlich und platt, ihre absicht ist, daß "eine auseinandersetzung entsteht die zur polarisierung beiträgt", die begründung des rausschmißes, "wieder ganz mensch zu werden und eine eigene revolutionäre identität zu entwickeln."
Dahinter steht eine "schwein oder mensch" logik, wo es kein dazwischen mehr gibt.

Es werden fehler verurteilt und individualisiert,als seien nicht auch die zusammenhänge und die unklarheiten darin die ursachen für fehlverhalten. Der "id" erstellt ein einfaches (klares)modell,täuscht klarheit vor und will damit all die" schäf chen ohne leithammel" zu sich rüberziehen. Diese lippenbekenntnisse sind oberflächlich und ohne eigene festigkeit. Alles in allem eine wiederholung der art und weise von politikverständnis,das es erst möglich gemacht hat,daß es diesen scherbenhaufen 2.11. gibt. Eine "strategie" (wenn es denn eine ist) für die nachlaßverwaltung und den machtkampf in der startbahnbewegung.
Die polarisierung soll eigene inhaltliche schwächen zukleistern, wenn sie vorallem das gegenhalten gegen die repression zum einzigen kriterium von revolutionärer identität und strategie erheben. Inwieweit dabei auch eine abrechnung mit einzelpersonen stattfindet wollen wir nicht näher ergründen.
Ihr 'grundsatzpapier" in sachen inhalt ist das als zuschrift deklarierte papier "küss die hand herr denunziant" aus dem id nr. 1.
Einige wenige richtige ansätze: ("sie haben überhaupt kein recht irgend jemand von uns wegen was auch immer zu verurteilen" oder wenn sie als konsequenz einer verräterdiskussion den" rausschmiß von verrätern als selbstschutz" fordern) stehen einer billigen art und weise von analyse gegenüber. Sie käuen die alte klassenbegrifflichkeit wieder(bourgoisie und proletariat) und setzen diese als meßlatte für soziale bewegungen an.
Erstens scheint die schon längere diskussion um die (neue) klassenzusammensetzung, deren umschichtung und die position und rolle der frauen darin völlig an ihnen vorbeigewandert zu sein. Zweitens zeigt sich darin die bzw. ihre distanz zur startbahnbewegung,wennsie davon ausgehen,daß sich die bewegung als "klasse" verstehen muß und einen gemeinsamen "klassenstandpunkt" hätte entwickeln können(müßen).
Doch die bewegung war und ist in ihren resten unterschiedlich und in ihrer analyse und zielsetzung sehr verschieden. Es ist somit nicht möglich und fern jeder realität einer bewegung solch ein konzept überzustülpen. Sie fordern aber diesen ansatz der klasse und wollen den "klärungsprozeß" in unseren

KOSS DIE HAND, HERR DENUNZIANT

Auszüge aus id nr. 1

Oberlegungen zur Verräter-Diskussion im Rhein Main-Info 3

1. Der Klassengegensatz zwischen Bourgoisie und Proletariat ist UNVERSÖHNLICH.
   Dabei geht es nicht um Begriffe. Ob Bourgoisie und Proletariat, ob Imperialismus und revolutionäre Bewegung, ob Startbahnbetreiber und Startbahngegner: Die Interessen der gegensätzlichen Gruppen sind in jedem Fall unvereinbar.
2. Sinnvolle Politik kann nur machen, wer den ersten Punkt begreift und sich bewußt - heißt: von einem KLASSENSTANDPUNKT aus - in ihm verhält.
   Wo es nur zwei Seiten gibt, kann man/frau auch nur auf einer stehen.

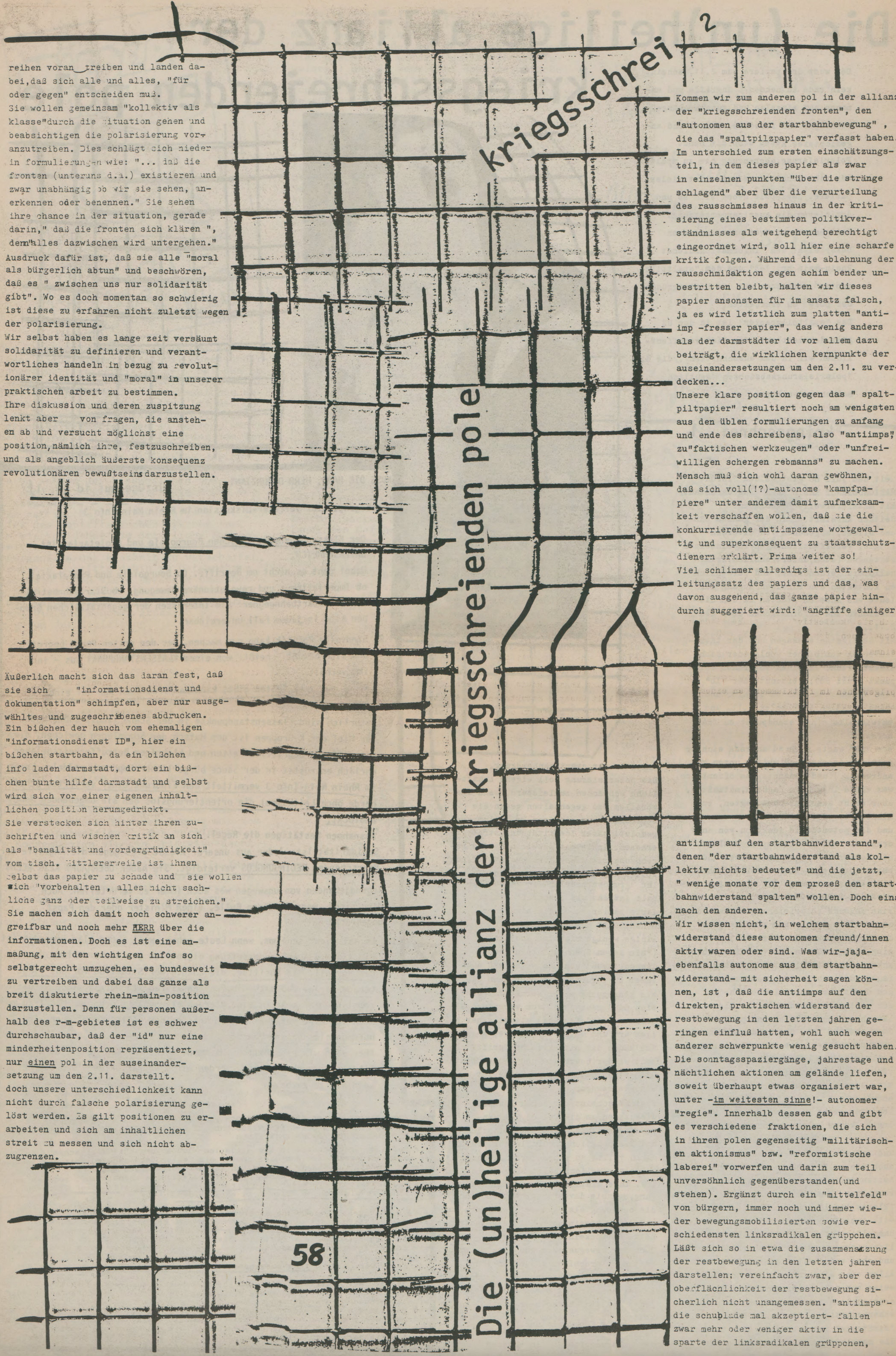
5. Natürlich sind Klassenstandpunkte in der Scene längst außer Mode. Der Mief der K-Gruppen ist dem Matsch der Soziologen gewichen, die mit diffusen Begrifflichkeiten und klebrigem Betroffenheitsgelaber ehrlich entrüstet in der Sauce bürgerlicher Empörung paddeln. Lesen im Rhein Main-Info 3 vermittelt den Eindruck einer verirrten Schafherde ohne Leithammel die orientierungslos den sie umgebenden Nebel anblöckt.
   Ausnahmen bestätigen die Regel.
9. Solidarität ist: Jeder aus unserer Klasse wird gegen die Angriffe der Herrschenden BEDINGUNGLOS verteidigt. Sie haben OBERHAUPT KEIN RECHT irgendjemanden von unswegen was auch immer zu verurteilen. Auch dann nicht, wenn er einen Bulle, einen Minister oder den Papst umgebracht hat.
15. Es ist nicht schlimm, wenn Leute gehen, weil ihnen klar geworden ist, daß sie die Auseinandersetzung eigentlich gar nicht wollen.
    Der Vorteil, das Positive, die Chance der Situation für uns liegt gerade darin, daß sich die Fronten klären. In der jetzigen Situation kommt niemand mehr um eine klare Stellungnahme drumrum. Man/frau muß sich für eine der zwei Seiten entscheiden. Alles dazwischen wird hoffnungslos untergehen.
    Aber wenn wir es schaffen zusammen, KOLLEKTIV ALS KLASSE durch die Situation durch zu gehen, werden wir sicherer, klarer und stärker sein als je zuvor.

...aus id nr. 2

WIR SIND EINIGE VON DENEN, DIE AUF DEM FEST IN DER AU ACHIM RAUSGESCHMISSEN HABEN. WIR WOLLEN AUFSCHREIBEN WIESO UND WIE DAS GELAUFEN IST, WEIL SICH DARAN VIELE DISKUSSIONEN/FRAGEN ENTWICKELN.

wir haben den rausschmiss in der situation spontan gemacht, weil achim - obwohl er aussagen gemacht hat und dies später als fehler bezeichnete - mit den leuten, die er namentlich genannt hat, keinen kontakt aufgenommen hat.
es ging uns dabei nicht um eine "bestrafungsaktion im nachhinein", sondern darum die möglichkeit zu ergreifen, die wir für jede/n sehen, sich immer wieder neu für einen revolutionären schritt zu entscheiden.

alle,die ausgesagt haben und sich damit nicht offen auseinandersetzen verschärfen die kluft, die sie durch die zusammenarbeit mit den bullen zwischen ihrer politischen und ihrer menschlichen identität gerissen haben und genau das macht es uns auch so schwer die leute in ihren zielen und bedürfnissen ernstzunehmen.
wir hoffen das an dem rausschmiss, wo wir erstmal eine praktische grenze gesetzt haben, und das auch für einzelne von uns unterschiedlich von gefühl bestimmt und initiativ war, eine offene auseinandersetzung entsteht die zur polarisierung beiträgt:
das heisst, alle die wirklich kampfen,-also auch siegen-wollen, mussen sich neu entscheiden und alte denkschemata ablegen um die kluft zu zerstören und wieder eins zu werden: ganzer mensch.
für uns ist die auseinandersetzung um die aussagen jetzt auch konkret seit dem fest ein erster anfang davon das scharfe bewusstsein zu entwickeln, das ein teil des kampfes ist:wie ernst wir uns begreifen, wie ernst wir uns nehmen, wie ernst wir unser bewusstsein nehmen und wie ernst wir den kampf und das ziel, unser ziel, nehmen.



reihen voran treiben und landen dabei, daß sich alle und alles, "für oder gegen" entscheiden muß.
Sie wollen gemeinsam "kollektiv als klasse" durch die situation gehen und beabsichtigen die polarisierung voranzutreiben. Dies schlägt sich nieder in formulierungen wie: "... daß die fronten (unteruns d.s.) existieren und zwar unabhängig ob wir sie sehen, anerkennen oder benennen." Sie sehen ihre chance in der situation, gerade darin," daß die fronten sich klären ", denn alles dazwischen wird untergehen."
Ausdruck dafür ist, daß sie alle "moral als bürgerlich abtun" und beschwören, daß es " zwischen uns nur solidarität gibt". Wo es doch momentan so schwierig ist diese zu erfahren nicht zuletzt wegen der polarisierung.
Wir selbst haben es lange zeit versäumt solidarität zu definieren und verantwortliches handeln in bezug zu revolutionärer identität und "moral" in unserer praktischen arbeit zu bestimmen.
Ihre diskussion und deren zuspitzung lenkt aber von fragen, die anstehen ab und versucht möglichst eine position, nämlich ihre, festzuschreiben, und als angeblich äußerste konsequenz revolutionären bewußtseins darzustellen.

Äußerlich macht sich das daran fest, daß sie sich "informationsdienst und dokumentation" schimpfen, aber nur ausgewähltes und zugeschriebenes abdrucken.
Ein bißchen der hauch vom ehemaligen "informationsdienst ID", hier ein bißchen startbahn, da ein bißchen info laden darmstadt, dort ein bißchen bunte hilfe darmstadt und selbst wird sich vor einer eigenen inhaltlichen position herumgedrückt.
Sie verstecken sich hinter ihren zuschriften und wischen kritik an sich als "banalität und vordergründigkeit" vom tisch. Mittlererweile ist ihnen selbst das papier zu schade und sie wollen sich "vorbehalten , alles nicht sachliche ganz oder teilweise zu streichen."
Sie machen sich damit noch schwerer angreifbar und noch mehr MERR über die informationen. Doch es ist eine anmaßung, mit den wichtigen infos so selbstgerecht umzugehen, es bundesweit zu vertreiben und dabei das ganze als breit diskutierte rhein-main-position darzustellen. Denn für personen außerhalb des r-m-gebietes ist es schwer durchschaubar, daß der "id" nur eine minderheitenposition repräsentiert, nur einen pol in der auseinandersetzung um den 2.11. darstellt.
doch unsere unterschiedlichkeit kann nicht durch falsche polarisierung gelöst werden. Es gilt positionen zu erarbeiten und sich am inhaltlichen streit zu messen und sich nicht abzugrenzen.

Kommen wir zum anderen pol in der allianz der "kriegsschreienden fronten", den "autonomen aus der startbahnbewegung" , die das "spaltpilzpapier" verfasst haben.
Im unterschied zum ersten einschätzungsteil, in dem dieses papier als zwar in einzelnen punkten "über die stränge schlagend" aber über die verurteilung des rausschmisses hinaus in der kritisierung eines bestimmten politikverständnisses als weitgehend berechtigt eingeordnet wird, soll hier eine scharfe kritik folgen. Während die ablehnung der rausschmißaktion gegen achim bender unbestritten bleibt, halten wir dieses papier ansonsten für im ansatz falsch, ja es wird letztlich zum platten "antiimp -fresser papier", das wenig anders als der darmstädter id vor allem dazu beiträgt, die wirklichen kernpunkte der auseinandersetzungen um den 2.11. zu verdecken...
Unsere klare position gegen das " spaltpiltpapier" resultiert noch am wenigsten aus den üblen formulierungen zu anfang und ende des schreibens, also "antiimps" zu "faktischen werkzeugen" oder "unfreiwilligen schergen rebmanns" zu machen.
Mensch muß sich wohl daran gewöhnen, daß sich voll(!?)-autonome "kampfpapiere" unter anderem damit aufmerksamkeit verschaffen wollen, daß sie die konkurrierende antiimpszene wortgewaltig und superkonsequent zu staatsschutzdienern erklärt. Prima weiter so!
Viel schlimmer allerdings ist der einleitungssatz des papiers und das, was davon ausgehend, das ganze papier hindurch suggeriert wird: "angriffe einiger antiimps auf den startbahnwiderstand", denen "der startbahnwiderstand als kollektiv nichts bedeutet" und die jetzt, " wenige monate vor dem prozeß den startbahnwiderstand spalten" wollen. Doch eins nach den anderen.
Wir wissen nicht, in welchem startbahnwiderstand diese autonomen freund/innen aktiv waren oder sind. Was wir-jaja-ebenfalls autonome aus dem startbahnwiderstand- mit sicherheit sagen können, ist , daß die antiimps auf den direkten, praktischen widerstand der restbewegung in den letzten jahren geringen einfluß hatten, wohl auch wegen anderer schwerpunkte wenig gesucht haben.
Die sonntagsspaziergänge, jahrestage und nächtlichen aktionen am gelände liefen, soweit überhaupt etwas organisiert war, unter -im weitesten sinne!- autonomer "regie". Innerhalb dessen gab und gibt es verschiedene fraktionen, die sich in ihren polen gegenseitig "militärischen aktionismus" bzw. "reformistische laberei" vorwerfen und darin zum teil unversöhnlich gegenüberstanden(und stehen). Ergänzt durch ein "mittelfeld" von bürgern, immer noch und immer wieder bewegungsmobilisierten sowie verschiedensten linksradikalen grüppchen.
Läßt sich so in etwa die zusammensetzung der restbewegung in den letzten jahren darstellen; vereinfacht zwar, aber der oberflächlichkeit der restbewegung sicherlich nicht unangemessen. "antiimps"- die schublade mal akzeptiert- fallen zwar mehr oder weniger aktiv in die sparte der linksradikalen grüppchen,

von"angriffen auf den startbahnwiderstand" kann aber keinerlei rede sein. Mit den streitereien in der restbewegung hatten sie gar nichts zu tun. Der vorwurf: "blinder aktionismus von minigruppen ohne verantwortungsbewußtsein" - formuliert innerhalb der startbahn bewegung- galt hier alleine autonomen(!) "aktionisten". Es ist also schon fast geschichtsfälschung, diesen vorwurf jetzt vorallem auf "antiimps" zu übertragen und diese lüge(oder ablenkungsmanöver?) durch den mythos des "startbahnkollektivs" zu koplettieren. Die oben skizzierte restbewegung vor dem 2.11. 87 als kollektiv zu bezeichnen, wäre schon gewagt gewesen. Die oberflächliche verbundenheit der verschiedenen bewegungsteile, die zwar kontinuierlichen aber oft ritualisierten aktionen sowie vor allem die ziemlich krasse sprachlosigkeit (wenig einschätzung oder neue überlegungen) wurde äußerst selten durchbrochen, die ansätze sind von der eher strukturlosen restbewegung kaum aufgegriffen worden (z.b. versuche, für die stababewegung eine neue inhaltliche grundlage zu erarbeiten oder die wirtschaftliche bedeutung dieses großprojekts zu thematisieren). Und das hing sicherlich auch damit zusammen, daß der startbahnwiderstand zunehmend seine impulsierende rolle für den gesamtregionalen widerstand verloren hat. Angesichts dieser situation und den immer geringer werdenden aktiven zusammenhängen immer noch von " startbahnkollektiv" zu sprechen ist also mehr als fragwürdig.

Daß die "spaltpilzpapierschreiber/innen" so weit gehen, die total gebeutelte restbewegung selbst nach dem 2.11. 87 und den angriffen des staatsschutzes (oder waren es etwa verkleidete antiimps?) noch als "kollektiv", als einheitlich zu bezeichnen, das jetzt vor den prozessen einmal mehr von "antiimps" gespalten werden soll, kann eigentlich nur noch als dummdreister akt bezeichnet werden: von pilger/innen im festklammern an einem längst zerstörten mythos!

Aber genug der (gegen-) polemik.
Daß sich "autonome aus der staba-bewegung" in solche verirrungen begeben, scheint mehrere, miteinander verbundene gründe zu haben.
Zum einen ist in rhein-main bekanntlich das klima zwischen autonomen/ anarchisten und antiimps von anfeindungen und kleinkriegen geprägt. Das zeigte sich vor 3 jahren besonders krass, als es während des antiimpkongresses in ffm anläßlich der eingangskontrolle um ein haar zur massenschlägerei gekommen wäre. Die totale anmache im "spaltpilzpapier" erklären wir uns vor diesem hintergrund, verstärkt durch diewut über dierausschißaktion und das"begründungspapier". Bewußt oder unbewußt verstellt dieser krampf den blick auf die eigentlichen fragen der inhaltlichen und praktischen auseinandersetzungen innerhalb des autonomen spektrums. Das "spaltpilzpapier" ist ein paradebeispiel dafür, wie eigene fehler und fragen ausgeblendet, ja geradezu auf "antiimps" wegprojeziert werden!

Nochmal: die rausschmißaktion gegen achim bender anzugreifen, ist unbestritten richtig. Aber aus diesem anlass in dokumentierter form einen feldzug gegen "antiimps" zu machen, drückt doch vor allem eins aus: die unfähigkeit, sich den eigenen widersprüchen zu stellen, denn derer gebe es gerade infolge des 2.11. zur genüge anzugehen.

Die unklaren positionen zu repression, zu aussagen, prozessen und nicht zuletzt knast, sowie die unverbindlichkeit unserer strukturen und damitverbundene fragen an unsere organisierung sind nur zwei der in diesem rahmen schon öfters und zu recht herausgehobenen beispiele, an denen intensivst entlangzudiskutieren wäre. Und darin ließe sich dann auch erst eine wirkliche, nämlich inhaltliche "konkurrenz" zu bestimmten antiimperialistischen positionen finden...

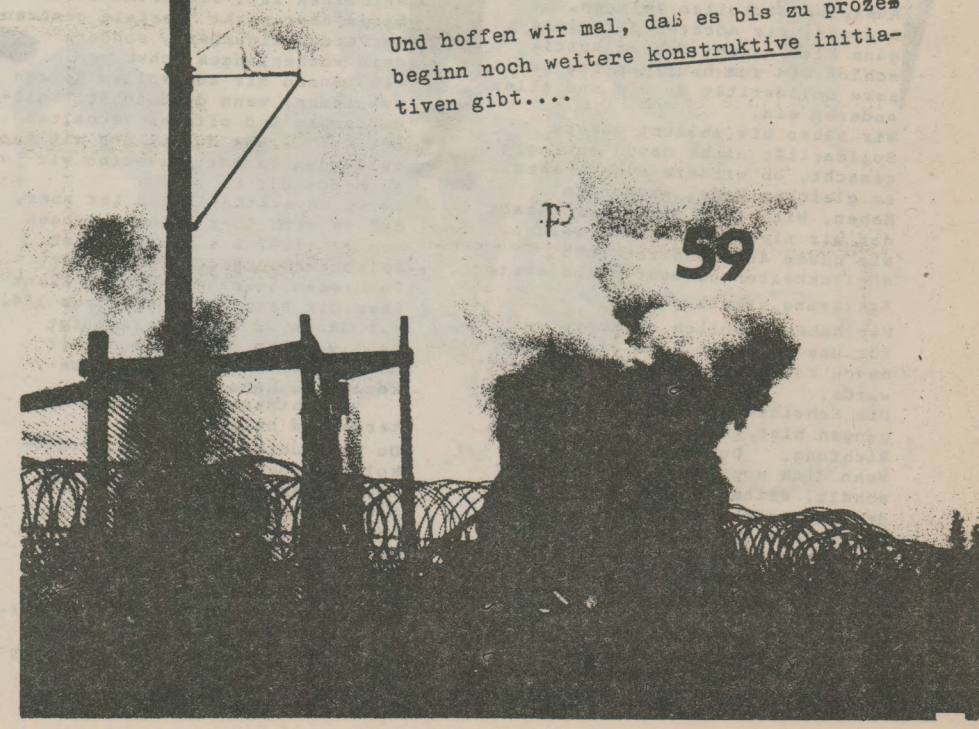
Vielleicht meinen jetzt einige, dieser zerriß sei zu weitgehend,bzw. das papier sei ja nur eins untervielen und deshalb nicht so hoch zu werten. Leider ist es aber nicht so, daß am 2.11. und den daran aufgerissenen fragen eine lebendige diskussion stattfindet. In der verfahrenheit der situation, und einem zustand zwischen ängstlicher sprachlosigkeit und resignativer abwartehaltung dominieren vielmehr die beiden dargestellten "kriegsschreienden fronten" die öffentliche debatte: die "frontenklärende" schwein oder mensch logik im id auf der einen, die verfälschende, ablenkende vollautonome gegenpolemik auf der anderen seite. Auch wir müssen uns vorwerfen, viel zu lange zu diesem gezänk geschwiegen zu haben. Nichtsdestotrotz wollen wir mithelfen, die beiden plattmachenden pole in ihre ecken zu verweisen, um die von diesen fetzereien blockierten, wirklich wichtigen fragestellungen wieder sichtbar zu machen.

"Sanfte kritiker" des "spaltpilzpapiers" werden zumindest die thematisierung des "bürgerlichen subjektivismus" positiv herausheben. Gegen die thematisierung an sich ist auch nichts zu sagen, aber die art und weise hier ist nur wieder allzu typisch. Anstatt sich davon durch zuweisung an und abgrenzung von "antiimps" freizusprechen, und sich anschließend hinter einem scheinkollektiv startbahnwiderstand zu verstecken, wäre eine wirkliche auseinandersetzung gerade in autonomen zusammenhängen zum verhältnis von subjektivität,kollektivität und (staba)- bewegungsdynamik angesagt. Warum wird die autonome bewegung nicht "alt" und springen so viele wieder ab? Nicht auch deshalb, weil viele nur im scheinkollektiven bewegungsstrom mitschwimmen, ohne sich selbst genauer mit fragen der eigenen revolutionären identität zu beschäftigen? Wie sehen die kollektive aber aus, in denen diese auseinandersetzungen geführt werden? Sicher nicht so oberflächlich wie das, was die schreiber/innen des papiers als startbahnkollektiv bezeichnen. Sonst hätte der2.11. nicht diesen scherbenhaufen gebracht. Es genügt also nicht, das anreißen eines wichtigen themas mit 2 rz-zitaten zu verzieren, sich damit an gegebenen anlaß abzugrenzen und sich selbst, eigene erfahrungen und fragen dabei rauszulassen...

ende des zerriß' !

Deshalb verweisen wir hier auf zwei in den letzten monaten erstellte videofilme; zum einen gehts um die nächtliche kundgebungsaktion am preungesheimer knast, im anderen um die ökonomischen zusammenhänge des imperialistischen großprojekts rhein-main flughafen. Gerade erschienen ist ein neues bi-info 21 (abgdruckt in der neuen atom nr. 24), in dem u.a. genaueres zur anklageschrift zu lesen ist,

Und hoffen wir mal, daß es bis zu prozeßbeginn noch weitere konstruktive initiativen gibt....



zur auseinandersetzung um bzw. mit andreas eichler

Hier zu andreas eichler einen eigenen abschnitt zu schreiben, liegt sicher nicht in der einfachen absicht begründet,"einer weiteren person das stigma des verräters auf die stirn zu brennen". Das wäre genau die individualisierung, die der verratsfrage nicht gerecht wird. Aber andreas eichler war, ist und wird als hauptangeklagter und gleichzeitiger zeuge im prozeß die "umstrittenste person" sein. Gerade auch am verhalten zu ihm sind gräben aufgerissen (worden), die verratsdiskussion arbeitet sich hier an einem konkreten beispiel ab...

Während die ersten wochen nach dem 2.11. davon ausgegangen wurde, daß die stellungnahmen der baw, andreas habe ausgesagt und frank belastet, gelogen sind, wurde spätestens im januar eindeutig klar, daß andreas belastende aussagen gemacht hat.

"Das Aussageverhalten von Andreas E. wird von der BAW geschildert: Am 3.11.87 habe er gesagt, er habe selbst geschossen. Am 4.11. habe er dies noch einmal bestätigt. Bei der anschließenden richterlichen Vernehmung habe er es dann bestritten und relativiert (Leuchtkugeln). Auch habe er am 4. 11. behauptet, die Waffe von Frank H. erhalten zu haben. In der Aussage vom 26.1.88 habe er auch zugegeben, die Hanauer Waffe bereits vor dem 2.11.87 vorübergehend aufbewahrt zu haben.

Frank H. habe das Waffenmagazin haben wollen, um zu wissen, wie man mit der Waffe umgehen muß. In dieser Aussage vom 26.1.88 wurden auch Mark S. und Ingo H. von ihm belastet und seine Beteiligung am Probeschießen eingeräumt.

Die BAW weist darauf hin, daß er seine Teilnahme am Übungsschießen erst eingeräumt habe, nachdem man ihm die Schmauchspuren an seiner Kleidung vorgehalten habe. Am 22.11. habe er noch einen Handschuh mit Schmauchspuren dem Frank H. zugeordnet." (BI-INFO 21)

Darauf antwortete andreas in einer (presse)erklärung nur indirekt und oberflächlich, nahm seine aussagen vom 26.1. zwar zurück, die belastungen gegen frank behielt er aufrecht. Im rhein-main info 3 war in diesem zusammenhang nochmals eine antwort an andreas abgedruckt:

wir haben deine Antwort auf unseren Brief und die Rücknahme deiner Aussagen vom 26.1. aufmerksam gelesen. Wir möchten dir an einigen Punkten antworten, um unsere Auseinandersetzung und den Hintergrund unseres Briefes deutlicher zu machen.

Du schreibst: "Die Bundesanwaltschaft schweigt und die Szene spekuliert". Das können wir so nicht stehen lassen.
Gerade die letzten Wochen und Monate waren davon geprägt, unter uns klare Positionen und Verhaltensweisen zu entwickeln, die keinen Platz mehr lassen für Spekulationen, Gerüchte und senationellen Voyeurismus.
Wir haben unsere Haltung im Rhein-Main Info 2 unter "Zuviele Leichen präzisiert um eine gemeinsame Basis für alle (wieder-)herzustellen. Wir haben sehr deutlich gemacht, daß nicht Fehler die Trennungslinie markieren, sondern die Nichtbereitschaft, die Weigerung sich gemeinsam damit auseinanderzusetzen.
Was deine Aussagen vom 26.1. anbelangt, so waren wir in unserem Brief an dich mehr als zurückhaltend.

anfang märz'88 gab es in preungesheim am knast eine lautsprecher_aktion (s. rhein main info 3 , videofilm) in der u.a. auch ein beitrag an andreas gerichtet war:

Andreas, wir wissen, daß du kurz nach deiner Verhaftung Frank belastet hast. Wir haben die Schocksituation in der du dich befandest begriffen. Danach hattest du dich gefangen.
Kurz vor deinem Selbstmordversuch hast du weitere Aussagen gemacht. (...)

Du warst einen Tag zuvor an der Fischteichbrücke. Wir wissen, das du zusätzlich Andreas belastet hast, als auch weitere Namen genannt hast. Du hast dich selbst in Widersprüche verstrickt die dich für die Bullen erpressbar gemacht haben.
Die Bullen handeln jetzt mit den neuen Namen, die sie mit deinen Aussageprotokollen belegen.
Andreas, wir möchten dir eines ganz klar sagen: Unsere Kritik schloß bis zum heutigen Tag unsere Solidarität zu dir und allen anderen ein.
Wir haben bis zuletzt unsere Solidarität nicht davon abhängig gemacht, ob wir sie auch vorher, in gleichem Maße, empfunden haben. Wir haben nicht nur gesagt, daß wir niemanden opfern werden, wir haben auch konkret nach Möglichkeiten gesucht deine erste Erklärung ernstzunehmen
Wir haben deutlich gemacht, was für uns drin ist, und wir gehen davon aus, daß dir das mitgeteilt wurde.
Die Schritte, die du jetzt gegangen bist, waren in die falsche Richtung. Du weißt das.
Wenn dich auch sonst nichts mehr abhält, weiter in die Richtung des Staatsschutz zu gehen, dann vielleicht deine Selbstachtung.
Und noch eines: die von uns, die ganz konkret etwas gegen den Mord und Rädelsführervorwurf in der Hand haben, werden nicht diese Selbstgefährdung in Kauf nehmen, wenn du durch Aussagen sie oder andere für Jahre im Knast verschwinden läßt.
Andreas, weder du noch wir können die Verantwortung für das abwälzen, was den 2.11. und die Folgen möglich gemacht hat.
Lediglich um einen Preis, der Selbstverleugnung und des Verrats.
Wir haben niemanden den Bullen ausgeliefert und wir verlangen das auch von dir.
Und wir hoffen, daß du über deine und unsere Enttäuschung hinweg mitbekommst, daß wir unsere Verantwortung ernst meinen.
Diese Kundgebung ist ein Versuch diese Solidarität für dich und alle anderen spürbar und hörbar zu machen."

Du weißt selbst, daß die tatsächliche Dimension deiner Aussagen unsere vorsichtigen Andeutungen bei weitem überholten. Wir waren in der Tat verunsichert, was in deinen Aussagen vom 26.1. enthalten ist. Der Grund dafür waren aber nicht "gezielt gestreute Verdächtigungen", sondern dein wochenlanges Schweigen.
Wir können dir aus vollem Herzen zustimmen, wenn du betonst:"Solidarisches und offenes Verhalten tut Not". Was du von uns mit Recht verlangen kannst, erwarten wir auch von dir !
Um so unverständlicher ist aber, daß du dich über deine Aussagen vom 22.11.87 bis zum jetzigen Zeitpunkt ausgeschwiegen hast.
In diesen Aussagen hast du Frank über die Beschuldigungen vom 3/4.11. (in denen Du Frank bezichtigt hast,von ihm den Rucksack mit der angeblichen Mordwaffe bekommen zu haben) hinaus, schwer und weitergehend belastet.
Du hast unter anderem zu Protokoll gegeben, daß du jene Waffe aus der angeblich die tödlichen Schüsse abgegeben wurden, von Frank bereits zuvor in Hanau bekommen und nach ca. einer Woche ihm zurück gegeben hast.
Du hälst diese Belastungen aufrecht, offensichtlich in der Hofnung,daß an deiner Stelle Frank zum Haupttatverdächtigen gemacht wird.

Dir ist klar, daß du damit Frank opferst, um deinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen.
Andreas, du begründetest selbst deine belastungen gegenüber Frank damit, daß du nicht "aus falscher Kameradschaft" schweigen willst, daß du nicht bereit bist"Martyrer zu sein für etwas, daß ich nicht getan habe..."
Andreas, wir haben dir bereits in unserem Brief erklärt, daß wir weder Märtyrer brauchen, noch daß du einer bist. Sei dir im Klaren, daß du Frank und andere in die erpressbare Situation bringst deine Belastungen zu widerlegen.
Davon werden, weder du und Frank, noch wir alle profitieren, sondern einzig und allein diese Justiz !
Wir wollen weder dazu beitragen, daß du für Jahre im Knast bleibst für etwas, was,wer auch immer, getan oder nicht getan hat.
Wir sprechen dieser Justiz jedes Recht ab, über uns zu richten.
Wir wollen uns also nicht an ihrer "Wahrheitsfindung" beteiligen, weder als Zeugen noch als Beschuldigte.

Wenn du dich dennoch auf ihre Art der Wahrheitsfindung einläßt, wirst du damit keinesfalls besser fahren.
Das wissen wir inzwischen genauso gut wie du !

Andreas, wir haben von allen erwartet, daß sie ihre belastenden Aussagen zurück nehmen.
Das erwarten wir auch von dir !
Wenn du, wie wir alle, wirklich eine Chance in ihrem Prozeß haben, dann ist es unsere gemeinsame Solidarität.

Dieses schreiben ist wohl der letzte (öffentliche) und weitgehendste versuch, mit andreas eine auseinandersetzung um sein verhalten zu führen.
Bis heute hat er dazu geschwiegen, flüchtet sich in abstrakte gemeinsamkeiten oppositioneller bewegungen und auch in der neuesten ausgabe des bi infos 21 ist daher zu lesen :

"Wenn er seine bisherige Strategie der "Offenen Türen in jede Richtung" im Prozeß weiterfährt, wird es von uns eine - von allem losgelöste und abstrakt hergeleitete - Solidarität nicht geben."

Allerdings wird hier wie auch z.b. im atomexpress weiterhin dazu aufgefordert, andreas zu schreiben, vor einem offensiven ausschluß -wie bei zwei anderen personen geschehen- wird offensichtlich zurückgeschreckt.
Daß andreas keinerlei aussagen zu den sabotagevorwürfen gemacht und im mai 88 eben einen teil seiner aussagen "zur tatwaffe" zurückgezogen hat, läßt einige leute wohl immer noch hoffen, daß andreas letztlich -letzte chance im prozeß!? - alle aussagen zurücknimmt. Zudem wird umgekehrt befürchtet, ihm bei einer klaren trennung den anlass zu geben sich noch weiter, sich endgültig in die zeugen bzw. kronzeugenrolle zu stellen.
Es wäre spekulation, andreas geschickt kalkuliertes taktieren mit eben diesen vorsichten und widersprüchen der szene draußen vorzuwerfen. Spekulation wäre ebenfalls, ob zurückgezogene aussagen neu aufgelegt bzw. sogar neue, weitere aussagen gemacht werden. er sich also als kronzeuge verkauft.
Fakt ist aber, daß er sich einer wirklichen auseinandersetzung seit einem jahr beständig verweigert hat und daß die aussagen, die frank zum (anderen) hauptangeklagten machen, von ihm aufrechterhalten werden. Darin begründet sich für uns die notwendigkeit und berechtigung - die konsequenz aus oben zitiertem antwortsbrief an ihn!-andreas aus unseren zusammenhängen auszuschließen und das auch zu veröffentlichen.
Die id-kritik, die der szene zögerndes nichtverhalten vorwirft und darauf hinweist, daß eine weiterunterstützung von andreas sich faktisch gegen frank richtet, hat an diesem punkt absolute berechtigung. (allerdings hat der id diese frage vor allem zum anlaß für seine "klärende polarisierung" genommen, die weder den geführten, oben genannten auseinandersetzungen gerecht wird noch der insgesamt komplizierten situation- siehe dazu obigen teil zum id).

Und das schweigen zu andreas eichler seit mai 88 hängt nicht zuletzt mit der sich in dieser zeit verbreiternden resignativen abwartehaltung zusammen. Selbstkritisch gestehen wir ein, daß wir in der sommer-uz diese frage nicht thematisiert haben, auch wir der verfahrenen situation überdrüssig waren und den damals schon laufenden fetzereien in der szene eher hilflos gegenüberstanden.
Ob diese versäumnisse jetzt noch aufzuholen sind, bleibt die frage, wie aber überhaupt der grundsätzliche zweifel nochmals geäußert sei;ob nämlich in diesem prozeß überhaupt noch was zu holen ist.

Der ausschluß von andreas eichler, unsere entsolidarisierung zu ihm ist angesichts der von ihm geschaffenen tatsachen- leider!notwendiger bestandteil unserer solidarität zu frank.
Diese klärung kann nicht erst während des prozesses erfolgen; sie muß <u>jetzt</u> zur grundlage einer unterstützung für frank werden und andreas hat diese entscheidung sowie die damit verbundenen konsequenzen selbst zu verantworten.

PLATTFORM ZUR SITUATION UND FÜR DIE DISKUSSION

ZU DEN 2.11. PROZESSEN VON VERSCHIEDENEN AUTONOMEN GRUPPEN

AUS DEM RHEIN'MAIN-GEBIET

Es gehört zur geschichte und entwicklung der stababew., daß die beweggründe, politischen zielsetzungen und widerstandsformen verschiedenartig, z.t. auch widersprüchlich und gegensätzlich waren und sind: die angst um parlamentssitz und wählerstimmen, die furcht vor der zerstörung einer (scheinbar) noch intakten umwelt, der wunsch ökologie und technologischen fortschritt miteinander zu versöhnen, der kampf gegen die startbahn als kap?-großprojekt, der widerstand gegen die staba als ein ausdruck zivil-militärischer verschmelzung imperialistischer weltmarktstrategien, aber auch der wunsch, aus dem mumifizierten alltag auszubrechen, die sehnsucht, "anders" zu leben. Fast all diese motive spiegeln sich in ihrer unterschiedlichkeit auch in der geschichte und dem konkreten verhalten der angeklagten und gefangenen wider.

Wir halten es für falsch, die spaltungsversuche der herrschenden dadurch wirksam zu verinnerlichen, indem wir einzelne angeklagte aufgrund ihrer "politischen zugehörigkeit" herausheben oder gar gegeneinander ausspielen.

Unsere plattform hat die absicht, ein gemeinsames selbstverständnis zu formulieren, in dem sich auch die angeklagten wiederfinden können - das den unterschiedlichkeiten rechnung trägt, ohne politischer beliebigkeit zu verfallen. Wenn wir also eine gemeinsame plattform meinen, dann wollen wir keine einheit herstellen oder vortäuschen, die real nicht (mehr) existiert, - an der schon immer ein stück selbstüberschätzung mittransportierte.

Wir meinen keine plattform <u>für</u> die gefangenen - eher eine, mit der wir sie und andere konfrontieren wollen, fixpunkte für eine eigene orientierung und entscheidung. Eine plattform, die allen angeklagten unsere positionen und grundlagen von gegensätzlicher solidarität verdeutlichen soll; eine anforderung an uns selbst, genau zu benennen, was die angeklagten von uns erwarten können und müssen. Wir wollen und können nicht für die angeklagten sprechen, wir hoffen jedoch, daß es vielen angeklagten leichter fällt, auf dem hintergrund dieser plattform, ihren eigenen standort zu bestimmen.

Wir meinen auch keine plattform, die alle gräben der letzten monate zuschüttet; weder die gräben zwischen uns und einzelnen angeklagten/gefangenen, noch die gräben unter uns draußen. Manche gräben wurden zu tief ausgehoben, als daß wir mit dieser plattform darüber hinweggehen könnten.

Diese plattform hat als ein ziel, die erfahrungen, diskussionen und konsequenzen verschiedener autonomer gruppen zusammenzubringen, klarer zu umreißen, den angeklagten und beteiligten in dem anstehenden prozeß eine basis zu geben, sich als teil der startbahnbewegung zu begreifen, und darin unsere ungeteilte solidarität zu erfahren.

Die plattform ist in dem bewußtsein geschrieben, daß die eigendynamik des prozesses uns überrollen wird, wenn es uns nicht gelingt, unsere vorstellungen dagegenzusetzen - bevor der prozeß beginnt. Wenn wir nicht selbst von der sensationellen gerichtssaaldramaturgie eingefangen und geblendet werden wollen, müssen wir dem prozeß politisch unsere themen und auseinandersetzungen aufzwingen, sowohl innerhalb des gerichtssaals, als auch außerhalb, als teil politischer gegenöffentlichkeit.

Die justiz, die medien und bürgerlichen parteien werden nichts unversucht lassen, ihren gerichtssaal in ein postmodernes gladiatorenschauspiel zu verwandeln. Unter dem anfeuernden und höhnischen gelächter der staatsanwälte und richter werden sie uns aufeinander loshetzen, mit ihren waffen, mit ihren spielregeln, in ihrer arena. Sie wollen, daß wir uns zerfleischen - unter ihren augen - , eine der ihren werden, genauso skrupellos, bestechlich und um jeden preis korrumpierbar.

Wir können wahrscheinlich nicht verhindern, daß einigen versprechungen der justiz mehr wert sind als unsere solidarität, daß einzelnen der nutzen eines verrats mehr bedeutet, als der verlust eigener identität (sie kriegen nicht nur eine "neue identität", sie <u>brauchen</u> auch eine neue), doch der verrat wird in dem maß <u>politisch</u> wertlos, wie es uns gelingt, ihr ziel der abschreckung zum gegenstand unserer mobilisierung zu machen. Denn wir wissen, daß nicht nur wir aus den auseinandersetzungen und erfahrungen - nicht erst seit dem 2.11. - einiges gelernt haben. Unsere auseinandersetzungen um militanz, politik und alltag, um die notwendigkeit verbindlicher organisatorischer und politischer strukturen, haben auch in anderen städten autonome zusammenhänge erreicht und verändert. Viele, die sich z.b. in Berlin an den aktionstagen gegen den iwf beteiligten, kehrten mit dem gefühl zurück, daß sich an den verschiedensten punkten der kampagne die kritik und selbstkritik autonomer politik in neuen ansätzen kollektiven umgehens und praktischen vorgehenes widerspiegelte/verwirklichte.

Es ist uns völlig klar: der anstehende prozeß wird mit langjährigen haftstrafen enden.
Wir alle befinden uns in einer politischen situation, wo jede/r gefangene mehr einen erfolg als eine gefahr für diesen staat darstellt.
Die breite der bewegung können wir nicht ersetzen. Aber wir können und wollen an verschiedenen punkten ihres prozesses zeigen, daß dieser staat uns nicht zu willen-, identitäts- und geschichtslosen marionetten ihres justizschauspiels machen kann. Es liegt nicht nur an den angeklagten, es liegt an uns allen, dem reuigen, gebrochenen untertanen die lebendigkeit unserer erfahrungen, die kraft und den willen radikal zu leben, den mut, eigene fehler zu benennen und daraus zu lernen, entgegenzusetzen.

<u>1. Wir wissen nicht,</u> wer und ob jemand aus unseren reihen geschossen hat. Wir wissen aber, daß der einsatz von schußwaffeh auf demonstrationen immer nur überlegungen der polizei waren, aber zu keinem zeitpunkt der stababewegung ein von uns übernommenes konzept.

Die strukturschwäche der autonomen wie stababewegung geht allerdings tiefer, so daß es verkürzt bleibt, nur die schüsse und die distanzierung vieler für den weiterreichenden zusammenbruch von zusammenhängen und politischer handlungsfähigkeit verantwortlich zu machen.

Wir waren von den schüssen überrascht. Unsere position dazu hat sich in den diskussionen nach dem 2.11. in den grund-prinzipien geklärt: schußwaffeneinsatz ist im rahmen der stababewegung keine konsequenz unseres militanten kampfes. Für die situation des 2.11.87 stellen wir fest, daß der schußwaffengebrauch einen bruch, eine mißachtung eines gemeinsam beschlossenen konzeptes und der - unausgesprochenen (leider!) - rahmenbedingungen für massenmilitantes vorgehen an der startbahn ist.

Wir stell(t)en an jede form militanten widerstandes den anspruch einer weitreichenden eigen- und kollektiven verantwortung. Daher sind die schüsse aus einer demo heraus auxch schüsse gegen unseren anspruch auf zielgerichtetheit und gerechenbarkeit gegenüber allen, mit denen wir widerstand leisten.

Wenn die schüsse aus den eigenen reihen abgegeben wurden, dann haben diejenigen alle anderen mißbraucht und mit handlungen innerhalb eines bis dahin gemeinsamen verhaltens konfrontiert, zu denen wir weder einen praktischen noch einen politischen bezug hatten.

Die demonstrantInnen wurden polizeilichen reaktionen ausgeliefert, die für niemand kalkulierbar waren - ein verhältnis, das ein nicht geringer teil von uns als "geißelstatus" bezeichnete. Schüsse, an deren richtung wir zweifel(t)en, sind kein ausdruck radikalen handelns, das für sich spricht. Diese tödlichen schüsse entsprechen keinem gemeinsamen vorgehen, sondern einer allein militärischen logik, die das eigene handeln und die mittel nicht mehr aus unseren zielen und gemeinsamen möglichkeiten heraus bestimmt, sondern ausschließlich daran mißt, wie man die verluste des feindes effektiv erhöhen kann.

So eindeutig unsere kritik ist, so unmißverständlich unsere haltung, niemanden dieser justiz auszuliefern. Derselben justiz, die in alltäglicher routine die polizeiliche todesschußpraxis, die mörderischen polizeieinsätze gegen demonstrantInnen, die abschiebung von flüchtlingen in den tod mit dem richterlichen segen krönt, sprechen wir jedes recht ab, für uns oder in unserem namen zu urteilen. Eine justiz, die in einer beispiellosen personellen und historischen kontinuität im faschismus zehntausende zu tode geurteilt und mit dessen "ende" sich selbst freigesprochen hat, hat selbst den anschein "richterlicher unabhängigkeit" verloren, lange bevor sie einigen von uns den prozeß macht.

Wir messen unsere solidarität mit den unter mordvorwurf angeklagten startbahngegenern nicht daran, ob sie es waren oder nicht. Entscheidend für uns ist ob er/sie sich unseren auseinandersetzungen stellen.
Der erfolg der repression ist ohne das politische klima, das durch die schüsse erzeugt wurde, nicht denkbar; viele aussagen und selbstbelastungen sind unter dem eindruck, sich von ihnen distanzieren zu müssen und unter der angst vor "lebenslänglich" (die die bullen geschürt haben) gemacht worden.

Inhaltlicher kern der auseinandersetzung um die schüsse vom 2.11. ist das politische selbstverständnis, das nicht nur für sich selbst verantwortung übernehmen muß, sondern gerade auch für die bewegung, aus der heraus er/sie handelt.

Unter der forderung nach über die aktivistInnen hinausgehender politischer verantwortlichkeit, weisen die schüsse auf grundsätzliche fehler hin:
- die aktion war und ist in der bewegung nicht vermittelbar;
- die eskalation, die der schußwaffengebrauch beinhaltet, hat die bewegung gelähmt und gespalten;
- große teile der stababewegung kamen mit der nach der aktion einsetzenden repression überhaupt nicht klar.

Dennoch - wir haben uns bis heute nicht daran beteiligt, irgend jemanden von uns zum täterIn zu machen und wir werden es auch nicht während des prozesses tun.

2.So wie die dinge liegen, stehen sie richtig.

Mit der suche nach den todesschützen des 2.11., mit der immer widder gestellten frage nach unserem verhältnis zur gewalt verstellt nicht nur die presse und bürgerliche politiker einen wesentlichen kern der anklage: den versuch der zerschlagung einer breiten massenmilitanten bewegung und der durchsetzung des funktionierens der nuklearindustrie mit ihren militärischen, wirtschaftlichen und innenpolitischen (polizeistaatlichen) komponenten gegen einen weite teile der bevölkerung erfassenden widerstand.

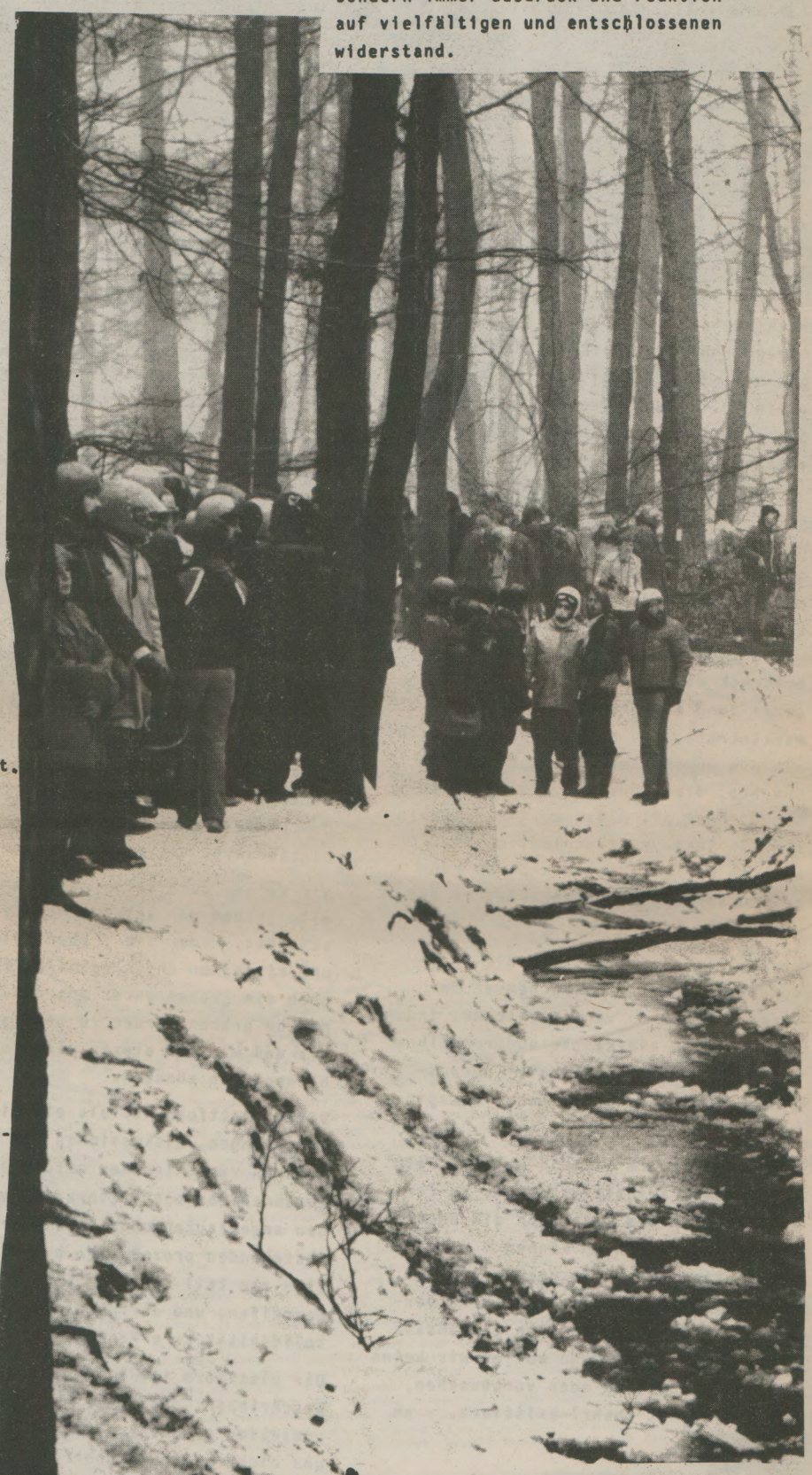
Fast in allen bundesländern sind in den letzten jahren sonderkommissionen gegründet worden, um den fahndungsdruck auf jene widerstandsformen zu erhöhen, die für polizei und staatsschutzorgane nicht (mehr) greifbar waren. Auch in frankfurt wurde eine soko strom ins leben gerufen, um u.a. 4 gefällte strommasten im rhein-maingebiet "aufzuklären". Lange vor dem 2.11. standen ca. 10 leute fest, die für die soko strom als mögliche strommastenaktivistInnen in frage kamen. Der 2.11., die schüsse an der startbahn, waren nicht grund, sondern nur anlaß und vorwand ihrer verhaftung.

Die propagandistische und juristische verschmelzung von strommastaktionen mit ihrer mordanklage reißt bewußt eine widerstandsform aus ihrem sozialen und politischen zusammenhang, um sie der ablehnung der schüsse am 2.11. unterzuordnen. Die anklage gegen 9 startbahngegnerInnen vor allem wegen strommastaktionen soll im windschatten der mordanklage gegen 2 startbahngegner durchgezogen werden. Die juristische verkettung von strommastenaktionen mit den schüssen am 2.11. über den § 129a hat zum politischen ziel, die zwar unterschiedlich motivierte, jedoch breite, emotionale zustimmung - die weit über die anti-akw-bewegung hinausreichte - auch für sabotageaktionen gegen die nuklearindustrie mit der staatlich verordneten, heuchlerischen abscheu vor diesem "gewaltverbrechen" zum verstummen zu bringen.

So unbestreitbar feststeht, daß das startbahnprojekt gegen den erklärten willen einer mehrheit in dieser region durchgeprügelt wurde, so offensichtlich hat dieser atomstaat gerade nach tschernobyl bewiesen, daß er sein atomprogramm auch gegen eine bevölkerungsmehrheit durchzusetzen bereit ist. Die breite zustimmung zum sofortigen ausstieg aus der atomenergie konnte nur durch das ganze szenario staatlicher gewalt zum schweigen gebracht werden.

In einer zeit, wo es zur täglichen heuchelei der herrschenden gehörte, vom einstieg in den ausstieg zu faseln, während gleichzeitig stahlkäfige für demonstrantInnen zusammengeschweißt wurden ("brockdorfer zwinger"), begannen viele innerhalb und außerhalb der anti-akw-bewegung, den ausstieg aus dem atomprogramm beim wort zu nehmen, ihn praktisch umzusetzen. Über 160 strommasten wurden "außer betrieb" genommen, hunderte von sabotageaktionen zeigten konkrete möglichkeiten der demontage. Die massenhaften sabotageaktionen waren ein wichtiger teil eines breiten widerstandes, der vom flugblattverteilen bis zum mastenumsägen reichte. Ausdruck hiervon waren beispielsweise die blockadetage in wackersdorf, die hanaudemo vom 8.11.86, sowie die hessenweiten widerstandssamstage im anschluß daran.

Uns interessiert nicht, ob einige der angeklagten es waren oder nicht. Was wir im prozeß und außerhalb entgegensetzen wollen, sind unsere gemeinsamen erfahrungen als anti-akw-bewegung und stababewegung, daß gesellschaftliche veränderungen noch nie geschenke der herrschenden waren, sondern immer ausdruck und reaktion auf vielfältigen und entschlossenen widerstand.



62

3. Politische erklärung - politische identität

So unterschiedlich und verschiedenartig die zusammenhänge und erfahrungen innerhalb der stababewegung waren und sind, so unterschiedlich werden sich diese auch in der politischen haltung der angeklagten und zeugInnen widerspiegeln.
Es war und ist nicht das einheitliche vorgehen, das die geschichte der stababewegung prägte, sondern die unterschiedliche dominanz verschiedener politischer vorstellungen und widerstandskonzeptionen.

Wenn wir sagen, der prozeß wird einzelnen von uns gemacht, er zielt jedoch politisch auf die geamte stababewegung, dann heißt das für uns auch in der konsequenz, nicht einzelne angeklagte zu verteidigen, sondern die gesamte stababewegung. Das, was seit jahren an der startbahn von polizei und politikern oft vergeblich versucht wurde, wird nun mit den mitteln herrschender justiz fortgesetzt: die

spaltung der bewegung in gewaltfreie und militante, in legale und illegale widerstandsformen, in einsichtige und unverbesserliche. Wir lehnen es ab, unsere solidarität mit den angeklagten und zeugInnen an den kriterien der herrschenden zu messen. So wenig die geschichte der stababewegung ohne gericvhtsklagen, volksbegehren und parteiaustritte denkbar ist, so wenig ohne 7ha- und baulos 2-besetzung, hüttendorf (-verteidigung), flughafenblockade und nächtliche widerstandsaktionen gegen die mauer und infrastruktur des flughafenprojektes.

Wir messen unsere solidarität mit den angeklagten nicht daran, ob sie sich zu denen zur anklage erhobenen aktionen politisch und/oder praktisch bekennen. Entscheidend für uns ist, ob sie sich zur gesamtheit unseres widerstands solidarisch verhalten.

bedingung gegenseitiger solidarität - stellt für uns die existenzielle basis gemeinsamen vorgehens dar.

4. Die aussagen waren und sind nicht (nur) ausdruck individueller schwächen und fehlender persönlicher standfestigkeit; in ihnen spiegeln sich vor allem gravierende fehler einer gesamten bewegung wider. Militante überheblichkeit und arroganz, patriarchale strukturen, fluktuation und fehlende eigenverantwortlichkeit, die sich besonders immer wieder in der nichteinhaltung von gemeinsamen absprachen gezeigt hat - dies sind fehler, die schon länger diskutiert wurden, ohne daß dies jedoch zu ernsthaften konsequenzen geführt hätte. Besonders in situationen, in denen die eigene stärke überschätzt wurde, sind aktionen gelaufen, bei denen nicht genug darauf geachtet wurde,

Wir haben in den ersten monaten nach dem 2.11. klar gesagt, daß wir verrat nicht an gemachten aussagen festmachen, sondern an der (nicht-)bereitschaft, sich mit uns gemeinsam auseinanderzusetzen, aus fehlern zu lernen. Die bereitschaft, sich einer gemeinsamen auseinandersetzung zu stellen, ist unter uns so wenig selbstverständlich, wie für die, die sich der auseinandersetzung um ihre aussagen entzogen haben. Die nicht-auseinandersetzung derer, die den rausschmiß von a.b. aus der au betrieben und legitimierten, macht jede aufforderung an andere, sich einer gemeinsamen auseinandersetzung zu stellen, lächerlich.

Verrat beim namen zu nennen, ist nur dann glaubwürdig, wenn wir gleichzeitig damit soziale und politische verhaltensweisen, die zum verrat führen, auch unter uns bekämpfen.

63

Politischer verrat beginnt für uns dort, wo nicht nur die eigene persönliche geschichte "auf den kopf" gestellt wird (aus prozeßtaktischen oder anderen gründen), sondern das verhalten darauf ausgerichtet ist, die erfahrung und das politische selbstverständnis anderer angeklagter zu denunzieren.

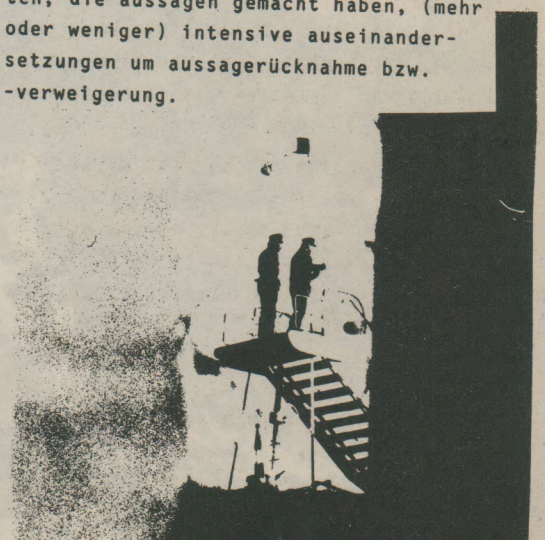
In dem anstehenden politischen prozeß werden keine "kriminellen taten" verurteilt, sondern die politische identität, aus der heraus sich diese widerstandsformen entwickeln. Die politische identität aller angeklagten, die sich als teil der stababewegung begreifen, zu verteidigen - in ihrer unterschiedlichkeit und unter der

ob alle beteiligten die konsequenzen wirklich tragen können - die folgen dieses verhaltens werden jetzt überdeutlich.

Wer heute versucht, entschlossenheit gegenüber anderen dadurch zu demonstrieren, den umgang mit verrat auf die veröffentlichung von namen von verrätern zu reduzieren, täuscht eine klarheit vor, die unter uns allen - nicht erst nach dem 2.11. - fehlte. Wer heute verrat zu individualisieren versucht, der verdrängt nur den anteil aller an einem verhalten, das ein offensives umgehen mit der repression in den ersten monaten nach dem 2.11. unmöglich machte.

Wenn es also im folgenden um bestimmte personen geht , wissen wir, daß wir damit nur die folgen des verrats beim namen nennen. Die verhaltens- und umgehensweisen, die verrat erst möglich machen, sind damit nicht aus der welt geschafft.
Für die veröffentlichung einzelner namen gibt es trotzdem verschiedene, z.t. auf den konkreten prozess bezogene gründe. Allgemein zielt diese nennung von leuten, die sich zu zeugen der anklage machen, auf ausschluß aus unseren zusammenhängen. es geht also vorrangig um den schutz unserer strukturen.

Wir warnen also vor michael (mike) kurth und baldur obificius, weil sie beide die mit ihnen geführten auseinamdersetzungsversuche nicht ernst genommen und/oder darin gelogen haben. Beide haben bis heute zumindest teile ihrer belastungen aufrecht erhalten, der erstere als mitangeklagter, der zweite als zeuge.
Auch andreas eichler hält seine belastenden aussagen gegen frank aufrecht. Mittlerweile fast ein ganzes jahr lang hat er sich einer wirklichen auseinandersetzung darum entzogen und diese sachlage zwingt uns spätestens jetzt - wenige wochen vor prozessbeginn - zu einer entscheidung: entsolidarisierung von andreas eichler!
Dieser schritt fiel uns nicht leicht, aber er ist notwendig aus einer klaren solidarität zu frank im bevorstehenden prozess, bzw. den jetzigen vorbereitungen dazu.
An einer weiteren person wollen wir beispielhaft beschreiben, wie der (unser) versuch, über bestimmte kriterien eindeutigere positionen zur verratsfrage zu entwickeln, anhand konkreter bedingungen in neue widersprüche geraten kann.
Sigrun hat in sachen strommastaktionen aussagen gemacht, mit denen sie nicht nur sich selbst sondern auch andere angeklagte belastet hat. Zur erzwingung dieser aussagen haben die bullen ihre besondere persönliche notlage als druckmittel eingesetzt. Sigrun hat sich der auseinandersetzung nicht entzogen. Dennoch wird sie u.u. diese erpressung auch im prozess nicht standhalten können und die aussagen bestätigen. Ihre persönliche not allein kann kein grund sein, ihr verhalten gesondert zu bewerten. Wir müssen davon ausgehen, daß sigrun im zusammenhang mit den ihr angelasteten ereignissen von "eigenen leuten" in schlimmer weise ausgenutzt wurde. Ohne sie damit ausschließlich zum opfer zu erklären, muß den "Kollektiven" strukturen die hauptverantwortung für diese verratssituation zugewiesen werden, eine individualisierte "schuldzuweisung" ist nicht angebracht. Uns ist klar, daß wir nicht dabei stehen bleiben können, diese situation zu beschreiben und sich damit abzufinden. Die auseinandersetzungen - gerade mit ihr - müssen verstärkt weitergeführt werden; wir werden sigrun nicht ausschließen.
Auch wenn hier eine generell geklärte position zu verrat an der speziellen situation ins stolpern kommt, stehen wir zu diesen widersprüchen. Trotzdem werden wir konkrete konsequenzen entlang der verratsdebatte zu einzelnen leuten - wie oben gemacht - ziehen.
Wir wissen, daß viele andere ebenfalls belastende aussagen gemacht haben. Sicherlich gab es zeugen, deren verrat folgenschwere ermittlungstätigkeiten der bullen ausgelöst hat, aber jetzt (noch) nicht prozessrelevant sind und daher unbekannt bleiben. Sofern sich diese leute den geforderten auseinanedersetzungen entzogen haben, und/oder wir davon eben gar nichts mitbekommen haben, können - vorläufig - auch keine konsequenzen folgen. Soweit wir wissen, laufen bei sämtlichen anderen leuten und gerade auch angeklagten, die aussagen gemacht haben, (mehr oder weniger) intensive auseinandersetzungen um aussagerücknahme bzw. -verweigerung.



Unsere zentrale erfahrung in der startbahnbewegung mit der justitiellen verarbeitung sozialer und politischer kämpfe lautet: Das politische verhalten des angeklagten im prozeß bestimmt weitgehend ablauf und strafmaß.
Es zeugt von naivität und wunschdenken mit einer justiz- und systemfeindlichen grundhaltung ein mildes urteil zu erhoffen. Wer etwas von der justiz will, und sei es rechtsstaatlichkeit, der muß in wesentlichen punkten politisch und juristisch kooperieren. Umgekehrt garantiert diese kooperation nicht zwangsläufig ein mildes urteil.

Wir wissen, daß wir den "punkt 0" lange verlassen haben: dort die justiz, die außer ihren "indizien" nichts in der hand hat, hier wir, die startbahnbewegung, die dieser justiz nichts zu sagen hat. einige von uns haben z.t. weitreichende belastende aussagen gemacht, nicht nur gegen sich sondern auch gegen andere. Die gegenseitige solidarität wurde zerstört, das daraus entstandene mißtrauen zum hebel von verhörbullen, um weitere aussagen zu erzwingen. Wir haben dieses Aussagekarussell unter großen anstrenungen zum stoppen gebracht. Wir wollen nicht, daß dieses aussagekarussell im prozess neu angetreten wird.

Es sind viele monate vergangen, jede und jeder von uns hatte lange zeit, sich klar zu werden, wo und wozu er/sie steht. Wer im prozess belastende aussagen aufrecht erhält oder macht, wer bereit ist, sich damit zum (kron-)zeugen der anklage zu machen, weiß, daß er/sie sich gegen uns stellt. Er/sie hat sich gegen uns entschieden.

Wir fordern alle angeklagten und zeugen auf, ihre belastenden aussagen zu beginn des prozesses zurückzunehmen.

Wir wissen, daß die gemachten aussagen auch gegen den willen der angeklagten bzw. zeugen für diese justiz verwertbar bleiben. Prozessual können weder wir noch die angeklagten diese rückgängig machen. Deshalb begreifen wir eine kollektive aussagerücknahme und -verweigerung nicht als einen juristischen, sondern einen politischen schritt.

Mit der möglichst breiten aussagerücknahme zu beginn des prozesses verknüpfen wir das ziel, unsere veränderte haltung sichtbar zu machen. Mit der aussagerücknahme verknüpfen wir gleichermaßen das ziel, genau das innerhalb und außerhalb des prozesses zur sprache zu bringen, was sie mit dem mordvorwurf zum schweigen bringen wollten:

- die erpressung von ganz anderen aussagen über die drohung mit einer mordanklage;
- die erpressung von aussagen über die soziale und persönliche not einzelner angeklagter und zeugen;
- der mordvorwurf als bewußte inszenierung eines klimas, in dem der 129a gegen eine ganze bewegung erfolgreich angewendet wurde.

Wir fordern alle auf, ihre aussagerücknahme mit der öffentlichmachung ihres zustandekommens zu verbinden - nicht nur, um diese juristisch zu begründen, sondern vor allem das verordnete und erzwungene öffentliche schweigen, den faktischen gleichschritt der bürgerlichen presse zu durchbrechen

6. Wir müssen davon ausgehen, daß belastende aussagen im prozeß aufrecht erhalten werden. Mit diesen belastungen macht sich jede/r zu zeugen der anklage. Außerhalb des gerichtssaals haben wir die möglichkeit des ausschlusses aus unseren zusammenhängen. Im prozess bleiben uns und den angeklagten nur die mittel der herrschenden justiz. Wir wissen um die ohnmächtige wut derer, die von diesen belastungen betroffen sind. Sich gegen diese belastungen zur wehr zu setzen, heißt, im prozeß u.u. aussagen zu machen, unser schweigen zu durchbrechen. Unsere solidarität mit diesen angeklagten spürbar zu machen, heißt in diesem konkreten fall, uns als entlastungszeugen der verteidigung zur verfügung zu stellen. Diese entlastung kann es erst mal nur für personen geben, die keine anderen personen belastet haben. Und so schwer es uns allen und den angeklagten fällt, wir lehnen es ab, belastungen durch gegenbelastungen zu beantworten. Jede zeugenaussage, die zur verteidigung der angeklagten notwendig und unumgänglich ist, darf nur entlastenden charakter haben.

Voraussetzung allerdings für entlastungsaussagen überhaupt ist ein gemeinsames konzept, das statt individualisierten absprachen übergreifend den gesamten prozeß im blick hat.

Von diesem anspruch sind wir noch ziemlich weit entfernt. Gerade auch die angeklagten sind angesprochen, sich zu diesen fragen zu stellen, wir alle sind aufgefordert, die nächsten wochen intensiv für diese auseinandersetzungen zu nutzen.

7. Der anstehende prozess ist nicht nur eine drohung gegen alle, die widerstand leisten; er macht wieder deutlich, wie wenig die einzelnen tatvorwürfe mit dem eigentlichen ziel der zerschlagung jeglicher radikaler opposition zu tun haben.

Mit der schleichenden integration des ausnahmezustandes in den normalzustand sind nicht nur die angeklagten im anstehenden startbahnprozess konfrontiert. Die systematischen verbote und zerschlagung von veranstaltungen

kämpft

mit "anschlagsrelevanten themen" in bayern, die verhaftung von ingrid und ulla, der belagerungszustand in berlin anläßlich des iwf-mördertreffens, der gefangenentransport als einzige form der "demonstrationsfreiheit" sind nur einige beispiele der letzten zeit. Unser ziel muß sein, den Kampf gegen repression als kampf für soziale und politische befreiung zu führen.

autonome gruppen aus frankfurt, offenbach, wiesbaden, mainz, hanau und darmstadt